

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/6573)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 06. April 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Artikel 1 - Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Praxisorientierung/berufliche Orientierung

Wichtige Aufgabe der Schule ist nach der Präambel des Thüringer Schulgesetzes die Vorbereitung auf das Berufsleben. Erst seit 2020 macht der § 47 a Aktivitäten der Berufs- und Arbeitsweltorientierung zum verpflichtenden Bestandteil des Unterrichts. Praxisorientiertes Lernen soll grundlegend im Unterricht der Sekundarstufe I verankert werden.

Weiterentwicklung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule

Nach § 4 Abs. 5 und 6 sind auch Gemeinschaftsschulen mit den Klassenstufen 5 bis 10 zulässig. Diese Form der Gemeinschaftsschule wird der pädagogischen Zielrichtung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule jedoch nur bedingt gerecht. Daher soll der nächste Schritt zum weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschule in Thüringen vollzogen werden.

Besondere Leistungsfeststellung

In Thüringen ist Voraussetzung für den Erwerb eines dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschlusses im gymnasialen Bildungsgang eine besondere Leistungsfeststellung. Dies ist in anderen Bundesländern nicht der Fall.

Ganztag

Schulen können sich derzeit auf Antrag des Schulträgers, nach Zustimmung der Schulkonferenz, bei begründetem Bedarf zu teilgebundenen und vollgebundenen Ganztagschulen entwickeln, soweit die organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen vorliegen. Hier soll die Position der Schulkonferenz gestärkt werden. Im Verfahren zur Entwicklung zur Ganztagschule soll die Schulkonferenz gegenüber dem Schulträger selbst initiativ werden können.

Auswahlverfahren

Die Auswahlverfahren an allgemeinbildenden Schulen lassen bisher die Berücksichtigung eines anerkannten reformpädagogischen Konzepts oder einer besonderen Profilierung als vorrangiges Auswahlkriterium nicht zu. Damit haben Schüler, für die diese Schulen nicht die wohnort-nächsten sind, geringe Chancen auf eine Aufnahme.

Schulbesuch außerhalb Thüringens

Der Besuch einer Schule außerhalb Thüringens zur Erfüllung der Schulpflicht soll grundsätzlich immer ermöglicht werden. Der bisherige Genehmigungsvorbehalt seitens der Staatlichen Schulämter soll bezogen auf den Besuch einer allgemein bildenden Schule entfallen.

Schulpflichterfüllung in der Fachklasse der Berufsschule

Nach bisheriger Rechtslage ist die Erfüllung der Schulpflicht im zehnten Schulbesuchsjahr für Schüler ohne Hauptschulabschluss nur an einer allgemein bildenden Schule oder in Vorklassen beziehungsweise dem Berufsvorbereitungsjahr an berufsbildenden Schulen möglich. Der Zugang zu Fachklassen der Berufsschule ist den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss selbst dann verwehrt, wenn sie einen Ausbildungsvertrag vorweisen können. Die Vollzeitschulpflicht im zehnten Schulbesuchsjahr soll mit Ausbildungsvertrag auch in der Fachklasse der Berufsschule möglich sein.

Distanzunterricht

Es fehlt derzeit eine gesetzliche Grundlage für digital gestützten Unterricht, der auch in räumlicher Trennung des Lehrers zum Schüler stattfinden kann (Distanzunterricht) und der sich in der Pandemiezeit bewährt hat. Zudem soll die digitale Weiterentwicklung dieser Unterrichtsform in Schulen ermöglicht werden.

Pädagogische Assistenzkräfte

Das derzeit an Schulen beschäftigte Personal ist zu einem erheblichen Teil mit Aufsichts-, Verwaltungs- und Organisationsaufgaben beschäftigt. Für diese Aufgaben sollen zur Unterstützung Assistenzkräfte im Landesdienst eingestellt werden können.

Schulverwaltungsassistenz

Das Handeln der Schulleitungen soll entbürokratisiert werden (beispielsweise durch moderne Schulverwaltungssoftware und Apps). Durch die Schaffung von Verwaltungsassistenzen an Schulen soll sich die Schulleitung zudem mehr auf die notwendige Schulentwicklung und die pädagogischen Herausforderungen konzentrieren können. Umfang und Stellenanteile für die Schulen sind untergesetzlich zu regeln und im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zu besprechen.

Schulsozialarbeit

In § 35 a wurde in der letzten Novelle die Schulsozialarbeit im Schulgesetz verankert. In einem zweiten Schritt soll für alle Schulen ein bedarfsorientiertes Angebot von Schulsozialarbeit im Schulgesetz etabliert werden.

Schulentwicklungsprogramm

Im Schulgesetz ist der allgemein verbindliche Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule formuliert. Dennoch haben Schulen spezifische pädagogische Profile, fachliche Schwerpunkte, Konzepte der Unterrichtsorganisation und Strategien der Organisationsentwicklung. Ein Schulentwicklungsprogramm, in dem die Schule ihre Ziele und ihre pädagogischen Schwerpunkte bündelt und ihre pädagogische Verantwortung für die eigene Entwicklung und Qualität ihrer pädagogischen Arbeit zu einem pädagogischen Profil bündelt, fehlt jedoch. Dieses soll im Schulgesetz verankert werden, denn die kontinuierliche Arbeit am Schulentwicklungsprogramm ist für eine gelingende Schulentwicklung der zentrale Arbeitsgegenstand und damit von hoher Bedeutung.

Mindestzügigkeit

Im Zusammenhang mit der Mindestzügigkeit soll die Bildung von Kooperationen zwischen Schulen gestärkt werden.

Artikel 2 – Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll der erste notwendige Schritt für eine Umwandlung von einer schulartbezogenen in eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung eingeleitet werden.

Die derzeitige schulartbezogene Lehrerausbildung ermöglicht trotz der in den vergangenen Jahren im Laufbahn- und Besoldungsrecht bereits vorgenommenen Verbesserungen nur eingeschränkt einen flexiblen und dauerhaften Einsatz von Lehrkräften über die Grenzen der Schularten hinweg.

B. Lösung

Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Im Thüringer Schulgesetz werden Regelungen aufgenommen, die dem unter Buchstabe A aufgezeigten Regelungsbedarf entsprechen.

Artikel 2 – Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden Lehrbefähigungen und Berechtigungen nicht mehr bezogen auf eine einzelne Schulart, sondern bezogen auf Klassenstufen unabhängig von der Schulart definiert.

Wesentlicher Inhalt dieser Umwandlung ist die Zusammenlegung der bisherigen schulartbezogenen Lehrämter für das Lehramt an Regelschulen und das Lehramt an Gymnasien zu einem Lehramt für die Sekundarstufe I und II mit der Möglichkeit, im Studium eine inhaltliche Schwerpunktsetzung für die Sekundarstufe I oder II zu wählen. Um die notwendige Flexibilität beim Einsatz zu gewährleisten, soll unabhängig von der Schwerpunktsetzung der Abschluss mit der gleichen Lehrbefähigung und den gleichen Berechtigungen verbunden sein.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die grundlegenden strukturellen und inhaltlichen Regelungen für die neue Lehrerausbildung geschaffen werden. Auf der Grundlage dieser neuen Regelungen sollen dann die weiteren Einzelheiten durch eine geänderte, neue Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter und

eine neue Verordnung über die Erste Staatsprüfung für die Sekundarstufe I und II geregelt werden.

Notwendige Anpassungen des Besoldungs- und Laufbahnrechts sollen ebenfalls auf der Grundlage der neuen Regelungen dieses Gesetzentwurfs erfolgen. Auch die derzeit im Landesdienst befindlichen Regelschullehrer würden mit dem vorliegenden Entwurf in das neue schulstufenbezogene Lehramt für die Sekundarstufe I und II übergeleitet.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Schulzeitstreckung der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe an den Spezialgymnasien für Musik und Sport - § 7 Abs. 7

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Die Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe der Spezialgymnasien verlängert sich zwar. Andererseits bleibt die Gesamtzahl der Unterrichtsstunden laut Stundentafel unverändert; die Klassenstufe 11 Spezialfach (Sp) entfällt.

Pädagogische Assistenzkräfte - § 35 Abs. 3

Zur Unterstützung des pädagogischen Personals an staatlichen Schulen, insbesondere an denen Schülerinnen und Schüler mit Bildungsdefiziten und mit Migrationshintergrund unterrichtet werden, sollen pädagogische Assistenzkräfte im Landesdienst eingestellt werden können. Umfang und Stellenanteile für die Schulen sind untergesetzlich zu regeln und im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zu besprechen.

Die Eingruppierung erfolgt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und den Tätigkeitsmerkmalen der Entgeltordnung (Anlage A zum TV-L). Die einzelne pädagogische Assistenzkraft erhält Entgelt nach der Entgeltgruppe, in der sie eingruppiert ist (vergleiche § 12 Abs. 1 S. 2 TV-L). Dabei ist auf die konkrete Tätigkeit und nicht auf die Ausbildung abzustellen. Die Vergütung sollte unter der einer Erzieherin liegen, die der Entgeltgruppe S 8a zugeordnet wird.

Im Schuljahr 2022/2023 gibt es 805 staatliche Schulen, so dass mit einem Betrag von 45 Millionen Euro zu rechnen ist, wenn für jede Schule eine pädagogische Assistenzkraft vorgesehen sein sollte.

Schulverwaltungsassistenten - § 35 Abs. 4

Es ist davon auszugehen, dass hier eine Clusterbildung von im Regelfall vier Schulen erfolgt. Dies bedeutet bei 805 staatlichen Schulen ein Stellenbedarf von rund 200 Vollzeitbeschäftigten (VZB). Bei einer tariflichen Eingruppierung in die Tarifgruppe E 9b (Veranschlagung im Haushalt 2023 mit 64.800 Euro) entstehen für den Landeshaushalt Kosten von rund 13 Millionen Euro pro Jahr. Hinzutreten Kosten für die Ausstattung der Arbeitsplätze bei den kommunalen Schulträgern.

Schulsozialarbeit - § 35 a

Das Landesprogramm Schulsozialarbeit fördert derzeit die Schulsozialarbeit in den einzelnen Gebietskörperschaften mit etwa 26 Millionen Euro. Über dieses Landesprogramm werden circa 550 Fachkräfte an 485 Schulen gefördert. Das bedeutet, dass ungefähr die Hälfte der Thüringer Schulen derzeit von Schulsozialarbeit profitiert.

Eine bedarfsorientierte Verteilung der Stellen wird in den einzelnen Gebietskörperschaften bereits praktiziert. Grundlage der Bedarfsplanung bildet immer der örtliche Jugendhilfeplan/Jugendförderplan nebst dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses. In diesem muss der Bedarf für Schulsozialarbeit an Hand verschiedener Indikatoren dargestellt werden. Die zur Verfügung stehenden Landes- und kommunalen Mittel werden dann entsprechend der Priorisierung des Bedarfs verteilt. Mit Einführung eines bedarfsorientierten Einsatzes von Schulsozialarbeitern müsste der Mitteleinsatz des Landes beziehungsweise der Landkreise und Kreisfreien Städte um mindestens 26 Millionen erhöht werden.

Digitale Endgeräte - § 44 a

Ausgehend von rund 17.000 Schülern in der Klassenstufe 5 im Schuljahr 2024/2025 und einem Preis für ein mobiles Endgerät in Höhe von 350 Euro (Schätzwert inklusive Nebenkosten [Wartung, Versicherung, et cetera]) ergibt sich ein Bedarf von rund sechs Millionen Euro.

Ganztagsbetreuung bis zum Beginn der Klassenstufe 5 - § 45 Abs. 2

Die Ausweitung des Anspruchs auf Hortbetreuung bis zum Beginn der Klassenstufe 5 erfordert zusätzlichen Personalaufwand. Dieser ist aufgrund der fehlenden Erfahrungen in diesem Bereich nicht konkret bezifferbar. Es ist zu erwarten, dass dieser mit den vorhandenen Stellen abgedeckt werden kann.

Artikel 2 – Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Zusätzliche Kosten entstehen dadurch, wenn im Zuge der Zusammenlegung von Regelschul- und Gymnasialstudium an der Friedrich Schiller Universität (FSU) Jena anstelle des Studiums für das Lehramt an Regelschulen von neun Semestern ein Studium von zehn Semestern tritt. Die Verlängerung des Regelschulstudiums von neun auf zehn Semester ist Gegenstand der zwischen dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG) und FSU Jena abgeschlossenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2021 bis 2025. Ausweislich der Angaben der amtlichen Hochschulstatistik zu den durchschnittlichen Kosten pro Studierender ergeben sich allein für eine einsemestrige Verlängerung des bisherigen Regelschulstudiums an der FSU Jena Mehrkosten in Höhe von 1,1 Millionen Euro. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die - die Studiengänge für die Lehramter für Regelschulen beziehungsweise für Gymnasien betreffende - Neukonzeption in schulstufenbezogen ausgerichtete Studiengänge umfangreiche weitere zusätzliche nicht bezifferbare Kosten verursachen wird.

Weitere Folge der Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes wäre eine notwendige Anpassung der Besoldungsämter. Das Besoldungsamt A 13 g.D. für Regelschullehrer müsste in ein Besoldungsamt A 13 h. D. umgewandelt werden.

Soweit dies auch für die derzeit im Landesdienst befindlichen Regelschullehrer und die nach den bisherigen Bestimmungen derzeit in der Ausbildung befindlichen, zukünftigen Regelschullehrer gelten soll, die in den staatlichen Schuldienst Thüringens eingestellt werden, führt dies zu Mehrkosten in Höhe von circa 3,84 Millionen Euro jährlich.

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 **Änderung des Thüringer Schulgesetzes**

Das Thüringer Schulgesetz in der Fassung vom 30. April 2003 (GVBl. S. 238), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Mai 2021 (GVBl. S. 215), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 3 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Der Schulträger unterstützt die Eltern bei der Entscheidung nach Absatz 1 durch eine hinreichende Bereitstellung von wohnortnahen schulischen Angeboten, die ein längeres gemeinsames Lernen nach § 6 a ermöglichen."

2. In § 4 Abs. 3 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

"Praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung sind durchgängiges Prinzip des Unterrichts."

3. In § 6 a wird nach Absatz 3 folgender Absatz 3 a eingefügt:

"(3 a) Alle im Schuljahr 2022/2023 bestehenden Grund- und Regelschulen oder Gemeinschaftsschulen mit den Klassenstufen 5 bis 10, für die ein gemeinsamer Schulstandort besteht, sollen innerhalb von fünf Jahren durch Schulartänderung in die Schulart Gemeinschaftsschule mit mindestens den Klassenstufen 1 bis 10 überführt werden. Absatz 3 gilt mit der Maßgabe, dass kein Beschluss der Schulkonferenz der Verbundschulen und kein Einvernehmen des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums nach § 13 Abs. 4 Satz 1 erforderlich ist."

4. § 7 Abs. 6 und 7 erhält folgende Fassung:

"(6) Mit der Versetzung in die Klassenstufe 11 erfolgt der Eintritt in die Qualifikationsphase. Zugleich erwirbt der Schüler den Realschulabschluss.

(7) Für an einem Gymnasium gebildete Spezialklassen für Musik kann der Ausbildungsgang um eine Klassenstufe erweitert werden. An den Spezialgymnasien für Musik und Sport wird die Zeit der Qualifikationsphase auf drei Schuljahre gestreckt."

5. § 10 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

"(5) Schulen können auf Antrag des Schulträgers, der mit Zustimmung der Schulkonferenz oder nach entsprechendem Beschluss auf deren Initiative hin gestellt wird, bei Bedarf als Ganztagschulen in teilgebundener oder gebundener Form geführt werden. Über den Antrag entscheidet das für das Schulwesen zuständige Ministerium, wenn ein geeignetes Ganztagschulkonzept der Schule und die organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen vorliegen."

6. In § 13 wird nach Absatz 6 folgender Absatz 6 a eingefügt:

"(6 a) Für das Führen einer Schule als Ganztagschule in teilgebundener oder gebundener Form auf der Grundlage eines Ganztagschulkonzepts nach § 10 Abs. 5 Satz 1 gilt für den Fall der Initiative der Schulkonferenz Absatz 6 Satz 3 bis 5 entsprechend."

7. § 15 a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 werden nach dem Wort "besuchen" ein Komma und die Worte "wobei die zeitgleiche Anmeldung von mehreren Kindern zu deren jeweiliger Berücksichtigung als Geschwisterkinder führt" eingefügt.

b) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 werden nach dem Komma die Worte "wobei die zeitgleiche Anmeldung von mehreren Kindern zu deren jeweiliger Berücksichtigung als Geschwisterkinder führt," eingefügt.

- c) Absatz 8 wird wie folgt geändert:

aa) Die Verweisung "von den Absätzen 1, 2 und 6" wird durch die Verweisung "von den Absätzen 1 und 2" ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

"Für einzelne Schulen mit anerkanntem reformpädagogischen Konzept oder mit besonderer Profilierung gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die jeweiligen konzept- oder profilbezogenen Aufnahmekriterien für ein Kontingent im Umfang von bis zu 30 vom Hundert als vorrangiges Auswahlkriterium bestimmt werden können."

8. § 17 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Die Schulpflicht kann an einer öffentlichen Schule oder an einer Ersatzschule außerhalb Thüringens erfüllt werden. Der Besuch einer Schule außerhalb Thüringens zur Erfüllung der Vollzeitschulpflicht ist dem zuständigen Schulamt nachzuweisen. Für die Erfüllung der Berufsschulpflicht gilt § 15 Abs. 3 entsprechend."

9. In § 20 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte "den Hauptschulabschluss erworben hat und" gestrichen.

10. In § 28 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte "Die Schüler" durch die Worte "Schüler ab der Klassenstufe 1" ersetzt.

11. § 30 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

"Erfolgt die Teilnahme am Unterricht gemäß § 45 a Abs. 1 Satz 2 in einer digitalen Lernumgebung, sind die teilnehmenden Schüler zur Übertragung des eigenen Bildes und Tones verpflichtet, soweit der Lehrer dies aus pädagogischen Gründen fordert und die technischen Voraussetzungen vorliegen."

- b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3 a eingefügt:

"(3 a) Die Verwendung von digitalen Endgeräten in der Schule ist für Schüler nur zulässig

1. im Unterricht und bei sonstigen schulischen Veranstaltungen, soweit das pädagogische Personal dies gestattet,
2. im Übrigen im Schulgebäude und auf dem Schulgelände, soweit dies die Schule allgemein oder das pädagogische Personal im Einzelfall gestattet.

Für die Verwendung nach Satz 1 kann die Schule allgemein oder das pädagogische Personal für den Einzelfall die zu nutzenden Programme und Anwendungen festlegen. Bei unzulässiger Verwendung kann das digitale Endgerät vorübergehend einbehalten werden."

12. § 34 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"§ 34
Lehrer, Erzieher, Sonderpädagogische
Fachkräfte und Pädagogische Assistenzkräfte"

- b) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Lehrer und Sonderpädagogische Fachkräfte an staatlichen Schulen, Erzieher an Schulhorten und Pädagogische Assistenzkräfte an staatlichen Schulen sind Landesbedienstete."

- c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2 a eingefügt:

"(2 a) Erteilen Lehrer Unterricht in räumlicher Trennung nach § 45 a Abs. 1 Satz 2 im Rahmen einer digitalen Lernumgebung und liegen die technischen Voraussetzungen vor, sind sie in der Regel zur Übertragung des eigenen Bildes und Tones verpflichtet."

- d) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

"(6) Zur Unterstützung im Unterricht, beim Erziehen, Beraten, Betreuen und Fördern der Schüler, insbesondere derjenigen mit Bildungsdefiziten und mit Migrationshintergrund, können pädagogische Assistenzkräfte im Landesdienst an den staatlichen Schulen tätig werden. Sie arbeiten mit den Lehrern, Erziehern und Sonderpädagogischen Fachkräften zusammen, unterstützen sie im pädagogischen Bereich und helfen bei der Bewältigung besonderer Herausforderungen im Schulalltag. Die fachlichen Voraussetzungen für die Tätigkeit als pädagogische Assistenzkraft werden von dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium festgelegt."

13. Dem § 35 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Zur dauerhaften Unterstützung der Schulleiter und der Lehrer bei der Bewältigung von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben kann eine Schulverwaltungsassistenz an einer staatlichen Schule oder für mehrere

re staatliche Schulen eingesetzt werden. Näheres zum Tätigkeitsfeld und den Voraussetzungen der Einstellung einer Schulverwaltungsassistentin wird von dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium festgelegt."

14. In § 35 a Satz 1 werden das Wort "können" durch das Wort "sollen" ersetzt und nach dem Wort "Schulformen" das Wort "bedarfsgerecht" eingefügt.

15. § 38 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 Satz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

"2. zu Maßnahmen nach § 10 Abs. 4, nach § 13 Abs. 4 Satz 1, nach § 14 Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie § 15 a Abs. 8 Satz 2,"

bb) Nach Nummer 2 wird folgende neue Nummer 3 eingefügt:

"3. zu den Grundsätzen des Schulentwicklungsprogramms,"

cc) Die bisherigen Nummern 3 bis 8 werden die Nummern 4 bis 9.

b) In Absatz 5 Satz 1 Nr. 14 werden nach dem Wort "Überwältigungsverbot" die Worte "im Sinne des Beutelsbacher Konsenses sowie einer menschenrechts- und demokratieorientierten Bildungsarbeit" eingefügt.

16. § 40 b wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Die Schulen legen die Ziele und pädagogischen Schwerpunkte ihrer Arbeit in einem Schulentwicklungsprogramm fest und schreiben dieses regelmäßig fort. Das Schulentwicklungsprogramm basiert auf dem Thüringer Orientierungsrahmen Schulqualität."

b) In Absatz 2 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

"Grundlage der internen Evaluationen bildet der Thüringer Orientierungsrahmen Schulqualität."

c) In Absatz 3 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

"Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend."

17. § 41 Abs. 1 Satz 7 erhält folgende Fassung:

"In die Pläne müssen die Möglichkeiten der Kooperation von Förderschulen mit anderen Schularten und Schulformen sowie wohnortnahe schulische Angebote, die ein längeres gemeinsames Lernen nach § 6 a ermöglichen, aufgenommen werden."

18. § 41 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Grundschulen werden mindestens zweizügig geführt."

bb) Folgender Satz wird angefügt:

"Abweichend von Satz 2 können Grundschulen einzügig geführt werden, wenn sie mit einer anderen Schule nach § 41 e kooperieren."

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 3 erhält folgende Fassung:

"Abweichend von Satz 2 können Regelschulen einzügig geführt werden, wenn sie mit einer anderen Schule nach § 41 e kooperieren."

bb) Satz 4 wird aufgehoben.

19. Nach § 44 wird folgender § 44 a eingefügt:

"§ 44 a
Digitale Endgeräte

Schülern der Klassenstufe 5 werden durch den Schulträger ab dem Schuljahr 2024/2025 digitale Endgeräte kostenlos zur Verfügung gestellt."

20. In § 45 Abs. 2 Satz 2 werden nach den Worten "können für" die Worte "die Ganztagsbetreuung in der Primarstufe, die Spezialgymnasien für Musik und Sport sowie" eingefügt.

21. Nach § 45 wird folgender § 45 a eingefügt:

"§ 45 a
Präsenz- und Distanzunterricht, Digitale Lernumgebung

(1) Unterricht wird in der Regel als Präsenzunterricht erteilt. Abweichend von Satz 1 kann Unterricht auch in räumlicher Trennung von Lehrern und Schülern stattfinden (Distanzunterricht). Distanzunterricht soll unter Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmitteln in digitaler Lernumgebung durchgeführt werden. Kann eine digitale Lernumgebung nicht gewährleistet werden, hat die Schule die Einbeziehung der Schüler in die Lehr- und Lernprozesse in geeigneter anderer Weise sicherzustellen. Der Anspruch auf individuelle Förderung nach § 2 Abs. 2 bleibt unberührt.

(2) Distanzunterricht kann stattfinden, wenn

1. zum Schutz von Leben und Gesundheit eine Schulschließung oder ein Ausschluss einzelner Klassen oder Kurse oder der Ausschluss einzelner Personen angeordnet oder genehmigt wurde oder
2. aufgrund außergewöhnlicher witterungsbedingter Ereignisse Präsenzunterricht ausfällt oder

3. das zuständige Staatliche Schulamt diesen anstelle des Präsenzunterrichts in einem sonstigen besonderen Bedarfsfall zur Erhaltung erreichter Lernstände und zur Vermittlung neuer Lerninhalte genehmigt.

(3) Das für Schulwesen zuständige Ministerium kann zur Umsetzung pädagogischer Konzepte das Nähere zum Distanzunterricht nach Absatz 1 Satz 2, insbesondere für bestimmte Schularten, Schulformen, Klassenstufen und Schülergruppen sowie zum Umfang des Distanzunterrichts in Bezug auf den festgelegten Stundenumfang der jeweiligen Stundentafel, durch Rechtsverordnung regeln."

22. Dem § 57 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Darüber hinaus dürfen personenbezogene Daten verarbeitet werden, soweit dies zur Nutzung digitaler Lehr- und Lernmittel in digitalen Lernumgebungen im Sinne des § 45 a erforderlich ist. Dies gilt auch für Daten, die erst bei der Nutzung entstehen."

23. In § 58 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort "Zwecken" die Worte "sowie zur Erfüllung gesetzlicher Statistik- und Berichtspflichten gegenüber anspruchsberechtigten Dritten" eingefügt.

24. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 2

Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Das Thüringer Lehrerbildungsgesetz vom 12. März 2008 (GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2020 (GVBl. S. 683), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 und 2 erhält folgende Fassung:

"(1) Die Lehrerbildung gliedert sich in drei Phasen. Die erste Phase der Lehrerbildung umfasst ein universitäres wissenschaftliches oder wissenschaftliches-künstlerisches Studium. Studien- und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen mit Fachhochschulstatus erbracht worden sind, können angerechnet werden, wenn sie den dafür festgelegten Anforderungen gleichwertig sind. Die erste Phase der Lehrerbildung endet mit der Ersten Staatsprüfung für ein schulstufenbezogenes Lehramt oder mit einem lehramtsbezogenen konsekutiven Bachelor-/Masterabschluss. Die zweite Phase beinhaltet die pädagogisch-praktische Ausbildung in einem schulstufenbezogenen Vorbereitungsdienst. Sie wird mit einer Zweiten Staatsprüfung für ein schulstufenbezogenes Lehramt (Lehramtsbefähigung) nach Absatz 2 abgeschlossen. Die dritte Phase der Lehrerbildung umfasst die Lehrerfortbildung und die Lehrerweiterbildung, sie baut auf den ersten beiden Phasen auf.

(2) Lehrämter sind:

1. das Lehramt für die Primarstufe,
2. das Lehramt für die Sekundarstufe I und II,
3. das Lehramt an berufsbildenden Schulen,
4. das Lehramt für Förderpädagogik."

2. In § 11 werden in der Überschrift, in Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 2 Satz 1 jeweils die Worte "an Grundschulen" durch die Worte "für die Primarstufe" ersetzt.
3. Die §§ 12 und 13 erhalten folgende Fassung:

"§ 12
Studium für das Lehramt für
die Sekundarstufe I und II

(1) Das Studium für das Lehramt für die Sekundarstufe I und II umfasst einen lehramtsbezogenen Studiengang oder einen Lehramtsstudiengang im Umfang von 300 Leistungspunkten, wobei mindestens 30 Leistungspunkte auf schulpraktische Studien nach § 16 Abs. 1 entfallen. Die schulpraktischen Studien werden durch vorausgehende fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Studienanteile vorbereitet. In den bildungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Studienanteilen sind grundlegende Kenntnisse in Sprecherziehung zu vermitteln sowie für den Sekundarstufenlehrer relevante Studienanteile zu den Themenbereichen Digitalisierung, Umgang mit Heterogenität, Deutsch als Zweit- und Fremdsprache, Inklusion sowie Grundlagen der Förderdiagnostik vorzusehen.

(2) Das Studium für das Lehramt für die Sekundarstufe I und II hat eine Schwerpunktbildung für die Sekundarstufe I oder die Sekundarstufe II vorzusehen, wobei die jeweilige Stufenspezifika bei den fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, schulpraktischen und bildungswissenschaftlichen Studien zu berücksichtigen ist. Mit der Schwerpunktbildung soll den unterschiedlichen Anforderungen in den Schulstufen Rechnung getragen werden. Bei einer Schwerpunktbildung auf die Sekundarstufe II sind vertiefte fachwissenschaftliche Studien nachzuweisen. Die Bildungswissenschaften haben ohne schulpraktische Studien nach § 16 Abs. 1 einen Studienanteil von mindestens 40 Leistungspunkten.

§ 13
Studium für die Sekundarstufe I und II im Doppelfach
Musik

(1) Das Studium für die Sekundarstufe I und II im Doppelfach Musik mit Schwerpunkt für die Sekundarstufe II erfolgt in einem lehramtsbezogenen Studiengang.

- (2) Es gelten folgende landesspezifische Vorgaben:
1. die fachwissenschaftlichen und fachpraktischen Studienanteile einschließlich der Fachdidaktik umfassen 210 Leistungspunkte, wovon 15 Leistungspunkte auf die Fachdidaktik entfallen,
 2. die bildungswissenschaftlichen Studienanteile ohne die schulpraktischen Studien nach § 16 Abs. 1 umfassen 30 Leistungspunkte; die schulpraktischen Studien nach § 16 Abs. 1 können sich bis zu einem Umfang von acht Leistungspunkten auf künstlerische Fächer erstrecken, die zum Aufgabenfeld des Musiklehrers in der Sekundarstufe I und II mit Schwerpunkt für die Sekundarstufe II gehören."

4. § 14 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

"In den bildungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Studienanteilen sind grundlegende Kenntnisse in Sprecherziehung zu vermitteln sowie für den Berufsschullehrer relevante Studienanteile zu den Themenbereichen Digitalisierung, Umgang mit Heterogenität, Deutsch als Zweit- und Fremdsprache, Inklusion sowie Grundlagen der Förderdiagnostik vorzusehen."

5. In § 23 wird das Wort "schulartbezogenen" durch das Wort "schulstufenbezogenen" ersetzt.

6. § 25 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Der Vorbereitungsdienst für das Lehramt für die Sekundarstufe I und II, das Lehramt an berufsbildenden Schulen und für Förderpädagogik dauert grundsätzlich 24 Monate, der Vorbereitungsdienst für das Lehramt für die Primarstufe grundsätzlich 18 Monate."

7. In § 26 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort "schulartbezogen" durch das Wort "schulstufenbezogen" ersetzt.

8. § 27 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort "schulartbezogenen" durch das Wort "schulstufenbezogenen" ersetzt.

- b) Folgende Absätze 3 bis 6 werden angefügt:

"(3) Die Befähigung für das Lehramt für die Primarstufe vermittelt die Lehrbefähigung in den im Vorbereitungsdienst ausgebildeten Fächern (Ausbildungsfächer) für die Primarstufe, die die Klassenstufen 1 bis 4 umfasst, sowie in dem im Studium gewählten Schwerpunktfach die Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I, die die Klassenstufen 5 bis 9 oder 10 der allgemein bildenden Schulen umfasst.

(4) Die Befähigung für das Lehramt für die Sekundarstufe I und II vermittelt die Lehrbefähigung in den im Vorbereitungsdienst ausgebildeten Fächern (Ausbildungsfächer) für die Sekundarstufe I und II.

(5) Die Befähigung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen vermittelt in den im Vorbereitungsdienst ausgebildeten Fächern (Ausbildungsfächer) die Befähigung für die Klassenstufen der berufsbildenden Schule.

(6) Die Befähigung für das Lehramt für Förderpädagogik vermittelt in den im Vorbereitungsdienst ausgebildeten Fächern (Ausbildungsfächer) die Lehrbefähigung und in den beiden im Vorbereitungsdienst ausgebildeten sonderpädagogischen Fachrichtungen die zusätzliche pädagogische Befähigung zum Unterrichten von Schülern mit entsprechendem sonderpädagogischen Förderbedarf in allen Klassenstufen."

9. § 32 erhält folgende Fassung:

"§ 32
Weiterbildung, Erwerb einer Lehrbefähigung

(1) Ziel der Weiterbildung ist insbesondere der schulstufenbezogene Erwerb einer Lehrbefähigung oder von sonstigen fachlichen Voraussetzungen (Unterrichtserlaubnis) für die Erteilung von Unterricht in einem weiteren Fach oder einer weiteren Fachrichtung derselben Schulstufe oder einer anderen Schulstufe sowie dem Erwerb einer besonderen pädagogischen, insbesondere sonderpädagogischen Befähigung. Weiterhin dient die Weiterbildung der berufsbegleitenden Nachqualifizierung von im staatlichen Schuldienst beschäftigten Lehrkräften, die über die nach diesem Gesetz vorgeschriebene Qualifikation für eine Tätigkeit als Lehrer nicht in vollem Umfang verfügen. Berufsbegleitende Nachqualifizierungen sind nur zulässig, soweit in der betreffenden Schulstufe ein Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht.

(2) Mit fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Weiterbildungen an einer Hochschule, die mit einer Erweiterungsprüfung, Prüfung in einem weiteren Fach abgeschlossen werden oder mit vom Ministerium als gleichwertig anerkannten Weiterbildungsangeboten der Hochschulen, kann die Lehrbefähigung für ein weiteres Fach erworben werden, wenn eine abgeschlossene Lehrerausbildung nachgewiesen wird oder eine Laufbahnbefähigung nach § 22 Abs. 3 der Thüringer Bildungsdienstlaufbahnverordnung vom 21. Februar 2017 (GVBl. S. 37) in der jeweils geltenden Fassung für einen Laufbahnzweig des Dienstes in der Bildung anerkannt worden ist.

(3) Über die Anerkennung von Weiterbildungen als Lehrbefähigung oder als besondere pädagogische, insbesondere sonderpädagogische Befähigung entscheidet das für das Schulwesen zuständige Ministerium."

10. § 37 Satz 1 Nr. 8 erhält folgende Fassung:

"8. die Einzelheiten der Ausbildung im Vorbereitungsdienst für ein Lehramt, insbesondere die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Ausbildung, die Festlegung besonderer Ausbildungsbedingungen für Lehramtsanwärter mit Behinderung, die Voraussetzungen für die Verkürzung, Anrechnung und Verlängerung des Vorbereitungsdienstes, die fachlichen und persönlichen Zugangsvoraussetzungen sowie das Führen von Portfolios zu bestimmen,"

11. § 38 Abs. 1 bis 4 erhalten folgende Fassung:

"(1) Die nach der geltenden schulartbezogenen Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehramter vom 26. April 2016 (GVBl. S. 180) in der jeweils geltenden Fassung abgelegte Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschule gilt als Zweite Staatsprüfung für die Primarstufe.

(2) Die nach der Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter vom 26. April 2016 (GVBl. S. 180) in der jeweils geltenden Fassung abgelegte Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen gilt als Zweite Staatsprüfung für die Sekundarstufe I und II mit Schwerpunkt Sekundarstufe I. Die nach der Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter vom 26. April 2016 (GVBl. S. 180) in der jeweils geltenden Fassung abgelegte Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien gilt als Zweite Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe I und II mit Schwerpunkt Sekundarstufe II. Die nach der Thüringer Verordnung über die Fächer und die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen vom 9. Dezember 2008 (GVBl. S. 484) in der jeweils geltenden Fassung abgelegte Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen gilt als Erste Staatsprüfung für die Sekundarstufe I und II mit Schwerpunkt für die Sekundarstufe I. Die nach der Thüringer Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien vom 9. Dezember 2008 (GVBl. S. 465) in der jeweils geltenden Fassung abgelegte Erste Staatsprüfung gilt als Erste Staatsprüfung für die Sekundarstufe I und II mit Schwerpunkt für die Sekundarstufe II.

(3) Die nach der Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter vom 26. April 2016 (GVBl. S. 180) in der jeweils geltenden Fassung abgelegte Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen gilt als Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes. Die nach der Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter vom 26. April 2016 (GVBl. S. 180) in der jeweils geltenden Fassung abgelegte Zweite Staatsprüfung für das Lehramt für Förderpädagogik gilt als Zweite Staatsprüfung für das Lehramt für Förderpädagogik nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

(4) Für die nach weitergeltenden, schulartbezogenen Bestimmungen absolvierten Weiterbildungen und die sich daraus ergebenden Berechtigungen nach § 32 Abs. 2 gelten die Absätze 1 bis 3 und § 27 Abs. 3 bis 6 sinngemäß."

12. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 3 Inkrafttreten

- (1) Artikel 1 tritt am 1. August 2023 in Kraft.
(2) Artikel 2 tritt am 1. August 2024 in Kraft.

Begründung**A. Allgemeines****Zu Artikel 1 - Änderung des Thüringer Schulgesetzes**

Das Angebot des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule wird weiter sukzessive ausgebaut. Die im Schuljahr 2022/2023 bestehenden Regelschulen sowie nach § 4 Abs. 5 und 6 zulässigen Gemeinschaftsschulen mit den Klassenstufe 5 bis 10 sollen nun schrittweise mit einer Grundschule, welche sich am selben Schulstandort befindet, verbunden werden. Zudem sind seitens der Schulträger entsprechende wohnortnahe schulische Angebote im Rahmen der Schulnetzplanung vorzuhalten.

Zukünftig ist eine erfolgreich absolvierte besondere Leistungsfeststellung nicht mehr Bestandteil der Versetzung eines Schülers von der Einführungsphase in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe. Der Schüler erwirbt - wie in anderen Ländern auch - bei Erfüllung der Versetzungsbedingungen den Realschulabschluss.

Der laufende Schulversuch "Schulzeitstreckung an Spezialgymnasien" an den Spezialgymnasien für Sport und Musik wird vor dem Hintergrund der bisher eindeutigen positiven Effekte für diese Schulen als Regelfall im Schulgesetz etabliert.

Im Rahmen des Aufnahmeverfahrens im Falle des Bewerberüberhangs an allgemeinbildenden Schulen ohne und mit gemeinsamen Schulbezirk wird für einzelne Schulen mit besonderem Profil die Möglichkeit eröffnet, die gesetzlichen Auswahlkriterien zugunsten des Auswahlkriteriums "Schulprofil" im Umfang eines festgelegten Kontingents zu modifizieren.

Schulentwicklung und Schulqualität lassen sich nicht voneinander trennen. Um eine kontinuierliche Schulentwicklung für alle Schulen im Land zu unterstützen, wird ein Thüringer Orientierungsrahmen Schulqualität entwickelt. Dieser Orientierungsrahmen dient als Instrument der Schulentwicklung und soll als Ideengeber die innerschulische Diskussion zu Fragen der schulischen Qualität anregen, Schulen bei der Entwicklung und Präzisierung ihrer Entwicklungsziele und -planungen unterstützen sowie Orientierung und Unterstützung für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und Schulleitungen bieten. Er ist die orientierende Basis für das Schulentwicklungsprogramm sowie für die interne und externe Evaluation.

Im Zusammenhang mit digitalen Lernprozessen geht es nicht nur um das Ermöglichen von Distanzunterricht, sondern um das Installieren des digitalen Lernens als ein essenzieller Teil des Unterrichts. Dafür muss langfristig die Ausstattung aller Schüler mit digitalen Endgeräten gelingen, sodass dann an allen Schulen digitale Medien chancengleich genutzt werden können.

Auch wenn der Distanzunterricht den Präsenzunterricht nicht vollständig zu ersetzen vermag – die soziale und emotionale Komponente des Lernens bedarf einer Interaktion zwischen Lehrkraft und Lernenden sowie zwischen den Lernenden untereinander –, so sollte doch der mit der Corona-Pandemie einhergegangene Digitalisierungsschub und die damit verbundenen Maßnahmen und Erfahrungen zur Re-Organisation von Schule und Unterricht nicht ungenutzt bleiben und weiterentwickelt werden.

Aus dem in den Zeiten der Pandemie durchgeführten Distanzunterricht haben sich vielfältige Impulse für unterschiedliche innovative Konzepte ergeben. Viele Lehrkräfte, Schulen und Institutionen haben elaborierte Lösungen gefunden, auf vielfältige Weise mit den Schülern in Distanz zu kommunizieren und digitale Lernumgebungen zu schaffen. Diese Impulse für digital gestützten Unterricht gilt es aufzugreifen, weiterzuentwickeln und nachhaltig im Sinne der Unterrichtsentwicklung zu verstetigen.

Zu Artikel 2 - Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Wesentlicher Inhalt dieses Änderungsgesetzes ist die Umwandlung der bisherigen schulartbezogenen Lehrerausbildung in eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung.

Mit dieser Gesetzesänderung soll der erste notwendige Schritt für eine Umwandlung der bisherigen schulartbezogenen Lehrerausbildung in eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung eingeleitet werden. Lehrbefähigungen und Berechtigungen werden zukünftig bezogen auf Klassenstufen und mehr bezogen auf Schularten definiert. Wesentlicher Inhalt dieser Umwandlung ist die Zusammenlegung der bisherigen schulartbezogenen Lehrämter, für die das Lehramt an Regelschulen und das Lehramt an Gymnasien zu einem Lehramt für die Sekundarstufe I und II. Verbunden ist dies mit einer inhaltlichen Schwerpunktsetzung, die entweder stärker bildungswissenschaftlich (Sekundarstufe I) oder stärker fachwissenschaftlich (Sekundarstufe II) ausfällt. Im Interesse eines flexiblen personellen Einsatzes zur Absicherung des Unterrichts verfügen alle Lehrkräfte dieses neuen Lehramts über dieselben Berechtigungen zur Erteilung von Unterricht unabhängig von der Schwerpunktsetzung.

Die notwendige Regelung der Einzelheiten der Umsetzung erfolgt in den noch auf der Grundlage dieses Gesetzentwurfs nach deren Inkrafttreten zu erlassenden neuen Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter und die neue Thüringer Verordnung über die Erste Staatsprüfung für die Sekundarstufe I und II. Entsprechendes gilt für die Angleichung der im Thüringer Besoldungsgesetz auszubringenden Ämter für die neuen Lehrerlaufbahnen, sowie die Anpassung der Thüringer Bildungsdienstlaufbahnverordnung und des Thüringer Lehramtsanwärterzulassungsgesetzes. Grundlegende strukturelle und inhaltliche Vorgaben für die neue Lehrerausbildung enthalten die nachfolgenden Bestimmungen.

Mit der durch die vorliegende Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes angestoßenen Umwandlung der bisherigen schulartbezogenen Lehrerausbildung in eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung sind zusätzliche Kosten verbunden.

Die mit der Zusammenlegung von Regelschul- und Gymnasialstudium an der FSU Jena verbundenen Verlängerung des bisherigen Studiums für das Lehramt an Regelschulen von 9 auf 10 Semester ist Gegenstand der zwischen TMWWDG und FSU Jena abgeschlossenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2021 bis 2025. Ausweislich der Angaben der amtlichen Hochschulstatistik zu den durchschnittlichen Kosten pro Studierender ergeben sich allein für eine einsemestrige Verlängerung des bisherigen Regelschulstudiums an der FSU Jena Mehrkosten in Höhe von 1,1 Millionen Euro. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die alle Studiengänge für die allgemein bildenden Lehrämter für Regelschulen beziehungsweise für Gymnasien betreffende Neukonzeption in schulstufenbezogenen ausgerichteten Studiengängen umfangreiche weitere zusätzliche Kosten verursachen wird.

Weitere Folge der Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes ist eine notwendige Anpassung der Besoldungsämter. Das Besoldungsamt A 13 g. D. für Regelschullehrer müsste in ein Besoldungsamt A 13 h. D. umgewandelt werden.

Soweit dies auch für die derzeit im Landesdienst befindlichen Regelschullehrer und die nach den bisherigen Bestimmungen derzeit in der Ausbildung befindlichen, zukünftigen Regelschullehrer gelten soll, die in den staatlichen Schuldienst Thüringens eingestellt werden, führt dies zu Mehrkosten in Höhe von circa 3,84 Millionen Euro.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1 - Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Zu Nummer 1 (§ 3):

Den Eltern sollen bei ihrer Wahlentscheidung nach Absatz 1 auch schulische Angebote, die längeres gemeinsames Lernen an einer Gemeinschaftsschule ermöglichen, berücksichtigen können. Der Schulträger ermöglicht und unterstützt die Zielstellung, in dem er entsprechende wohnortnahe Angebote bereitstellt.

Zu Nummer 2 (§ 4):

Wichtige Aufgabe der Schule ist nach der Präambel des Thüringer Schulgesetzes die Vorbereitung auf das Berufsleben. Erst seit 2020 macht der § 47 a Aktivitäten der Berufs- und Arbeitsweltorientierung zum verpflichtenden Bestandteil des Unterrichts. Praxisorientiertes Lernen soll grundlegend im Unterricht der Sekundarstufe I verankert werden.

Zu Nummer 3 (§ 6 a):

Mit der Neuregelung im Absatz 3 a soll das Angebot des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule weiter ausgebaut werden. Die im Schuljahr 2022/2023 bestehenden Regelschulen sowie nach § 4 Abs. 5 und 6 zulässigen Gemeinschaftsschulen mit den Klassenstufen 5 bis 10 sollen nun schrittweise mit einer Grundschule verbunden werden, um der pädagogischen Zielrichtung einer Gemeinschaftsschule besser gerecht zu werden.

Diese Regelung gilt nach Satz 1 für Grund- und Regelschulen beziehungsweise für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen mit den Klassenstufen 5 bis 10, welche sich am selben Schulstandort befinden. Davon werden die Schulen erfasst, die sich auf demselben Schulgrundstück befinden oder welche die Räume einer Schule am selben Standort gemeinsam nutzen.

Zu Nummer 4 (§ 7):

Absatz 6:

Mit der neuen Formulierung in Absatz 6 ist eine erfolgreich absolvierte besondere Leistungsfeststellung nicht mehr Bestandteil der Versetzung eines Schülers von der Einführungsphase in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe. Der Schüler erwirbt - wie in anderen Ländern auch - bei Erfüllung der Versetzungsbedingungen, sprich bei erfolgreicher Versetzung in die Klassenstufe 11, den Realschulabschluss. Damit zeigt der Schüler, dass er die erforderlichen Kompetenzen erworben hat.

Absatz 7:

Seit dem 1. August 2019 läuft an den drei Spezialgymnasien für Sport in Erfurt, Jena und Oberhof der Schulversuch "Schulzeitstreckung an Spezialgymnasien". Ziel dieses Schulversuchs ist es, die bessere Vereinbarkeit der Inhalte des gesetzlichen Auftrags der Spezialgymnasien für Sport, sprich das Erreichen eines Schulabschlusses sowie die Begabungsförderung und damit die fundierte leistungssportorientierte Ausbildung, zu erproben. Zu dieser Zielerreichung wird seit dem Schuljahr 2019/2020 die Schulzeit der zweijährigen Qualifikationsphase auf drei Schuljahre gestreckt und auf die Einrichtung der 11 Sp verzichtet. Der Schulversuch endet regulär zum 31. Juli 2023.

Die Ausführungen zu den Spezialgymnasien für Sport gelten für das Spezialgymnasium für Musik in Weimar entsprechend. Der Schulversuch "Schulzeitstreckung an Spezialgymnasien" hat in diesem Fall das Ziel, die bessere Vereinbarkeit der Inhalte des gesetzlichen Auftrags der Spezialgymnasien für Musik, sprich das Erreichen eines Schulabschlusses sowie die Begabungsförderung und damit eine fundierte musikalisch orientierte Ausbildung, zu erproben. Dabei besteht die besondere Herausforderung schulische und musikalische Anforderungen miteinander zu verbinden. Dieser Schulversuch begann am 1. August 2020 und endet regulär am 31. Juli 2024.

Mit der Neuregelung in Satz 2 wird vor dem Hintergrund der bisher eindeutigen positiven Effekte des Schulversuchs an den Spezialgymnasien für Sport und Musik der Inhalt des Schulversuchs "Schulzeitstreckung an Spezialgymnasien" für diese Schulen in Landesträgerschaft als Regelfall im Schulgesetz etabliert. Mit Inkrafttreten dieser Regelung kann dieser Schulversuch an den vier Versuchsschulen vorzeitig beendet werden.

Um für diese Schulen eine vom Regelfall abweichende Regelung über den Zeitraum des Schuljahres treffen zu können, wird in § 45 Abs. 2 die Ermächtigungsgrundlage angepasst. Einzelheiten bleiben den Festlegungen in die Thüringer Schulordnung vorbehalten.

Vor dem Hintergrund des enormen schulorganisatorischen Aufwands bleibt das bisherige System am Gymnasium mit der Musikklasse nach Satz 1 zunächst bestehen.

Zu Nummer 5 (§ 10):

Mit der Regelung wird die Position der Schulkonferenz im Prozess der Entwicklung einer Schule hin zur Ganztagschule gestärkt.

Für den Fall, dass der Schulträger der Initiative der Schulkonferenz nicht entsprechen sollte, wird das Verfahren im Konfliktfall an das Verfahren zur Umwandlung einer Schule in eine Gemeinschaftsschule nach § 13 Abs. 6 Satz 3 bis 5 angelehnt.

Zu Nummer 6 (§ 13):

Vergleiche Ausführungen zu § 10 Abs. 5

Zu Nummer 7 (§ 15a):

Zu den Buchstaben a und b:

Mit der Regelung in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 und Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 wird die Berücksichtigung im Rahmen des Aufnahmeverfahrens von

Geschwisterkindern einer Familie bei gleichzeitiger Anmeldung an einer Schule in der gleichen Klassenstufe oder in verschiedenen Klassenstufen ermöglicht.

Zu Buchstabe c:

Zu Doppelbuchstabe aa:

Redaktionelle Änderung; die Vorrangregelung in Absatz 6 bleibt auch bei der Modifizierung der Aufnahmekriterien nach Absatz 1 und 2 im Rahmen einer Allgemeinverfügung nach Absatz 8 erhalten.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Schulträgern wird im Rahmen einer vom zuständigen Staatlichen Schulamt zu erlassenden Allgemeinverfügung die Möglichkeit eingeräumt, dass bei Schulen mit reformpädagogischer Ausrichtung oder mit besonderer Profilierung in einem gemeinsamen Schulbezirk oder ohne Schulbezirk ein Kontingent in einem Umfang von bis zu 30 Prozent nicht aus der räumlichen Nähe "nächstgelegene Schule" stammende Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden dürfen. Die Schulwahl, orientiert am Konzept der Schule, erhält damit mehr Gewicht; die Wahrscheinlichkeit, eine nicht nächstgelegene Schule gerade wegen ihres Schulprofils besuchen zu können, steigt.

Die konkreten Festlegungen werden, wie auch im Rahmen der Regelung in Satz 1 zwischen dem jeweiligen Schulträger und dem zuständigen Staatlichen Schulamt getroffen und sind seitens des zuständigen Staatlichen Schulamts durch Allgemeinverfügung zu veröffentlichen.

Unter reformpädagogische Konzepte fallen unter anderen die Jenaplan sowie die Montessori-Pädagogik. Eine besondere Profilierung einer Schule liegt insbesondere bei bereits rechtlich anerkannten Schulprofilen (Gymnasien mit bilingualem Zug, mathematisch-naturwissenschaftliche Spezialklassen sowie Musikklassen) sowie nachweislich historisch gewachsenen besonderen schulischen Angeboten (zum Beispiel Bläserklassen) vor.

Um auch einen Schulbesuch innerhalb des eigenen Sozialraums zu ermöglichen, ist für das Auswahlkriterium "Schulprofil" eine Kontingentfestlegung erforderlich.

Im Rahmen des festgelegten Kontingents findet ein eigenständiges Auswahlverfahren statt, wobei auch die Auswahlkriterien nach Satz 1 und deren Rangfolge festgelegt werden können. Übersteigt die Anzahl der Bewerber die innerhalb des Kontingents zur Verfügung stehende Anzahl der Plätze, so entscheidet das Los; nicht berücksichtigte Bewerber nehmen am Auswahlverfahren außerhalb des Kontingents teil.

Zu Nummer 8 (§ 17):

Der Besuch einer Schule außerhalb Thüringens soll grundsätzlich ermöglicht werden. Die Staatlichen Schulämter werden somit für den Besuch von allgemeinbildenden Schulen auch vom Verwaltungsaufwand hinsichtlich der Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen entlastet. Dennoch ist zur Überwachung der Schulpflichterfüllung von Thüringer Schülerinnen und Schülern der Besuch einer Schule außerhalb Thüringens nachzuweisen. Wegen des Besuchs der Berufsschulen wird wegen der Besonderheiten des Berufsschulnetzes an dem Erfordernis eines genehmigten Gastschulverhältnisses festgehalten.

Zu Nummer 9 (§ 20):

Nach bisheriger Rechtslage war die Erfüllung der Schulpflicht im zehnten Schulbesuchsjahr für Schüler ohne Hauptschulabschluss nur an einer allgemein bildenden Schule oder in Vorklassen beziehungsweise dem Berufsvorbereitungsjahr an berufsbildenden Schulen möglich. Der Zugang zu Fachklassen der Berufsschule war den Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss selbst dann verwehrt, wenn sie einen Ausbildungsvertrag hätten vorweisen können.

In der Praxis gibt es eine signifikante Anzahl an Jugendlichen (v. a. in der Land- und Bauwirtschaft), die sich nach dem 9. Schulbesuchsjahr auch ohne Hauptschulabschluss bei Ausbildungsbetrieben bewerben.

Um hier einer Schulmüdigkeit entgegenzuwirken und mit Blick auf den Fachkräftebedarf wird die Möglichkeit des Besuchs einer Fachklasse im zehnten Schulbesuchsjahr - auch ohne den vorherigen Erwerb des Hauptschulabschlusses - eröffnet. Der Erwerb des Abschlusses erfolgt dann regelmäßig mit der erfolgreichen Absolvierung der Ausbildung (vergleiche § 25 der Thüringer Berufsschulordnung).

Bei Abbruch der Ausbildung im ersten Ausbildungsjahr greifen die allgemeinen Regelungen zur Erfüllung der Schulpflicht zum Erwerb des Hauptschulabschlusses erneut.

Zu Nummer 10 (§ 28):

Die Regelung stellt klar, dass Klassensprecher ab der Klassenstufe 1 zu wählen sind und macht damit die entsprechende Regelung in § 8 der Thüringer Schulordnung entbehrlich, wonach die Möglichkeit zur Wahl eines Klassensprechers ab Klassenstufe 1 eingeräumt wird.

Zu Nummer 11 (§ 30):

Zu Buchstabe a:

Die Verpflichtung zur Übertragung des eigenen Bildes und Tones gilt für Schüler und Lehrkräfte gleichermaßen und dient unterrichtlichen und pädagogischen Zwecken. Eine Einwilligung des Schülers zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten ist in diesen Fällen nicht erforderlich.

Digitale Lernumgebungen, zu denen Bild und Ton gehören, unterstützen einen individuellen Lernzugang und eine lernförderliche Interaktion zwischen Lehrkraft und Schüler. Die digitale Interaktion ermöglicht dem Schüler seine Sozialkompetenz und seine sprachlichen Kompetenzen weiter auszubauen und zu festigen (zum Beispiel Gruppenarbeiten, Vorträge, Präsentationen).

Zu Buchstabe b:

Der neu eingefügte Absatz 3 a umfasst die Verwendung privater sowie schulischer digitaler Endgeräte (zum Beispiel Tablet, Notebook, Smartphone) in der Schule. Die Regelung erfasst somit nur die Verwendung digitaler Endgeräte der Schüler im Lernraum Schule; der Unterricht nach Nummer 1 kann daher auch Distanzunterricht sein, welcher in den Räumlichkeiten der Schule stattfinden kann. Die Verwendung digitaler Endgeräte im häuslichen Bereich ist nicht Gegenstand dieser Regelung.

Die Notwendigkeit dieser Regelung zeigt sich in der hohen Relevanz digitaler Medien und digitaler Endgeräte in der Gesellschaft und damit auch in der Schülerschaft. Eine unbefugte Nutzung und Verwendung der Endgeräte durch den Schüler soll vermieden werden.

Nummer 1 soll eine Störung des Unterrichtsablaufs vermeiden und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte von Schüler und Lehrkraft dienen (zum Beispiel unbefugte Aufnahme des Bildes oder Tones von Lehrkraft und/oder Schüler).

Nummer 2 gewährt insbesondere die private Nutzung digitaler Endgeräte. Für die Verwendung digitaler Endgeräte können seitens der Schule Regelungen in der Hausordnung vorgesehen oder im Einzelfall vom aufsichtführenden pädagogischen Personal situationsabhängig getroffen werden. Werden Nutzungsregelungen in der Hausordnung getroffen, ist die Schulkonferenz nach § 38 Abs. 3 Satz 3 Nr. 7 beteiligt.

Satz 3 sieht die Möglichkeit des Einbehalts digitaler Endgeräte der Schüler bei regelwidrigem Gebrauch durch die Schule ausdrücklich vor. Bei der Festlegung der Dauer des Einbehalts ist der konkrete Verstoß gegen die Nutzungsregelungen angemessen zu berücksichtigen.

Zu Nummer 12 (§ 34):

Zu Buchstabe a:

Redaktionelle Anpassung an Absatz 6

Zu Buchstabe b:

Redaktionelle Anpassung an Absatz 6

Zu Buchstabe c:

Die Verpflichtung zur Übertragung des eigenen Bildes und Tones gilt für Schüler und Lehrkräfte gleichermaßen und dient unterrichtlichen und pädagogischen Zwecken. Digitale Lernumgebungen, zu denen Bild und Ton gehören, unterstützen einen individuellen Lernzugang und eine lernförderliche Interaktion zwischen Lehrkraft und Schüler. Wie im Präsenzunterricht dient die (sichtbare) Anwesenheit der Lehrkraft dazu, die notwendige Unterrichtsstruktur auch in der digitalen Lernumgebung sicherzustellen. Die digitale Interaktion ermöglicht der Lehrkraft eine intensive und ortsunabhängige Lernprozessbegleitung.

Die Lehrkraft ist für Schüler, vor allem für Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf, eine zentrale Bezugsperson und muss daher - wenn schon nicht körperlich anwesend - zumindest sichtbar sein. Die (sichtbare) Anwesenheit der Lehrkraft ist insbesondere für den erfolgreichen Schriftspracherwerb unerlässlich sowie zur Förderung und Unterstützung des Vertrauensverhältnisses von Lehrkraft und Schüler zwingend erforderlich. Über diese visuelle und akustische Präsenz der Lehrkraft im Distanzunterricht kann ein dem Präsenzunterricht angenäherter Unterrichtsbetrieb gelingen. Die Übertragung von Bild und Ton dient zudem der Erfüllung der Aufsichtspflicht sowie der Kontrolle und Sicherstellung der Teilnahme des Schülers am Unterricht. Die Lehrkraft trägt somit in ihrer Gesamtheit (mit Bild und Ton) dazu bei, den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule adäquat zu erfüllen.

In Ausnahmefällen sind Unterrichtssituationen denkbar (zum Beispiel selbstständige Gruppenarbeiten), bei denen auf die Übertragung des eigenen Bildes verzichtet werden kann.

Zu Buchstabe d:

Absatz 6 ermöglicht den Einsatz von geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Unterstützung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern und Sonderpädagogischen Fachkräften im Unterricht insbesondere der weiterführenden Schulen.

Pädagogische Assistenzkräfte erteilen keinen eigenständigen Unterricht. Sie nehmen auch nicht die Aufgaben von an den Schulen tätigen Sonderpädagogischen Fachkräften oder Erzieherinnen und Erziehern wahr, sondern unterstützen diese bei der Wahrnehmung ihrer Tätigkeiten. Zudem können die pädagogischen Assistenzkräfte dazu beitragen, eine sprachliche sowie kulturelle Brücke zwischen Schülerinnen und Schülern und der Schule zu bauen. Wenn sie über entsprechende Sprachkenntnisse verfügen, können sie auch den Eltern mit geringen Deutschkenntnissen als Ansprechpartner in der Schule zur Verfügung stehen.

Die Festlegungen nach Satz 3 können den entsprechenden Regelungen wie in der Lehrerdienstordnung oder in der Richtlinie des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) zur Einstellung in den Thüringer Schuldienst (Einstellungsrichtlinie) getroffen werden.

Die bisherige Regelung in Absatz 6 ist nach Abwicklung des Schulversuchs "Erprobung neuer Steuerungsmöglichkeiten der Optimierung pädagogischer Prozesse in Sozialräumen mit hohen Belastungsfaktoren" zum Ende des Schuljahres 2021/2022 obsolet.

Zu Nummer 13 (§ 35):

Durch den Einsatz von Verwaltungsassistenzen an Schulen soll eine administrative Entlastung der Schulen erreicht werden, damit sich die Schulleitungen mehr auf die notwendige Schulentwicklung und die pädagogischen Herausforderungen konzentrieren können. Qualifikationen und Stellenanteile für die Schulen sind untergesetzlich zu regeln.

Zu Nummer 14 (§ 35 a):

In § 35 a wurde in der letzten Novelle die Schulsozialarbeit im Schulgesetz verankert. In einem zweiten Schritt soll für alle Schulen ein bedarfsorientiertes Angebot von Schulsozialarbeit im Schulgesetz etabliert werden.

Eine bedarfsorientierte Verteilung der Stellen wird in den einzelnen Gebietskörperschaften bereits praktiziert. Grundlage der Bedarfsplanung bildet immer der örtliche Jugendhilfeplan/Jugendförderplan nebst dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses. In diesem muss der Bedarf für Schulsozialarbeit an Hand verschiedenen Indikatoren dargestellt werden. Die zur Verfügung stehenden Landes- und kommunalen Mittel werden dann entsprechend der Priorisierung des Bedarfs verteilt.

Zu Nummer 15 (§ 38):

Zu Buchstabe a:

Mit der Pflicht der Schulen zur Erstellung eines Schulentwicklungsprogramms nach § 40 b Abs. 1 Satz 3, wird die Evaluation und auch das weitere schul- und unterrichtsentwickelnde Vorgehen in den Schulen weiterentwickelt. Die Erstellung eines Schulentwicklungsprogramms erfordert fachliche Begleitung und Unterstützung.

Im Zusammenhang mit der Erstellung eines Schulentwicklungsprogramms für alle Schulen wird die Schulkonferenz nach Nummer 3 informiert beziehungsweise ins Benehmen gesetzt, da es sich in der Regel um fachinhaltliche Konzeptionen der internen Schul- und Unterrichtsentwicklung handelt. Sollten Organisationsformen betroffen sein, wie zum Beispiel die Gründung einer anderen Schulform oder die Einrichtung jahrgangsübergreifender Klassen, ist eine Entscheidung der Schulkonferenz weiterhin geboten.

Zu Buchstabe b:

Die Verfahrensweise bei Bundeswehrbesuchen wird in der Nummer 14 präzisiert.

Zu Nummer 16 (§ 40 b):

Schulentwicklung und Schulqualität lassen sich nicht voneinander trennen. Um eine kontinuierliche Schulentwicklung für alle Schulen im Land zu unterstützen, wird ein Thüringer Orientierungsrahmen Schulqualität entwickelt. Dieser Orientierungsrahmen dient als Instrument der Schulentwicklung und soll als Ideengeber die innerschulische Diskussion zu Fragen der schulischen Qualität anregen, Schulen bei der Entwicklung und Präzisierung ihrer Entwicklungsziele und -planungen unterstützen sowie Orientierung und Unterstützung für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und Schulleitungen bieten. Er ist die orientierende Basis für das Schulentwicklungsprogramm.

Im Schulgesetz ist der allgemein verbindliche Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule formuliert. Dennoch haben Schulen spezifische pädagogische Profile, fachliche Schwerpunkte, Konzepte der Unterrichtsorganisation und Strategien der Organisationsentwicklung. Ein Schulentwicklungsprogramm, in dem die Schule ihre Ziele und ihre pädagogischen Schwerpunkte sowie ihre pädagogische Verantwortung für die eigene Entwicklung und Qualität ihrer pädagogischen Arbeit zu einem pädagogischen Profil bündelt, fehlt jedoch. Dieses wird nunmehr im Schulgesetz verankert, denn die kontinuierliche Arbeit am Schulentwicklungsprogramm ist für eine gelingende Schulentwicklung der zentrale Arbeitsgegenstand und damit von hoher Bedeutung.

In diesem Zusammenhang sollten die verschiedenen gesetzlich vorgesehenen Konzepte (wie zum Beispiel Konzept zur Gesunderhaltung nach § 47 Abs. 1, pädagogisches Konzept der Gemeinschaftsschule §§ 4 Abs. 4, 6a Abs. 2 in Verbindung mit § 147a Abs. 2 ThürSchulO, Ganztagschulkonzept nach § 10 Abs. 1 und 5), welche die Schulen neben ihrem Schulkonzept, dem Berufsorientierungskonzept, dem Medienbildungskonzept und zukünftig auch dem Kinderschutzkonzept zu erstellen haben, sollten hier möglichst mit gebündelt sein. Damit werden schulische Entwicklungsziele präzisiert und dienen als Basis für die interne und externe Evaluation (vergleiche Absatz 2 und 3).

Zu Nummer 17 (§ 41):

Der Schulträger hat bei der Schulnetzplanung wohnortnahe schulische Angebote, die längeres gemeinsames Lernen an Gemeinschaftsschulen ermöglichen, zu berücksichtigen und in den Schulnetzplan aufzunehmen.

Zu Nummer 18 (§ 41 a):

Zu Buchstabe a und b:

Die Formulierungen zur Mindestzügigkeit von Grund- und Regelschulen werden angeglichen und für die einzelne Schule ein Anreiz zur Kooperation mit anderen Schulen nach § 41 e geschaffen. Ziel ist es, einen qualitativ guten Unterricht und einen effektiven Lehrereinsatz zu ermöglichen. Bei der Regelschule kann ohne die Vorgabe einer Mindestzügigkeit ein gesetzlich vorgesehener differenzierter Unterricht in einzelnen Fächern auf verschiedenen Anspruchsebenen, welche auf den Erwerb des Haupt- oder Realschulabschlusses bezogen sind, nicht gewährleistet werden.

Eine nicht nach § 41 e kooperierende Schule ist mindestens zweizügig zu führen. Dies gilt für Grund- und Regelschulen gleichermaßen. Die Ausnahmeregelungen nach § 41 c bleiben daneben weiter anwendbar.

Zu Nummer 19 (§ 44 a):

Die Digitalstrategie Thüringer Schule wurde am 18. Dezember 2018 vom Thüringer Kabinett beschlossen und setzt damit die KMK-Strategie "Bildung in der digitalen Welt" konsequent um. Grundlage der Entwicklungen ist der Ausbau der digitalen Basis-Infrastruktur an den Schulen.

Mit dem DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 wird in Thüringen diese Vereinbarung zwischen Bund und Ländern umgesetzt. Der Bund und der Freistaat Thüringen wollen die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass das Bildungssystem in Zeiten des digitalen Wandels Teilhabe und Mündigkeit für alle Heranwachsenden sowie Chancengerechtigkeit für jedes einzelne Kind ermöglicht. In der Ausstattungsempfehlung heißt es bezüglich digitaler Endgeräte: "Wenn das medienpädagogische Konzept dies vorsieht und eine Elternfinanzierung gesichert ist, sollen Schülerinnen und Schüler über ein mobiles Endgerät entsprechend den Anforderungen der Schule verfügen. Unabhängig davon sollen Klassensätze von mobilen Endgeräten an jeder Schule wie folgt vorgehalten werden: Ein Klassensatz mobile digitale Endgeräte je Zug inklusive Aufbewahrungs- beziehungsweise Ladestationen."

Da es nicht nur um das Ermöglichen von Distanzunterricht gehen darf, sondern digitales Lernen ein essenzieller Teil des Unterrichts werden soll, muss langfristig die Ausstattung aller Schüler gelingen, sodass dann an allen Schulen digitale Medien chancengleich genutzt werden können.

Mit der Bereitstellung eines mobilen Endgerätes ab Klassenstufe 5 in allen Schularten ist bei einer Nutzungsdauer von 4 bis 5 Jahren die Ausstattung der Schüler mit einem digitalen Endgerät für die Dauer der gesetzlichen Vollzeitschulpflicht von zehn Jahren abgedeckt.

Zu Nummer 20 (§ 45):

Die Ermächtigungsgrundlage in Satz 2 wird zur Umsetzung des Anspruchs von Kindern im Grundschulalter auf Ganztagsbetreuung bis zum Beginn der Klassenstufe 5 nach dem Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG) vom 2. Oktober 2021 (BGBl. 2021 Teil I Nr. 71, S. 4602) sowie zur Überführung des Schulversuchs "Schulzeitstreckung an Spezialgymnasien" an den Spezialgymnasien für Musik und Sport in den Regelfall

nach § 7 Abs. 7 Satz 2 erweitert. Einzelheiten werden somit in den entsprechenden Verordnungen umgesetzt.

Zu Nummer 21 (§ 45 a):

§ 45 a regelt den in Zeiten der Pandemie durchgeführten Distanzunterricht und etabliert ihn als Form der Schulpflichterfüllung. Die Festlegungen gelten auch für Schulen in freier Trägerschaft.

Zu Absatz 1:

Satz 1 beschreibt den Grundsatz, dass die Schüler ihre Schulpflicht in Präsenz in der Schule erfüllen; Regelfall ist der Präsenzunterricht.

Mit Satz 2 wird erstmalig eine abweichende Regelung zur Schulpflichterfüllung in Form des Distanzunterrichts aufgenommen.

Unter Distanzunterricht ist die Gestaltung des Lernprozesses mit Schülern von zu Hause aus oder auch in räumlicher Trennung zur Lehrkraft in der Schule selbst zu fassen. Ebenfalls umfasst ist die Unterrichtung mehrerer Schüler aus unterschiedlichen Schulen durch eine Lehrkraft. Somit sind auch Kombinationen von Präsenz- und Distanzunterricht (Hybridunterricht) vorstellbar.

Bezeichnend für den Distanzunterricht ist, dass es zwar keine unmittelbare Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden im Sinne einer persönlichen Begegnung gibt, aber im Unterrichtsbetrieb dennoch ein Austausch sowie eine Zusammenarbeit durch den Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmitteln in digitaler Lernumgebung ermöglicht wird.

Digitale Lernumgebungen erlauben das einfache Einbinden verschiedener digitaler Medien und Werkzeuge, wie zum Beispiel auch Kameras und Mikrophone, beim Lehren und Lernen. Somit ist die Arbeit mit Texten, Videos und Sprachaufnahmen in Videokonferenzsystemen genauso möglich wie mit Tabellen, Abbildung und Skizzen.

Dafür sind technische und strukturelle Voraussetzungen notwendig. Diese sind unter anderem die IT-Infrastruktur in der Schule einschließlich WLAN, die Verfügbarkeit digitaler Lehr- und Lernmittel sowie eines Lern-Managementsystem mit digitalen Aufgaben-Ressourcen, die den Lehrkräften dabei helfen, digitale Lernumgebungen für die Lernenden konkret auszugestalten.

Im Hinblick auf die Chancengleichheit muss für alle Schüler eine gleichwertige Möglichkeit der Teilnahme am Distanzunterricht gewährleistet sein. Dies stellt Satz 3 sicher.

Unabhängig von der Unterrichtsform sind die Grundsätze der individuellen Förderung zu berücksichtigen.

Zu Absatz 2:

In der Regel nehmen die Schüler am Präsenzunterricht nach Absatz 1 Satz 1 teil. Ausnahmen werden unter den Nummern 1 bis 3 aufgeführt, wonach aus Gründen des Gesundheitsschutzes (Nr. 1) und aus schulorganisatorischen Gründen (Nr. 2 und 3) Distanzunterricht stattfinden kann.

Unter den Genehmigungsvorbehalt seitens des zuständigen staatlichen Schulamtes sind dabei unter Nr. 3 etwa Fälle gestellt, in denen bei Ein-

schränkungen der räumlichen oder personellen Kapazitäten an einzelnen Schulen sich ein Bedarf an Distanzunterricht ergeben kann.

Zu Absatz 3:

Distanzunterricht ist eine Organisationsform, die eine Vielzahl pädagogischer Chancen für individualisiertes und selbstgesteuertes Lernen enthält.

Auch wenn der Distanzunterricht den Präsenzunterricht nicht vollständig zu ersetzen vermag - die soziale und emotionale Komponente des Lernens bedarf einer Interaktion zwischen Lehrkraft und Lernenden sowie zwischen den Lernenden untereinander -, so sollte doch der mit der Corona-Pandemie einhergegangene Digitalisierungsschub und die damit verbundenen Maßnahmen und Erfahrungen zur Re-Organisation von Schule und Unterricht nicht ungenutzt bleiben und weiterentwickelt werden.

Aus dem in den Zeiten der Pandemie durchgeführten Distanzunterricht haben sich vielfältige Impulse für unterschiedliche innovative Konzepte ergeben. Viele Lehrkräfte, Schulen und Institutionen haben elaborierte Lösungen gefunden, auf vielfältige Weise mit den Schülern in Distanz zu kommunizieren und digitale Lernumgebungen zu schaffen. Diese Impulse für digital gestützten Unterricht gilt es aufzugreifen, weiterzuentwickeln und nachhaltig im Sinne der Unterrichtsentwicklung zu verstetigen. Hierfür schafft Absatz 3 die entsprechende Ermächtigungsgrundlage.

Die möglichen Festlegungen durch Rechtsverordnung sollen sich an den Lernvoraussetzungen des jeweiligen Bildungsgangs orientieren und das Alter, die charakterliche Reife sowie die Selbständigkeit der Schüler, insbesondere bei Schülern der Primarstufe und Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf, berücksichtigen.

Zu Nummer 22 (§ 57):

Die Einführung des Distanzunterrichts nach § 45 a hat eine entsprechende Anpassung der Regelung zum Datenschutz zur Folge. Um den Distanzunterricht als Form der Schulpflichterfüllung sicherzustellen und somit pädagogisch effektiv umzusetzen und zugleich den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu entsprechen, bedarf es einer Ergänzung der Rechtsgrundlage in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten der Schüler und der Lehrkräfte.

Zu Nummer 23 (§ 58):

Durch das Ganztagsförderungsgesetz des Bundes wurden im §§ 99 Abs. 7c, 102 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII neue Statistik- und Berichtspflichten der Bundesregierung beziehungsweise der Länder eingefügt. Die entsprechenden landesrechtlichen Regelungen bilden die erweiterte Verarbeitung von schul- und personenbezogenen Daten derzeit nicht ab.

Aufgrund der Weitergabe von schulischen Daten an Dritte, hier dem Bund aufgrund der §§ 99 Abs. 7c, 102 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII, ist der Zweck der weitergehenden Verarbeitung dieser Daten vor dem Hintergrund datenschutzrechtlicher Vorgaben erforderlich. Die Übermittlung der Daten erfolgt dann anonymisiert.

Darüber hinaus ist eine entsprechende Änderung der Thüringer Verordnung über die statistische Erhebung von personenbezogenen Da-

ten im Kultusbereich vom 5. August 1994 (GVBl. S. 954), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Mai 2014 (GVBl. S. 200), erforderlich.

Zu Nummer 24:

Redaktioneller Hinweis

Zu Artikel 2 - Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Zu Nummer 1:

Mit der Änderung tritt an die Stelle der bisherigen schulartbezogenen Lehrerausbildung eine auf schulstufenbezogene, nicht mehr an die Schulart gebundene Lehrerausbildung. Absatz 2 enthält die neuen schulstufenbezogenen Bezeichnungen der neuen Lehrämter. Die bisher selbständigen schulartbezogenen Lehrämter für das Lehramt an Regelschulen und das Lehramt an Gymnasien werden zu einem schulstufenbezogenen Lehramt zusammengelegt.

Zu Nummer 2:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Buchstabe b:

In Anlehnung an entsprechende KMK-Vorgaben werden die Inhalte des Studiums in der Grundschulpädagogik und den Bildungswissenschaften erweitert beziehungsweise neu definiert.

Zu Nummer 3:

Mit der Änderung werden die Strukturvorgaben für das Studium des neuen schulstufenbezogenen Lehramts für die Sekundarstufe I und II neu definiert. Die Regelungen berücksichtigen die bisherige Zuordnung der Lehrerausbildung in der ersten Phase zu den einzelnen Universitäten und Abschlussformen (Erste Staatsprüfung oder Master of Education).

Zu Nummer 4:

In Anlehnung und in Umsetzung für das Lehramt an berufsbildende Schulen werden die bildungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Studienanteile neu und teilweise erweitert definiert.

Zu Nummer 5:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 6:

Es handelt sich um eine Folgeänderung mit denen für die zweite Phase der Lehrerbildung, den Vorbereitungsdienst, die neue schulstufenbezogene Lehrerausbildung grundsätzlich umgesetzt werden soll.

Zu Nummer 7:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 8:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Buchstabe b:

Mit dieser Neuregelung erfolgt eine Definition, welche schul- und klassenstufenbezogenen Lehrbefähigungen mit den neuen schulstufenbezogenen Lehramtsbefähigungen erworben werden. Die Regelung orientiert sich an den Bestimmungen des § 4 a Abs. 2 des Thüringer Schulgesetzes zu Schulstufen.

Zu Nummer 9:

Die Regelung passt die bisherigen Regelungen zur Weiterbildung an die neue schulstufenbezogene Lehrerbildung an. Mit dem neuen Absatz 2 werden die grundsätzlichen Voraussetzungen geregelt, die erforderlich sind, damit mit Erweiterungsprüfungen, Prüfungen in einem weiteren Fach oder gleichwertigen Weiterbildungsangeboten eine Lehrbefähigung erworben werden kann. Insoweit dient die Neuregelung der Konkretisierung der bisherigen allgemeinen Regelung für die Anerkennung einer Lehrbefähigung bei erfolgreich absolvierten Weiterbildungen. Darüber hinaus stellt sie klar, dass Lehrkräfte, die als Seiteneinsteiger eine Laufbahnbefähigung erworben haben, Lehrern mit abgeschlossener regulärer Lehrerausbildung (Zweite Staatsprüfung) beim Erwerb einer weiteren Lehrbefähigung gleichstehen.

Zu Nummer 10:

Diese Erweiterung der Ermächtigungsgrundlage ist geboten, um die sich aus den UN-Behindertenrechtskonvention ergebenden Verpflichtungen in Bezug auf die Ausbildung im Vorbereitungsdienst transparenter umsetzen zu können.

Zu Nummer 11:

Mit dieser Übergangsregelung soll erreicht werden, dass mit der neuen stufenbezogenen Lehrerausbildung und den sich daraus ergebenden neuen Lehrämtern bezweckte höhere Flexibilität bei Einsatz von Lehrkräften an Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien bei der Deckung des Lehrbedarfs auch auf die im Thüringer Schuldienst befindlichen Lehrkräfte, die über die bisherige schulartbezogene Lehramtsausbildung verfügen, übertragen werden kann. Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, insbesondere an Regelschulen, soll diese Regelung dazu dienen, Lehrkräfte mit der bisherigen schulartbezogenen Lehrerausbildung entsprechend der neuen schulstufenbezogenen Lehrbefähigungen schulstufenbezogen einsetzen zu können.

Weiterhin werden die bisherigen Ersten Staatsprüfungen für das Lehramt an Regelschule und das Lehramt an Gymnasien in die neue stufenbezogene Lehrerausbildung übergeleitet. Entsprechendes gilt für schulartbezogene Weiterbildungen und den sich daraus ergebenden Berechtigungen.

Zudem regelt die Übergangsbestimmung den Übergangszeitraum zwischen dem Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelungen über eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung und dem Inkrafttreten der notwendigen neuen Verordnung über die Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter und den neuen Verordnung über die Erste Staatsprüfung für die

Sekundarstufe I und II, die an die Stelle der bisherigen Verordnungen über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien und über die Fächer und die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Regelschulen treten. Weiterhin stellt sie sicher, dass Lehramtsstudierende, die die Erste Phase der Lehrerbildung nach den bisherigen Bestimmungen ablegen beziehungsweise den Vorbereitungsdienst und die Zweite Staatsprüfung nach den bisherigen Bestimmungen ablegen, automatisch in die neue Lehrerausbildung überführt werden. Eine solche Regelung ist aus Vertrauensschutzgründen und zur Vermeidung von Unsicherheiten bei den Studierenden und Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern, die ihre Ausbildungen nach den bisherigen Bestimmungen absolvieren, geboten.

Zu Nummer 12:

Hier handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Artikel 3 - Inkrafttreten

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes.

Zu Absatz 2:

Die Gesetzesänderung tritt zum 1. August 2024 in Kraft, damit die notwendige Zeit für die Erarbeitung und Änderung der neuen Thüringer Verordnung über die Erste Staatsprüfung für die Sekundarstufe I und II sowie die Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes, des Thüringer Lehramtsanwärterzulassungsgesetzes, der Thüringer Bildungsdienstlaufbahnverordnung sowie der Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter vorhanden ist.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechtschmidt

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen

Handwerkskammer Erfurt

Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.

Grundschulverband e.V., Landesgruppe Thüringen

Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Thüringen e.V.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen

Universität Erfurt

Bundesverband Musikunterricht (BMU), Landesverband Thüringen

Handwerkskammer für Ostthüringen

Erfurt School of Education, Universität Erfurt

Handwerkskammer Südthüringen

Interessenvereinigung der Gymnasien in Thüringen e.V.

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen in Thüringen

Universität Jena, Prof. Dr. Kracke

Evangelisches Büro Thüringen

tlv thüringer lehrerverband e.V.

Katholische Elternschaft Thüringens in Deutschland

Thüringer Philologenverband

Kern-Bildung, Bildungsberatung und -begleitung

ver.di, Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Katholisches Büro Erfurt

D 64 - Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V.

Universität Jena

Verband der Sonderpädagogik, Landesverband Thüringen

Inklusionskinder Ostthüringen e.V.

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.

Thüringer Landeselternvertretung

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Thüringen

Der Kinderschutzbund, Landesverband Thüringen e.V.

SALAMANCA leben e.V.

Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie, Landesarbeitskreis Thüringen

Thüringer Landesverband der Schulfördervereine e.V.

Staatliche Gemeinschaftsschule Wenigenjena

Thüringischer Landkreistag e.V.

Deutscher Sportlehrerverband e.V., Landesverband Thüringen
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.
Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.
Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.
LERNEN FÖRDERN - Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen e.V.
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen
Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Landesjugendring Thüringen e.V.
Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px;">SCHULE WIRTSCHAFT Thüringen freiwillig Zusammenschluss</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">c/o Bildungswirtschaft Thüringen Wirtschaft e.V. Hochschule Erfurt, 99094 Erfurt</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Hochschule 11.47</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		SCHULE WIRTSCHAFT Thüringen freiwillig Zusammenschluss	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Bildungswirtschaft Thüringen Wirtschaft e.V. Hochschule Erfurt, 99094 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hochschule 11.47	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
	SCHULE WIRTSCHAFT Thüringen freiwillig Zusammenschluss										
Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Bildungswirtschaft Thüringen Wirtschaft e.V. Hochschule Erfurt, 99094 Erfurt										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hochschule 11.47										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Im Bereich SCHULEWIRTSCHAFT der Übergang von der Schule in den Beruf sowie Berufl. Orientierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	Stellung der Regelschule, keine Umkehrkette, eine Schulform, die auf duale Ausbildung abzielt, Bf. Beibehalten Azubikräfte haben an Schule Potenzial, Abschluss des Versuchs zur Auszubildung	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
E.A., 12.11.2023	

SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf
Der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Rund 100 Mio EUR jährlich mehr geplant, angesichts der bereits jetzt schon hohen Bildungsausgaben in Thüringen in Bezug auf jeden einzelnen Schüler.

In verschiedenen bildungspolitischen Stellungnahmen haben wir in den letzten Jahren unsere Positionen immer wieder verdeutlicht, sowohl der Verband der Wirtschaft Thüringens e. V. als auch SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen. Unser Schwerpunktthema ist das Handlungsfeld berufliche und arbeitsweltliche Orientierung und der Übergang von der Schule in den Beruf im Interesse der Thüringer Wirtschaft.

Vorbemerkung:

Wir treten für ein differenziertes Schulsystem ein, von der Grundschule bis zum Gymnasium, so dass alle Schüler¹ einen auf sie zugeschnittenen, eigenständigen und gesellschaftlich akzeptierten Bildungsgang erhalten können. Ein differenziertes und leistungsorientiertes Bildungssystem verlangt unterschiedliche Schulformen, Schulprofile und –abschlüsse. Dies schließt ausdrücklich die Gemeinschaftsschule mit ein. Allerdings sehen wir immer häufiger, dass Gemeinschaftsschulen selbst eine Oberstufe anbieten (wollen) und nicht mit einem Gymnasium kooperieren möchten. Damit ist die Nähe zum Gymnasium bei Gemeinschaftsschulen automatisch mitgedacht. Aus unserer Zusammenarbeit mit den Thüringer Unternehmen und den Ergebnissen der Fachkräftestudien des TMASGFF wissen wir, dass Thüringen enormen Fachkräftebedarf im Bereich der dualen Ausbildungsberufe hat. Immer mehr Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt und immer weniger Interessenten bewerben sich dafür. Übertrittsquoten ans Gymnasium liegen in manchen Orten schon bei mehr 50 %.

Ein Handlungsansatz könnte in einer stärkeren Profilierung **einer Sekundarschule** liegen, mit klarer Spezialisierungen in der beruflichen Handlungsorientierung (Vermittlung gewerblich-technischer und handwerklicher sowie sozialpflegerischer Fähig- und Fertigkeiten), die aufgrund ihrer Größe auch über eigene Fachkabinette am Schulstandort verfügen oder eng mit benachbarten Berufsbildenden Schulen kooperieren könnte. Solch eine Profilierung passt gut zur Schulart Regelschule, die klar auf eine duale Ausbildung vorbereiten und ein klares Signal an ausbildende Unternehmen senden würde. Flankiert durch die BA-ESF-geförderte praxisnahe Berufsorientierung, die durch die BO-Landesstrategie vorstrukturiert wird. Diese Thematik streift der vorgelegte Gesetzesentwurf indirekt durch die „Umetikettierung“ der Regelschulen in Gemeinschaftsschulen binnen 5 Jahren. Solch eine Entscheidung würde eine bewährte Schulform mit Historie in Thüringen vernichten. Durch die richtige Stärkung und Profilierung erfüllt die Regelschule eine wichtige Bildungsaufgabe. In diesem Zusammenhang muss auch die geplante Schulstufenlehrausbildung kritisch diskutiert werden.

¹ Mit dem Oberbegriff Schüler sind im Folgenden SchülerInnen und Schüler gemeint; Ähnliches gilt für Lehrer usw.

Zu den vorgeschlagenen Modernisierungen:

Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

- **Praxisorientierung/berufliche Orientierung**

Wir begrüßen die Verankerung des Praxisorientierten Lernens grundlegend im Unterricht der Sekundarstufe I als durchgängiges Prinzip des Unterrichts.

- **Ausbau der Gemeinschaftsschulen/Überführung der benachbarten Grundschule**

Mit der Vorbemerkung wollen wir Diskussionsbedarf signalisieren, nicht ohne Weiteres an dem Ausbau der Gemeinschaftsschulen, wie geplant, festzuhalten. Grundsätzlich ist die enge Verschmelzung mit einer benachbarten Grundschule wünschenswert, denkbar natürlich auch mit einer gemeinsamen Schulleitung.

Allerdings plädieren wir auch dafür, die Regelschulen **nicht** zwangsweise innerhalb von fünf Jahren um zu etikettieren und dies ohne Beteiligung der Schulkonferenz und/oder des Bildungsministeriums. Wir erkennen wohl, dass die Beschränkung der Schularten Vorteile mit sich bringen kann, allerdings ist uns die qualitative Komponente einer Profilierung der Regelschulen, wie vorgeschlagen, so wichtig, dass wir hier dringend eine Diskussion einfordern.

Wir schlagen daher vor, bei der geplanten Überführung der benachbarten Grundschulen, sich zunächst auf die Standorte zu konzentrieren, bei denen die weiterführende Schule bereits Gemeinschaftsschule ist. Die dann gemachten Erfahrungen könnten Grundlage sein, für den weiteren Ausbau der Schulk Kooperationen.

- **Besondere Leistungsfeststellung (BLF)**

Die Einführung der Besonderen Leistungsfeststellung geht auf den Amoklauf am Gutenberggymnasium im Jahr 2002 zurück. Gerade am gymnasialen Bildungsgang in der Klasse 10 eröffnet die BLF die Chance für junge Menschen, mit einem Abschluss die Schule verlassen zu können, um beispielsweise eine (duale) Ausbildung aufzunehmen. Die damit einhergehende Leistungsfeststellung ist von Vorteil, signalisiert sie auch, ob das Potenzial für die Oberstufe und damit einer Orientierung auf ein Studium, hinreichend vorhanden ist. Wir empfehlen, die BLF **nicht** abzuschaffen.

- **Ganztag**

Grundsätzlich begrüßen wir den weiteren Ausbau von teil- und vollgebundenen Ganztagschulen, weil wir meinen, dass junge Menschen umfänglicher in Ganztagschulen gebildet werden können. Allerdings liegen die Voraussetzungen für Organisation, Räumlichkeiten und insbesondere die notwendige Ausstattung mit Lehrkräften, häufig nicht vor, so dass die Stärkung der Schulkonferenz sicherlich richtig ist, allerdings ohne vorliegende Voraussetzungen keine Umsetzung finden kann.

- **Schulbesuch und Schulpflichterfüllung in der Fachklasse der SBBS**
Beide Vorschläge begrüßen wir, auch unter dem Gesichtspunkt der Entbürokratisierung.
- **Distanzunterricht**
Die geplanten Ergänzungen im § 30 zur Teilnahme am Digitalunterricht mit Verpflichtung zur Übertragung des eigenen Bildes und Tones, soweit der Lehrer es aus pädagogischen Gründen fordert und die techn. Voraussetzungen vorliegen, ist gesetzlich notwendig zu regeln und steht außer Frage.

§ 44a unterstützt die Digitalschule durch digitale Endgeräte.

- **Pädagogische Assistenzkräfte und Schulverwaltungsassistenten**
Aufsichts-, Verwaltungs- und Organisationsaufgaben durch moderne Schulsoftware und Apps zu entbürokratisieren ist wichtig. Personelle Unterstützung zur Entlastung von Lehrkräften und vor allem Schulleitungen ebenso. Der aktuell laufende Modellversuch wird Digitalisierungsmöglichkeiten erkennen und sinnvolle Unterstützungsmöglichkeiten durch Externe sichtbar machen.
Diese Ergebnisse empfehlen wir abzuwarten, um Qualifikationsanforderungen an unterstützende Assistenzkräfte zu erkennen und ggf. über möglichen Synergien zwischen Schulen nachzudenken. Grundsätzlich hat Thüringen einen engen Arbeitsmarkt und hätten die Schulen alle Lehrerstellen besetzt, wäre der Handlungsbedarf geringer und die Schulleitungen müssten nicht so viele Vertretungsstunden absichern, bzw. es gäbe weniger Unterrichtsausfall.
- **Schulsozialarbeit**
Der Stellenwert der Schulsozialarbeit an Thüringer Schulen ist unstrittig. Die vielfältigen Problemlagen an Schulen bedürfen multiprofessioneller Teams. Insofern ist der geplante Ausbau eines bedarfsorientierten Angebotes im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets zu begrüßen.
- **Schulentwicklungsprogramm**
Entwicklungsprogramme bringen Schulen voran und sollten auch gesetzlich verankert werden, basierend auf dem Thüringer Orientierungsrahmen Schulqualität. Eine dazu passende Fachberaterstruktur am Thillm ist hilfreich. Zudem darf die Fortschreibung der Lehrpläne nicht vergessen werden.

Geplante Änderungen bezüglich der Schul- und Klassengrößen wurden bereits von der Thüringer Kommission "Zukunft Schule" im Jahr 2017 vorgeschlagen. Ob Schulverschmelzungen, Schulkoperationen oder Sprengelmodelle entwickelt werden, muss sich vor Ort entscheiden. Es ist längst Zeit, zu handeln!

Artikel 2: Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Die geplanten Änderungen in der Lehrerbildung hin zu Sekundarstufenlehrkräften kann einen Beitrag zur Nachwuchssicherung und zu einer höheren Flexibilität beim Einsatz der Lehrkräfte beitragen. Die derzeit im Landesdienst befindlichen Regelschullehrer sollen zudem in das neue schulstufenbezogene Lehramt für die Sek I und II übergeleitet werden. Wir befürchten, dass diese Pläne der eingangs angeregten Profilierung der Regelschule zu einer Schule, die auf (duale) Ausbildung vorbereitet, teilweise abträglich sind. Daher empfehlen wir beides zusammen zu diskutieren und auch Ansätze, wie das Duale Studium der ESE, ebenfalls einzubeziehen.

Jede Veränderung der Lehrerausbildung hat einen mehrjährigen Vorlauf und ist kostenintensiv. Zudem werden nicht nur in Thüringen ausgebildete Lehrkräfte in Thüringer Schulen beschäftigt. Akuter Lehrermangel ist jetzt!

Erfurt, 2023-01-10

Die Vorsitzenden:
Die Geschäftsführerin.

4574/2023

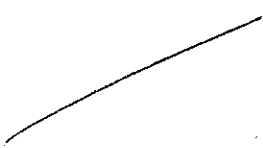
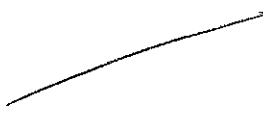
**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens 7/6573 ff.		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	Handwerkskammer Erfurt	
	Körperschaft des öffent- lichen Rechts	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Fischmarkt 13	
	Postleitzahl, Ort	
	99084 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der Interessen des Handwerks und Regelung aller Belange des Handwerks im Zuge der Selbstverwaltung	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Befürwortung des praxisorientierten Lernens - Ablehnung gegenüber der geplanten Abschaffung der BLE - Befürwortung der Regelung zur Vertretungspflicht im 10. Schuljahr	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
		
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
		

wird
Anwalt
vertrag

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.02.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen **Gesetzentwürfen** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ✓
 - Drucksache 7/6573 -

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP ✓
 - Drucksache 7/5371 -

Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - Drucksache 7/4760 -

Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht

Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP
 - Drucksache 7/4674 - Neufassung -

1.

Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?

(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Verein der Wirtschaft
Thüringens

Organisationsform

e. V.

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Lossinest. 1

Postleitzahl, Ort

99094 E. h. t.

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Landesvereinigung der Thüringer Abteilungs- und Hilfsverbände	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unters
Eifert 26.01.2023	

VWT • Lossiusstraße 1 • 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2314

zu Drs. 7/6573/5371

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlagen erhalten Sie:

1. die Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens;
2. Anmerkungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte vom 27.04.2022;
3. Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenz-dokumentationsgesetzes.

Anlagen

**Stellungnahme zum Gesetzesentwurf
der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens**

Vorbemerkung zur Bildungsfinanzierung

Gute Bildung hängt nicht zwangsläufig vom finanziellen Aufwand ab, den ein Bundesland bereitstellen kann. Ist der Aufwand allerdings hoch, sollte auch die Qualität der Bildung diesem Aufwand gerecht werden.

Thüringen verbesserte sich insgesamt auf Platz 3 im Bildungsmonitor 2022 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft¹. Die Vergleichsstudie identifiziert Stärken in Thüringen in den Handlungsfeldern **Ausgabenpriorisierung**, Berufliche Bildung, Hochschule/MINT, Förderinfrastruktur und Bildungsarmut. Thüringen hat laut Bildungsmonitor 2022 besondere Herausforderungen bei Inputeffizienz und Digitalisierung. Im neuen Handlungsfeld Digitalisierung haben wir den 13. Platz im Vergleich der Bundesländer.

Platz 1 im Handlungsfeld Ausgabenpriorisierung bedeutet, dass Thüringen im öffentlichen Ausgabeverhalten im Vergleich der Bundesländer die höchste Priorität hat. Der Bildungsmonitor 2022 weist darauf hin, dass die Altersstruktur der Lehrkräfte in Thüringen sehr unausgewogen ist.

Mit Blick auf die Bildungsausgaben weist das Statistische Bundesamt im Bildungsfinanzbericht 2022 Thüringen ebenfalls den Platz 3 zu, wenn Personalausgaben und unterstellte Sozialbeiträge sowie Beihilfen für aktive Beamtinnen und Beamte an öffentlichen Schulen je Schülerin und Schüler 2020 verglichen werden. Ohne die unterstellten Sozialbeiträge und Beihilfen würde Thüringen sogar auf Platz 2 vorrücken, nach Berlin.²

Mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf planen die Regierungsfaktionen Mehrausgaben von rund 100 Mio. Euro jährlich.

Der Verband der Wirtschaft Thüringens e. V. schließt sich in seiner Stellungnahme der Stellungnahme von SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen an.

Wir werben für eine Stärkung der Regelschulen mit einer zusätzlichen Profilierung im Bereich der beruflichen Handlungsorientierung mit Blick auf (duale) Ausbildung und den Fachkräftebedarf der Thüringer Wirtschaft.

¹ Die Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) bewertet anhand von insgesamt 98 Indikatoren in 13 Handlungsfeldern, inwieweit ein Bundesland Bildungsarmut reduziert, zur Fachkräftesicherung beiträgt und Wachstum fördert. https://www.insm-bildungsmonitor.de/2022_best_thueringen_gesamtranking.html

² Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2022, S. 56, Abbildung 4.2.5-1, veröffentlicht am 8.12.2022

Wir warnen vor einer zwangsweisen Umetkettierung der bestehenden Regelschulen binnen fünf Jahren in Gemeinschaftsschulen ohne die Beteiligung der Schulkonferenz noch des Bildungsministeriums.

Dringend fordern wir die Besetzung der offenen Lehrerstellen³ und Schulleitungspositionen; damit würden Unterrichtsausfall reduziert und der Bedarf für pädagogische Assistenzkräfte und Schulverwaltungsassistenten geringer.

Grundsätzlich begrüßen wir die Pläne zur Entbürokratisierung und Entlastung der Schulleitungen, die ihre Zeit besser in Schulentwicklungsprogramme investieren können. Die Personalführungskompetenz und größere Schulbudgets an Schulen wären hier u. E. notwendige nächste Schritte.

Bildung muss sich vergleichen lassen. Dies gilt auch für Gymnasien. Insofern empfehlen wir nicht, die Besondere Leistungsfeststellung nach Klasse 10 abzuschaffen.

Mit Blick auf die geplanten Änderungen der Lehrerbildung schlagen wir vor, diese Pläne mit Blick auf eine notwendige Profilierung der Regelschulen sowie Praxisorientierung und Arbeitsweltbezug an allen Schularten in der Sekundarstufe gemeinsam zu diskutieren. Grundsätzlich können Änderungen in der Lehrerbildung einen Beitrag zur Nachwuchssicherung und höheren Flexibilität beim Einsatz der Lehrkräfte beitragen. Duale Studienmodelle, wie von der Erfurt School of Education entwickelt, sollten mit einbezogen werden.

Erfurt, 25. Januar 2023

AM

³ Mit dem Begriff Lehrer sind im Folgenden Lehrerinnen und Lehrer gemeint; Ähnliches gilt für Schüler etc.

**Anmerkungen zum Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU und
der Parlamentarischen Gruppe der FDP**

**Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes -
Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte vom 27.04.2022**

Im Jahr 2018 wurde das Thüringer Schulgesetz und das Thüringer Förderschulgesetz zu einem Schulgesetz zusammengeführt, um Entwicklungsperspektiven für die Förderschulen zu beschreiben, nicht voraussetzungslos.

Wir begrüßen daher die Intentionen des o. g. Gesetzesentwurfs, darauf hinzuweisen, dass die sächlichen und personellen Voraussetzungen an den jeweiligen Schulen für den gemeinsamen Unterricht geschaffen sein müssen, bevor Kinder mit dem entsprechenden Förderbedarf die allgemeinbildenden Regel-, Gemeinschafts- und Gesamtschulen, Gymnasien oder berufsbildenden Schulen besuchen. Gerade im Umgang mit Schülern¹ mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird individuelle Förderung notwendig, die entsprechendes methodisch-didaktisches Wissen voraussetzt. Diese Bildungsprozesse benötigen die richtigen Rahmenbedingungen. In Förderschulaudits im Rahmen von Zertifizierungsprozessen haben wir gerade bei Förderschulen hohe Kompetenz in der Gestaltung individueller Lernsituationen mit besonderen Anforderungen kennengelernt, die auch für andere Schulformen beispielgebend sein können. Das Vorantreiben der inklusiven Bildung muss im jeweiligen Einzelfall im Sinne des Kindes und seiner Fähigkeiten abgewogen werden. Hierzu werden vielfältige Lernsituationen benötigt, ein vielfältiges methodisch-didaktischen Repertoire, unterschiedliche Räumlichkeiten und Fachräume, kleine Gruppen und hinreichend Zeit für Bildungsprozesse. Förderschulen haben jahrzehntelang gelernt, die richtigen Lernsettings und lernförderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese Kompetenz sollte erhalten werden, und Förderschulen sollten nicht zu reinen Beratungszentren werden, in denen kein Unterricht mehr stattfindet.

Unser Ziel ist es, die Potenziale junger Menschen zu entwickeln und dabei ihre Begabungen und Fähigkeiten sowie ihre Interessen und Neigungen zu fördern, immer auch mit dem Fokus auf den Übergang von der Schule in den Beruf für alle Schülerinnen und Schüler. Daher liegt unser Augenmerk insbesondere auf dem Übergang von der Schule in den Beruf. Dies meint insbesondere die berufliche Orientierung mit Arbeitsweltbezug durch praxisnahen Unterricht.

Im Kontext des am 27.4.2022 vorgelegten Gesetzesentwurfs ist uns wichtig:

- freies Schulwahlrecht der Eltern, insbesondere auch für den Verbleib in einer Förderschule;
- nicht zwingende gemeinsame Beschulung aller Schüler, sondern die richtigen Bildungschancen für jeden Schüler;

¹ Mit dem Oberbegriff Schüler sind im Folgenden Schülerinnen und Schüler gemeint; Ähnliches gilt für Lehrer usw.

- die Arbeit und Kompetenz von Förderschulen anzuerkennen.
- Förderschulen sind mehr als nur Beratungszentren.
- Gemeinsamer Unterricht in den allgemeinbildenden Schulen ist möglich, wenn die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen vorliegen; in enger Zusammenarbeit mit den Lehrern und sonderpädagogischen Fachkräften der Förderschulen sowie den mobilen sonderpädagogischen Diensten.
- Möglichkeit zur eigenverantwortlichen Entscheidung der Klassen- und Kursbildung an Regelschulen unter Beteiligung der Schulleitung und Schulkonferenz.

Der vorgelegte Gesetzesentwurf vom 27.04.2022 sowie die beiden Anträge der Parlamentarischen Gruppe der FDP vom 05.01.2022 noch der Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.01.2022 gehen aufgrund der früheren Datierung auf den von den Regierungsfractionen vorgelegten Gesetzesentwurf zur Modernisierung des Schulwesens vom 02.11.2022 ein.

Insofern empfehlen wir, bei den anstehenden bildungspolitischen Diskussionen zur Weiterentwicklung des Thüringer Bildungsgesetzes auch das Anliegen von CDU und FDP für gute Bildung und Stärkung der Elternrechte mit einzubeziehen.

Erfurt, 25. Januar 2023

AM

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Grundschulverbände v. Landesgruppe Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Hauptstr. 7, 99034 Nordhausen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>-/-</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>-/-</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Grundschulverbände v. Landesgruppe Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Hauptstr. 7, 99034 Nordhausen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	-/-	Postleitzahl, Ort	-/-
Name	Organisationsform										
	Grundschulverbände v. Landesgruppe Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Hauptstr. 7, 99034 Nordhausen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	-/-										
Postleitzahl, Ort	-/-										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Entwicklung der Grundschulen weiter forcieren</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nordhausen, 03.02.2023	



Grundschulverband e. V.
gegründet 1969 als
Arbeitskreis Grundschule
Landesgruppe Thüringen

Hauptstraße 7
99734 Nordhausen

Grundschulverband e.V. • Landesgruppe Thüringen

Thüringer Landtag
Referat A4
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Nordhausen, 30.01.2023

Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Der Landesvorstand Thüringen des Grundschulverband e.V. bedankt sich für die Zusendung und der Möglichkeit zum Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens (bereits vom Landtag beschlossen), den Gesetzentwürfe „Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“, den dazu vorliegenden Anträgen „Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“, „Kinder in den Mittelpunkt stellen- für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht“ Stellung zu nehmen und damit zum Diskurs über o.g. Vorlagen beizutragen.

Es ist für Außenstehende schwer nachvollziehbar, dass o.g. Gesetz bereits im Landtag beschlossen wurde und zum 1. August 2023 in Kraft tritt. Der Landesvorstand Thüringen des Grundschulverbandes e.V. nutzt dennoch die Gelegenheit Stellung zu den Gesetzentwürfen und Anträgen der Fraktionen im Thüringer Landtag zu nehmen.

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Artikel 1 Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Weiterentwicklung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule (§ 6a Abs.3)

Die Forderung nach längerem gemeinsamem Lernen ist fast 400 Jahre alt. Alle Pädagogen kennen die „Didacta magna“ von Johann Amos Comenius u.a. „Allen umfassend alles“ grundständige Bildung für alle Kinder, gleich welcher Herkunft. Mit dem Weimarer Kompromiss nach dem Ende des 1. Weltkrieges erfolgte die Festlegung der gemeinsamen Schulzeit auf vier Jahre. In der Geschichte der Grundschule gab es immer wieder Zeiten, die die Eigenständigkeit der Grundschule ausschlossen. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde das gegliederte Schulsystem aus den Altbundesländern auch in Thüringen eingeführt und es ist den Lehrerinnen und Lehrern unter Führung hochkompetenter Schulleitungen gelungen, die Schullart Grundschule als

eine gemeinsame Schule für alle Kinder zu entwickeln. Aufgabe dieser Schule ist die Verschiedenheit jedes Einzelnen zu respektieren, jedes einzelne Kind in seiner Gesamtentwicklung zu unterstützen, dafür zu sorgen, dass beim Miteinander- und Voneinander lernen individuelle Fähigkeiten und soziale Kompetenzen optimal entwickelt werden. Zukunftsfähige Grundschule ist eine Schule der allseitigen Bildung, eine Schule, die Leistungen würdigt und fördert, ein Ort der Lebens- und Lernfreude, eine demokratische Schule, eine Schule individuellen und gemeinsamen Lernens, eine Schule für alle Kinder. Das beinhaltet u.a.:

- die Ich-Stärkung eines jeden Kindes im Zusammenhang des sozialen Miteinanders,
- die Werte-Erziehung über die Stärkung von Verlässlichkeit und Gemeinschaftlichkeit und die Erfahrung eines demokratischen Zusammenlebens,
- die Erarbeitung tragfähiger Grundlagen für weiteres Lernen, bezogen auf alle Lernbereiche, dabei Stärkung des selbstständigen und des kooperativen Lernens,
- die Erschließung vielfältiger kultureller und ästhetischer Erfahrungen in Bereichen wie Literatur, Kunst, Musik und Bewegung,
- Die Schule als Erfahrungsraum und Modell einer gesunden und nachhaltigen Lebensgestaltung, die sorgsam mit Ressourcen umgeht, zu entwickeln.
-

Dieser Entwicklungsprozess ist fortlaufend und wird aus unserer Sicht durch die Änderung der Schulart brüchig. Mit der Überführung der Grund- und Regelschulen in die Schulart Gemeinschaftsschule entsteht nicht automatisch eine Gemeinschaftsschule mit den ihr eigenen Profil. (siehe aufgeführte Punkte) Letztendlich stehen für viele betroffenen Grundschulleitungen die Fragen im Raum: Warum jetzt? Stehen finanzielle Gründe hier Pate? Soll damit dem Lehrermangel entgegengewirkt werden? Sieht der Gesetzgeber im Interesse der Grundschule eine Änderung des Laufbahnrechts/ Beamtenbesoldungsgesetzes vor?

Aus der Begründung der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Artikel 1 Nr.3 (§6a) folgert, dass bestehende Gemeinschaftsschulen nicht in allen Punkten der pädagogischen Zielrichtung einer Gemeinschaftsschule gerecht werden. Soll die Grundschule mit der Überführung hier diese Lücke füllen?

Wir stellen uns nicht gegen das gemeinsame Lernen aller Schüler von Klassenstufe 1-10. Das funktioniert aber ausschließlich nur, wenn Schulen ein gutes Konzept entwickeln, so dass tatsächlich gemeinsames Lernen miteinander möglich ist. Dies lässt sich gut umsetzen, wenn Koordinatoren aus dem Bereich Grundschule und Sek 1/2 eng miteinander arbeiten. Dann haben die guten Ansätze aus dem Bereich Grundschule auch eine Chance in den weiterführenden Schulen mehr verankert zu werden. Im Freistaat gibt es einige gute Beispiele für diese Zusammenarbeit. Diese entstanden aber nicht durch gesetzliche Vorgaben, sondern durch hoch engagierte Pädagogen.

Besondere Leistungsfeststellung (§7 Abs.6)

Der ausschließlich für die Schulart Gymnasium benannte Wegfall der erfolgreich absolvierten besonderen Leistungsfeststellung als Bedingung für die Versetzung in die Gymnasiale Oberstufe bewerten wir positiv. Hier sollte auch die Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Zweig eingebunden werden.

Begründung:

Mit der automatischen Vergabe des Realschulabschlusses und der Versetzung in die gymnasiale Oberstufe wird ganz klar das Gymnasium gestärkt und eben nicht „das gemeinsame längere Lernen“. Mit der Folge, dass der Druck auch auf Grundschulen höher wird. Die Gymnasialempfehlung wird für Eltern noch wichtiger. Eltern werden sich in der Sicherheit wähnen, mit dem Übertritt auf ein Gymnasium stehe dem Abitur auch bei mäßigen Leistungen nichts mehr im Wege. Und selbst, wenn es am Ende doch nicht klappt: Den Realschulabschluss gibt es auf jeden Fall, ganz ohne zentrale Prüfung.

Folgen sind:

1. Die Gymnasien werden noch mehr ausgelastet, das Niveau der gymnasialen Oberstufe wird sinken und als langfristige Folge werden weniger gut ausgebildete Schüler für die nichtakademischen Berufe zur Verfügung stehen. Folgen, die nicht augenscheinlich die Grundschule betreffen, aber enorme Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und dem Arbeitsmarkt haben.
2. Vielfalt wäre an Regelschulen und Gemeinschaftsschulen nicht mehr gegeben, da Lernen für Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten und Bildungsniveaus nicht mehr stattfindet. Dies hätte dann auch große Auswirkungen auf Grundschulen, die mit Regelschulen zu Gemeinschaftsschulen fusionieren sollen.

Ganztag (§10 Abs.5)

Positiv zu benennen sind hier die geforderten organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen, welche letztendlich vom Gesetzgeber geschaffen werden müssen. Diese Voraussetzungen sollten aus unserer Sicht alle Schulen für die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages vorhalten. Da diese aktuell nicht vorliegen, behindert die pädagogische und organisatorische Arbeit an den Schulen immens.

Mitwirkung der Schüler (§28) Abs.1

Entsprechend einer zukunftsfähigen Grundschule und hier im Besonderen der Umsetzung „Demokratie als Lebensform“ ist die Änderung Klassensprecher Schüler ab der Klassenstufe 1 sehr zu begrüßen.

Distanzunterricht (§30 Abs. 1 /3a; §44a; §45a

Mit dem Gesetz werden grundlegende Voraussetzungen für die Durchführung von Distanzunterricht aber auch digitale Weiterentwicklung des Unterrichts vor Ort geschaffen. Die zur Verfügung zu stellenden Endgeräte für Schüler der Klassenstufe 5 ist ein 1. Schritt. Wenngleich fehlende WLAN-Einrichtung, fehlender IT-Report sowie fehlende Lehrer die Nutzung verhindern.

Pädagogische Assistenzkräfte (§34 Abs. 1,2,6)

Der Landesvorstand begrüßt das Vorhaben der Landesregierung Pädagogische Assistenzkräfte einzustellen. Einzig das Wort können relativiert den Optimismus. Wir sind auf die vom TMBJS zu erstellenden fachlichen Voraussetzungen gespannt.

Schulverwaltungsassistenz (§ 35 Abs.3/3a)

Auch hier unser positives Votum – gerade der stark erhöhte Zeitaufwand für Verwaltungs- und Organisationsaufgaben lässt die Zeit für originäre Schulentwicklungsaufgaben immer mehr schwinden. Wie wichtig Schulsozialarbeit (§35a) für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist, belegt u.a. folgendes Zitat aus der Veröffentlichung des IQB-Bildungstrend 2021 im Punkt Soziale Disparitäten: „Auch im

längerfristigen Trend zwischen den Jahren 2011 und 2021 ist die Kopplung zwischen den Kompetenzen der Schüler:innen und dem sozioökonomischen Status der Familien signifikant enger geworden.“

Schulentwicklungsprogramm (§40b Abs.1-3)

Entwicklungsprogramme haben die Schulleitungen unter Einbezug der Pädagogen und Eltern stetig verfasst. Der Landesvorstand ist auf den Thüringer Orientierungsrahmen Schulqualität gespannt und verspricht sich hier schnelle und qualitätsbezogene Inhalte, welche dann im Schulentwicklungsprogramm ihren Niederschlag finden können.

Mindestzügigkeit (§41 Abs.1; §41a Abs. 1,2)

Ohne Kooperation kann Entwicklung in allen schulischen Bereichen und Gremien nicht gelingen. Diese Aussage steht nicht vordergründig für den gegenwärtigen Ist-Stand der Schulen, sondern ist aus unserer Sicht generelles Gebot für alle Schulen im Primarbereich, Sekundarbereich, bbS- Bereich und in Förderschulen.

Artikel 2 Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Im Vorab stellt sich dem Landesvorstand folgende Frage: Auf wen ist die Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes im Dezember 2022 in Bezug auf die schulstufenbezogenen Lehrämter zurück zu führen?

Auf die Hartnäckigkeit einiger Mitglieder der AG „Schulstufenbezogene Lehrerausbildung“ welche sich im Jahr 2016 gründete und die in Beratungen die Ergebnisse dieser AG immer wieder eingebracht haben oder Mitarbeitern im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft, die ebenso in die Ergebnisse der AG involviert sind. In jeden Fall hat es sechs Jahre gebraucht, bis die Inhalte zur schulstufenbezogenen Lehrerausbildung in die Gesetzgebung eingeflossen sind.

Ausgehend vom §3 Abs. 1 und 2, in denen jeweils die neuen Bezeichnungen der Lehrämter eingefügt wurden, sind in den § 12 bis 14 Studieninhalte für die Lehrämter inhaltlich erweitert worden. Die Änderungen zur Zweiten Staatsprüfung sind als Ergebnis positiv zu bewerten.

Landesvorstand Thüringen des Grundschulverbandes e.V. folgert aus der Gesetzesänderung:

- Die Grundschule als erste Schule im Bildungssystem und als Schule für alle Kinder ist für die grundlegende Bildung verantwortlich.
- Zu den hohen Anforderungen an den Grundschullehrerberuf zählen auch die gestiegenen Herausforderungen an einen im umfassenden Sinne inklusiven Unterricht und die damit verbundenen besonderen professionellen Kompetenzen. Die Ausbildung im Schwerpunktfach bis zur Klassenstufe 10 befähigt zum Einsatz in den Klassen 5 bis 10 der Sekundarstufe 1.
- (§25 Abs. 1)
Die Dauer des Vorbereitungsdienstes muss mit der Fülle der zu vermittelnden und praxiserprobten Querschnittsaufgaben (siehe Leitgedanken zum Thüringer Lehrplan) korrelieren und bedarf der Gleichstellung zu den anderen schulstufenbezogenen Lehrämtern.

Begründung:

Seit 2015 fordern wir die Gleichbehandlung der Lehrämter. Gerade im Grundschulbereich bei der Anerkennung von Praktika und der damit vollzogenen Kürzung des

Vorbereitungsdienstes auf 12 Monate ist eine 2-jährige Ausbildungszeit im Vorbereitungsdienst für Grundschullehrerinnen und -lehrern an den Staatlichen Studienseminaren Thüringens dringend angeraten. Diese Ausbildungszeit wird allen anderen Lehrämtern in der derzeit gültigen Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für Lehrämter (ThürAZStPLVO vom 3. September 2002, §7, zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. April 2016) zugestanden. Es kann von uns nicht nachvollzogen werden, warum die Grundschullehrerinnen und -lehrer wiederholt ungleich und aus unserer Sicht nachteilig behandelt werden. Es gibt dafür keine überzeugenden sachlogischen Gründe. Durch die Möglichkeit der Verkürzung der Ausbildungszeit ist eine 12-monatige Ausbildung für Grundschullehrerinnen und -lehrer im Vorbereitungsdienst seit 2015 der Regelfall. An effektiver Zeit zum Unterrichten-Lernen und für weiteren Kompetenzerwerb vor abzulegenden Prüfungen bleiben je nach Prüfungszeitpunkt sieben bis acht Monate. Davon abgesehen haben Fachleiterinnen und Fachleiter die Möglichkeit zu maximal drei Unterrichtsbesuchen pro Fach, da sie eine hohe Anzahl an Lehramtsanwärter*innen hospitieren und beraten müssen und möchten. Die Antwort auf die Verdichtung der Lerninhalte in der praktischen Ausbildung innerhalb des letzten Jahrzehnts - beispielweise durch gestiegene Heterogenität der Schülerschaft, den Anspruch der Inklusion und die Digitalisierung etc. - kann nicht in der Verkürzung dieser Ausbildungsphase sein.

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Inklusive Schulentwicklung weiter unterstützen

Der Landesvorstand des Grundschulverbandes bittet betreffs der Berichtsanhörung (11 Punkte) um Information, ob die Berichte der Landesregierung veröffentlicht werden.

Die entstehenden Kosten von 94.940,00€ sind enorm. Aber:

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.“

John F. Kennedy

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/6573											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Thüringen</td> <td style="border: none;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Rudolstädter Straße 39</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">07745 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolstädter Straße 39	Postleitzahl, Ort	07745 Jena
	Name	Organisationsform									
	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolstädter Straße 39									
Postleitzahl, Ort	07745 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn Ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GEW Thüringen</td> <td>Gewerkschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinrich-Mann-Str. 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GEW Thüringen	Gewerkschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Str. 22	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
GEW Thüringen	Gewerkschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Str. 22										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

THÜR. LANDTAG POST
 07.02.2023 12:37

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)		NEIN
	Name	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		
	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort		
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)		
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher		
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)		
	Das ist aufgrund der Themenvielfalt nicht möglich.		

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 07.02.2023	

3798/2023



VORSITZENDE

GEW Thüringen || Heinrich-Mann-Str. 22 || 99096 Erfurt

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Erfurt, 7. Februar 2023

Stellungnahme der GEW Thüringen

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den vier vorliegenden Drucksachen

- Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Drs. 7/6573,
 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte, Drs. 7/5371,
 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen, Drs. 7/4760 und
 - Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht, Drs. 7/4674 – Neufassung –
- Stellung nehmen zu können.

Allgemeines

Längeres gemeinsames Lernen und damit eine Verbesserung der Inklusion im Thüringer Schulwesen sind Grundsätze, die die GEW Thüringen mitträgt. Diese beiden Vorhaben brauchen aber Voraussetzungen. Das heißt nicht nur, dass die Pädagoginnen und Pädagogen generell an der Umsetzung dieser Konzepte interessiert sein und für ihre Arbeit Lösungen für die Umsetzung finden müssen. Diese Konzepte werden nur ein Erfolg für die Schulgemeinde, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Das bedeutet: Deutlich mehr Geld für mehr Personal, für bessere Rahmenbedingungen der räumlichen und sächlichen Art und Zeit für Schulen, um Konzepte (weiter-) zu entwickeln, fortzuschreiben, ohne Druck, aber mit Rückkehrmöglichkeit Neues auszuprobieren, die Mitnahme und Stärkung der Eltern und vielfältige verschiedene Schulangebote nicht nur in (größeren) Städten, sondern auch auf dem Land. „Die Kinder in den Mittelpunkt stellen“ ist dabei ein guter Plan, dessen Umsetzung in Thüringen aber sehr deutlicher Verbesserung bedarf. Davon dürfen die guten Beispiele von Schulen, die es aufgrund der Arbeit engagierter Pädagoginnen und Pädagogen in Thüringen ebenfalls gibt, nicht ablenken. Hier hat die Politik auf Landes-, Landkreis-, Städte- und Gemeindeebene noch Einiges zu leisten, ehe Thüringen auf einem guten Weg ist.



In allen Gesetzesvorlagen gibt es handwerkliche Fehler, i. d. R. fehlen Folgeänderungen, die sich aus Vorschlägen für andere Paragraphen ergeben. Wir bitten hier darum, dass nach Abschluss der Beratungen und vor Beschluss des Landtages die umfassende Korrektheit der zur Beschlussfassung vorgelegten Gesetzesentwürfe noch einmal geprüft wird.

Außerdem fällt auf, dass grundsätzlich der Terminus „Eltern“ verwendet wird. Eigentlich handelt es sich aber um die Sorgeberechtigten, die in den meisten Fällen die Eltern sind. Im Sinne der Einbeziehung des ganzen damit gemeinten Personenkreises wäre es sinnvoll, wenn an einer Stelle darauf hingewiesen würde, dass der Terminus „Eltern“ über diesen Personenkreis hinausgeht.

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Artikel 1: Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Nr. 2: Praxisorientierung

Die Betonung von praxisorientiertem Lernen und beruflicher Orientierung begrüßt die GEW Thüringen ausdrücklich. Die Umsetzung dieser Aufgabe ist aber nicht voraussetzungslos. Damit praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung ihre volle Wirkung entfalten können, ist es notwendig, diese Phasen – egal, ob es sich um einen wöchentlichen Praxistag oder ein-/mehrwöchige Praktika handelt – durch Lehrer:innen vorzubereiten, zu begleiten und nachzubereiten. Das kostet Zeit, was bedeutet, dass diese Lehrer:innen Anrechnungsstunden benötigen bzw. eine (anteilige) Unterstützung durch pädagogische Assistenzen erfolgt. Hier ist also Einiges an Bedingungen zu schaffen.

Im Bereich der Gymnasien ist diese Orientierung ebenfalls prinzipiell zu begrüßen, muss aber so gestaltet werden, dass dennoch der Wissenserwerb, der Basis für die erfolgreiche Bewältigung der Sekundarstufe 2 ist, nicht zu sehr zeitlich eingeschränkt wird.

Nr. 3: Längeres gemeinsames Lernen

Einen Zwang zum Zusammenschluss von Grund- und Regelschulen zu Gemeinschaftsschulen lehnt die GEW Thüringen ab. Wir erkennen zwar die Idee der Stärkung der Gemeinschaftsschule an, da auch die GEW Thüringen für längeres gemeinsames Lernen eintritt, aber aus unserer Sicht gehen die Realitäten an dieser Idee vorbei. Zum Einen stehen hier organisatorische Fragen wie: Was ist ein gemeinsamer Schulstandort? Welche Auswirkungen hätte das im ländlichen Raum? Welche Auswirkungen hätte das auf die Schüler:innen, welche auf den Pädagog:innen-Einsatz? Zum Anderen zeigen die Erfahrungen, dass Schulen, die den Weg einer Gemeinschaftsschule aufgrund einer Notwendigkeit (z. B. eventuelle Schließung des Schulstandortes) und nicht aus Überzeugung gehen, nur dieselben Schulen mit anderem Etikett bleiben. Das ist mit dem Konzept der Gemeinschaftsschule aber nicht gemeint.

In diesem Zusammenhang betont die GEW Thüringen wiederholt, dass für uns Gemeinschaftsschulen Schulen der Klassenstufen 1 bis 10/12 sind. Aus unserer Sicht wäre es wichtiger, die Möglichkeit abzuschaftern, Gemeinschaftsschulen nur mit den Klassenstufen 5 bis 10 zu führen.

Wenn es darum geht, Lösungen für kleine Schulen zu schaffen, gibt es im Gesetz die Möglichkeit der Schulkooperation. Daher fragt die GEW Thüringen: Wurde hier bereits evaluiert, wie diese angenommen werden und welche Möglichkeiten sie für die Schulnetzplanung bieten? Wie sind die Ergebnisse der Evaluation? Wenn diese noch nicht erfolgte, wann ist sie geplant? Aus unserer Sicht sollten die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ehe andere Maßnahmen geplant werden.

Nr. 4: BLF

Die Abschaffung der BLF wird von der GEW Thüringen begrüßt.

Wenn nach § 7 Abs. 6 die Schüler:innen mit der Versetzung in die Klassenstufe 11 einen Realschulabschluss erwerben, ist es aber nur folgerichtig, wenn Abs. 3 analog dazu so geändert wird, dass mit der Versetzung in die Klassenstufe 10 die Schüler:innen einen Hauptschulabschluss erwerben, nicht nur einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschluss. Eine ungleiche Behandlung von Abs. 3 und 6 macht keinen Sinn.

Nr. 6: Ganztagschule

Die Neufassung von § 10 Abs. 5 begrüßt die GEW Thüringen.

Im Zusammenhang mit der Thematik Ganztagschule erneuern wir unsere Forderung, dass Hort-erzieher:innen 100 % arbeiten dürfen, nicht nur 80 %. Außerdem benötigen die Ganztagschulen Möglichkeiten der Förderung für Schüler:innen mit (sonder-)pädagogischem Förderbedarf auch am Nachmittag, zumal bei Ganztagschulen Unterricht, Freiphasen, (Hort-)Betreuung usw. nicht mehr nach Vormittag und Nachmittag abgrenzbar ist. Ebenso muss die Problematik geklärt werden, dass der (teil-)gebundene Ganztag ein kostenfreies Angebot ist, während an offenen Ganztagschulen für Eltern Hortgebühren anfallen.

Nr. 7: Schulkonzept

Die Änderung von § 15 a Abs. 8 begrüßt die GEW Thüringen, auch wenn wir die Deckelung auf 30 vom Hundert als ersten Kompromiss ansehen. Um tatsächlich Wahlmöglichkeiten zu schaffen, müsste die Möglichkeit von staatlichen Schulen, nach speziellen/freien Schulkonzepten arbeiten zu können, steigen.

Im Zuge der Änderung von § 15 a Abs. 8 müsste auch die Richtlinie der Übernahme von Kosten der Schülerbeförderung überarbeitet werden, damit diese Schulauswahl nicht nur von finanzstarken Elternhäusern getroffen werden kann.

Nr. 9: Schulpflicht

Die Änderung von § 20 Abs. 2 begrüßt die GEW Thüringen ausdrücklich.

Nr. 12: Pädagogische Assistenzen

Grundsätzlich begrüßt die GEW Thüringen die Einführung von pädagogischen Assistenzen, auch wenn aus unserer Sicht noch viele Fragen offen sind.

Gerade startet ein Modellprojekt für pädagogische Assistenzen, in dem auf einige der Fragestellungen eine Antwort gefunden werden könnte, z. B. auf den Einsatzrahmen der pädagogischen Assistenzen bzw. die Freiheiten der Schulen beim Einsatz. Gleichzeitig soll der Gesetzentwurf diese Assistenzen

bereits festschreiben. Nötig wäre auch nach Abschluss des Modellprojektes eine Evaluation. Modellprojekt und Festschreibung passt für uns somit nicht zueinander.

Aus Sicht der GEW Thüringen ist klar: diese Assistenzen müssen pädagogisch unterstützen. Was heißt das aber? Wie müssen sie qualifiziert sein?

Die pädagogischen Assistenzen sollen 100 % beschäftigt sein. Das bedeutet auch 100 % in den Schulferien? Ist das überhaupt überall möglich? Die GEW Thüringen sieht nach wie vor die Gefahr, dass durch das attraktivere Angebot (gleiche Eingruppierung, aber höherer Beschäftigungsumfang) Horterzieher:innen abgeworben werden, von denen es bereits jetzt zu wenige gibt; daher auch hier noch einmal die Forderung der GEW Thüringen nach 100 % Beschäftigungsmöglichkeit für jede:n Horterzieher:in.

Wie sollen zukünftig die Aufgaben von pädagogischen Assistenzen zu anderen Bereichen der Unterstützungsleistung für Schulen, wie z. B. durch ESF-Mittel (Stichwort „Bildungsdefizite“) oder DaZ/DaF-Lehrkräfte abgegrenzt werden?

Die GEW Thüringen fordert, dass nach einer Evaluierung des Modellprojektes der Einsatz auf alle Schularten erweitert wird.

Nr. 13: Verwaltungsassistenzen

Der Einsatz von Verwaltungsassistenzen ist eine langjährige Forderung der GEW Thüringen, insofern begrüßen wir die Einführung grundsätzlich. Wir fordern aber, dass Verwaltungsassistenzen nicht nur zur dauerhaften Unterstützung von Schulleitungen und Lehrer:innen, sondern auch von Horterzieher:innen und Sonderpädagogischen Fachkräften eingesetzt werden. Auch diese haben in nicht unerheblichem Maße Verwaltungsaufgaben zu bewältigen.

Bei den Verwaltungsassistenzen sind ebenso wie bei den pädagogischen Assistenzen noch viele Fragen offen.

Ebenso wie bei den pädagogischen Assistenzen passen für uns Modellprojekt und sofortige Überführung ins Gesetz nicht zusammen. Warum dann ein Modellprojekt? Auf jeden Fall fordern wir auch hier eine Evaluation.

Es muss dringend geklärt werden, wie die Zuordnung von Verwaltungsassistenzen zu den Schulen geregelt wird. Prinzipiell brauchen alle Schulen diese Unterstützung. Wir können uns vorstellen, dass eine Verwaltungsassistenz zwei Schulen in unmittelbarer Nachbarschaft unterstützt, aber die Idee einer Clusterbildung lehnen wir ab.

Wie werden die Aufgaben der Schulverwaltungsassistenz von denen einer Schulsekretärin abgegrenzt?

Nr. 14: Sozialarbeit

Die GEW Thüringen fordert, dass in allen Schulen Schulsozialarbeiter:innen eingesetzt werden. Bedarfsgerecht dabei ist es aus unserer Sicht, dass große Schulen oder Schulen mit besonders schwierigen Rahmenbedingungen mehrere Sozialarbeiter:innen erhält. Wir gehen davon aus, dass dafür im nächsten Landeshaushalt der entsprechende Haushaltstitel deutlich aufgestockt wird.

Auch, wenn wir die Idee verstehen können, dass Schulsozialarbeit von freien Trägern angeboten werden, sehen wir dieses Konzept kritisch. Das Erarbeiten von Vertrauen ist ein langer Prozess, der durch den Wegfall von Trägern oder durch die Entscheidung von Trägern, sich von Sozialarbeiter:innen zu trennen, ohne dass die Schule(n) ein Mitspracherecht hätten, erschwert wird. Auch im Hinblick auf die – eigentlich – notwendige Arbeit von multiprofessionellen Teams an allen Schulen ist es kontraproduktiv, wenn u. a. Sozialarbeiter:innen keine Landesbeschäftigten sind. Für die Unabhängigkeit ihres Agierens von Schulleitungen ließen sich auch in diesem Anstellungskonstrukt Lösungen finden. Ebenso wie bei der Rückkehr/dem Verbleib der Horte im Landesdienst würde ein Umdenken in Thüringen hier Sinn machen.

Nr. 18: Mindestzügigkeit

Aus Sicht der GEW Thüringen wäre es dringend nötig, dass Land, Landkreise, Städte und Gemeinden gemeinsam ehrlich erfassen, wie die Schulsituation in Thüringen ist. Wo gibt es wie viele Schüler? Wie sind die Prognosen? Welche unterschiedliche Situation gibt es in den (Groß-)Städten und im ländlichen Raum? Was heißt das für den Wunsch nach möglichst kurzen Wegen für die Schüler:innen? Welche Ressourcen – auch für die Schülerbeförderung – wollen und können bereitgestellt werden? Welches und wie viel pädagogisches Personal wird man realistisch in den nächsten Jahren zur Verfügung haben? Welche Mittel können und sollen für Personal, Schulumbau, -neubau, -erhalt, Digitalisierung der Schulen und sächliche Mittel bereitgestellt werden? Welche Kooperationen von Schulen machen Sinn? Wie werden sie unterstützt? usw. Denn während städtische Schulen häufig aus allen Nähten platzen und zu wenig Räume und Personal haben, stellt sich bei Schulen im ländlichen Raum häufig eher die Frage, wie weit Wege die Schüler:innen sein dürfen, wenn kleine Schulen geschlossen werden (sollen).

Aus Sicht der GEW Thüringen ändert die Neuformulierung des § 41 a Abs. 2 nichts an der derzeitigen Situation, weil die oben skizzenhaft aufgeworfenen Fragen nicht geklärt sind.

Die weiter oben gestellte Frage nach dem Erfolg von Schulk Kooperationen muss auch hier gestellt werden.

Nr. 11, Nr. 19, Nr. 21: Digitalisierung der Schulen

Grundsätzlich begrüßt die GEW Thüringen eine gesetzliche Regelung des Einsatzes der Digitalisierung an Schulen. Dennoch bleiben auch hier eine Reihe von Fragen offen.

Die Übertragung von Bild und Ton sowohl von Schüler:innen als auch durch die Lehrkräfte ist immer dann notwendig, wenn dies der pädagogischen Interaktion dient. Insofern ist die Einschränkung im neuen letzten Satz von § 30 Abs. 1 2. Halbsatz sinnvoll. Wir verweisen aber hier auch darauf, dass es andere Möglichkeiten der unterrichtlichen Interaktion gibt, die die Ton- und/oder Bildübertragung nicht notwendig macht und dennoch guter digitaler Unterricht ist. Das Ermessen muss also immer bei der Lehrkraft liegen. Beim Einsatz muss die Schule darauf achten, dass die Schüler:innen auch die technischen Möglichkeiten haben, ansonsten droht eine Ungleichbehandlung, i. d. R. zuungunsten von Schüler:innen mit finanziell nicht gut gestellten Elternhäusern. Die GEW Thüringen hat bereits im September 2022 auf ihrer Landesvertreterkonferenz bekräftigt, dass es nicht ausreicht, Schüler:innen digitale Endgeräte zur Verfügung zu stellen, damit diese am Distanzunterricht teilnehmen. Der Zugang zu ausreichend W-LAN-Kapazität muss ebenfalls gesichert sein.

In § 44 a muss es nach unserer Ansicht heißen, dass die Schüler:innen ab Klasse 5 digitale Endgeräte zur Verfügung bestellt bekommen. Es ist davon auszugehen, dass diese Endgeräte bis zu Klasse 10/12-13 ein- bis zweimal durch neuere Geräte ersetzt werden müssen. Nach heutigem Stand ist eine Veranschlagung von 350 Euro pro Schüler:innen zu niedrig angesetzt. Bei Beschluss dieses Passus müsste also der Landtag jährlich realistische Mittel zur Verfügung stellen.

§ 45 a Abs. 2 Nr. 3 lehnt die GEW Thüringen grundsätzlich ab. Aufgrund der heutigen angespannten Personalsituation dürfen wir davon ausgehen, dass damit dem „Digital-Lehrer“ Tür und Tor geöffnet würde. Dann geht es nicht mehr um Pädagogik, sondern um Lückenfüllung um jeden Preis auf dem Rücken der Beschäftigten.

Auch § 45 a Abs. 1 Nr. 2 sieht die GEW Thüringen in der Formulierung kritisch. Diese Formulierung ist viel zu weit gefasst und öffnet dem Missbrauch Tür und Tor.

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Artikel 2: Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Die GEW Thüringen unterstützt die Idee einer schulstufenbezogenen Lehrerausbildung, sieht aber noch viele Fragen offen.

Wir gehen davon aus, dass mit der geplanten Umsetzung auch geklärt ist, dass diese Ausbildung in den anderen Bundesländern anerkannt wird. Das muss sowohl für den Studienabschluss zum Übergang ins Referendariat als auch für die Einstellung als Lehrkraft gelten.

Eine Umstellung des Studiums auf eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung muss ebenfalls eine Veränderung der 2. Phase nach sich ziehen. Selbst wenn es noch einige Jahre dauern würde/wird, bis Studierende nach diesem System im Referendariat ankommen, müssen die Änderungen dennoch gleich mitgedacht werden. Beginnen kann die Landesregierung hierbei schon damit, dass sie endlich das Referendariat für die Grundschule in der gleichen Länge wie für alle anderen Schularten gestaltet.

Es sei auch die Frage gestattet, wie bei der sich gerade vollziehenden Strukturänderung der Staatlichen Studienseminare die Umstellung auf eine schulstufenbezogene Lehramtsausbildung mitgedacht wurde?

Schlussendlich muss endlich die Lehramtsausbildung für berufliche Schulen dringend verbessert und umfangreicher werden, um den aktuellen Gegebenheiten und Trends im Berufsbereich deutlich gerechter zu werden. Hier sieht die GEW Thüringen dringend Handlungsbedarf.

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen

Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht

Zu diesen drei Drucksachen äußert sich die GEW Thüringen im Zusammenhang, soweit wir nicht bereits unter „Allgemeines“ Ausführungen dazu gemacht haben.

Um faktenbasiert Aussagen über die Qualität von Inklusion an Schulen (Gemeinsamer Unterricht) sowie die Situation der Förderschulen treffen zu können, ist eine Evaluation unabdingbar. Diese Evaluation ist die Basis, um die Entwicklungen zu beschreiben, zu planen, auszufinanzieren und vorzunehmen, die notwendig sind, um den Bedarfen der Kinder mit (sonder-)pädagogischem Förderbedarf und Behinderungen ebenso gerecht zu werden wie den anderen Schüler:innen, die Möglichkeiten der Pädagog:innen in der Gegenwart realistisch einzuschätzen und zukünftig weiter/besser zu fördern. Was manchmal wie ein Schritt zurück aussehen kann, könnte tatsächlich aber ein Schritt nach vorn sein.

Während es heute größtenteils möglich ist, Schüler:innen mit körperlichen Beeinträchtigung gut zu integrieren, wird die Frage nach den Möglichkeiten von Schüler:innen mit emotionalen und sozialen Entwicklungsbedarfen nach wie vor meist unzureichend beantwortet.

Die GEW Thüringen verweist darauf, dass gelingende Inklusion kostet: Räume, Material, Schülerbeförderung ausgebildetes Personal der verschiedensten Professionen, Weiterbildung des Personals usw. Das alles bedarf es an allen Schulen grundsätzlich, bedarfsgerecht und dauerhaft.

Die GEW Thüringen unterstützt, dass Eltern ein Wahlrecht haben, ob ihr Kind inklusiv oder an einer Förderschule unterrichtet werden, aber auf die Fachkompetenz der Pädagog:innen sollte bei der Letztentscheidung nicht verzichtet werden. Eine sehr gute und unvoreingenommene Beratung der Eltern ist in jedem Fall notwendig. Sie muss dafür sorgen, dass Eltern zum Wohl ihres Kindes entscheiden können und Sachzwänge diese Entscheidungen so wenig wie möglich beeinflussen.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Universität Erfurt	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Nordhäuser Straße 63
	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?	
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - <div style="margin-left: 150px;">→ zum Interview mit Bildungsminister Holter am 9.12.2022</div>	
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -	
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -	
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wir vertreten die Musiklehrer aller Schulformen im Freistaat Thüringen.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Den vom Bildungsminister Holter geäußerten Plänen zur Abschaffung der Klausuren in den Fächern Sport, Musik und Kunst widersprechen wir auf das Deutlichste!	

Unsere Stellungnahme zu einzelnen Punkten des Gesetzentwurfs ist als Anlage diesem Schreiben beigelegt.

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Artern, 5.2.2023	

Stellungnahme des Bundesverbandes Musikunterricht (BMU)
Landesverband Thüringen
zum Gesetzentwurf „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“

§6a Abs. 3 Grund- und Regelschulen: Schulartänderung in die Gemeinschaftsschule

→ Es ist unbedingt sicherzustellen, dass es auch nach einer Zusammenlegung genügend ausgebildete Lehrer für beide Schulteile gibt!

§7 Abs. 6 Wegfall der Besonderen Leistungsfeststellung im gymnasialen Bildungsgang

→ Uns ist durchaus bewusst, dass diese Art der Prüfung an Thüringer Gymnasien einen klaren Standortnachteil gegenüber dieser Schulform in anderen Bundesländern darstellt. Zudem führte die Durchführung in den letzten Jahren immer wieder zu einer kaum zu bewältigenden Doppelbelastung der Hauptfachlehrer, insbesondere im Fach Deutsch, was auch viele unserer Musikkollegen betrifft, welche Deutsch als zweites Fach unterrichten.

Dennoch zeigt unsere Erfahrung, dass gerade diese Form einer Zwischenprüfung einerseits ein aussagekräftiger Indikator für den aktuellen Leistungsstand der Zehntklässler sowie andererseits eine sehr gute Vorbereitung auf das Procedere der Abiturprüfungen ist.

Darüber hinaus besteht die berechtigte Sorge, dass mit dem Wegfall des gymnasialen Erwerbs eines dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschlusses die Schulformen Regel- bzw. Gemeinschaftsschule geschwächt werden.

Wir regen deshalb an, die BLF in Thüringen nicht einfach ersatzlos zu streichen, sondern stattdessen in der Kultusministerkonferenz endlich eine gemeinsame, gleichberechtigte und für die betreffenden Lehrkräfte verträgliche Lösung für alle Bundesländer zu finden.

§7 Abs. 7 Verlängerung der Qualifikationsphase an Spezialgymnasien für Musik und Sport

→ Diesem Punkt stimmen wir vollumfänglich zu, denn diese Regelung ist aus den verschiedensten Gründen sinnvoll, wie der Schulversuch ja auch eindeutig bewiesen hat.

§15a Für Schulen mit besonderer Profilierung gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die jeweiligen konzept- oder profilbezogenen Aufnahmekriterien für ein Kontingent im Umfang von bis zu 30 vom Hundert als vorrangiges Auswahlkriterium bestimmt werden können.

→ Auch diese Festlegung trifft unsere vollste Zustimmung, ansonsten wären solche erfolgreichen Profilierungen wie z.B. die Bläserklassen in Erfurt in Gefahr – und das darf nicht passieren!



§ 34(2a) Erteilen Lehrer Unterricht in räumlicher Trennung [...] sind sie in der Regel zur Übertragung des eigenen Bildes und Tones verpflichtet.

→ Wir geben zu bedenken, dass es im Rahmen des Distanzunterrichts während der Corona-Pandemie immer wieder zum Missbrauch gerade des laufenden Lehrer-Bildes gekommen ist und fordern, diesbezüglich bessere Datenschutzmaßnahmen zu ergreifen, bevor man die Bildübertragung verpflichtend regelt.

§41a Grundschulen [...] und Regelschulen werden mindestens zweizügig geführt.

→ Gerade in den Orten mit kleineren Schulen sind diese Bildungseinrichtungen ein wichtiger Träger der Kultur, ohne sie fällt ein Teil des Lebens weg, wodurch der ländliche Raum noch mehr benachteiligt wird. Wir plädieren daher für den Bestandsschutz kleiner Schulen. Darüber hinaus können Schüler in Schulen mit kleineren Klassen viel individueller gefördert werden, was ein großer und wichtiger Anspruch unseres Thüringer Bildungssystems ist.

§ 44a Digitale Endgeräte: Schülern der Klassenstufe 5 werden durch den Schulträger ab dem Schuljahr 2024/25 digitale Endgeräte kostenlos zur Verfügung gestellt.

→ Im Zeitalter der Digitalisierung ist dieser Vorschlag zu begrüßen. Allerdings müssen dafür zunächst an allen Schulen die technischen Voraussetzungen geschaffen und anschließend sowohl materiell als auch personell gepflegt, erhalten und ausgebaut werden.

§ 45a Präsenz- und Distanzunterricht, Digitale Lernumgebung

→ Sicher hat sich der Distanzunterricht in den letzten Jahren als wirksames Mittel erwiesen, den erheblichen Ausfall von Präsenzunterricht teilweise abzufangen.

Wir warnen jedoch davor, Distanzunterricht als gleichwertigen Ersatz zu betrachten.

Präsenzunterricht muss den uneingeschränkten Vorrang behalten, Distanzunterricht sollte auch weiterhin nur im Notfall zum Einsatz kommen und die absolute Ausnahme bleiben.

Insbesondere für das Fach Musik müssen wir dem Distanzunterricht in aller Deutlichkeit widersprechen. Für das Erlernen von praktischen Fähigkeiten im Singen und Musizieren ist die Lehrer-Schüler-Interaktion in einem Klassenraum unabdingbar. Gemeinschaftliche Sing- und Musizier-Erlebnisse in Präsenz sind nicht nur für die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler wichtig, sondern leisten auch einen enormen Beitrag zur Integration und Inklusion.

Distanz kann Präsenz niemals ersetzen!

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

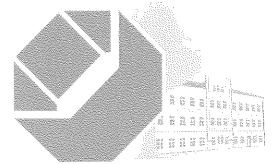
Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Handwerkskammer für Ostthüringen</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft d. öffentl. Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Handwerksh. 5</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07545 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Handwerkskammer für Ostthüringen	Körperschaft d. öffentl. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Handwerksh. 5	Postleitzahl, Ort	07545 Gera
Name	Organisationsform										
Handwerkskammer für Ostthüringen	Körperschaft d. öffentl. Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Handwerksh. 5										
Postleitzahl, Ort	07545 Gera										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Skill HGF/ Rekrutierung Berufsausbildung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	Thür. SchulG § 4 (3) :- Zustimmung Thür. SchulG § 7 (6) :- Besondere Leistungsfeststellung nicht komplett abschaffen - Differenzierung zw. SuS, die nach Kl. 10 das Gym. verlassen ⇒ Prüfung für Realschulabschluss und SuS, die Abiturprüfung ablegen (versetzt in Kl. 11 und kein Abgang nach Kl. 10) ⇒ keine Prüfung nach Kl. 10 und automatl. Erwerb Realschulabschluss im Falle einer nicht erfolgreichen Abiturprüfung - kein Abschluss ohne Prüfung als Grundsatz	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiliguentransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gra, 03.03.2023	



Handwerkskammer für Ostthüringen, Postfach 1251, 07502 Gera

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
08.02.2023 11:18
39831 2023



TLT/758/23/2

Ihr Zeichen /
Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen /
Unsere Nachricht vom

(Bei Antwort bitte angeben)
Ihr Ansprechpartner ☎

Datum

07.02.2023

Stellungnahme zum Anhörungsverfahren vom 22.12.2022 hier: Entwurf des Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

vielen Dank für die Übersendung der Entwürfe zu o.g. Anhörungsverfahren und die Möglichkeit einer Stellungnahme. Im Nachfolgenden nehmen wir Bezug auf den „Gesetzentwurf zur Modernisierung des Schulwesens“ und bitten um Berücksichtigung im Gesetzgebungsverfahren.

ThürSchulG § 4 Abs. 3 – Praxisorientierung/ berufliche Orientierung

Nach der Aufnahme der beruflichen Orientierung in das Thüringer Schulgesetz und die Verabschiedung einer aktualisierten Landesstrategie erachten wir die verbindliche Festschreibung des praxisorientierten Lernens und der beruflichen Orientierung als durchgängiges Prinzip der Unterrichtsgestaltung als folgerichtige Maßnahme und befürworten dies ausdrücklich.

Um einen möglichst arbeitsweltnahen Bezug bei der Vermittlung einer Vielzahl verschiedener Lerninhalte zu gewährleisten, ist die Berücksichtigung wirtschaftsnaher Themen in der Unterrichtsgestaltung unverzichtbar. Somit kann bereits in der allgemeinbildenden Schule eine Verbindung zu verschiedenen Berufsfeldern des dualen Ausbildungssystems hergestellt werden und die Grundmotivation der Schülerschaft für verschiedene Lerninhalte erhöht werden. Die enge Verbindung von praxisorientiertem Unterricht in der Schule und konkreten Praxiserfahrungen sowohl im geschützten Raum (Bildungsdienstleister) als auch in den regionalen Unternehmen wird eine flächendeckende, fachübergreifende und praxisbezogene Orientierung der Schülerinnen und Schüler für einen gelingenden Übergang Schule – Beruf nachhaltig stärken.

Ebenso ist es aus unserer Sicht wichtig, auch die bereits aktiven sowie künftigen Lehrkräfte für diesen sehr anspruchsvollen Prozess zu motivieren und entsprechend zu qualifizieren. Lehrende sollten für ihren individuellen Unterricht zutreffende Praxisbeispiele aus dem beruflichen Alltag und der Wirtschaft kennen und zielgerichtet einsetzen können.

ThürSchulG § 7 Abs. 6 – Besondere Leistungsfeststellung

Die Abschaffung der sogenannten BLF sehen wir äußerst kritisch. Grundsätzlich ist für die Wirtschaft ein durchlässiges Bildungssystem wichtig, in dem auch in den Gymnasien der Realschulabschluss erworben werden kann. Mit der vorgeschlagenen Regelung, dass der Realschulabschluss jedoch automatisch mit Eintritt in die Qualifikationsphase am Gymnasium (Klasse 11) zuerkannt wird, ist zu befürchten, dass es zu einer weiteren zusätzlichen Verschiebung der Schülerzahlen in Richtung Gymnasien kommt und dies zu einer weiteren Abwertung der Regelschulen im Gesamtsystem der allgemeinbildenden Schulen führt. Für die Thüringer Wirtschaft und dem stetig steigenden Fachkräftebedarf wäre jedoch eine Aufwertung der Regelschulen wichtig und richtig, da hier das gemeinsame Lernen mit dem Ziel der mittleren Schulabschlüsse und eine anschließende duale Berufsausbildung fest verankert ist.

Grundsätzlich vertreten wir die Position, dass es ohne Prüfung keine Abschlüsse geben sollte. Wir schlagen vor, für alle die Schülerinnen und Schüler, die sich der Abiturprüfung stellen, auf die BLF zu verzichten und im Falle des Nichtbestehens der Abiturprüfung den Realschulabschluss anzuerkennen. Schülerinnen und Schüler, die jedoch geplant nach Klasse 10 das Gymnasium verlassen möchten, sollten unbedingt eine Prüfung absolvieren, um den Realschulabschluss zu erwerben.

Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ☐											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2.	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Erfurt School of Education (ESE) Universität Erfurt</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Nordhäuser Straße 63</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99089 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Erfurt School of Education (ESE) Universität Erfurt		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Nordhäuser Straße 63	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Erfurt School of Education (ESE) Universität Erfurt										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Nordhäuser Straße 63									
Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
3.	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort								
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Handwerkskammer Südthüringen</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Rosa-Luxemburg-Straße 7-9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98527 Suhl</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Handwerkskammer Südthüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rosa-Luxemburg-Straße 7-9	Postleitzahl, Ort	98527 Suhl
Name	Organisationsform										
Handwerkskammer Südthüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rosa-Luxemburg-Straße 7-9										
Postleitzahl, Ort	98527 Suhl										

THÜR. LANDTAG POST
08.03.2023 10:41

6761/23

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vertretung des Interesses des Handwerkers	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Berufliche Orientierung wird befürwortet Absenkung der Bewerberleistungsfeststellung wird abgelehnt Schulpflichtbefreiung in das Fachlabor der Berufsschule wird begrüßt	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiliguentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Suhl, 03.03.2023	Handwerkskammer Südthüringen sa-Luxemburg-Straße 7-9 98527 Suhl

3984/2023



**Handwerkskammer
Südthüringen**

Handwerkskammer Südthüringen | Rosa-Luxemburg-Straße 7-9 | 98527 Suhl

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



TLT/759/23/3

Hauptgeschäftsführerin

Telefon: 03681 370-0
Telefax: 03681 370-240

E-Mail:

Internet: www.hwk-suedthueringen.de

Suhl, 6. Februar 2023

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern zu den Gesetzentwürfen

- **Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens**
- **Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte**

und zu den Anträgen

- **Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen**
- **Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht**

1

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

wir bedanken uns für die Übersendung der oben genannten Gesetzentwürfe und Anträge und der damit verbundenen Möglichkeit, im Rahmen des Anhörungsverfahrens schriftlich Stellung zu nehmen. Die folgende Stellungnahme bezieht sich auf den Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Modernisierung des Schulwesens (Drucksache 7/6573). Zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP (Drucksache 7/5371) und zu den Anträgen (Drucksache 7/4760 und 7/4674) äußern wir uns aufgrund der fehlenden Relevanz für das Handwerk, für die berufliche Bildung und für die berufliche Orientierung nicht.

Im Folgenden nehmen wir Stellung zu drei Punkten des Gesetzentwurfs.

ThürSchulG § 4 Abs. 3 – Praxisorientierung/berufliche Orientierung

Die Handwerkskammer Südthüringen befürwortet ausdrücklich, praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung als durchgängiges Prinzip des Unterrichts zu verstehen und dies auch im Schulgesetz festzuschreiben. Nachdem im Jahr 2020 die verbindliche Umsetzung von beruflicher Orientierung im Schulgesetz verankert wurde, ist diese Regelung nur folgerichtig. Die Einbindung wirtschaftsnaher Themen in die Unterrichtsgestaltung aller Fächer stellt einen wichtigen Bezug zu den verschiedenen Berufsfeldern des dualen Ausbildungssystems her.



Das praktische Erkunden und Erproben von Berufsfeldern und Ausbildungsberufen kann damit nicht ersetzt, sondern lediglich ergänzt werden und muss weiterhin außerhalb von Schule im geschützten Raum in den Bildungsstätten der beruflichen Praxis und Orientierung stattfinden. Der dort erlangte Praxisbezug und die sich anschließende Berufsfelderprobung im Unternehmen kann nachhaltig die Motivation der Schülerinnen und Schüler für Lehr- und Lerninhalte erhöhen und die damit verbundene Berufswahlreife erheblich steigern und festigen. Durch praxisbezogene, flächendeckende und fachübergreifende Orientierung der Lernenden erhöhen sich die Chancen auf einen reibungslosen Übergang in eine Ausbildung. Handwerksunternehmen sind auf einen reibungslosen Einmündungsprozess von Ausbildungsplatzsuchenden angewiesen und profitieren von gut orientierten Schülerinnen und Schülern. Damit einher geht die Reduzierung von Ausbildungsabbrüchen.

Im nächsten Schritt regen wir an, auch die Lehrerqualifikation zur Umsetzung von praxisorientiertem Lernen und beruflicher Orientierung verbindlich zu regeln. Lehrende müssen auch dahingehend geschult werden, passende Praxisbeispiele aus dem beruflichen Alltag und der Wirtschaft zu kennen und einzusetzen. Zudem sind die Lehrpläne dahingehend anzupassen. Gerne bringen wir unsere Kompetenz bei der Entwicklung von Schulungsangeboten ein und stehen als Partner bei der Durchführung von Qualifikationseinheiten, wie bereits in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert, zur Verfügung.

ThürSchulG § 7 Abs. 6 – Besondere Leistungsfeststellung

Die Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung (BLF) und der automatische Erwerb des Realschulabschlusses mit Eintritt in die Qualifikationsphase bzw. Versetzung in Klasse 11 am Gymnasium lehnt die Handwerkskammer Südthüringen kategorisch ab. Für die Handwerksunternehmen ist ein durchlässiges Bildungssystem grundsätzlich sehr wichtig, weshalb wir ausdrücklich die Möglichkeit des Erwerbs des Realschulabschlusses an Gymnasien befürworten. Allerdings wäre es fatal, wenn durch Eltern der gymnasiale Weg für ihr Kind mit der Motivation ausgewählt würde, dass es so auch ohne Prüfung zu einem Realschulabschluss gelangen kann. Aus dieser Regelung und Möglichkeit heraus, den Realschulabschluss automatisch mit Eintritt in die Qualifikationsphase am Gymnasium (Klasse 11) zu erwerben, ist zu befürchten, dass es zu einer noch stärkeren Verschiebung der Schülerzahlen in Richtung des gymnasialen Bereiches kommt. Mit welcher Motivation besuchen gute Realschüler die Regelschule, wenn der angestrebte Realschulabschluss am Gymnasium ohne Prüfung vergeben wird? Vielmehr sind Überlegungen anzustrengen, Regelschulen aufzuwerten und das Erreichen eines Haupt- oder Realschulabschlusses mit einem technisch-praktischen Profil auszustatten. Handwerksunternehmen profitieren von beruflich orientierten und praktisch begabten Jugendlichen, die die mittlere Reife erreicht haben.

Grundsätzlich vertritt die Handwerkskammer Südthüringen den Grundsatz: „Kein Abschluss ohne Prüfung“. Auch Handwerksunternehmen rekrutieren ihren Fachkräftenachwuchs aus dem gymnasialen Bereich und profitieren von den Schülerinnen und Schülern, die nach der Klasse 10 das Gymnasium verlassen und sich mit erworbenem Realschulabschluss für eine Ausbildung bewerben.

Umso bedeutender ist es, dass diese Schülerinnen und Schüler Erfahrungen im Umgang mit Prüfungssituationen haben, denn während der Ausbildung müssen sie sich dem dualen Prüfungssystem mit seiner gestreckten Gesellenprüfung bzw. Zwischen- und Abschlussprüfung stellen. Dieses zweistufige Konstrukt hat sich bewährt, weil es Lernenden sowie Lehrenden ermöglicht, den Wissenstand zu ermitteln und ggf. nachzusteuern und das eigene Lernen neu zu organisieren.

ThürSchulG § 20 Abs. 2 Satz 2 – Schulpflichterfüllung in der Fachklasse der Berufsschule

Wir begrüßen den Vorschlag, Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu eröffnen, auch ohne Hauptschulabschluss mit Abschluss eines Berufsausbildungsvertrages in das duale System zu münden, und die Schulpflicht im zehnten Schulbesuchsjahr auch in Fachklassen der Berufsschule zu erfüllen. Diese Regelung bietet schwächeren oder schulmüden Jugendlichen die Möglichkeit, eine praktische Ausbildung zu beginnen und ihre Stärken in diesem Bereich zu beweisen. Ebenso werden aus unserer Sicht Übergangssysteme, wie Berufsfachschulen und Berufsvorbereitungsjahre, entlastet, die häufig nur mit der Zielstellung besucht wurden, die Schulpflicht zu erfüllen. Somit können Potenziale für den Ausbildungsmarkt besser gehoben werden und Übergangssysteme tatsächlich für nicht orientierte Jugendliche oder Jugendliche mit Sprachdefiziten aufgrund eines Migrationshintergrundes genutzt werden.

Wir möchten an dieser Stelle jedoch ausdrücklich betonen, dass die Möglichkeit weiterhin bestehen bleiben muss, den allgemeinbildenden Schulabschluss im Rahmen der dualen Ausbildung zu erlangen. Entsprechend des benannten Grundsatzes „Kein Abschluss ohne Prüfung“ müssen die Regelungen in der Thüringer Berufsschulordnung betrachtet werden.

3

Gerne stehen wir für weiterführende Gespräche und den gemeinsamen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betellgentransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betellgentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betellgentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzesentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzesentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>eingetragener Verein JVGTh e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Vilmanns Straße 17-19 99083 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Vilmanns Straße 17-19</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99083 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		eingetragener Verein JVGTh e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Vilmanns Straße 17-19 99083 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Vilmanns Straße 17-19	Postleitzahl, Ort	99083 Erfurt
Name	Organisationsform										
	eingetragener Verein JVGTh e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Vilmanns Straße 17-19 99083 Erfurt										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Vilmanns Straße 17-19										
Postleitzahl, Ort	99083 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Schulleiter am ASG in Erfurt 1. Vorsitzender des JVGTh e.V.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Ziel und Ausrichtung der Modernisierung des Schulwesens - Nachhaltigkeit von Entwicklungen - Lösungsvorschläge	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ehlt, 08. Februar 2023	

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
08.02.2023 13:55

4006/2023

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen



Datum

08.02.2023

**Schriftliches Anhörungsverfahren § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages
– Modernisierung des Schulwesens**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier die Sichtweise der SVGTh zu den Bruchzahlen 7/6573, 7/5371 und 7/4760, 7/4674.

1. Es ist zu begrüßen, dass man das Schulwesen modernisieren will. Aufgrund der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen ist das auch notwendig. Ziel muss es aus unserer Sicht sein, den veränderten Lebensumständen und den Bedürfnissen und Bedarfen der Jugendlichen gerecht zu werden. Dabei muss man einerseits den Blick auf diejenigen Kinder richten, die besondere Hilfe und Unterstützung brauchen, und andererseits auf diejenigen, die leistungsbereit und leistungsfähig sind. Sie sind in den letzten Jahren etwas in Vergessenheit geraten, rücken nun wieder mehr in den Fokus, wie zum Beispiel das LEMAS-Projekt der Bund-Länder-Kommission zeigt. Wichtig erscheint uns, deutlich hervorzuheben, dass ein Bildungsabschluss nicht den Wert eines Menschen bestimmt, wie es in der öffentlichen Wahrnehmung mitunter erscheint, sondern die Richtung eines Lebensweges für die ersten Berufsjahre zeigt. Ziel eines modernen Schulwesens sollte es also sein, jeden Menschen zu fördern und zu fordern und ihm zu helfen, eine aktive Rolle in unserer Gesellschaft einzunehmen.
2. In den Thüringer Grundschulen sind vor einigen Jahren konzeptionelle Veränderungen vorgenommen worden. Leider hat man es aus unserer Sicht versäumt, diese kritisch-konstruktiv zu evaluieren. Das sollte dringend nachgeholt werden. Derzeit entsteht bei vielen Kolleg:innen der Eindruck, dass Grundschüler:innen nach Abschluss der 4. Klasse deutlich schlechter rechnen, verstehend lesen und schreiben können als diejenigen, die vor 10 Jahren die Grundschule verlassen haben. Die weiterführenden Schulen erarbeiten ihre SchiLLP auf Grundlage der Bildungsstandards für den Primarbereich. Dieser Ansatz ist leider nicht mehr zielführend. Wir regen daher an, vorgenommene Veränderungen systematisch und ehrlich zu überprüfen.



3. Das Gemeinschaftsschulkonzept bietet viele Potenziale, dessen adäquate Umsetzung ist jedoch nicht unproblematisch. Es ist zu bedenken, dass sich die Bedarfe an Personal und Geld deutlich erhöhen. Nach unserer Schätzung ist eine TGS 1,5 bis 2-mal so teuer, wie eine RS bzw. ein Gymnasium gleicher Größe. Erfahrungen aus Deutschland (NRW) und Europa (England) zeigen, was geschieht, wenn man die notwendigen finanziellen Mittel nicht bereitstellt. Die Landespolitiker:innen sollten sehr darauf achten, dass die Qualität des öffentlichen Bildungssystems nicht zu sehr leidet. Das hat, so zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern, mitunter die Konsequenz, dass Privatschulen entstehen, um die Lücken zu schließen. Das ist aus unserer Sicht eher unsozial.
4. Die Abschaffung der BLF begrüßen wir. Aus unserer Sicht sollte man in Erwägung ziehen, dass alle Thüringer Schüler:innen, egal welche Schule sie besuchen, die Prüfung für den mittleren Bildungsabschluss (Realschulabschluss) ablegen sollen.
5. Die Veränderungen in § 15a (Aufnahmeverfahren) werden begrüßt. Insbesondere die Tatsache, dass für 30% der aufzunehmenden Schüler:innen das Schulprofil als vorrangiges Aufnahmekriterium festgelegt wird.
6. Die Umsetzung des § 30 (1) wird schwierig, da häufig die technischen Voraussetzungen fehlen, sowohl in den Schulen als auch im privaten Bereich. Ansonsten sind die Festlegungen zu begrüßen.
7. Die Einstellung von Schulverwaltungsassistent:innen und von pädagogischen Assistentenkräften ist ein notwendiger Schritt, die Schulleitungen und Lehrer:innen massiv zunehmenden nichtpädagogischen administrativen Aufgaben zu entlasten. Die Erprobungsphasen sind zu lang gefasst, die Bedarfe schon jetzt vorhanden. Die Zuweisung sollte über einen schüler- und schulartbezogenen Schlüssel transparent erfolgen. Auch die Schulsozialarbeit muss aus unserer Sicht an allen Thüringer Schulen etabliert werden und die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Angemerkt sei hier noch, dass das Thüringer Schulverwaltungsprogramm (ZPVI) eher hinderlich ist, als dass es unterstützt. Die Schulen haben mehrere Parallelsysteme zu führen. Das bindet Zeit und Personal, bringt aber keinen Nutzen. Obwohl Schulen keine personalführenden Einrichtungen sind, werden wir von überlasteten Schulämtern dennoch dafür herangezogen. Solche Schulverwaltungssoftware sollte Schulen unterstützen und natürlich auch eine Kontrollfunktion haben, damit der adäquate Unterrichtseinsatz der Lehrer:innen geprüft werden kann. Das ZPVI in seiner derzeitigen Form genügt leider den Ansprüchen nur ansatzweise. Das muss rasch geändert werden.
8. Dass die Schulen Schulprogramme entwickeln und fortschreiben, ist selbstverständlich. In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden bei der Initiierung, der Umsetzung und Evaluation durch das zuständige Ministerium verschiedene Ansätze verfolgt und rasch durch die nächsten ersetzt. Bevor die Schulen per Gesetz dazu verpflichtet werden, ein Schulprogramm zu entwickeln, das konform zu einem noch zu erstellenden Qualitätsrahmen ist, sollte das zuständige Ministerium selbst ein strategisches „Schulentwicklungsprogramm für ganz Thüringen erstellen und verabschieden, um dann auf dieser Basis den Qualitätsrahmen zu formulieren.

Derzeit ist zu beobachten, dass z. B. das Übertrittsverfahren zu den Gymnasien (vor allem in den Städten) Schulentwicklungsprozesse besonders in den Bevölkerungszentren Thüringens behindert.

9. Längeres gemeinsames Lernen hat Vor- und Nachteile, die sollten hinreichend bedacht werden. Es sind die Bedingungen zu schaffen, die Nachteile minimieren und Vorteile hervorheben.
10. Es ist sehr gut, dass alle Schüler:innen ein digitales Endgerät erhalten. Ob das ab Klasse 5 sein muss, ist unsererseits ergebnisoffen. Jedoch muss der deutlich gesteigerte Administrationsaufwand abgedeckt werden. Darüber hinaus ist bei den Kosten zu bedenken, dass bei einer Verweildauer am Gymnasien von mindestens acht Jahren gegebenenfalls Ersatzgeräte bereitgestellt werden müssen, da man bei der Nutzungsdauer von 5-6 Jahren ausgeht.
11. Die Festlegungen zum Distanzunterricht erscheinen uns sinnvoll. Er sollte jedoch nur in den benannten Fällen präferiert werden. Unterricht ist ein zielgerichteter Prozess, der sich über Kommunikations- und Interaktionsprozesse realisiert. Dadurch fördert er auch die moralisch-ethische Entwicklung der Schüler:innen. Die Schule ist ein Ort sozialer Begegnungen, an dem Schüler:innen lernen, mit Gleichaltrigen und mit Erwachsenen umzugehen. Das kann ein Distanzunterricht nur ansatzweise leisten, wie sich gezeigt hat. Die Sinnhaftigkeit eines Hybridunterrichts erschließt sich uns nicht, da es zu jedem in der Schule zu behandelnden Thema im Internet Lehrfilme und Lernplattformen gibt, die Lernprozesse unterstützen können. Darüber hinaus könnte sich das Thillm als wertvoll erweisen, indem es Lernmaterialien erstellt. Konsequenter wäre es dann, Schule durch Lernen im Netz zu ersetzen. Das ist kostengünstiger, jedoch gibt es keinerlei Sozialisierungsfunktionen.
Die intendierte Regelung, dass das zuständige Staatliche Schulamt Distanzunterricht unter Eingriff in die Autonomie der Schule anordnen kann, erscheint uns fraglich.
12. Wer die Lehrer:innenausbildung verändern will, muss von der Lehrerinnenperson ausgehen:
 - Der Lehrer:innenberuf ist ein Erfahrungsberuf. Man muss als Lehrer:in unterrichten und dieses Handeln kritisch-konstruktiv reflektieren (sowohl selbst als auch von außen).
 - Nicht jeder Mensch kann ein(e) Lehrer(in) sein. Man benötigt ein paar Grundeigenschaften (z.B. Liebe zum Kind, Durchsetzungsvermögen, Lernbereitschaft und –willigkeit). Hat man diese nicht, wird man nicht glücklich in diesem Beruf. Es führt zu Krankheit, Depressionen, u.ä.

Wenn man also Lehrer:innen ausbildet, müssen die fachlichen Voraussetzungen (Unterrichtsfächer, Psychologie, Pädagogik, Kommunikation,...) geschaffen werden. Gleichzeitig müssen diese mit dem unterrichtlichen Handeln verknüpft werden (1. Phase). In der 2. Phase geht es um die kritisch-konstruktive Reflektion. Dazu muss zwischen Ausbilder:in und Auszubildender:en eine Arbeitsbeziehung aufgebaut werden. Nur wenn der/die Auszubildende den/die Ausbilder/in akzeptiert, ist Erfolg garantiert.

Wenn man Fachleiter:innen aus Kostengründen nur zwei Unterrichtsbesuche erlaubt, kann man es eigentlich auch lassen. Fachleiter:innen sollten aus Vergleichbarkeitsgründen Prüfungen abnehmen und die praktische Ausbildung verbleibt an den Schulen. Eine Teilung der Sekundarstufen ist durchaus möglich. Es wird sich erweisen, ob es sich bewährt.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserblich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <i>ja</i> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Verband der Lehrer/innen an berufsbildenden Schulen in Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Linderbader Weg 30</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99099 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verband der Lehrer/innen an berufsbildenden Schulen in Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Linderbader Weg 30	Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt
Name	Organisationsform										
	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Verband der Lehrer/innen an berufsbildenden Schulen in Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Linderbader Weg 30										
Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG) <i>nein</i>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Berufsschullehrer</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>Im Artikel 1 des Druckes ist aus unserer Sicht noch ergänzungsbedürftig. Was besondere Fälle sind, bei denen man mit Bildungsricht eileiten sollte, neben den dort bereits aufgezählten Redaktionselle Änderungen im Artikel 2</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligzentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 08.02.2023	

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen – Fuchs – Str.1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
09.02.2023 12:01

4093/23

2023-02-09

2023/041

Stellungnahme BLV Thüringen „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“ u. a.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich, dass uns die Mitglieder des Bildungsausschuss des Thüringer Landtags die Möglichkeit geben, zu den Anträgen der Fraktionen DIE LINKE der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“ (Drucksache 7/6573) sowie „Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“ (Drucksache 7/4760), der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP „Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“ (Drucksache 7/5371) sowie der Parlamentarischen Gruppe der FDP „Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht“ (Drucksache 7/4674 – Neufassung) Stellung zu nehmen, welche wir gern wahrnehmen. Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen in Thüringen – Berufsschullehrerverband (BLV) nimmt lediglich zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“ (Drucksache 7/6573) wie folgt Stellung:

zu Pkt. 9 im Artikel 1 des Entwurfs: § 20: „Erfüllung der Vollzeitschulpflicht“

Der BLV begrüßt, dass durch diese Änderung es den Schülern ohne Hauptschulabschluss aber mit einem Ausbildungsvertrag, ermöglicht wird, die Vollzeitschulpflicht im zehnten Schulbesuchsjahr in einer der der Ausbildung entsprechenden Fachklasse der Berufsschule zu erfüllen.

zu Pkt. 21 im Artikel 1 des Entwurfs: § 45a „Präsenz- und Distanzunterricht, Digitale Lernumgebung“

Im Punkt 3 ist aufgeführt, dass „das zuständige Staatliche Schulamt diesen (angemerkt Distanzunterricht) in einem sonstigen besonderen Bedarfsfall zur Erhaltung erreichter Lernstände und zur Vermittlung neuer Lerninhalte genehmigt.“ Diese Aussage sollte weiter konkretisiert werden, z. B. durch einen Hinweis, dass Näheres durch eine Verwaltungsvorschrift geregelt wird.

Der BLV befürwortet Distanz- bzw. Hybridunterricht für Fächer oder Lernfelder solcher Berufe, bei denen an der jeweiligen berufsbildenden Schule, auf Grund zu geringer Schülerzahl, keine Klassenbildung möglich ist. Durch Erteilung dieses Unterrichts in hybrider Form wird es möglich, dass weite Fahrstrecken vermieden oder gar die gesamte theoretische Beschulung in Thüringen verbleibt. Distanz- bzw. Hybridunterricht über einen langen Zeitraum als Mittel, um den Lehrermangel zu kaschieren lehnt der BLV ab.

zu Pkt. 5 im Artikel 2 des Entwurfs; § 23

Ein redaktioneller Hinweis: Das Wort „schulartbezogen“ kann nicht nur durch das Wort „schulstufenbezogen“ ersetzt werden, denn es existieren neben den schulstufenbezogenen Lehrämtern ja noch die Lehrämter an berufsbildenden Schulen und für Förderpädagogik.

zu Pkt. 8 im Artikel 2 des Entwurfs; § 27 b)

Ein redaktioneller Hinweis für den Absatz (5): Hier ist der Satz um das Wort „Fachrichtung“ zu ergänzen, da ja im Vorbereitungsdienst die Befähigung zur Erteilung von Unterricht in der beruflichen Fachrichtung (sogenanntes Erstfach) und einem Zweifach vermittelt wird.

Mit/freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?													
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -													
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -													
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -													
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <th>Name</th> <th>Organisationsform</th> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform					Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)													
Postleitzahl, Ort													

THÜR. LANDTAG POST
05.04.2023 15:57

9804/2023

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	Prof. Dr. Kracke	Bärbel
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Institut für Erziehungswissenschaft Friedrich-Schiller-Universität Am Planetarium 4
	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Hochschullehrerin: Forschung und Lehre im Bereich Pädagogische Psychologie	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<p>Ich befürworte praktisches Lernen, längeres gemeinsames Lernen, digitale Geräte für Schüler:innen, pädagogische und administrative Assistenzkräfte. Für alle Neuerungen sollten Schulen Konzepte verfassen, in denen deutlich gemacht wird, wie der sächliche oder personelle Einsatz zusätzlicher Ressourcen in das pädagogische oder organisatorische Konzept der Schule eingebunden ist, welche Verantwortlichkeiten es gibt etc.</p> <p>Ich befürworte ein Lehramtsstudium, das für die Sekundarstufen 1 und 2 weitgehend einheitlich vor allem in Bezug auf das Angebot im erziehungswissenschaftlichen Studium ist, damit die zukünftigen Lehrkräfte angemessen auf Herausforderungen, die mit Digitalisierung sowie der vielfältigen Heterogenität der Schülerschaft einhergehen, umgehen können. Der Umfang von 40 LP erscheint mir dafür angemessen. Ich lehne eine Differenzierung im Lehramtsstudium in Gymnasial- und Regelschullehramt ab, da zukünftige Lehrkräfte potenziell an allen Schularten unterrichten und sich im Studium offen für alle Schularten orientieren können sollen.</p>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 05.04.2023	

4077/2023



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

Institut für Erziehungswissenschaft
Lehrstuhl für Pädagogische Psychologie

Universität Jena · Institut für Erziehungswissenschaft · 07737 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung,
Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str.1

99096 Erfurt

Am Planetarium 4
07743 Jena

Jena, 07.02.2023

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf zum „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“,
Drucksache 7/6573 – Professorin für Pädagogische Psychologie am Institut für
Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Thüringer Landtags,

Ihrer Einladung zu einer Stellungnahme zu Ihren laufenden Initiativen der Thüringer Fraktionen komme ich gerne nach. Meine Kommentare sind vor meinem Hintergrund als Entwicklungs- und Pädagogische Psychologin mit Forschungsschwerpunkten im Bereich Jugendentwicklung, Berufsorientierung, gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung und meinen Lehrererfahrungen im Lehramt für Regelschulen und Gymnasien sowie im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft zu lesen. Zudem war ich Vorsitzendes des Konsortiums zur Erarbeitung des Thüringer Bildungsplans bis 18 Jahre.

Für Nachfragen zu meinen Ausführungen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Anlage



TLT/526/23/5

Anlage

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zum „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“, Drucksache 7/6573 – Professorin für Pädagogische Psychologie am Institut für Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Längeres gemeinsames Lernen - §3, neuer Absatz 3

Dem Vorhaben, das längere gemeinsame Lernen weiter zu entwickeln, ist unbedingt zuzustimmen. Aus entwicklungspsychologischer Perspektive ist eine frühe Trennung der Schüler:innen in unterschiedliche Schularten mit unterschiedlichen Anforderungs- und Förderungsstrukturen nicht zu befürworten. Zu unterschiedlich sind die Lernvoraussetzungen bereits bei der Einschulung (z.B. Wortschatz), die bis zum Ende der vierten Grundschulklasse nicht ausgeglichen sind. Eine zu frühe Zuweisung der Kinder zu Schularten mit unterschiedlichen Anforderungs- und Lernangebotsprofilen kann dazu führen, dass individuelle Potenziale nicht angemessen entwickelt werden können, wenn eine für den jeweiligen Entwicklungsverlauf nicht passende Zuordnung zu einer Schulart getroffen wurde. Daher ist es zu begrüßen, dass Schulträger in Zukunft „eine hinreichende Bereitstellung von wohnortnahen schulischen Angeboten, die ein längeres gemeinsames Lernen (...) ermöglichen. (Drucksache 7/6573, S. 7)“ vorsehen.

Praxisorientiertes Lernen - §4 Absatz 3, neuer Satz

Verschiedene Studien zeigen, dass im Verlauf der Sekundarstufe I die Lernmotivation abnimmt. Das liegt vor allem daran, dass sich gerade Schüler:innen zwischen Jahrgang 7 und 9 im Laufe ihrer Identitätsentwicklung die Frage nach dem Sinn des schulischen Lernens für sich selbst stellen. Dies gilt vor allem für Jugendliche, die in ihrem außerschulischen Umfeld aus den unterschiedlichsten Gründen (z.B. schlechte Erfahrungen mit Schule der engen Bezugspersonen, Unerfahrenheit der Bezugspersonen mit dem Schulsystem) wenig Unterstützung für das schulische Lernen erleben. Interventionen, die Schüler:innen die Nützlichkeit schulischer Lernangebote für ihr Leben deutlich machen können, zeigen, dass dem Trend, Schule als nicht sinnvoll anzusehen, entgegengewirkt werden kann. Praxisorientiertes Lernen, das die eigene Wirksamkeit zum Beispiel bei der Herstellung nützlicher Gegenstände oder Dienstleistungen erleben lässt (u.a. in Schülerfirmen, Schülercafés, Projekt Verantwortung, Praxistage in Unternehmen), kann in diesem Sinne Lernmotivation und Anstrengungsbereitschaft fördern.

Schulwahl - §15a

Es ist zu begrüßen, dass bei der Schulwahl neben der Wohnortnähe das reformpädagogische Konzept der Schule als Auswahlgrund berücksichtigt wird. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass Eltern, die eine durch eine explizite Orientierung an den kindlichen Bedürfnissen geprägte Pädagogik wünschen, in wohnortnahen Schulen ohne reformpädagogische Ansätze als Entwicklungsmotoren fehlen. Zum anderen stehen dann die reformpädagogischen schulischen Angebote in geringerem Maße Schüler:innen zur Verfügung, die sie automatisch wegen ihres Wohnortes hätten wahrnehmen können. Daher ist zu empfehlen, schulische Angebote mit reformpädagogischer Orientierung weiter auszubauen.

Pädagogische Assistenzkräfte - §34, Absatz 6

Dass Pädagogische Assistenzkräfte neben Lehrkräften, Erzieher:innen und Sonderpädagog:innen „zur Unterstützung im Unterricht, beim Erziehen, Beraten, Betreuen und Fördern der Schüler, insbesondere derjenigen mit Bildungsdefiziten (...)“ an staatlichen Schulen tätig werden können, ist sehr zu begrüßen. Wichtig ist hierbei, dass die Tätigkeiten dieser Personen in Abgrenzung der anderen an Schule Tätigen klar definiert werden, und dass es an jeder Schule ein Konzept gibt, wie die Assistenzkräfte in das Kollegium integriert werden. Zudem sollte zur Sicherung von Qualitätsstandards ein Qualifizierungs- und Begleitprogramm etabliert werden, wie es in Thüringen im Bereich Schulsozialarbeit existiert.

Digitale Endgeräte - §44a

Angesichts der Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche der Gesellschaft, ist es richtig, Schüler:innen der Klassenstufe 5 durch den Schulträger digitale Endgeräte kostenlos zur Verfügung zu stellen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass ohne ein Konzept der Einzelschule, aus dem hervorgeht, wie die Geräte in den Unterricht eingebunden werden sollen, wer für die Beratung zum Umgang damit sowie für die Wartung zur Verfügung steht und wie Eltern bzw. Erziehungsverantwortliche in das Konzept des digitalen Lernens einbezogen werden, der flächendeckende Einsatz von digitalen Endgeräten kaum erfolgreich sein wird.

Artikel 2 - Änderung des Lehrerbildungsgesetzes

Gesellschaftlich ist auch in Deutschland ein Auseinanderdriften der Lebenswelten in Bezug auf die Verteilung von Reichtum und Besitz festzustellen. Finanzielle Verhältnisse von Familien gehen häufig mit Bildungschancen der Kinder einher. Ein in Schularten segregiertes Schulsystem trägt dazu bei, dass sich Lebenswelten von Kindern bereits früh trennen. Gerade in Deutschland kommen diese Lebenswelten im Verlauf der Bildungskarriere dann nur noch selten wieder zusammen. International vergleichende Studien der OECD zum Beispiel attestierten dem deutschen Bildungssystem wiederholt, dass durch die frühe Trennung in Schularten Unterschiede in familiären Herkunftsbedingungen im Verlauf der Schulzeit immer

weiter akzentuiert werden und von Kindern aus nicht-akademischen, vor allem aber aus von Armut betroffenen, Elternhäusern individuelle Potenziale nicht zufriedenstellend entwickelt werden können.

Daher ist aus entwicklungspsychologischer Sicht ein längeres gemeinsames Lernen äußerst wünschenswert. Für solch längeres gemeinsames Lernen müssen schulische Angebote gestaltet werden. Die Thüringer Gemeinschaftsschule (TGS) berücksichtigt in diesem Sinne, dass sich Kinder in individuellem Tempo entwickeln und sich in heterogenen Schüler:innengruppen, die ein Abbild der Gesellschaft darstellen, zu gesellschaftsfähigen Individuen entwickeln können, die in der Lage sind, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Sie ermöglichen unterschiedliche Berechtigungen für anschließende Bildungswegen von dualer Ausbildung über fachschulische bis zu universitären Studien. Dieses Angebot sollte ausgebaut werden.

Damit das Konzept der TGS im Sinne der Schüler:innen umgesetzt werden kann, müssen Lehrkräfte aus- und weitergebildet werden, die in der Lage sind, individuelles Lernen bis zu den jeweils passenden Schulabschlüssen zu ermöglichen. Dazu benötigen sie neben Kenntnissen für ihren Fachunterricht im Bereich Bildungswissenschaften fundierte entwicklungspsychologische, pädagogische und diagnostische Kompetenzen, die sie mithilfe digitaler Lernumgebungen, die sie zu gestalten und nutzen imstande sind, konstruktiv anwenden können (KMK, 2019). Da auch in Thüringen bereits jetzt und in Zukunft viele Schüler:innen mit nicht-deutscher Familiensprache die Schulen besuchen, ist eine Sensibilisierung für das Unterrichten von Deutsch als Zweitsprache für alle angehenden Lehrkräfte vorzusehen. Auch in den anderen in Thüringen existierenden Schularten der Sekundarstufe, also Regel- und Gesamtschule sowie Gymnasium, sind Schüler:innen in verschiedenen Dimensionen heterogen. Daher ist für Lehrkräfte, die an diesen Schulen arbeiten, ebenfalls die genannte bildungswissenschaftliche Expertise unabdingbar.

Ein Lehramtsstudium, das auf eine „Schule der Vielfalt“ (KMK, 2015) vorbereitet, muss in ausreichendem Maße Kompetenzen vermitteln, individuelle Lernprozesse zu begleiten. Dazu sind ausreichend Studienzeiten vorzusehen. Die im Gesetzentwurf (§12 Absatz 2 Satz 4) vorgeschlagenen 40LP dürften eine gute Basis sein. Allerdings ist nicht zu verstehen, warum dies für Studiengänge, die das Doppelfach Musik betreffen, nicht gelten sollte.

Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass trotz einer Schwerpunktsetzung im Studium auf die Sekundarstufe I oder Sekundarstufe II (was aktuell einem Lehramt am Gymnasium gleichkommt) im Vorbereitungsdienst alle Lehrämter zusammengefasst werden und Studierende unabhängig von ihrem Studienschwerpunkt Lehrberechtigungen für alle Schulstufen erlangen (§27 Absatz 4, Erläuterung auf S. 18). Das ist für den flexiblen Einsatz von Lehrkräften sicherlich vorteilhaft. Allerdings werden Unterschiede in Kompetenzen und Erwartungen, die sich aus den in §12 Absatz 2 skizzierten weitgehend getrennten Ausbildungsgängen entwickeln dürften, kaum durch entsprechende Bemühungen im Studienseminar ausgleichbar sein.

Daher dürften die in § 12 Absatz 2 dargestellten schulstufenspezifische Schwerpunktsetzungen im Lehramtsstudium in einer Situation massiven Lehrkräftemangels nicht gerade den flexiblen Einsatz der vorhandenen Kräfte erleichtern. Es sollte vielmehr darüber nachgedacht werden, ein integriertes Studium für die Sekundarstufen I und II als „Lehramt für die Sekundarstufe“ zu schaffen, welches nur punktuelle Schwerpunktsetzungen etwa in Richtung Beratung oder Oberstufe ggf. in einem Fach ermöglicht und nicht

eine „jeweilige Stufenspezifität bei den fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, schulpraktischen und bildungswissenschaftlichen Studien“ (§12, Absatz 2 Satz 1) vorsieht. Damit sähen sich alle Lehramtsstudierenden zunächst einmal in erster Linie verantwortlich sowohl für die Vermittlung von Fachwissen als auch für die ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung und staatsbürgerliche Erziehung der Lernenden, die mit unterschiedlichen Begabungen in unterschiedlichem Ausmaß in verschiedenen Fächern Lernangebote benötigen, ohne dass sie in scheinbar homogenen Settings unterschiedlicher Schularten getrennt werden müssten.

Da sich Fachinhalte, Organisation von Schule und gesellschaftliche Anforderungen an Schule ständig wandeln, wäre es wichtig, in einem modernisierten Schulwesen für Lehrkräfte eine Verpflichtung zu Fortbildung vorzusehen. Um Fortbildung auf der Höhe wissenschaftlicher Erkenntnisse zu halten, wären systematische Kooperationen zwischen den für das Lehramt ausbildenden Hochschulen und dem Landesinstitut für Lehrerfortbildung aus- und aufzubauen. Gerade die aktuell vermehrt ins System gelangenden Quer- und Seiteneinsteiger:innen sollten in Kooperation mit den Hochschulen weiterqualifiziert werden, um den Erwerb ggf. fehlender fachdidaktischer und/oder bildungswissenschaftlicher Kompetenzen zu ermöglichen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens / Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte / Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen / Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht, Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO Thür Landtag		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Ev. Kirchen bei Landtag und Landesregierung</div> <div style="flex: 1;">Kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;">Evangelisches Büro Thüringen</div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Augustinerstraße 10</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99084 Erfurt</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung der Kirchen beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/6573: Die hier genannten Maßnahmen begrüßen wir im Grundsatz. Alles, was den Lehrpersonen hilft, sich auf ihre didaktischen und pädagogischen Kern-Aufgaben zu konzentrieren, dient der Bildung der Thüringer Schüler*innen. Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Drs. 7/5371 Wir begrüßen in diesem Gesetzesentwurf die Balance zwischen der Stärkung gelebter Inklusion für möglichst viele Schüler*innen einerseits und der Ermöglichung optimaler Bildungschancen für jedes Kind unabhängig vom Grad seiner individuellen Beeinträchtigungen. Nicht für jedes Kind sind die Bildungschancen im Gemeinsamen Unterricht optimal. Auch Förderschulen sind Orte, die einen sehr anspruchsvollen Bildungsauftrag erfüllen – für genau die Schüler*innen, die dort die besten Bildungschancen für ihr weiteres Leben erhalten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.02.2023	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon: 0361 – 5 62 42 22
Fax: 0361 – 5 62 42 25
E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum
09.02.23

Aktenzeichen

THUR. LANDTAG POST
09.02.2023 15:27

4145/23

- per email -

**Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens / Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte / Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen / Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht, Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO Thür Landtag
, Ihr Schreiben vom 22.12. 2022**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Thüringer Landtages,

für die in Thüringen vertretenen Evangelischen Kirchen bedanken wir uns herzlich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den oben genannten Beratungsgegenständen.

a, Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/6573:

U. a. sollen mit dieser Gesetzesinitiative die Qualität der Bildung gestärkt werden, indem die Lehrerinnen und Lehrer bei Aufsichts-, Verwaltungs- und Organisationsaufgaben durch Assistenzkräfte im Landesdienst entlastet werden. Zwei unterstützende Funktionen sollen eingeführt werden: eine Schulverwaltungsassistenz und eine Pädagogische Assistenz. Letztere dient schwerpunktmäßig der Betreuung und Förderung der Schüler*innen mit Förderbedarf und/oder Migrationshintergrund im gemeinsamen Unterricht. Bildungschancen sollen bspw. auch verbessert werden durch die Ausstattung jedes Fünftklässlers mit einem digitalen Endgerät und den Ausbau einer bedarfsgerechten Schulsozialarbeit.

Die hier genannten Maßnahmen begrüßen wir im Grundsatz. Alles, was den Lehrpersonen hilft, sich auf ihre didaktischen und pädagogischen Kern-Aufgaben zu konzentrieren, dient der Bildung der Thüringer Schüler*innen.

b) Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP, Drs. 7/5371

Diese Gesetzesinitiative zielt insbesondere auf eine möglichst bedarfsgerechte Beschulung von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf *entsprechend deren individuellen Fähigkeiten*.



TLT/922/23/5

Einerseits sollen *Förderschulen* mit den benötigten Förderschwerpunkten in staatlicher und freier Trägerschaft weiterhin Schüler*innen, die an anderen Schularten nicht bedarfsgerecht gefördert werden können oder deren Eltern sich für eine Beschulung an einer Schule mit entsprechendem Förderschwerpunkt entscheiden, als Beschulungsorte offenstehen.

Andererseits wird die gemeinsame Beschulung von Kindern mit sowie ohne sonderpädagogischem Förderbedarf im Gesetzesentwurf im Grundsatz bejaht mit entsprechenden Differenzierungen: Während der Orientierungsphase der Regelschule (Klassenstufen 5 und 6) soll ein gemeinsamer Unterricht für alle Regelschüler*innen obligatorisch sein. Ab Klassenstufe 7 soll eine entweder auf die Anspruchsebene oder auf den Abschluss bezogene Differenzierung der Beschulung erfolgen. Die für die Realisierung notwendige Stärkung der sächlichen, personellen und räumlichen Bedingungen („Barrierefreiheit“) allgemeinbildender Schulen wird markiert.

Wir begrüßen in diesem Gesetzesentwurf die *Balance* zwischen der Stärkung gelebter Inklusion für möglichst viele Schüler*innen einerseits und der Ermöglichung *optimaler* Bildungschancen für jedes Kind unabhängig vom Grad seiner individuellen Beeinträchtigungen. Nicht für jedes Kind sind die Bildungschancen im Gemeinsamen Unterricht optimal. Auch Förderschulen sind Orte, die einen sehr anspruchsvollen Bildungsauftrag erfüllen – für genau die Schüler*innen, die dort die besten Bildungschancen für ihr weiteres Leben erhalten.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>tlv thüringer lehrerverband</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Tschaikowskistraße 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	tlv thüringer lehrerverband	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Tschaikowskistraße 22	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
tlv thüringer lehrerverband	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Tschaikowskistraße 22										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

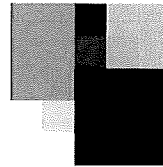
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Thüringer Pädagogen aller Schulformen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	siehe Anlage	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.02.2023	

4225/2023



tlv
thüringer
lehrerverband

tlv thüringer lehrerverband Tschaikowskistr. 22, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
nur per Mail

Landesgeschäftsstelle

Tschaikowskistraße 22
99096 Erfurt
Telefon 0361.302526-30
Telefax 0361.302526-5932
post@tlv.de
www.tlv.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Datum

09.02.2023

Anhörungsverfahren Thüringer Schulgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

an dieser Stelle möchten wir uns für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken. Der tlv thüringer lehrerverband möchte Ihnen zu den Beratungsgegenständen

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/6573 -

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/5371 -

Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen

Antrag der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/4760 -

und

Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht

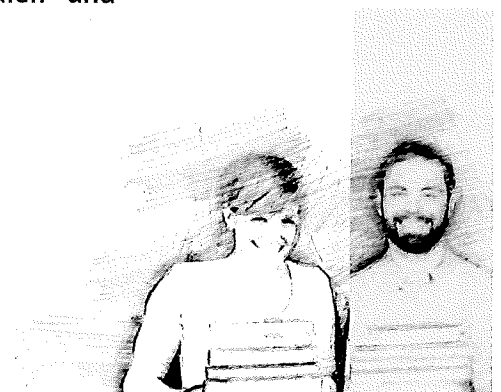
Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/4674 - Neufassung -

folgendes mitteilen:

Der tlv thüringer lehrerverband ist eine Interessenvertretung aller Beschäftigten im Thüringer Bildungswesen und größte Fachgewerkschaft im tbb beamtenbund und tarifunion.

Als Thüringer Landesverband im VBE Verband Bildung und Erziehung - der mit bundesweit 165.000 Mitgliedern eine der beiden großen Bildungsinteressenvertretungen und zugleich die größte Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion - ist der tlv bestens vernetzt.



Im Allgemeinen stellen wir fest, dass die zunehmende Anzahl der Einstellungen von Seiteneinsteigern und Studierenden ohne oder nur mit dem ersten Staatsexamen aufgrund der problematischen Personalsituation nicht zu großer pädagogischen Kompetenz beiträgt. Wir sind uns bewusst, dass Schule ohne Seiteneinsteiger aktuell kaum beziehungsweise nicht mehr funktionieren kann. Wir halten es jedoch für dringend notwendig, diese vor Dienstantritt entsprechend nachzuqualifizieren. Uns sind Fälle bekannt, in denen Seiteneinsteigern aufgrund fehlender Kapazitäten die Nachqualifizierung negativ beschieden wird. Dies kann und darf nicht sein.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens** (Drucksache 7/6573), teilen wir Ihnen folgendes mit:

Zu § 6a und dem geplanten Absatz 3a halten wir dagegen, dass wir als tlv thüringer lehrerverband die Regelschule als Herzstück unserer Thüringer Bildungslandschaft sehen. Mit diesem Absatz befürchten wir, dass diese Schulform mehr und mehr abgeschafft und in die Thüringer Gemeinschaftsschule überführt werden soll. Dies lehnen wir ab.

Mit der Änderung des § 7 Abs. 6 und 7 soll der automatische Erwerb des Realschulabschlusses mit der Versetzung in Klassenstufe 11 erfolgen. Die Besondere Leistungsfeststellung wurde in Thüringen unter anderem auch aufgrund der Forderung von Schülerinnen und Schülern eingeführt. Eine nähere Betrachtung benötigen wir hier mit Sicherheit nicht. Die Besondere Leistungsfeststellung dient auch der Überprüfung, ob ein Schüler für die Qualifikationsphase geeignet ist und dient damit auch als Probedurchlauf für das Abitur. Wir vom tlv thüringer lehrerverband fordern weiterhin, an der Besonderer Leistungsfeststellung festzuhalten.

Mit der Änderung des § 40 b soll die Profilstärke einer jeden Schule verstärkt werden. Dies begrüßen wir. Dennoch erkennen wir hier auch eindeutig zusätzliche Belastungen im organisatorischen, bürokratischen und personellen Bereich. Eine Stärkung der Schulprofile macht aber nur dann Sinn, wenn es auch eine tatsächliche freie Schulwahl gibt und nicht, wie bisher, eine Zuweisung aufgrund von Schulbezirken.

Bei § 44 a – Digitale Endgeräte - wünschen wir uns dringend eine Präzisierung. Die Entscheidung über die Art des Gerätes trifft wer? Weiterhin möchten wir zu Bedenken geben: Mit der Ausgabe eines Endgerätes oder der Einrichtung einer digitalen Lernumgebung ist es nicht getan. Die Netze sind dafür oftmals nicht ausgelegt, fachliche und technische Begleitung vor Ort fehlen. Und allein das Gerät zu besitzen, erlaubt nicht jedem Schüler und jeder Schülerin zu Hause eine adäquate Nutzung während des Distanzunterrichts, der onlinebasiert stattfindet. Wir verweisen hier erneut auf unsere Forderung nach dem 4-A-Modell: Ausbau, Ausbildung, Ausstattung und Ausgliederung.

Der tlv thüringer lehrerverband ist eine Interessenvertretung aller Beschäftigten im Thüringer Bildungswesen und größte Fachgewerkschaft im tbb beamtenbund und tarifunion.

Als Thüringer Landesverband im VBE Verband Bildung und Erziehung - der mit bundesweit 165.000 Mitgliedern eine der beiden großen Bildungsinteressenvertretungen und zugleich die größte Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion - ist der tlv bestens vernetzt.



Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

(Drucksache 7/5371), teilen wir Ihnen folgendes mit:

Wir begrüßen das Ziel, Schülerinnen und Schüler alle Bildungschancen zu eröffnen und diese zu ermutigen, diese zu ergreifen und vom Ziel, alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam zu schulen, abzuweichen. Die Vergangenheit hat uns gezeigt, dass Inklusion „mit der Brechstange“ nicht funktioniert. Das Wahlrecht der Eltern über die Schule bei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf begrüßen wir ausdrücklich.

Der damit verbundene Erhalt und das Wiederaufleben der Förderzentren unterstützen wir.

Die Förderzentren müssen unbedingt als Orte der Beschulung erhalten bleiben. Denn Inklusion findet noch lange nicht statt, nur weil alle Kinder im selben Klassenraum sind. Solange die Gelingensbedingungen nicht gegeben sind, sollte die Förderschule eine wählbare Alternative sein und bleiben.

Auch die Versetzungsentscheidung in jedem Schuljahr begrüßen wir. Das pädagogische Personal vor Ort sollte die Entscheidung treffen.

Es nützt keinem etwas, wenn er versetzt wird, im nächsten Schuljahr aber keine Unterstützung für das Aufholen des versäumten Lernstoffes bekommt. Denn dafür reichen die personellen Ressourcen vorne und hinten nicht. Ja, es ist hart, ein Jahr wiederholen zu müssen. Aber viel härter ist es, ein für alle Mal den Anschluss zu verlieren und dann bei den Abschlussprüfungen zu versagen.

Hierzu führen wir an:

1. Auch ohne Corona wurden und werden Schüler und Schülerinnen - teils mit vier bis fünf Noten 5 oder 6 auf dem Zeugnis – „weitergereicht“. Damit werden Probleme weitergereicht. Damit werden Verhaltensauffälligkeiten gesteigert usw.
2. Eltern lassen selten freiwillig ihr Kind verweilen.
3. Nachhilfeunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Aufholen nach Corona - alles eine Frage des Personals (das NICHT da ist) und der Ressourcen allgemein.

Zum Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht

(Drucksache 7/4674), teilen wir Ihnen folgendes mit:

Die in diesem Antrag gemachten Feststellungen und Forderungen unterstützen und teilen wir. Ergänzend halten wir fest, dass neben der baulichen Barrierefreiheit und der des digitalen Unterrichts über die „Thüringer Schulcloud“ zeitgleich auch die sächliche und personelle Barrierefreiheit gegeben sein muss, die entsprechende besondere Unterrichtsmaterialien, erforderliche Schülerarbeitsplätze, unkomplizierte

Der tlv Thüringer Lehrerverband ist eine Interessenvertretung aller Beschäftigten im Thüringer Bildungswesen und größte Fachgewerkschaft im tbb beamtenbund und tarifunion.

Als Thüringer Landesverband im VBE Verband Bildung und Erziehung - der mit bundesweit 165.000 Mitgliedern eine der beiden großen Bildungsinteressenvertretungen und zugleich die größte Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion - ist der tlv bestens vernetzt.



Nutzung von digitalen Endgeräten und ausreichend geschultes Personal beinhaltet. Hinzu kommt die Forderung nach der Verringerung der Klassenstärke bei inklusiver Beschulung.

Weiterhin möchten wir folgende Gedanken mit Ihnen teilen:

1. Hybridunterricht:

Diese Form des Unterrichts lehnen wir aus folgenden Gründen ab: Hybridunterricht stellt immer eine Mehrbelastung für die Lehrkräfte dar, da mehr Schüler auch mehr Arbeiten und einen höheren Korrekturaufwand bedeuten.

Weiterhin ist eine Veränderung des Unterrichtsklimas durch digitale Aufzeichnungen zu verzeichnen. Aus unserer Sicht muss der Unterrichtsraum ein sicherer Schonraum für Schülerinnen und Schüler bleiben.

Unterricht in der Schule darf nicht zu einer Vorlesung werden.

Weiterhin ist durch Hybridunterricht kaum beziehungsweise keine pädagogische Arbeit möglich. Schule hat eben auch eine Erziehungsfunktion und diese ist digital kaum umsetzbar. Auch erschwert es den ehrlichen Umgang zwischen Lehrern und Schülern, wenn das Gefühl der „Überwachung“ über zum Beispiel Konfliktsituationen schwebt. Jede Form des digitalen Unterrichtes wird den Anforderungen an Schule heute nicht gerecht. Die Oxfordstudie zum Digitalunterricht in der Hochphase der Corona-Pandemie hat dies unter anderem klar aufgezeigt! Eine individuelle Förderung der Lernenden ist kaum möglich. Jahrelang wurde der Einsatz verschiedener Unterrichtsformen vermittelt, die im Hybridunterricht nicht zur Anwendung kommen könne.

2. Wegfall Besondere Leistungsfeststellung

Zum einen sollten wir nicht vergessen, warum sie eingeführt wurde. Und zum anderen stellt auch die automatische Zuteilung eines Regelschulabschlusses ohne Prüfung eine Schwächung, um nicht zu sagen Abwertung, der Schulform Regelschule dar.

Die Besondere Leistungsfeststellung muss in allen Bundesländern als vollwertiger Realschulabschluss anerkannt werden und sollte dann auch erhalten bleiben, da sie den Schülerinnen und Schülern in der Vorbereitung zum Abitur hilft und auch eine Selektionsfunktion hat, die durch die Versetzungsbestimmungen (hier: das Nicht-Sitzenbleiben in bestimmten Klassenstufen) bereits deutlich ausgehebelt wurde.

Das Abitur ist immer noch der höchste Bildungsabschluss und wenn man in der 10. Klasse die Besondere Leistungsfeststellung nicht bewältigt, hilft es auch, sein Leistungsvermögen richtig einzuschätzen und andere Wege zu gehen (Wiederholen, Regelschule, Berufsschule usw.)

*Der tlV thüringer
lehrerverband ist eine
Interessenvertretung
aller Beschäftigten im
Thüringer Bildungswesen
und größte Fachgewerk-
schaft im tbb
beamtenbund und tarif-
union.*

*Als Thüringer Landesver-
band im VBE Verband
Bildung und Erziehung
- der mit bundesweit
165.000 Mitgliedern
eine der beiden großen
Bildungsinteressenver-
tretungen und zugleich
die größte Fachgewerk-
schaft im dbb beamten-
bund und tarifunion - ist
der tlV bestens vernetzt.*



3. Ausbau der Gemeinschaftsschule

Den Ausbau der Gemeinschaftsschulen zu Lasten von Regelschulen lehnen wir ab:

1. Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler fördern
leistungsschwache Schülerinnen und Schüler weniger als sie in ihrer Entwicklung durch „Störer“ und Leistungsverweigerer gebremst werden. Eine Schule für alle wird einer hochindividuellen Schülerschaft nicht gerecht und führt perspektivisch zu weiterem Verlust von Qualität und Niveau.
2. Eine Marginalisierung des Leistungsgedankens in der Schule durch Abschaffung von Noten, Herabsenken des Anforderungsniveaus und die "Schule für Alle" wird den wachsenden Anforderungen, die die Wirtschaft und die Gesellschaft stellen, nicht gerecht. Wir brauchen mehr Spitzenförderung und eine Aufwertung der Regelschulen durch die Anhebung des Niveaus an den Gymnasien.

Weiterhin kritisieren wir an den Thüringer Gemeinschaftsschulen das automatische Aufrücken bis zur Klassenstufe 8. Auf diese Weise kann weder angemessen gefördert noch gefordert werden.

4. Verwendung digitaler Endgeräte im Unterricht

Führende deutsche Hirnforscher (Prof. Spitzer, Prof. Hüter) warnen seit langem, zu früh iPads usw. in der Schule einzusetzen. Sie behindern nachweislich die Hirnentwicklung. Schülerinnen und Schüler sollten stattdessen mit der Hand schreiben und aus Büchern etc. lesen. Lernende sollten frühesten ab der 9. Klassen umfassend mit derartigen Produkten arbeiten. Schule darf sich bestimmten Anforderungen nicht verweigern, sollte aber genau prüfen, ob jeder postulierte Fortschritt wirklich dem besseren Lernen dient oder doch sogar einen Rückschritt darstellt.

Der tlvt Thüringer Lehrerverband ist eine Interessenvertretung aller Beschäftigten im Thüringer Bildungswesen und größte Fachgewerkschaft im tbb beamtenbund und tarifunion.

5. Einsatz von Schulverwaltungsassistenten

In allen Bereichen der Wirtschaft gibt es einen akuten Mangel an Fachkräften und so stellt sich doch die Frage: Wo sollen die Assistenten herkommen und welche Abschlüsse bringen sie mit?

Löblich ist die Erkenntnis: „Das Handeln der Schulleitungen soll entbürokratisiert werden.“ Aber schafft man das, indem man die Arbeit auf noch mehr Köpfe verteilt? Letztlich ist doch der Schulleiter wieder verantwortlich für das, was diese Personen tun.

Clusterbildung von 4 und mehr Schulen?

Vergütung in E 9b - man zieht doch dafür hoffentlich nicht auch noch Pädagogen ab?

Denn für Erzieher oder SPF könnte es lukrativ sein. Auch hier fehlt noch eine klare Tätigkeitsbeschreibung.

Als Thüringer Landesverband im VBE Verband Bildung und Erziehung - der mit bundesweit 165.000 Mitgliedern eine der beiden großen Bildungsinteressenvertretungen und zugleich die größte Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion - ist der tlvt bestens vernetzt.



Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleiterinnen und Schulleiter kann man jedoch auch durch den Abbau bürokratischer Aufgaben entlasten.
Folgende Vorschläge zur Entlastung:

1. Für jeden Klassenleiter eine verbindliche Klassenleiterstunde
2. Für zusätzliche Aufgaben (Fachschaftsleiter, Leiter einer Arbeitsgruppe usw.) feste Anrechnungsstunden
3. Wegfall der sinnfreien dienstlichen Beurteilung durch die Schulleiter. Diese dienstliche Beurteilung bedeutet einen enorm großen Aufwand für Schulleitungen ohne signifikante Folgen.
4. Implementierung der AG-Stunden in das Stundendeputat
5. Schaffung tatsächlicher Aufstiegschancen (A14) durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben (Schulentwicklung usw.)
6. Ordentliche, zeitnahe Bezahlung der Mehrarbeit

Wir freuen uns über die Einladung zur mündlichen Anhörung, um dort weitere Ausführungen zu machen und auf Ihre Rückfragen eingehen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter AG Bildungspolitik

*Der tlV thüringer
lehrerverband ist eine
Interessenvertretung
aller Beschäftigten im
Thüringer Bildungswesen
und größte Fachgewerk-
schaft im tbb
beamtenbund und tarif-
union.*

Als Thüringer Landesver-
band im VBE Verband
Bildung und Erziehung
- der mit bundesweit
165.000 Mitgliedern
eine der beiden großen
Bildungsinteressenver-
tretungen und zugleich
die größte Fachgewerk-
schaft im dbb beamten-
bund und tarifunion - ist
der tlV bestens vernetzt.

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
<input checked="" type="checkbox"/> Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
<input checked="" type="checkbox"/> Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
<input checked="" type="checkbox"/> Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Katholische Elternschaft Deutschlands, LV Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>KED-Thueringen@online.de</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Wartburgstr. 17</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Katholische Elternschaft Deutschlands, LV Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	KED-Thueringen@online.de	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wartburgstr. 17	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Katholische Elternschaft Deutschlands, LV Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	KED-Thueringen@online.de										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wartburgstr. 17										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Seit fast 70 Jahren setzt sich die KED für eine chancen- gerecht, wertorientierte Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen ein.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Elternrechte bei der Schulwahl, ob Grund-, Regel-, Gemeinschafts- oder Förderschule • Distanzunterricht muss Ausnahme bleiben • Lehrerbildung weiter Schulartbezogen, nicht Schulstufenbezogen 	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 8.2.2023	



THUR. LANDTAG POST
09.02.2023 06:41

4044/2023

KED-THÜRINGEN – WARTBURGSTRASSE 17 – 99094 ERFURT

An den
Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Katholische Elternschaft
Deutschlands in Thüringen
(KED-Thüringen)
Wartburgstrasse 17
99094 Erfurt

TEL.. 0361 – 226 2345
FAX 0361 – 226 2347

www.katholische-elternschaft.de
ked-thueringen@online.de

Schriftliches Anhörungsverfahren **zu Änderungen des Thüringer Schulgesetzes**

Die Katholische Elternschaft Deutschlands, Landesverband Thüringen (KED-Thüringen) bedankt sich für die Gelegenheit, im schriftlichen Anhörungsverfahren ihre Auffassung zu den vorgelegten Änderungsentwürfen darlegen zu können.

8. Februar 2023

Im Folgenden nehmen wir zu den einzelnen Änderungsentwürfen Stellung.

Änderung des Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 7/6573

Zu Artikel 1 - Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Nr. 3 (§6 a ThürSchulG) Längeres gemeinsames Lernen

Die einreichenden Fraktionen bemängeln, dass Gemeinschaftsschulen mit den Klassenstufen 5 bis 10 „der pädagogischen Zielrichtung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule ... nur bedingt gerecht“ würden. Daher soll in §6a ein Absatz 3a eingefügt werden, dass „alle im Schuljahr 2022/23 bestehenden Grund- und Regelschulen oder Gemeinschaftsschulen mit den Klassenstufen 5 bis 10, für die ein gemeinsamer Schulstandort besteht, ... innerhalb von fünf Jahren durch Schulartänderung in die Schulart Gemeinschaftsschule mit mindestens den Klassenstufen 1 bis 10 überführt werden.“

Die KED-Thüringen kritisiert diese stille Abschaffung der Grundschulen scharf. Bei Einführung der „Gemeinschaftsschule“ wurde die Förderung der Vielfalt der Thüringer Schullandschaft ausdrücklich als Motiv für die Schaffung dieser neuen Schulart angeführt.

Eltern- und Lehrerwillen, geäußert und beschlossen in der jeweiligen Schulkonferenz, sollten bewährte Strukturen einzeln stehender Grund-

und Regelschulen weiter erhalten und weiterentwickeln können. Jetzt wird durch die Hintertüre diesen Schulen die Luft zum Atmen genommen.

Die einst versprochene Betrachtung der jeweiligen Situation, der personellen und räumlichen Ausstattung und der Beschlüsse der Schulkonferenz als Ausdruck der eigenverantwortlichen Schule wird lautlos beendet. Alle Grundschulen und eigenständigen Regelschulen zu Gemeinschaftsschulen umzubauen widerspricht dem Elternwillen, wie wir ihn als KED-Thüringen vielfach geäußert gehört haben.

Zudem ist aus dem Text nicht ersichtlich, warum ein so positiv konnotiertes „längeres gemeinsames Lernen“ ab Klassenstufe 5 nicht in einer Gemeinschaftsschule ab Klassenstufe 5 zu erreichen sein soll? Gegen dieses zitierte Ziel ist die individuelle begabungsgerechte Förderung des jeweiligen Schülers als hoher Anspruch einer echten Bildungsgerechtigkeit jeweils abzuwägen. Insbesondere ist zu prüfen, ob eine ausreichende Binnendifferenzierung innerhalb der Bedürfnisse und Möglichkeiten der jeweiligen Schüler- und Lehrerschaft zu gewährleisten ist.

Eine aktuelle Studie des renommierten Soziologieprofessors Esser zeigt, dass die bisherige Standardposition (quasi herrschende Meinung) angesichts neuer empirischer Ergebnisse angezweifelt werden muss. Bisher ging man davon aus, dass die Differenzierung von Lernwegen die Effekte der sozialen Herkunft verstärke. Esser untersucht anhand der Daten des „National Educational Panel Study“ (NEPS) für die deutschen Bundesländer mit ihren erheblichen Unterschieden in der Regelung der Differenzierung die Effekte unterschiedlicher Schulsysteme. Danach gibt es bei einer strikten Differenzierung keine Verstärkung der Effekte der sozialen Herkunft, wohl aber eine Zunahme der Leistungen in der Sekundarstufe, speziell in der Kombination mit einer homogenen Zusammensetzung der Schulklassen nach den kognitiven Fähigkeiten. Das gilt gerade für die Kinder in den Schulklassen der unteren Bildungswege mit geringerem Leistungsniveau. Dort fallen die Leistungen am geringsten bei kognitiver Homogenität und einer liberalen, am besten bei Homogenität und einer strikten Differenzierung aus. Essers Befunde widersprechen der Standardposition deutlich (<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/zfsoz-2020-0025/html>). Mitautor Seuring merkt an, dass mögliche Ursachen für die Ergebnisse unter anderem in einer stärkeren Fokussierung des Unterrichts liegen könnten. Die besseren Anpassungsmöglichkeiten der Curricula an die unterschiedlichen kognitiven Niveaus würden überdies die leistungssteigernden Einflüsse noch einmal verstärken. In heterogenen Klassen hingegen „muss man oft das Lerntempo am Durchschnitt ausloten, weil die personellen Ressourcen begrenzt sind. Schülerinnen und Schüler, die schneller lernen, werden ausgebremst, während andere, die eher noch eine Wiederholung bräuchten, überfordert sind. Für die meisten ist das nicht zuträglich.“

Insofern zeigen Esser und Seuring, dass ein weiterer Ausbau des gemeinsamen Lernens über das in Thüringen bereits vorhandene Niveau nicht notwendig ist und Angebote sowohl für Schüler vorhanden sein müssen, die das gemeinsame längere Lernen bevorzugen, wie auch für Schüler, deren Leistungsniveau durch homogene Gruppen am besten gefördert werden kann.

Nr. 8 (§ 17 Abs.3 ThürSchulG) Schulbesuch außerhalb Thüringens

Die KED-Thüringen begrüßt die Schaffung einer Möglichkeit, dass „die Schulpflicht ... an einer öffentlichen Schule oder an einer Ersatzschule außerhalb Thüringens erfüllt werden“ kann. Dies eröffnet gerade für Schüler, die nahe der Landesgrenze wohnen, eine größere Schulwahlfreiheit.

Nr. 11, 12, 21 (§§ 30, 34, 45a ThürSchulG) Distanzunterricht

Der Distanzunterricht darf nicht zu einer ständigen Institution werden. Dass sich diese Form des Unterrichts in Pandemiezeiten bewährt haben soll, ist mehr als umstritten, ja in Teilen widerlegt. Eine sehr große Meta-Studie aus Großbritannien analysierte 42 Studien aus 15 Ländern und fand einen besonders dramatischen Lernfortschritts-Verlust bei Kindern aus niedrigen sozioökonomischen Schichten und in Ländern mit niedrigem Einkommen.

https://www.nature.com/articles/s41562-022-01506-4?utm_source=twitter&utm_medium=social&utm_content=organic&utm_campaign=CONR_JRNL5_AWA1_GL_SCON_SMEDA_NATUREPORTFOLIO&awc=264271675679245_60f5374986e2bc83c8f08c34b64d4a45&utm_medium=affiliate&utm_source=awin&utm_campaign=CONR_PF018_ECOM_DE_PHS-S_ALWAYS_DEEPLINK&utm_content=textlink&utm_term=!!!affid

Auch in Deutschland sind Schüler ohne Unterstützung durch das Elternhaus in ihrem Lernstand oft massiv zurück gefallen und haben den Anschluss an den Lernstoff verloren. Eltern klagten über die Last, mit und für die Kinder Ersatz-Schulunterricht abhalten zu müssen. Die Aufgabe der Lehrkraft, wie auf Seite 23 geschildert, für Schüler eine zentrale Bezugsperson zu sein, kann digital nur sehr eingeschränkt erfüllt werden. Dass dies laut Entwurf sogar für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf so vorgesehen wird, verkennet die Realitäten menschlicher Interaktion: diese muss analog und personal erfolgen, nicht nur digital.

Grundsätzlich ist der Fernunterricht nur eine Notlösung etwa bei längeren Krankheiten einzelner Schüler. Er darf nicht zur Selbstverständlichkeit z.B. zur Lösung des Problems des Lehrermangels werden. In der Begründung angeführte Indikationen wie Gesundheitsschutz und schulorganisatorische Gründe müssen stets gegen die große soziale Benachteiligung und Einschränkung der Grundrechte der Schüler abgewogen werden, die durch Distanzunterricht zwangsläufig entstehen.

Nr. 13 (§ 35 Absatz 3 ThürSchulG) Pädagogische Assistenzkräfte/ Schulverwaltungsassistenten

Die KED-Thüringen begrüßt die Schaffung von Schulverwaltungsassistentenkräften. Unsere Pädagogen sollen ihre Zeit und Energie auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können!

Zu Artikel 2, Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Die KED Thüringen lehnt die Umstellung der schulartbezogenen Ausbildung zu einer schulstufenbezogenen Ausbildung ab. Der flexible Einsatz von Lehrern über Schularten hinweg ist weder praktikabel noch steigert er die Attraktivität des Lehrerberufs. Er ist somit vollkommen ungeeignet, um die Probleme des Thüringer Schulsystems anzugehen. Vielmehr scheint

es ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Einheitsschule mit dem Einheitslehrer zu sein, der den Einheitsschüler unterrichtet. Es besteht die Gefahr der Abwanderung der Lehrkräfte, die an einem flexiblen Einsatz, wohlmöglich gegen den eigenen Willen, nicht interessiert sind. Dies kann sich Thüringen auf keinen Fall leisten.

Gesetzentwurf Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte, Drucksache 7/5371

Zu Artikel 1

Der gemeinsame Unterricht kann der richtige Weg für die bestmögliche Entwicklung eines Schülers sein. Er muss es aber nicht sein. Die Entscheidung kann dabei nur von den Eltern und dem Kind selbst getroffen werden. Niemandem darf ein gemeinsamer Unterricht aufgezwungen werden, wenn er dort nicht die besten Voraussetzungen für das Lernen vorfindet. Der Besuch einer Förderschule / eines Förderzentrums kann stattdessen optimale Voraussetzungen für die Förderung eines Kindes mit einem Förderschwerpunkt bieten. Diese Entscheidung kann am besten von den Eltern für und gemeinsam mit ihrem Kind getroffen werden. Die KED Thüringen begrüßt die Stärkung der Elternrechte.

Die Förderschule muss personell wie auch materiell die Möglichkeiten bieten, die bestmögliche individuelle Förderung für Kinder zu gewährleisten, die nicht am gemeinsamen Unterricht teilnehmen können. Solange die personellen, sachlichen und materiellen Voraussetzungen nicht geschaffen werden, kann weder der gemeinsame Unterricht noch der Unterricht an einer Förderschule / einem Förderzentrum erfolgreich sein. Die Sparzwänge, die unter anderem durch die Änderung der Refinanzierung von Schulen in Freier Trägerschaft seit 2007 geschaffen worden sind, müssen gegen eine kindgerechte auskömmliche Ausstattung der Schulen neu gedacht werden. Im Mittelpunkt aller Überlegungen muss das Kindeswohl stehen.

Antrag der FDP Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht, Drucksache 7/4674

Die KED Thüringen begrüßt ausdrücklich das Bekenntnis der FDP zum Elternwahlrecht, ob ihr Kind inklusiv beschult werden soll oder ob ihrer Meinung nach eine spezielle Förderschule die besseren Unterrichtsbedingungen zu bieten scheint. Eltern kennen ihre Kinder am besten, besser als Experten und Ämter. Ihnen obliegt nach Art. 6, Absatz 2 Grundgesetz die Pflege und Erziehung ihrer Kinder. Dieses Wahlrecht kann nur ausgeübt werden, wenn die Förderschulen in Thüringen baulich und personell erhalten und weiterentwickelt werden.

Der Ausbau aller Schulen zu barrierefreien Schulen, wie im Antrag gefordert, erscheint dagegen wenig realitätsnah. Angesichts des enormen Sanierungsstaus an beinahe allen Thüringer Schulen und das Fehlen ganz grundlegender Notwendigkeiten wie dichter Fenster und hygienischer Toilettenanlagen erscheint es nicht vordringlich, alle Schulen zu barrierefreien Schulen umzubauen. Der Ausbau von Schwerpunktschulen zu Schulen, die die konkreten Gelingensbedingungen für den gemeinsamen Unterricht vorhalten, ermöglicht es, Ressourcen-sparend insbesondere diese Schulen barrierefrei umzubauen. Im Mittelpunkt jeder Betrachtung muss das Wohl des einzelnen Kindes stehen.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Thüringer Philologenverband</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Moritzwallstraße 11</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99089 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Philologenverband		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Moritzwallstraße 11	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Philologenverband										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Moritzwallstraße 11									
Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

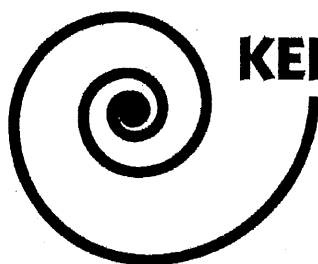
Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	Kern	Karen
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Beethovenstr. 1
	Postleitzahl, Ort	98677 Markdorf
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Beratung und Betreuung junger Menschen, die sich ohne Schule bilden.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Ermöglichen selbstbestimmter und selbstorganisierter Bildung ohne Schulbesuch.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Markdorf, 8.2.2023	



KERN-BILDUNG

Freie Bildungsberatung
und Bildungsbegleitung

Beethovenstraße 1
88677 Markdorf

THÜR. LANDTAG POST
08.02.2023 17:51
4042/23

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Datum: 08.02.2023

**Betreff: Drs. 7/6573/5371/4760/4674NF – Stellungnahme zum Entwurf
„Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beraten und betreuen seit über 10 Jahren junge Menschen, die sich ohne Schulbesuch bilden. In den meisten Fällen haben sich die jungen Menschen selbst für diesen Weg entschieden und werden, trotz Schulbesuchspflicht, von ihren Eltern auf diesem Weg unterstützt.

Auch wenn diese Familien häufig so behandelt werden wie bei „klassischer“ Schulverweigerung, kann eine solche Situation nicht damit gleichgesetzt werden. Diese jungen Menschen wollen sich bilden und lernen meist in selbstbestimmter und selbstorganisierter Weise und werden dabei von ihren Eltern oder Bezugspersonen unterstützt. Diese Art des Lernens unterscheidet sich grundsätzlich vom schulischen Lernen, führt aber ebenso zu den Bildungszielen, z.B. dazu einen Schulabschluss und/oder einen Berufsabschluss oder ein sonstiges berufliches Ziel zu erreichen. Mehr zu diesem Weg finden Sie in unserer Stellungnahme. In der 2019 entstandenen Stellungnahme wird „Homeschooling“ in vor Corona üblichen Bedeutung verwendet. „Freilernen“ in Sinne einer selbstbestimmten selbstorganisierten Bildung unterscheidet sich aber deutlich von „klassischem Homeschooling“ und „Corona-Distanz-Unterricht“.

Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass diese jungen Menschen und ihre Familien in Zukunft nicht mehr kriminalisiert werden, sondern Ihnen rechtlich die Möglichkeit für einen solchen außerschulischen Bildungsweg eingeräumt wird.

Mit freundlichen Grüßen



TLT/918/23/0

Selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildung ohne Schulbesuch

; Fassung vom 18. Juni 2019

Ein Appell für eine stärkere Berücksichtigung des Willens und der Rechte der betroffenen jungen Menschen – Anmerkungen zu „Freilernen“ und „Homeschooling“ unter Berücksichtigung der Selbstbestimmung

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassende Thesen - Appell.....	2
Schulpflicht und selbstorganisierte Bildung in Deutschland	3
Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der jungen Menschen	4
Die vermeintliche Alternativlosigkeit des Schulbesuchs	4
Konsequenzen der rigorosen Durchsetzung der Schulbesuchspflicht	5
Auswirkungen der Schulbesuchspflicht auf Schulen, Ämter und Gerichte	6
Akzeptanz und Anerkennung informeller Bildung	7
Ein Blick ins europäische Ausland.....	8
Schritte zu einer vielfältigen Bildungslandschaft	8
Quellenangaben und Literaturhinweise.....	9

Zusammenfassende Thesen- Appell

- *Durch die in Deutschland geltende umfangreiche absolute Schulbesuchspflicht werden die Rechte der Betroffenen, insbesondere die Selbstbestimmungsrechte der jungen Menschen, sehr stark eingeschränkt – unserer Auffassung nach in unverhältnismäßiger Weise.*
- *Das Recht auf Bildung stellt eine wichtige Errungenschaft dar, die nicht eingeschränkt werden sollte. Bildungswege ohne Schulbesuch könnten das Bildungswesen ergänzen und bereichern. Jeder junge Mensch hat das Recht zum Schulbesuch, sollte aber auch das Recht haben, sich auf anderen Wegen zu bilden. Die Entscheidung für eine selbstorganisierte Bildung darf nicht gegen den Willen des jungen Menschen erfolgen.*
- *Es gibt vielfältige und oft durchaus berechtigte und nachvollziehbare Gründe für den dringenden Wunsch junger Menschen, Bildung, also akademische, praktische und soziale Kompetenzen, auf anderen Wegen als durch Schulbesuch zu erwerben.*
- *In den meisten europäischen Ländern gilt keine Schulbesuchspflicht, sondern z. B. eine Unterrichtspflicht oder Bildungspflicht. Die dortigen Erfahrungen zeigen, dass vielfältige Sozialkontakte und die Erlangung akademischer Kenntnisse und praktischer und sozialer Kompetenzen auch ohne Besuch einer Schule möglich sind. Sämtliche Schulabschlüsse können in Deutschland auch extern ohne Schulbesuch erworben werden.*
- *Selbstorganisierte Bildung junger Menschen mit Unterstützung der Familie kann nicht mit einem Schulabbruch bei jungen Menschen, die damit allein gelassen werden, verglichen werden. Die Erfahrung zeigt, dass junge Menschen, deren Familien ihre selbstorganisierte Bildung unterstützen und begleiten, sich erfolgreich ohne Schulbesuch bilden. Dennoch werden diese Familien durch die Behörden erfahrungsgemäß besonders rigoros unter Druck gesetzt.*
- *In anderen europäischen Ländern erreicht der Anteil familienunterstützter selbstorganisierter Bildungswege höchstens den einstelligen Promillebereich – selbst dort, wo diese Bildungswege nur in geringem Maß reguliert und kontrolliert sind. Es gibt keinen Anlass, für Deutschland im Fall einer Duldung oder Akzeptanz etwas anderes zu erwarten.*
- *Durch den rigorosen behördlichen Umgang mit Schulverweigerung werden die damit in Verbindung gebrachten Probleme in vielen Fällen nicht gelöst, sondern oft verschärft und teilweise erst verursacht. Der damit verbundene Zwang hat in vielen Fällen nachhaltige negative Folgen für die Betroffenen.*
- *Die absolute Schulbesuchspflicht hat auch negative Auswirkungen auf die Schulen und die anderen, schulbesuchswilligen Schüler.*
- *Die zur Durchsetzung der Schulbesuchspflicht veranlassten Maßnahmen verursachen einen erheblichen Aufwand, der aber in vielen Fällen dennoch dem angestrebten Zweck nicht dienlich ist.*
- *Das Potenzial des informellen Lernens, das nach wissenschaftlichen Erkenntnissen einen erheblichen Anteil jeglicher Bildung ausmacht, muss in Bezug auf Kinder und Jugendliche viel stärker berücksichtigt werden.*
- *Die der Schulpflicht zugrunde liegenden Ziele könnten durch Duldung und Akzeptanz selbstorganisierter und selbstbestimmter Bildungswege in Verbindung mit begleitenden unterstützenden Maßnahmen vermutlich in höherem Maße erreicht werden als durch die Bemühungen um die rigorose Durchsetzung der absoluten Schulbesuchspflicht.*

Wir fordern alle Beteiligten auf, die Rechte der jungen Menschen stärker zu berücksichtigen, den jungen Menschen auf eigenen Wunsch Bildungswege ohne Schulbesuch zu ermöglichen und – soweit notwendig – die hierfür notwendigen rechtlichen und sonstigen Änderungen zu veranlassen.

Schulpflicht und selbstorganisierte Bildung in Deutschland

Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern gilt in allen deutschen Bundesländern eine „allgemeine Schulpflicht“, die nicht als Bildungspflicht oder Unterrichtspflicht, sondern als absolute, praktisch ausnahmslose Schulbesuchspflicht ausgestaltet ist (Für Regelungen in Europa vgl. Europäische Kommission/EACEA/Eurydice 2018 und Blok u.a. 2017). Sie reicht je nach Bundesland bis in das Alter der Volljährigkeit hinein – deswegen wird im Folgenden der Begriff „junge Menschen“ als Überbegriff für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene verwendet.

Im Zusammenhang mit dauerhaften Verstößen gegen die Schulbesuchspflicht werden hier die folgenden verschiedenen Situationen unterschieden:

- „Hausunterricht“ (im Krankheitsfall; entspr. Schulgesetz § 21)
- „Dauerhaftes Schulschwänzen“ (ohne betreute und begleitete Bildung)
- „Homeschooling“ (aufgrund einer Entscheidung der Eltern)
- „Freilernen“ (aufgrund einer Entscheidung des betroffenen jungen Menschen)

„Hausunterricht“ findet nur statt, wenn ein Schulbesuch aus Krankheitsgründen unmöglich ist. Er geht in der Regel nicht auf eine Entscheidung der Betroffenen zurück und wird hier nicht weiter betrachtet.

Bei „dauerhaftem Schulschwänzen“ ohne jegliche Unterstützung und Begleitung sind Bedenken in Bezug auf das Recht der jungen Menschen auf Bildung und auf eine offene Zukunft sicher in vielen Fällen berechtigt. Auch diese Fälle werden hier nicht weiter betrachtet.

Demgegenüber stehen Konstellationen, in denen eine bewusste Entscheidung gegen einen Schulbesuch getroffen wird, aber dennoch deutlich erkennbar Bildung angestrebt und von der Familie organisiert, unterstützt und begleitet wird.

Für schulbesuchsfreie, durch die Familie unterstützte und organisierte Bildung werden unterschiedliche Bezeichnungen verwendet. Typisierend wird eine schulähnlich strukturierte selbstorganisierte Bildung, die auf eine Entscheidung der Eltern zurückgeht, meist als „Homeschooling“ (im engeren Sinn) bezeichnet. Eine eher informelle, selbstorganisierte Bildung aufgrund einer Initiative der betroffenen jungen Menschen selbst wird in Deutschland oft „Freilernen“ genannt (vgl. Rux 2018, Rn 168 u. 375). In der Realität gibt es vielfältige Mischformen.

Teilweise wird der Begriff „Homeschooling“ auch (im weiteren Sinn) für alle Formen familienunterstützter schulbesuchsfreier Bildung verwendet – aus unserer Sicht ist jedoch entscheidend wichtig, von wem der Wunsch nach anderen Bildungswegen ausgeht, deswegen unterscheiden wir zwischen „Homeschooling“ und „Freilernen“.

Trotz der absoluten Schulbesuchspflicht gibt es auch in Deutschland junge Menschen im schulpflichtigen Alter, die sich mit Unterstützung ihrer Familie aus eigener bzw. familiärer Entscheidung heraus selbstorganisiert bilden oder den Wunsch danach haben. Die Praxis dabei reicht von schulähnlich strukturierter Bildung bis zu weitgehend informeller, an den Interessen der jungen Menschen orientierter Bildung. Schätzungen reichen von 500 bis 3000 betroffenen jungen Menschen in Deutschland (vgl. z.B. Spiegler, 2008, S. 262f; WD 2016, S. 5; Blok u. a. 2017, S. 408; Luig 2019).

Während die Einschränkungen der Rechte der Eltern in zahlreichen Gerichtsentscheidungen behandelt wurden, haben die Rechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht, der betroffenen jungen Menschen selbst bisher eher wenig Beachtung gefunden.

Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der jungen Menschen

Teilweise geht die Entscheidung für Bildung ohne Schulbesuch auf die Weltanschauung der Eltern zurück. Diese Konstellation dominiert das Bild in der Öffentlichkeit und prägt die öffentliche und politische Diskussion.

Teilweise geht die Entscheidung auch auf die Befürchtung oder konkrete Erfahrung der Eltern zurück, dass die Schule den Bedürfnissen ihrer Kinder nicht gerecht wird.

In einer zunehmenden Zahl von Fällen aber ist die Initiative der jungen Menschen selbst, ihr dringender Wunsch nach selbstbestimmter Bildung ohne Schulbesuch, ausschlaggebend. Es gibt immer mehr Eltern, die die Kompetenzen ihrer Kinder und deren Meinung und Rechte (insbesondere: Recht auf eine offene Zukunft, Recht auf Bildung, Recht auf gewaltfreie Erziehung, Recht auf Selbstbestimmung) ernst nehmen und stärker berücksichtigen und sich darum bemühen, diesen unter Beachtung von deren Wohl, Interessen, Meinung und Rechten eine Bildung in der von diesen selbst gewünschten Form zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen.

Diese Konstellationen werden kaum wahrgenommen und in der gesamten öffentlichen und politischen Diskussion meist ignoriert. In der Regel wird diskutiert, was im Hinblick auf die Zukunft aus einer paternalistischen Position aus Sicht des Staates oder eventuell der Eltern für das Wohl des jungen Menschen bzw. seinen Beitrag zur und seine Stellung in der Gesellschaft „vorteilhaft“ oder „notwendig“ wäre. Welche Meinung die Betroffenen dazu haben und wie es diesen in der gegenwärtigen Situation geht, bleibt oft weitgehend unberücksichtigt.

Die vermeintliche Alternativlosigkeit des Schulbesuchs

Sich durch den Besuch einer Schule zu bilden, wird in unserer Gesellschaft als die Norm angesehen. Es gilt als unbedingt förderlich und notwendig für das Aufwachsen eines jungen Menschen. Will ein junger Mensch nicht mehr zur Schule gehen, so wird angenommen, dass mit diesem jungen Menschen etwas nicht stimmt, dass bei ihm eine „Störung“ vorliegt. Er muss solange unter Druck gesetzt und/oder therapiert werden, bis er wieder zur Schule geht.

Für die verbreitete Annahme, Schule sei der einzige Ort, an dem junge Menschen gut aufs Erwachsenenleben vorbereitet werden können, gibt es allerdings keinerlei wissenschaftliche Grundlage. Sie ist lediglich ein historisch tradiertter Glaubenssatz. Das gilt auch für die Äußerung des Verwaltungsgerichtshofs, dass vermeintlich *„nur die permanente obligatorische Teilhabe am Schulunterricht unter Hintanstellung aller entgegenstehenden individuellen Präferenzen gleich welcher Art jenen gemeinschaftsstiftenden Effekt zu erzeugen vermag, der mit der Schule bezweckt wird und der die Einführung der staatlichen Schulpflicht zu wesentlichen Anteilen legitimiert“* (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Beschluss vom 10. Juli 2014, 9 S 1074/12). Das Kultusministerium stellt in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage „Hausunterricht und Freilernen in Baden-Württemberg“ selbst fest: *„Wissenschaftlich belastbare Studien, die etwa auch Leistungsvergleiche mit Schülerinnen und Schülern aus Kontrollgruppen anstellen, sind dem Kultusministerium nicht bekannt.“* (Landtag 2019) Solche wissenschaftlich belastbaren Studien werden in Deutschland allerdings bisher durch die absolute Schulbesuchspflicht verhindert. Dagegen existiert eine Reihe von Studien, die belegen, dass Bildung und der Erwerb von Sozialkompetenzen auch ohne Schulbesuch möglich sind (vgl. z.B. Gray & Riley 2015, Riley & Gray 2015, Spiegler 2008, Thomas 2007, Thomas & Pattison 2016).

Selbstorganisierte Bildung junger Menschen mit Unterstützung der Familie stellt eine völlig andere Situation dar als ein Schulabbruch bei jungen Menschen, die mit ihrer Verweigerung allein gelassen werden. Erkenntnisse aus den Erfahrungen mit Schulverweigerern ohne familiäre Unter-

stützung (klassisches Bild der „Schuldistanz“) können nicht ohne weiteres auf Fälle übertragen werden, in denen die Familie den Wunsch der jungen Menschen nach selbstorganisierter Bildung respektiert und diese in ihrer Bildung unterstützt (vgl. z.B. die Berichte von Betroffenen in Kern, K. u.a. 2016, Kern, M. 2016, Kern, M. 2018 und Mohsennia 2010). Auch nach dem Bericht der wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages lassen sich für eine Gefährdung des Kindeswohls in solchen Fällen keine Belege finden (vgl. Spiegler 2008, S. 127ff und WD 2009, S. 17ff). Auch wenn die Studien zu akademischen Kompetenzen und Leistungen (meist unvermeidliche und oft in den Studien selbst benannte) methodische Schwächen aufweisen, finden sie hinsichtlich der Kompetenzen und Leistungen eher Vorteile, jedenfalls keine Nachteile der selbstorganisierten Bildung.

Zwar ist auch fraglich, inwiefern die rigorose Durchsetzung der Schulpflicht für die klassischen „Schulverweigerer“, bei denen man in der Regel an Kinder aus sozial schwachen, sogenannten bildungsfernen Familien denkt, hilfreich ist. Besonders paradox erscheint jedoch, dass die Familien, die den Wunsch ihrer Kinder respektieren und deren selbstorganisierte Bildung unterstützen, von den Behörden erfahrungsgemäß besonders unnachgiebig verfolgt und mit Sanktionen belegt werden.

Die absolute Schulbesuchspflicht stellt eine sehr umfangreiche Einschränkung der Grundrechte der betroffenen jungen Menschen und ihrer Sorgeberechtigten dar. Die Rechtfertigung im Hinblick auf die Rechte der Eltern wird meistens bejaht (vgl. z.B. Rux 2018, S. 39 ff), teilweise aber auch verneint (vgl. z.B. Handschell 2012, Reimer 2012, Lucius 2017). Die Rechtfertigung im Hinblick auf die Rechte der betroffenen jungen Menschen selbst wird meist unhinterfragt als selbstverständlich vorausgesetzt – andererseits aber selbst von Befürwortern der Schulpflicht in Frage gestellt (z.B. Rux 2018, Rn 168 u. 375). Angesichts der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung hin zu mehr Partizipation auch junger Menschen und zur stärkeren Berücksichtigung der Meinung von Kindern erscheint eine so weitgehende Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte nicht mehr zeitgemäß.

Konsequenzen der rigorosen Durchsetzung der Schulbesuchspflicht

Eine Schulverweigerung junger Menschen setzt häufig nicht nur eine Abfolge staatlicher Maßnahmen wie Bußgeldverfahren, Zwangsgelder und/oder familiengerichtliche Verfahren in Gang, die belastend für eine Familie sind. Oft werden die Betroffenen zusätzlich pathologisiert, als psychisch krank angesehen, und sie geraten auf Druck der Behörden in eine Odyssee, die von ambulanten psychotherapeutischen Maßnahmen bis zu stationären Therapien der Kinder in psychiatrischen Kliniken reicht und die in vielen Fällen dazu führen, dass das Selbstwertgefühl und die Selbstwirksamkeitserfahrung des jungen Menschen untergraben werden. Die Erfahrungen der Betroffenen zeigen, dass es den beteiligten Behörden oft nicht darum geht, ob der betroffene junge Mensch wirklich krank ist – natürlich kann dies der Fall sein. Generell wird oft nur das Ziel verfolgt, solange Druck auszuüben, bis der Betroffene wieder die Schule besucht.

Die Einrichtungen (Schule, schulpsychologische Beratungsstellen, Jugendamt), die bei Schulverweigerung aktiv werden, werden von den Betroffenen in vielen Fällen entweder als hilflos oder als feindselig wahrgenommen, jedenfalls meist nicht als hilfreich oder unterstützend. Insbesondere die jungen Menschen selbst und deren Bedürfnisse werden von den zuständigen Mitarbeitern oft nicht ernst genommen. Den Eltern wird meist pauschal mangelhaftes Erziehungsverhalten oder eine falsche Einstellung zur Bildung vorgeworfen. Oft bekommen sie schlicht zu hören: „Es herrscht Schulpflicht, ihr Kind hat gefälligst in die Schule zu gehen, und Sie haben dafür zu sorgen, dass es dort erscheint!“ Wie die Eltern, wenn die Kinder den Schulbesuch verweigern, „für den Schulbesuch sorgen“ bzw. diesen erreichen sollen, ohne Gewalt anzuwenden, wird ihnen selbst

überlassen. Teilweise werden den Eltern dazu Maßnahmen vorgeschlagen, die diese als Gewaltmaßnahme, als seelische Verletzung oder als Entwürdigung einstufen und deswegen als inakzeptabel empfinden. Es wird nicht berücksichtigt, dass den Eltern solche Maßnahmen nach BGB § 1631 ausdrücklich untersagt sind. Darüber hinaus wird überhaupt nicht anerkannt, dass ein grundsätzlicher ethischer Konflikt besteht zwischen der Verpflichtung zur Durchsetzung der Schulbesuchspflicht einerseits und einer auf Gewaltfreiheit beruhenden Einstellung zur Erziehung, die die Selbstbestimmungsrechte der jungen Menschen respektiert, und dem sich daraus ergebenden Eltern-Kind-Verhältnis, andererseits.

Wer als Schulpflichtiger oder als Elternteil für einen – oft langen – Zeitraum so behandelt worden ist, wer also die Erfahrung gemacht hat, dass die eigenen Bedürfnisse und Wünsche nicht ernst genommen werden, der betrachtet Schule und oft auch staatliche Einrichtungen generell, verständlicherweise als feindlich und negativ.

Die Sozialkontakte, die von den Betroffenen oft gewünscht und von den Behörden als Rechtfertigung der Schulbesuchspflicht angeführt werden, werden den Betroffenen durch die rigorose Durchsetzung der Schulbesuchspflicht oft geradezu verwehrt oder zumindest erschwert. Denn Familien, deren Kinder sich ohne Schulbesuch bilden wollen, sehen sich in vielen Fällen zur Auswanderung gezwungen oder tauchen unter. Im letzteren Fall bergen Sozialkontakte (Teilnahme an Vereinsveranstaltungen, Schulveranstaltungen usw.) das Risiko von Entdeckung und weiteren Sanktionen, die Betroffenen werden also durch die Schulpflicht geradezu in die Isolation gedrängt.

Auch eine Rückkehr in die Schule ist teilweise mit deutlichen Schwierigkeiten verbunden – die zwischenzeitlich erworbenen Kenntnisse werden meist nicht berücksichtigt bzw. anerkannt, und die jungen Menschen werden wegen des fehlenden Schulbesuchs in niedrigere Klassen eingestuft, selbst wenn die Kenntnisse für den Besuch der altersentsprechenden Klasse faktisch vorhanden sind. In manchen Bundesländern wird es jungen Menschen verwehrt, Bildungsabschlüsse über den Weg der Schulfremdenprüfung zu erwerben – so darf man z.B. teilweise selbst mit 18 Jahren nicht an einer Schulfremdenprüfung für den Hauptschulabschluss teilnehmen, weil man noch (berufs-)schulpflichtig ist.

Die üblichen Maßnahmen zur Durchsetzung der Schulbesuchspflicht sind deshalb in vielen Fällen keine geeigneten Instrumente zur Sicherung von Bildung, teilweise behindern oder verhindern sie Bildung und Sozialkontakte geradezu.

Auswirkungen der Schulbesuchspflicht auf Schulen, Ämter und Gerichte

Bei einer Lockerung der Schulbesuchspflicht würden die Betroffenen aufhören, in Schulen, Schulbehörden und Jugendämtern Feinde zu sehen. Alle Beteiligten könnten sich auf das konzentrieren, was für die Betroffenen wesentlich ist: Das Finden eines Bildungswegs, der den Bedürfnissen der jungen Menschen entspricht und ihr Recht auf Bildung sicherstellt. Wäre eine Wiedereinschulung zu jeder Zeit problemlos möglich, wäre in vielen Fällen wohl eine Auszeit von mehreren Monaten bis zu einem Jahr ausreichend. Die Chance auf eine „Wiedereingliederung“ wäre deutlich größer als bei der zurzeit üblichen repressiven Vorgehensweise, die das Feindbild „Schule“ nur verfestigt.

Aber auch für junge Menschen, die in der Schule stören, würden andere Wege offenstehen. Wenn die Eltern bereit und in der Lage sind, ihre Kinder von zu Hause aus bei der Bildung zu begleiten, könnten diese vorrangig dort lernen und die Abschlüsse könnten z.B. über Schulfremdenprüfungen erworben werden. Wenn die Eltern dazu nicht bereit oder nicht in der Lage sind, stünden andere Wege offen: z.B. Einrichtungen wie die schon vorhandenen Schulverweigerer-

Projekte. Deren Fokus läge dann nicht mehr vorrangig auf einer möglichst raschen Wiedereinschulung, sondern auf dem Erreichen der Bildungsziele des jungen Menschen.

Es gäbe nicht nur eine Kostenersparnis für den Staat: Viele Gerichtsverfahren wegen Bußgeldern und Zwangsgeldern könnten wegfallen, ebenso viele familiengerichtliche Verfahren, die heute oft einzig und allein aufgrund von fehlendem Schulbesuch angestrengt werden. Es gäbe auch wesentlich weniger mangelhaft begründete Therapien und ambulante oder stationäre psychiatrische Behandlungen (in den vergangenen Jahren wurden in den Kinder- und Jugendpsychiatrien neue Abteilungen eröffnet, weil es immer mehr Schulverweigerer gibt). Nicht zuletzt gäbe es auch weniger Fälle von Jugendarrest wegen unbezahlter Bußgelder, bei dem in vielen Bundesländern die Schulverweigerer bis heute die größte Gruppe bilden.

Freiwerdende Mittel könnten für die Bereitstellung von Bildungsangeboten verwendet werden, insbesondere für niedrigschwellige, auf Freiwilligkeit basierende Angebote, die von allen Menschen genutzt werden könnten – unabhängig davon, ob diese sich mit oder ohne Schulbesuch bilden.

Akzeptanz und Anerkennung informeller Bildung

Junge Menschen, die sich für einen Bildungsweg ohne Schulbesuch entscheiden, wollen sich sehr häufig selbstbestimmt und selbstorganisiert bilden. Sie wehren sich oft vehement gegen jegliche Art strukturierter „Beschulung“, auch gegen Beschulung zu Hause. Die Erfahrung von Freilerner-Familien auch in Deutschland zeigt: Respektieren die Eltern diesen Wunsch, so findet dennoch Bildung und Lernen statt, nur eben eher informell. Die überragende Bedeutung informeller Bildung ist im Bereich der Erwachsenenbildung inzwischen wissenschaftlich unstrittig. Auch für junge Menschen wird dies zunehmend erforscht, jedoch nimmt man im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen häufig immer noch an, für junge Menschen sei Unterricht die einzige Form, hinreichende Bildung zu erlangen.

In vielen als Ersatzschulen genehmigten „Freien Alternativschulen“ oder „Demokratischen Schulen“ wird vorwiegend informelles Lernen schon seit vielen Jahren erfolgreich praktiziert. Ein Programm der Europäischen Union dient allein der Anerkennung und Förderung des informellen Lernens. Schon in einer Studie von 1973 wird festgestellt, dass 70 bis 80 % des Lernens auf informelle Weise stattfindet (Faure 1973). Studien aus Großbritannien und Nordamerika zeigen, dass junge Menschen, auch wenn sie vorwiegend informell lernen, eine umfassende Bildung erwerben, die es ihnen auch ermöglicht, Prüfungen erfolgreich abzulegen, zu studieren und Berufe zu ergreifen (vgl. z.B. Gray & Riley 2015, Riley & Gray 2015, Thomas 2007 und Thomas & Pattison 2016).

Selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildung ist dabei nicht synonym mit informeller Bildung, sie kann sehr wohl auch strukturiertes Lernen und Unterricht in einem oder mehreren Fachbereichen beinhalten. Junge Menschen, die selbstbestimmt und selbstorganisiert aufwachsen, haben in der Regel keine Probleme damit, sich in Unterrichtssituationen einzufügen. Wichtig ist, dass sie sich selbst dafür entscheiden.

Von einer stärkeren Berücksichtigung und dadurch auch verbesserten Möglichkeiten der Erforschung informeller, selbstorganisierter Bildung ohne Schulbesuch könnten auch Impulse für die Weiterentwicklung der Schulpädagogik ausgehen. Dort sind die Notwendigkeit von Individualisierung und Anerkennung informeller Lernprozesse zwar prinzipiell bereits anerkannt, die Erforschung und Umsetzung stoßen jedoch im Schulalltag an enge Grenzen.

Ein Blick ins europäische Ausland

Ein Blick ins europäische Ausland zeigt, dass sich die Zahlen dort, wo legale Möglichkeiten zur selbstorganisierten Bildung bestehen, im unteren einstelligen Promillebereich bewegen (Daten von 2017 für einige Nachbarländer: Belgien 0,10%; Frankreich 0,26%; Österreich: 0,20%; Polen 0,03%; nach Blok u.a. 2017). Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum sich in Deutschland ein höherer Anteil ergeben sollte. Selbst für das Vereinigte Königreich, wo es keine verpflichtende Registrierung und eine im europäischen Vergleich sehr geringe Regulierung gibt, wird nur ein Anteil von 0,5-0,6% angegeben (Foster 2019). Es gibt auch keinerlei Hinweise darauf, dass die Wahrnehmung des Rechts auf Bildung ohne Schulbesuch in diesen Ländern irgendwelche gesellschaftlichen Probleme verursacht.

Zum Vergleich: Der Anteil der Schüler, die – grundgesetzlich garantierte – Schulen in privater Trägerschaft besuchen, beträgt ca. 9%. Dort kann der durch die Schulbesuchspflicht angestrebte „regelmäßige Kontakt mit Andersdenkenden“ faktisch ebenso vermieden werden wie bei schulbesuchsfreier Bildung. Der Anteil der Schüler, die als „schulmüde“ eingestuft werden und „Tendenzen zur Schulverweigerung“ zeigen, wird in Deutschland je nach Quelle auf 10% bis 20% geschätzt. Der Anteil der Schüler, die trotz Schulbesuch die Schule ohne Abschluss verlassen, beträgt ca. 6%, in sozialen Brennpunkten ist er vielfach zweistellig. Der Zwang, Schulen zu besuchen, erreicht sein Ziel, allen jungen Menschen Bildung zu garantieren, offenbar nur lückenhaft. Konkrete Anhaltspunkte dafür, dass eine Lockerung der Schulpflicht und eine Anerkennung selbstorganisierter, selbstbestimmter Bildungswege diese Situation verschlechtern würden, fehlen. Wie oben dargelegt, ist es sogar plausibel, dass die Lage sich hierdurch verbessern lässt – für die, die keine Schulen besuchen wollen, wie für die, die in Schulen lernen.

Schritte zu einer vielfältigen Bildungslandschaft

Ein erster Schritt ist, dass die Politik die Existenz junger Menschen, die sich selbstbestimmt ohne Schulbesuch bilden möchten, akzeptiert. Die lückenlose Durchsetzung des kollektiven Zwangs zum Schulbesuch muss in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft scheitern. Dies sollte man anerkennen. Wir wünschen uns, dass die Politik den Kontakt zu den Betroffenen sucht, um sich ein besseres Bild zu machen.

Um Modelle einer Legalisierung vorzubereiten, könnte in einer Region oder auch in einem ganzen Bundesland ein wissenschaftlich begleiteter Modellversuch durchgeführt werden, innerhalb dessen Bildung ohne Schulbesuch möglich wird, um die Parameter einer Legalisierung besser beurteilen zu können. Dieser Versuch müsste längerfristig angelegt sein, da die Bildung ohne Schule, wo sie vorwiegend informell funktioniert, nicht an der schulischen Logik kurzfristiger Überprüfungen gemessen werden kann.

Auf mittlere Sicht könnten parallel bereits Möglichkeiten einer Legalisierung geplant bzw. diskutiert werden.

Langfristig könnten zusätzliche Einrichtungen wie z.B. die von Günther Dohmen in einem seiner Aufsätze zum informellen Lernen vorgeschlagenen Lernbüros, Lernagenturen oder Lernläden für junge Menschen hilfreich sein. Hier könnten sie Beratung bekommen zu Bildungswegen und zu Prüfungen, eine Klärung von Fachfragen und auch die Vermittlung von Arbeitsgruppen, Lehrern oder Mitlernern wäre möglich.

Quellenangaben und Literaturhinweise

Blok, Henk; Merry, Michael S.; Karsten, Sjoerd (2017); *The Legal Situation of Home Education in Europe*; in: *The Wiley Handbook of Home Education*

Dohmen, Günther (2001); *Das informelle Lernen*; Bonn

Europäische Kommission/EACEA/Eurydice, 2018. *Richtlinien für häuslichen Unterricht in Europa: Primarbereich und Sekundarbereich I. Eurydice-Bericht*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.

Faure, E. u.a. (1973): *Wie wir leben lernen. Der Unesco-Bericht über Ziele und Zukunft unserer Erziehungsprogramme*. Reinbek bei Hamburg

Foster, David (2019); *Home Education in England – Briefing Paper*; House Of Commons Library

Gray, Peter; Riley, Gina (2015); *Grown Unschoolers' Evaluations of Their Unschooling Experiences: Report I on a Survey of 75 Unschooling Adults*; in *Other Education: The Journal of Educational Alternatives*, Volume 4 (2015) Issue 2

Handschell, Tobias (2012); *Die Schulpflicht vor dem Grundgesetz*; Nomos, Baden-Baden

Kern, Karen; Mohsennia, Stefanie; Reichert, Gabi; Weimer, Heike (Hrsg.) (2016); *Wir sind so frei – Freilerner-Familien stellen sich vor*; Tologo, Leipzig

Kern, Matthias (Hrsg.) (2016); *Selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildung versus Schulpflicht*; Tologo, Leipzig

Kern, Matthias (Hrsg.) (2018); *Selbstbestimmte Bildungswege als Kindeswohlgefährdung?* Tologo, Leipzig

Landtag von Baden-Württemberg (2019); Hausunterricht und Freilernen in Baden-Württemberg, Drucksache 16/6145, 23.04.2019, Kleine Anfrage des Abg. Gerhard Kleinböck SPD und Antwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Lucius, Julian von (2017); *Homeschooling – Eine verfassungsrechtliche Untersuchung des Rechts der Eltern, ihre Kinder zu Hause zu unterrichten*; Nomos, Baden-Baden

Luig, Judith (2019); *Die Schulpflicht ist ein Käfig*; Zeit-Online, 10. Januar 2019; abgerufen am 12.05.2019, <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2019-01/homeschooling-schulpflicht-menschenrechte-wuerde-kinder>

Mohsennia, Stefanie (2010); *Schulfrei – Lernen ohne Grenzen*; 2. Auflage, Tologo, Leipzig

Reimer, Franz (Hrsg.) (2012), *Homeschooling – Bedrohung oder Bewährung des freiheitlichen Rechtsstaats?* Nomos, Baden-Baden

Riley, Gina; Gray, Peter (2015); *Grown Unschoolers' Evaluations of Their Unschooling Experiences: Report II on a Survey of 75 Unschooling Adults*; in *Other Education: The Journal of Educational Alternatives*, Volume 4 (2015) Issue 2

Rothermel, Paula (2002); *Home Education, Aims, Practices and Outcomes*

Rux, Johannes (2018); *Schulrecht*, 6. Auflage; C. H. Beck, München

Spiegler, Thomas (2008); *Home Education in Deutschland Hintergründe – Praxis – Entwicklung*; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Thomas, Alan (2007); *Bildung zu Hause – Eine sinnvolle Alternative*; Tologo, Leipzig

Thomas, Alan; Pattison, Harriet (2016); *Informelles Lernen – Wie Kinder zu Hause lernen*; Tologo, Leipzig

WD (2009), Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages; *Homeschooling in westlichen Industrienationen – Verbreitung, Evaluationsergebnisse, Elternmotive – Ausarbeitung WD 8 -3000 -047/2009*

WD (2016), Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages; *Kurzdarstellung zum Zusammenhang von Schulpflicht und Homeschooling in Deutschland – Ausarbeitung WD 8 -3000 -052/16*

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">KdöR</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	u.a.: grundsätzliche Befürwortung der Verankerung des digitalen Lernens, Änderungen im Bereich des Förderschulwesens befürwortet, insbesondere mit Blick auf die Stärkung des Elternwillens	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

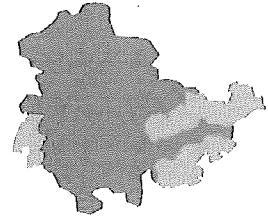
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.02.2023	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
09.02.2023 12:10
4134/23

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Ordinariatsrat

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Telefax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Schriftliches Anhörungsverfahren zur Schulgesetzgebung (Drs. 7/6573/5371/4760/4674)

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

herzlich danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 22. Dezember vergangenen Jahres, mit dem Sie dem Katholischen Büro Erfurt als der landespolitischen Vertretung der katholischen Bischöfe in Thüringen Gelegenheit zur Stellungnahme zu o.g. Regelungsvorhaben geben.

Zu den einzelnen Drucksachen tragen wir folgende Anmerkungen vor:

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens (Drs. 7/6573)

Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Nr. 1 (§ 3 ThürSchulG): Hinsichtlich der Unterstützung der Eltern bei der Entscheidung über die Schullaufbahn ihres Kindes sollte trotz der hier nun vorgesehenen besonderen Betonung des längeren gemeinsamen Lernens in der Beratung keine bestimmte Schulart bevorzugt werden. Eltern sollten über alle zur Verfügung stehenden Optionen gleichrangig und ergebnisoffen beraten werden.

Nr. 2 (§ 4 ThürSchulG): Diese Formulierung unterstützen wir ausdrücklich.

Nr. 3 (§ 6 a ThürSchulG): Bei dieser Regelung sind die kirchlichen Interessen nicht direkt berührt. Allerdings möchten wir anregen, in den hier betrachteten Fällen auch die Möglichkeit einer verstärkten Kooperation zu ermöglichen.

Nr. 4 (§ 7 ThürSchulG): Die Besondere Leistungsfeststellung scheint mit Blick auf die Erfahrungen aus anderen Bundesländern entbehrlich, nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt des praktischen Aufwands für die einzelne Schule. Allerdings hat die BLF auch zwei nicht zu unterschätzende Vorteile: Zum einen sorgt sie für die Wertigkeit des Realschulabschlusses, den auch Schülerinnen

Erfurt, den 9. Februar 2023



TLT/916/23/8

und Schüler (SuS) an Gymnasien bisher nicht ohne Prüfung erhalten können, zum anderen konnten die künftigen Abiturientinnen und Abiturienten auf diese Weise eine Prüfungssituation realistisch einüben.

Nr. 5 (§ 10 ThürSchulG): Wir begrüßen die Präzisierungen zur Einrichtung einer Ganztagschule, da damit die Hürden zur Errichtung gesenkt werden. Gleichzeitig halten wir die gestellten Forderungen nach einem Konzept, sowie den entsprechenden organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen für angemessen.

Nr. 9 (§ 20 ThürSchulG): Diese Neuregelung könnte nicht zuletzt bei der beruflichen Integration von Geflüchteten sowie von SuS der Förderschulen in manchen Fällen zu Erleichterungen führen. Gleichzeitig dürfte der Verzicht auf den Hauptschulabschluss schlicht eine Verschiebung von Problemen, z.B. mangelnde Sprach- und Grundbildungskenntnisse, von den allgemeinbildenden an die berufsbildenden Schulen zur Folge haben. Bei einem Verzicht auf den Hauptschulabschluss müsste wahrscheinlich auf den Einzelfall abgestellt werden.

Nr. 11 (§ 30 ThürSchulG): Wir unterstützen die rechtliche Verankerung von digitalen Unterrichtsmethoden und die hier getroffenen Klarstellungen. Wichtig ist in diesem Bereich jedoch auch eine konsequente medienpädagogische Bildung der Beteiligten, z.B. um Sensibilität und Achtung vor dem Bild und den Persönlichkeitsrechten des Anderen zu schaffen. Jeder Schülerin und jedem Schüler sollte klar sein, warum man z.B. von anderen ohne deren Einwilligung keine Screenshots anfertigt oder diese sogar in diffamierender Form weiterverbreitet.

Möglicherweise ist der neue Absatz 3a nicht erforderlich. Diese Fragen werden sicherlich von den einzelnen Schulen selbst in der Hausordnung entsprechend geregelt. Aber auch hier gilt das eben Gesagte: Mehr als formale Regeln dürfte eine gute Medienerziehung die missbräuchliche Verwendung digitaler Endgeräte (auf dem Schulgelände) verhindern helfen.

Nr. 13 (§ 35 ThürSchulG): Assistenzkräfte können die Schulleitung bestimmt entlasten. Wichtiger erscheint uns aber eine Aufgabenkritik bzw. ein Bürokratieabbau bei Schulleitungen und Lehrkräften. Sicherlich läge auch darin ein erhebliches Entlastungspotenzial.

Nr. 14 (§ 35 a ThürSchulG): Die Unterstützung der schulischen Arbeit durch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter ist dringend erforderlich, daher wird diese Klarstellung begrüßt.

Nr. 16 (§ 40 b ThürSchulG): Wir begrüßen, dass das Thema Evaluation wieder aufgegriffen wird. Als katholischer Schulträger sind wir seit mehr als zehn Jahren Teil der „Gemeinsamen katholischen Schulinspektion (GKSI)“ (<https://gksi.de/>), die zur Weiterentwicklung unserer Schulen im gesamten Norden und Osten der Bundesrepublik die Qualität nach wissenschaftlich anerkannten Standards evaluiert und Empfehlungen abgibt.

Nr. 19 (neuer § 44 a ThürSchulG): Wir begrüßen grundsätzlich die weitere Etablierung von digitalen Lernformaten und die Ausstattung der SuS mit digitalen Endgeräten. Dennoch sprechen wir uns als Schulträger, der schon länger mit digitalen Geräten arbeitet, aufgrund unserer pädagogischen Erfahrungen dafür aus, mit dem flächendeckenden Einsatz von Endgeräten erst ab Klassenstufe 7 zu beginnen.

An dieser Stelle stellt sich für uns auch die Frage nach der praktischen Umsetzung dieser Vorgabe. Zu klären sind aus unserer Sicht vor allem die Finanzierung der Geräte und ihr Betrieb (Versicherung, Lizenzen, Administration, Support, Wartung, Ersatz).

Nr. 21 (neuer § 45 a ThürSchulG): Diese Neuregelung begrüßen wir ausdrücklich. Freilich bleibt der Präsenzunterricht die vorrangige Form der Beschulung. Wir haben jedoch mit unserm Pilotprojekt „KathReliOnline“, mittlerweile wissenschaftlich evaluiert von der WWU Münster, sehr positive Erfahrungen mit einem Blended-Learning-Format sammeln können, das weit mehr ist als ein „Notnagel“ bei schulorganisatorischen Problemen.

Bei der Formulierung von § 45 a Abs. 2 Nr. 3 regen wir an, dass die Schulämter im Plural benannt sind. Im Fall von „KathReliOnline“ setzen sich nämlich die Lerngruppen durchaus auch aus SuS mehrerer Schulamtsbereiche zusammen.

Artikel 2 – Änderung des Lehrerbildungsgesetzes

Den Wechsel von der schulartbezogenen zu einer schulstufenbezogenen Lehrkräfteausbildung sehen wir grundsätzlich positiv. Wir versprechen uns davon vor allen, dass Lehrkräfte künftig noch besser auf die differenzierten Leistungsstände der SuS vorbereitet sind. Zudem ist zu hoffen, dass damit in der Praxis die Lehrkräfte flexibler einsetzbar sind und eine größere Zahl von Lehrkräften den Weg an die Regelschule findet. Nicht selten entwickeln Lehrkräfte ein Interesse an der Regelschule erst mit einer gewissen Berufserfahrung.

Die Verlängerung des Vorbereitungsdienstes in der Primarstufe auf wieder 18 Monate begrüßen wir ausdrücklich.

Wir erhoffen uns von den Änderungen nicht zuletzt auch eine bessere Bedarfssteuerung im Bereich des Religionsunterrichts.

Die in diesem Zuge vorgesehene Änderung der Besoldung der Regelschullehrkräfte vom Besoldungsamt A 13 g.D. auf A 13 h.D. halten wir im Kontext der angestrebten Stufenlehrausbildung für einen logischen und unverzichtbaren Schritt. Allein die Anhebung der Eingruppierung der Regelschullehrer von der A/E 12 auf die A/E 13 ohne Berücksichtigung des Laufbahnrechts brachte in der Vergangenheit nicht den gewünschten Effekt einer personellen Stärkung der Regelschullehrkräfte.

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte (Drs. 7/5371)

Grundsätzliche Anmerkung

Inklusion ist ein Menschenrecht. Niemand darf wegen einer Behinderung Benachteiligung erfahren und es ist Aufgabe des Staates, für eine gleichwertige Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben zu sorgen. Darüber besteht sicherlich zwischen allen demokratischen Kräften Konsens. Wie dieses Ziel jedoch zu erreichen ist, darüber wird mitunter sehr zugespitzt gestritten, was den Betroffenen, ihren Angehörigen und den beteiligten Institutionen nicht immer gerecht wird.

Wie wir schon im Rahmen der letzten großen Schulgesetznovelle ausgeführt haben, ist es uns einerseits wichtig, dass allen Kindern vielfältige Möglichkeiten zum Schulbesuch eröffnet werden, um ihre bestmögliche Förderung sicherstellen. Andererseits muss das hohe Gut des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern bei der Entscheidung über das beste Bildungsangebot für ihr Kind stets gewahrt bleiben.

Für einen inklusiven Unterricht müssen die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen gegeben sein. Einig sind wir uns in der Einschätzung, dass dieses Ziel mit den gegebenen Ressourcen im Freistaat Thüringen auch über einen längeren Zeitraum hinweg nicht flächendeckend erreichbar sein wird.

Einig sind wir uns ferner, dass der Ausbau der schulischen Inklusion nicht zu einer Ausschließlichkeit führen darf. In vielen Fällen ist die Beschulung an einer Förderschule der erfolversprechendere und der jeweiligen Persönlichkeitsentwicklung angemessenere oder gar einzig erfolversprechende Bildungsweg.

Wir hoffen also, dass die Diskussionen in diesem Bereich mit einem realistischen Blick auf die tatsächliche Situation und die tatsächlich zur Verfügung Ressourcen geführt werden und bei aller Emotionalität des Themas das Wohl der betroffenen Kinder und Familien stets im Mittelpunkt steht.

Artikel 1

Nr. 1 (§ 2 ThürSchulG): Wie schon 2019 ausgeführt, erachten wir die Beschulung an einer Förderschule als gleichwertig und gleichrangig. Die hier vorgeschlagene Formulierung ist aus unserer Sicht daher deutlich inklusiver als die derzeit gültige.

Nr. 2 (§ 4 ThürSchulG): Auch dies ist eine aus unserer Sicht hilfreiche Klarstellung.

Nr. 5 (§ 8 a ThürSchulG): Richtig ist, dass gemeinsamer Unterricht nicht voraussetzungslos ist. Gleichwohl sollte angestrebt werden, dass für SuS mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für die gemeinsamer Unterricht infrage kommt,

diese Voraussetzungen auch geschaffen werden. Aus unserer Sicht könnte eine noch höhere Verbindlichkeit dadurch entstehen, dass in den geltenden § 8 a Abs. 1 folgender neuer Satz 2 eingefügt wird: „Die hierfür erforderlichen personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen sind spätestens zur Einschulung zu schaffen.“

Die vorgeschlagene Neuformulierung von § 8 a Abs. 3 unterstützen wir. Diese Regelung wäre aus unserer Sicht deutlich praxistauglicher, transparenter und einfacher für die betroffenen Elternhäuser.

Den Vorschlag unter Nr. 5 b) sähen wir gern präzisiert. Dort heißt es: „[...] empfiehlt das zuständige Schulamt im Benehmen mit dem Schulträger für den Schüler den nächstgelegenen [hervorgehoben C.K.] Lernort.“ Die räumliche Nähe kann nicht das ausschlaggebende Kriterium sein. Im Sinne der Trägervielfalt und der vollwertigen Option, sich auch für einen Lernort in freier Trägerschaft zu entscheiden, sollte dieses Kriterium nicht aufgeführt werden. Ebenso unterstützen wir die Folgeänderung in Nr. 6.

Nr. 7 (§ 18 ThürSchulG): Diese Klarstellung im Hinblick auf das Elternrecht bewerten wir positiv. Ebenso unterstützen wir Nr. 8 (§ 34 Abs. 4 a ThürSchulG).

Nr. 9 (§ 36 Abs. 1): Hier wünschen wir uns eine regelmäßige Evaluation der Arbeit des MSD, wie dies nach der letzten Gesetzesänderung durch das Ministerium angestoßen wurde. Leider wurde diese Initiative infolge der Corona-Pandemie nicht entschieden weitergeführt. Die personelle Situation des MSD und die daraus in den meisten Fällen resultierende deutlich zu lange Verfahrensdauer der Begutachtungen ist dringend kritisch zu hinterfragen. Für die betroffenen Kinder und Eltern, aber auch für betroffenen Schulträger bedeuten diese Unsicherheiten eine Zumutung, die abgestellt werden muss.

Nr. 10 (§ 49 ThürSchulG): Die praktische Erfahrung zeigt, dass für einige der betreffenden SuS der Verzicht auf eine Versetzungsentscheidung eine nachteilige Wirkung entfaltet und ihrer Lernentwicklung nicht zuträglich ist. Der Begründung dieses Änderungsvorschlags wird unsererseits also durchaus gefolgt.

Anträge „Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“ (Drs. 7/4760) und „Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht“ (Drs. 7/4674)

Beide Anträge enthalten aus unserer Sicht sehr wichtige Aspekte, die für die weitere Diskussion dieses Themenfeldes eine gute Grundlage liefern werden. Insbesondere die Fragestellungen der Nummern II. 3 und 6, sowie insbesondere 8, 9, 10 und 11 des Antrages der Koalitionsfraktionen sowie die Nummern III. 1 und 3 des Antrages der Gruppe der FDP berühren Themenkreise, an denen auch wir sehr interessiert sind.

...

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für die Beratung dieser wichtigen Fragen der Schulentwicklung wünschen wir Ihnen viel Erfolg. Wir werden Ihre Diskussionen aufmerksam verfolgen und hoffen auf einen weiterhin konstruktiven Austausch.

Freundliche Grüße

Ordinariatsrat

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

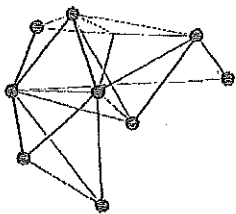
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Modernisierung des Schulwesens: Drucksache 7/6573, 7/5371, 7/4760, 7/4674											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e. V.</td> <td style="padding: 5px;">eingetragener Verein, gemeinnützig</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e. V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Gipsstraße 3</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">10119 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e. V.	eingetragener Verein, gemeinnützig	Geschäfts- oder Dienstadresse	D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e. V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gipsstraße 3	Postleitzahl, Ort	10119 Berlin
	Name	Organisationsform									
	D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e. V.	eingetragener Verein, gemeinnützig									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e. V.									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gipsstraße 3									
Postleitzahl, Ort	10119 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Digitale Transformation	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Grundlegend möchten wir feststellen, dass aus unserer Sicht die oben genannten Änderungen an der aktuellen Diskussion zur Kultur der Digitalität und dem daraus resultierenden Anspruch an Bildung vorbeigehen. Es fehlt durchweg die Berücksichtigung hybrider und vor allem asynchroner Lern- und Lehrkonzepte. Stattdessen wird versucht, ein bereits heute veraltetes Konzept von Unterricht in die digitale Welt zu übertragen. Wir vermissen Festlegungen zu zeitgemäßen Unterrichtskonzepten, kollaborativem Lernen sowie Klärungen schulorganisatorischer Fragen, die der digitalen Welt gerecht werden. Bildung muss Schüler:innen befähigen, die im 21. Jahrhundert und darüber hinaus notwendigen Kompetenzen zu erwerben. Wir nehmen zu den geplanten Änderungen in den §§ 30, 34, 44a und 45a Stellung, die aus unserer Sicht die Fragen der digitalen Transformation betreffen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 09.02.2023	



D64

Zentrum für
Digitalen Fortschritt

Den Mitgliedern des
AfBJS

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2347

zu Drs. 7/6573

THÜR. LANDTAG POST
09.02.2023 17:22
W259/23

Stellungnahme

9. Februar 2023

Seite 1

Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes

D64 ist das Zentrum für digitalen Fortschritt. Wir begreifen die digitale Transformation als große Chance, das Miteinander unserer modernen Gesellschaft zu verbessern. Die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung wollen wir konstruktiv, kritisch und kreativ mitgestalten. Unser Ziel ist es, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen. Dafür wirken wir mit Hilfe der breitgefächerten Expertise unserer über 700 Mitglieder als unabhängiger Verein, der in allen Themenbereichen der Digitalisierung vordenkt und Impulse gibt.

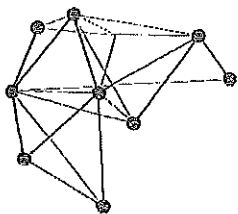
Wir bedanken uns für die Einladung zur schriftlichen Anhörung im Rahmen der Änderung des Thüringer Schulgesetzes. Wir äußern uns mit dieser Stellungnahme zu den geplanten Änderungen in den §§ 30, 34, 44a und 45a, die aus unserer Sicht die Fragen der digitalen Transformation betreffen.

Grundlegend möchten wir feststellen, dass aus unserer Sicht die oben genannten Änderungen an der aktuellen Diskussion zur Kultur der Digitalität und dem daraus resultierenden Anspruch an Bildung vorbeigehen. Es fehlt durchweg die Berücksichtigung hybrider und vor allem asynchroner Lern- und Lehrkonzepte. Stattdessen wird versucht, ein bereits heute veraltetes Konzept von Unterricht in die digitale Welt zu übertragen. Wir vermissen Festlegungen zu zeitgemäßen Unterrichtskonzepten, kollaborativem Lernen sowie Klärungen schulorganisatorischer Fragen, die der digitalen Welt gerecht werden. Bildung muss Schüler:innen befähigen, die im 21. Jahrhundert und darüber hinaus notwendigen Kompetenzen zu erwerben. Dazu gehören Kollaboration, staatsbürgerliches Engagement, geteilte Übernahme von Verantwortung und gemeinsame Entscheidungsfindung. Dabei geht es auch um individuelle Lernwege, statt lineares, standardisiertes Lernen. Durch den Einsatz geeigneter Technik und entsprechend pädagogischer Begleitung kann das Erlernen dieser Kompetenzen unterstützt und gefördert werden. Handlungs-, Gestaltungs- sowie Transformationskompetenzen der Schüler:innen sollten für uns im Vordergrund stehen.

Zu den einzelnen Regelungen nehmen wir wie folgt Stellung:

§ 30

Die Formulierung der Regelung lässt vermuten, dass die Nutzung von digitalen Endgeräten im schulischen Alltag eigentlich nicht erwünscht ist. Wir haben Verständnis dafür, die Nutzung von Smartphones, Tablets oder Laptops regeln zu wollen, empfehlen aber eine umgekehrte Herangehensweise, die die Nutzung als selbstver-



D64

Zentrum für
Digitalen Fortschritt

Stellungnahme

9. Februar 2023

Seite 2

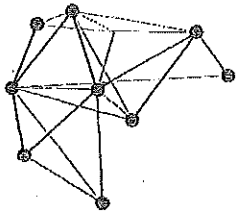
ständig konstatiert und eventuelle Ausnahmetatbestände regelt. Hierzu könnten Hinweise zu Prüfungen gehören, die im gesamten Entwurf fehlen, ebenso wie Anforderungen an den pädagogisch-didaktischen Rahmen, in dem digitale Instrumente zum Einsatz kommen. Wir bezweifeln zudem, dass die Erlaubnis im Schulgesetz zur Einbehaltung von privaten Geräten durch die Schule über dem Eigentumsrecht der Schüler:innen zu stellen ist.

§ 34

Die Verpflichtung zu offener Kamera und Mikrofon für Schülerinnen und Schüler lehnen wir entschieden ab. Diese Regelung greift aus unserer Sicht in die Freiheitsrechte der Schüler:innen ein, auch wenn sie aus Aspekten der Kontrolle und Aufsichtspflicht nachvollziehbar scheinen. Da es am Ende aber sowieso im Ermessen der pädagogischen Fachkraft bleibt, ist eine gesetzliche Festschreibung nicht notwendig. Eine Festlegung zur Nutzung von Kamera und Mikrofon durch die Lehrer:innen erschließt sich aus unserer Sicht nicht. Hier greift vielmehr die verantwortungsvolle Vorbildfunktion der Lehrer:innen, die selbst entscheiden, wie die entsprechende Unterrichtseinheit zu gestalten ist. Ganz grundsätzlich wird an dieser Stelle deutlich, dass der Gesetzgeber offenbar davon ausgeht, dass digitales Lernen nur in Form von Videokonferenzen stattfindet. Hybride Konzepte, asynchrones Lernen und *flipped classroom* Modelle scheinen keine Rolle zu spielen. Dabei wäre in diesem Paragraph die Gelegenheit gewesen, grundlegende Aussagen zur Unterrichtsdefinition und deren Bedeutung für Pädagog:innen zu treffen.

§ 44a

Wir wissen das Ansinnen zur Lern- und Lehrmittelfreiheit im neu geschaffenen § 44a zu schätzen. Aus unserer Erfahrung in anderen Bundesländern empfehlen wir aber eine Ausweitung des Begriffes der Lern- und Lehrmittel, die dann im Rahmen der jeweils gewünschten Lernmittelfreiheit Berücksichtigung finden würden. Wir empfehlen auf Ebene der Schulgesetzgebung das Bekenntnis zu *Open Hard- und Software*, die uns bereits aus dem OpenSourceGesetz in Thüringen bekannt ist, auch für den Bildungsbereich zu bekräftigen. Eine Festlegung der Beschaffung von Endgeräten ab Klassenstufe 5 sehen wir aus verschiedenen Punkten kritisch. Erstens ist es oftmals noch nicht sinnvoll, eine Versorgung mit Endgeräten in der 5. Klasse zu forcieren, zumal auch nicht klar ist, was genau unter Endgeräte fällt. Hier macht es einen Unterschied, ob die Schulträger Laptops oder Tablets zum Einsatz bringen. Daher sollte die Entscheidung bei der Schulträgern in Abstimmung mit den Schulen bleiben. Zweitens hat sich gezeigt, dass bei einer Versorgung ab der 8. Klasse das jeweilige Gerät die Schüler:innen auf jeden Fall bis zum Abitur begleiten kann. Darüber hinaus erscheint uns die Kostenrechnung nicht schlüssig. Bei 350 Euro pro Endgerät sprechen wir nicht über Geräte, die Nachhaltigkeitsaspekten der *Open Hardware Prinzipien* gerecht werden, geschweige denn sind Zusatzgeräte und Administrationskosten und Ersatzbeschaffung eingerechnet.



D64

Zentrum für
Digitalen Fortschritt

Stellungnahme

9. Februar 2023

Seite 3

§ 45a

In § 45a wird der Distanzunterricht in negativer Darstellung als Notlösung definiert, anstatt die Möglichkeiten der digitalen Räume für den Bildungsbereich zu erfassen und rechtlich zu normieren. Es gibt ausreichend Fragen beispielsweise zu Zugänglichkeit, Datensicherheit, Datenschutz, Schnittstellen und offener Software, die in diesem Zusammenhang unbedingt geklärt werden müssen. Stattdessen konzentriert sich der Gesetzgeber hier auf die Frage, wer unter welchen Umständen Distanzunterricht erlauben darf.

Wir empfehlen dem Thüringer Landtag die Möglichkeiten der digitalen Räume für den Unterricht der Zukunft nicht als Gefahr zu begreifen. Es gilt die Standards festzulegen, die für die Nutzung neuer Unterrichtsformen im Sinne der Digitalität gelten sollen. Wir würden uns freuen, wenn wir mit unserer Stellungnahme zu einem solchen Perspektivwechsel beitragen können.

An der Erstellung dieser Stellungnahme waren beteiligt:

[Abgeordnete des Thüringer Landtags] war als Co-Koordinierende der AG Bildung bei D64 inhaltlich an der Stellungnahme nicht beteiligt, sondern begleitete die Genese der Stellungnahme lediglich organisatorisch.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Vizepräsidentin für Studium und Lehre Friedrich-Schiller-Universität Jena</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Friedrich-Schiller-Universität Jena</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Fürstengraben 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Vizepräsidentin für Studium und Lehre Friedrich-Schiller-Universität Jena	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Friedrich-Schiller-Universität Jena	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
Name	Organisationsform										
Vizepräsidentin für Studium und Lehre Friedrich-Schiller-Universität Jena	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Friedrich-Schiller-Universität Jena										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1										
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Vizepräsidentin für Studium und Lehre	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	Die Universität Jena befürwortet im Grundsatz die Umwandlung der bislang schulartbezogenen in eine schulstufenbezogene Lehrkräfteausbildung. Der vorliegende Gesetzentwurf lässt jedoch vermuten, dass das Modell der vier Lehramtstypen für Thüringen weder strukturell noch inhaltlich konsequent durchdacht ist. Ebenso auffällig ist die mangelnde Orientierung an den KMK-Standards für die Lehrerbildung. Nicht zuletzt aufgrund der mit der Landesregierung vereinbarten und bereits laufenden Reform der Lehramtsstudiengänge an der Universität Jena wird daran erinnert, dass eine tragfähige Neugestaltung der Lehrkräfteausbildung nur in enger Abstimmung mit den beteiligten Hochschulen gelingen kann. Desweiteren beinhaltet der schriftliche Beitrag Anmerkungen zu den Themen Weiterbildung und BLF.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligteentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 9. Februar 2023	

THÜR. LANDTAG POST
10.02.2023 08:28

4273/2023



**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA** Lehrerbildungsausschuss

Universität Jena · LBA · 07743 Jena

*Vorsitzender des Lehrerbildungsausschusses
Professur Antike und Mittelalterliche Philosophie*

Zwätzengasse 9, 07743 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Vizepräsidentin für Studium und Lehre

Fürstengraben 1, 07743 Jena

Jena, 10. Februar 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Gemeinsame Stellungnahme des Präsidiums der Universität Jena und des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung der Universität Jena im Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf zum Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Drucksache 7/6573.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des Lehrerbildungsausschusses

Vizepräsidentin für Studium und Lehre



TLT/541/23/2



Gemeinsame Stellungnahme des Präsidiums der Universität Jena und des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung der Universität Jena im Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf zum Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Drucksache 7/6573

Einleitung

Die Universität Jena begrüßt die Gesetzesinitiative der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Modernisierung des Schulwesens. Mit der vorgesehenen Stärkung des praxisorientierten Lernens an Schulen, dem Einsatz von Schulsozialarbeitern, pädagogischen und verwaltungstechnischen Assistenzen sowie mit weiteren vorgesehenen Regelungen (etwa zum Ort des Schulbesuchs, zum Auswahlverfahren, 10. Pflichtschuljahr, Distanzunterricht, Ganzttag) werden grundlegende Probleme des Schulwesens in Thüringen aufgegriffen.

Im engeren Sinn ist die Universität Jena von den vorgesehenen Änderungen im Lehrerbildungsgesetz betroffen, deshalb konzentriert sich die nachfolgende Stellungnahme auf diese Änderungen. Die Universität unterstützt im Grundsatz die Initiative der Regierungsfractionen zur Umwandlung der bislang schulartbezogenen Lehrkräfteausbildung in eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung. Gleichzeitig liegen die vorgesehenen Änderungen im Lehrerbildungsgesetz quer zu Änderungen, die die Universität zur Erfüllung ihrer Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit dem TMWWDG im Dezember 2022 dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vorge schlagen hat.

Lehrerbildung in Thüringen

Im Zuge der Thüringer Allianz für die Lehrerbildung haben die Landesregierung und die Thüringer Hochschulen bereits im Herbst 2019 gemeinsam festgehalten, dass Reformschritte hin zu einer schulstufenbezogenen Ausbildung in Anbetracht des Lehrkräftebedarfs sowie der sich wandelnden Schulstruktur in Thüringen nachvollziehbar und aus fachlicher Sicht zu begrüßen wären – und die dafür erforderlichen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen auf politischer Ebene geschaffen werden müssen.

Dabei bestand Konsens, dass eine tragfähige Neugestaltung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in ihren Details nur in enger Abstimmung mit den beteiligten Hochschulen gelingen kann. Als größte lehrerbildende Thüringer Institution liegt es im Interesse der Universität Jena, sich in die Neukonzeptualisierung der Lehrkräftebildung einzubringen.

Die Gesetzesinitiative sieht die Umstellung von einer schulartbezogenen Lehrkräfteausbildung auf eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung vor, die die Universität grundsätzlich unterstützt. Gleichzeitig schaffen die vorgesehenen Gesetzesänderungen nicht die nötigen Voraussetzungen für eine thüringenweit einheitliche Lehrerbildung. So bleibt auch weiterhin die ungewöhnliche Situation bestehen, dass innerhalb des Bundeslandes die erste Phase der Lehrerausbildung sowohl mit dem ersten Staatsexamen als auch mit einem BA-/MA-Degree abgeschlossen werden

kann, und nach gegenwärtigem Stand kann auch das Lehramt Regelschule sowohl im Umfang von 270 als auch im Umfang von 300 Leistungspunkten studiert werden.

Reform der Lehrerbildung an der Universität Jena

Entsprechend ihres Auftrags im Rahmen der aktuellen Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Universität und TMWWDG für die Jahre 2021 bis 2025 hat die Universität Jena seit Herbst 2020 eine universitäre Reform der Lehrerbildung auf den Weg gebracht.

Im Zentrum der Reform steht die Erweiterung des Lehramts Regelschule von 270 auf 300 Leistungspunkte sowie die inhaltliche Ergänzung beider Lehramtsstudiengänge (Regelschule und Gymnasium) um die Themenbereiche Inklusion, Multiprofessionalität und digitale Lernkultur. Die dem TMBJS im Dezember vorgelegte Konzeption sowie die entsprechenden Vorschläge zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und den Staatsprüfungsverordnungen bleiben verabredungsgemäß im Rahmen der nach Schulart differenzierten Ausbildung für das Lehramt an Regelschulen und das Lehramt an Gymnasien.

Die universitäre Reform ist anschlussfähig an eine schulstufenbezogene Lehrkräftebildung. Sollte das Lehrerbildungsgesetz in der ersten Hälfte des Jahres 2023 jedoch nicht dahingehend geändert werden, dass die Regelschule 300 an der Universität Jena eingeführt werden kann, könnte die Universität ihre Ziel- und Leistungsvereinbarungen nicht einhalten.

Lehramtstypen und schulstufenbezogene Lehramtsausbildung

Die Gesetzesinitiative der Regierungsfractionen sieht zukünftig vier Typen von Lehrämtern in Thüringen vor: das Lehramt für die Primarstufe, das Lehramt für die Sekundarstufe I und II, das Lehramt an berufsbildenden Schulen und das Lehramt für Förderpädagogik.

Unklar ist, wie diese Typisierung mit den verbindlichen KMK-Lehramtstypen korrespondieren. Zwar wurden auch in anderen Bundesländern Mischformen der KMK-Lehramtstypen etabliert. Der vorliegende Gesetzesentwurf erscheint jedoch uneindeutig. Insbesondere scheint das neue Lehramt für die Primarstufe in den Vorschlägen einerseits weiterhin als KMK-Lehramtstyp 1 (Lehramt der Grundschule bzw. Primarstufe) ausgebildet zu werden. Gleichzeitig wird mit der Neuregelung des § 27 Abs. 3 und der entsprechenden Regelung in § 38 Abs. 1. die Lehrbefähigung entkoppelt und der Einsatz der Lehrkräfte gemäß einem KMK-Lehramtstyp 2 (Übergreifende Lehrämter der Primarstufe und aller oder einzelner Schularten der Sekundarstufe I) vorgesehen.

Unverständlich ist auch, warum der Gesetzesentwurf einerseits eine umfassende stufenspezifische Ausrichtung im Studium anstrebt, um den unterschiedlichen Anforderungen der Schulstufen Rechnung zu tragen (§ 12 Abs. 2 Satz 1 und 2), den Qualitätsanspruch eines stufenadäquaten Qualifikationsprofils bei der Zuerkennung der Lehrbefähigung (§ 27, § 38) jedoch gänzlich fallen lässt.

Nach Auffassung der Universität sollte durchaus eine angemessene Durchlässigkeit zwischen den geplanten Schwerpunkten für die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II bzw. zwischen der Primarstufe und der Sekundarstufe I gewährleistet sein. Ein gangbarer Weg wäre es, interessierten Studierenden oder Lehrkräften den Erwerb einer entsprechenden Lehrbefähigung (mit für sie überschaubarem Aufwand) durch ausgewählte Zusatzmodule und eine Zusatzprüfung zu ermöglichen.

Insgesamt muss bei einem Neuzuschnitt der Thüringer Lehrämter sichergestellt werden, dass die Ausbildungen und Prüfungen für die stufenbezogenen Lehrämter innerhalb Deutschlands anerkannt werden. Sollte die Abweichung von den gängigen Lehramtstypen zu (potentiell) erschwerten Zugängen zum Vorbereitungsdienst bzw. Schuldienst führen, wären Einbrüche bei der Aufnahme eines Lehramtsstudiums zu erwarten. Unsicherheiten in dieser Frage brächten erhebliche Nachteile für die Gewinnung Studierender.

Ausbildungsinhalte

Das Ziel, Lehrkräfte flexibel einzusetzen, darf nicht zu Lasten der Unterrichtsqualität gehen. Zur Sicherung der Qualität bleiben für Bildungswissenschaften, Fachdidaktiken und Fachwissenschaften die Beschlüsse der KMK zur Lehrerbildung bindend.

Die Festlegung des Umfangs der bildungswissenschaftlichen Studienanteile (und zudem deren uneinheitliche Bemessung) in § 12 Abs. 2 und § 13 Abs. 2 erscheint zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Der Fixierung von Leistungspunkten sollte zwingend eine grundlegende Verständigung zu gesamtkonzeptionellen Eckpunkten für das stufenbezogene Curriculum unter Einbeziehung der betroffenen Hochschulen entlang aller relevanten KMK-Beschlüsse vorausgehen.

Strukturell abzuwägen wäre u. a.,

- welche bildungswissenschaftlichen, fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Inhalte und Lernziele ihrer Charakteristik nach stufenspezifisch zu vermitteln sind und welche Kompetenzen zu einem stufenübergreifenden Kanon gehören sollen (unabhängig von der Schwerpunktbildung in Sek I und II),
- wie die in § 12 Abs. 1 Satz 2 genannten Querschnittsthemen und Kompetenzbereiche in der modularen Struktur abgebildet werden können,
- welche kapazitären Möglichkeiten an den Hochschulen bestehen, um ein in der Regelstudienzeit absolvierbares Lehrangebot sicherzustellen,
- in welcher Form und in welchem Umfang erwünschte Schwerpunktbildungen (differenziert nach Sekundarstufe I bzw. II) Vertiefungen in einzelnen Studienbereichen eröffnen oder verlangen (§ 12 Abs. 2 Satz 3),
- und inwieweit Studierenden durch freie Studienteile Raum für individuelle, interessen geleitete Entscheidungen in der Modulbelegung gegeben werden kann.

Weiterbildung

Die Universität begrüßt die Neufassung von § 32, in dem erstmals (außerhalb der verschiedenen Ordnungen) Qualifizierungswege außerhalb des grundständigen Studiums sowie das Studium von Erweiterungs- und Drittfächern geregelt werden. Aus dem Entwurf ist aber, auch in Ermangelung klar abgegrenzter Begriffe, nicht klar ersichtlich, wie sich die Wege des Quer- und Seiteneinstiegs, der Weiter- und Nachqualifizierung unterscheiden. Eine abschließende Bewertung der vorgesehenen Maßnahmen ist deshalb nicht möglich. Schon jetzt sind die Wege der Weiterqualifizierung aufgrund der verschränkten Zuständigkeiten von verschiedenen lehrerbildenden Orten (u.

a. Studienseminare, Ministerium, lehrerbildende Universitäten) unübersichtlich. Eine klare Gestaltung der vorgesehenen Wege ins Lehramt wäre auch für die Gewinnung von Personen im Quer- und Seiteneinstieg vorteilhaft. Dabei sollten sich alle Maßnahmen auch bei akuter Mangellage an den KMK-Standards und den ländergemeinsamen Vereinbarungen zur Lehrerausbildung orientieren. Insbesondere sollten unter Einbezug der Expertise der lehrerbildenden Universitäten des Landes universitäre Programme des qualifizierten Quereinstiegs entwickelt werden. Mit Blick auf die zu erwartenden massiven Fortbildungsbedarfe in den nächsten Jahrzehnten sollten entsprechende Verpflichtungen zu berufsbegleitender Fortbildung von Personen, die als Lehrkräfte über Sondermaßnahmen eingestellt wurden, bei einer Modernisierung des Schulwesens in Erwägung gezogen werden.

Besondere Leistungsfeststellung (BLF)

Die Universität begrüßt die Abschaffung der BLF; in der Konsequenz sollte jedoch auch die Benachteiligung der Gemeinschaftsschulen aufgehoben werden. Dies betrifft die aktuelle Regelung, dass Schüler und Schülerinnen der Klassenstufe 10 der Regelschule an den Gemeinschafts- und Gesamtschulen nur in die dreijährige Oberstufe des Gymnasiums übertreten können, „...wenn sie im Zeugnis zum Schulhalbjahr in den Fächern Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache und Wahlpflichtfach jeweils mindestens die Note ‚gut‘ sowie am Schuljahresende den Realschulabschluss erreicht haben.“ (Thüringer Schulordnung 2021, §125 (3) S. 89). Hier sollte ebenfalls eine Überarbeitung der aktuellen Zugangsvoraussetzungen für die Zulassung zur Oberstufe erfolgen.

Jena, 31. Januar 2023

5661/2023

Anlage 6

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen **Gesetzesentwürfen** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzesentwürfe)?

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/6573 -

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/5371 -

Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/4760 -

Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht

Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/4674 - Neufassung -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Vds Landesverband Thüringen e.V.	Verein
Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesgeschäftsstelle
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 9
Postleitzahl, Ort	99869 Drei Gleichen

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Schulleiter der Christophorus-Schule Erfurt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Eine Zusammenfassung ist aufgrund der unzureichenden Information nicht möglich.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.02.2023	

THUR. LANDTAG POST
09.02.2023 15:35

4243/23

Verband 
Sonderpädagogik e.V.
Landesverband Thüringen
www.vds-thueringen.de

Verband Sonderpädagogik Landesverband Thüringen e. V.
Post: Am alten Markt 9, OT Günthersleben, 99869 Drei Gleichen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesvorsitzender
Böcklinstraße 8
99096 Erfurt

Erfurt, dem 09.02.2023

1. Stellungnahme zum „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“ (Drucksache 7/6573)

a. Praxisorientierung/berufliche Orientierung

In §4 des Schulgesetzes soll folgender Wortlaut eingefügt werden: „Praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung sind durchgängiges Prinzip des Unterrichts.“ Der vds unterstützt diese verpflichtende Verankerung der beruflichen Orientierung im Schulgesetz.

Wir schlagen jedoch folgende Erweiterung des Wortlautes vor: „Praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung sind durchgängiges Prinzip des Unterrichts. Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf muss die Teilnahme an spezialisierten und förderbedarfsbezogenen Angeboten ermöglicht werden.“

Diese Erweiterung ist aus Sicht des vds sinnvoll, weil damit die berufliche Orientierung für Schüler:innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht gestärkt wird. Förderzentren und Förderschulen können aktuell durch ihre Spezialisierung noch eine qualitativ und quantitativ bessere Praxisorientierung/berufliche Orientierung für Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf als Regel- und Gemeinschaftsschulen leisten. Mit der Ergänzung im Gesetz, ließen sich neue Netzwerke bilden und die Praxisorientierung/berufliche Orientierung im Gemeinsamen Unterricht verbessern.

b. Weiterentwicklung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule

Der vds begrüßt den weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschulen durch die vorgeschlagene Gesetzesänderung uneingeschränkt. Inklusion kann nur gelingen, wenn diese nicht ausschließlich auf Schüler:innen mit Behinderungen bezogen ist, sondern Schule generell nicht segregiert, aufteilt und Gruppen bildet. Eine Gemeinschaftsschule als Schule der Vielfalt, ist deshalb aus Sicht des vds die Schulart der Zukunft für alle Schüler:innen.

- c. Besondere Leistungsfeststellung
-keine Stellungnahme des vds-
- d. Ganzttag
Der vds begrüßt den Ausbau des Ganztages. Die Belange von Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf müssen stärker berücksichtigt werden. Zum Beispiel benötigen Schüler:innen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung oft in allen Schulstufen eine Hortbetreuung und eine sonderpädagogische Ferienbetreuung. Diese darf nicht an „sächlichen und räumlichen Möglichkeiten“ scheitern! Sonderpädagogische Ferienbetreuung muss ein generelles Angebot des Ganztags werden.
- e. Auswahlverfahren
-keine Stellungnahme des vds-
- f. Schulbesuch außerhalb Thüringens
Der vds begrüßt die vorgeschlagene Gesetzesänderung. Für Schüler:innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf kann es in Einzelfällen diesen Bedarf geben.
- g. Schulpflichterfüllung in der Fachklasse der Berufsschule
Der vds begrüßt die vorgeschlagene Gesetzesänderung. Insbesondere Schüler:innen mit dem Förderschwerpunkt Lernen werden von dieser Neureglung profitieren und ohne Umweg über das BVJ in eine Fachklasse an der Berufsschule aufgenommen werden.
- h. Distanzunterricht
Die vorgesehene Präzisierung der „digitalen Lernumgebung“ wird begrüßt, ebenso die Verankerung des Distanzunterrichts beim Ausfall von Präsenzunterricht. Die in §45a Absatz 2 Punkt 1 erfolgte Beschreibung eines möglichen Distanzunterrichts für „einzelne Personen“ kann Chancen für Schüler:innen mit schweren und mehrfachen Behinderungen sowie Schüler:innen, die z. B. aufgrund einer Krebserkrankung phasenweise zu Hause unterrichtet werden, bieten. Jedoch ist die verwendete Formulierung „Ausschluss... einzelner Personen... zum Schutz von Leben und Gesundheit“ ungeeignet. Stattdessen sollte in einem einzelnen Punkt z. B. formuliert werden: „(2) Distanzunterricht kann stattfinden, wenn... 4. Schüler aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung phasenweise nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können.“
- i. Pädagogische Assistenzkräfte
Der vds erkennt uneingeschränkt den Bedarf an zusätzlichem qualifiziertem pädagogischem Personal an, gerade in Schulen mit einer besonders heterogenen Schülerschaft an. Die gewählte Lösung, diesen Bedarf durch pädagogische Assistenzkräfte zu decken, ist denkbar ungeeignet und wird vom vds abgelehnt.

Die pädagogischen Assistenzkräfte sollen Lehrer:innen, Erzieher:innen und Sonderpädagogische Fachkräfte in der Bewältigung des pädagogischen Alltages unterstützen. Die „Vergütung sollte unter der einer Erzieherin liegen“ (S. 4). Damit entsprechen die grundlegenden Aufgaben und die Vergütungen denen der Integrationshelfer:innen/Schulassistenzen, die durch die Eingliederungshilfe für Schüler:innen mit Behinderungen finanziert werden. Thüringen- und Bundesweit gibt es besonders in Städten und Landkreisen mit einer hohen Inklusionsquote eine korrespondierend hohe Zahl an Integrationshelfer:innen. Deutschlandweit zeigt sich dabei die Herausforderung, dass Integrationshelfer:innen nicht nur „unterstützen“, sondern vielfältige pädagogische Aufgaben übernehmen müssen, dafür jedoch weder ausgebildet sind, noch bezahlt werden. Dies wird auch das Schicksal der pädagogischen Assistenzkräfte werden. Statt somit der Entprofessionalisierung durch Personen mit umfangreichen Aufgaben (genannt wir z. B. auch die Aufgabe der „Sprach- und Kulturmittler“, S. 24) und einer Vergütung im Niedriglohnbereich voranzutreiben, fordert der vds mehr Erzieher:innen und Sonderpädagogische Fachkräfte für die genannten Aufgaben einzustellen. Sollen jedoch (und so erscheint es zumindest im Text intendiert) vorrangig Migrant:innen mit pädagogischer Ausbildung als pädagogische Assistenzkräfte eingesetzt werden, so ist dieses erst einmal löblich. Der vds empfiehlt hier jedoch, die bürokratischen Hürden abzubauen, um Menschen mit im Ausland erworbenen pädagogischen Abschlüssen schneller als Lehrkräfte anzuerkennen. Der in der Beschreibung der Aufgaben gewählte Begriff der „Bildungsdefizite“ ist nicht mehr zeitgemäß, unpassend und diskriminierend. Vielmehr geht es z. B. darum, Kindern mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache beizubringen. Eine Sprache noch nicht zu können, ist kein Bildungsdefizit. Auch hier gilt: Förderung durch Fachkräfte ist unerlässlich.

- j. Schulverwaltungsassistenz
Der Vorschlag wird vom vds unterstützt, wenn dadurch auch die Abminderungsstunden für Lehrkräfte reduziert werden können und diese wieder mehr im Unterricht eingesetzt werden, weil sie weniger Verwaltungsarbeit leisten müssen. Dies kommt den Schüler:innen direkt entgegen.
- k. Schulsozialarbeit
Die weitergehende Verankerung der Schulsozialarbeit im Schulgesetz wird vom vds begrüßt.
- l. Schulentwicklungsprogramm
Der vds unterstützt den Vorschlag zur Zusammenführung der Schulentwicklungsprozesse in einem Gesetzesrahmen. Die Profilschärfung bietet gerade auch für Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und deren Personensorgeberechtigte die Chance, eine geeignete Schule auszuwählen.

- m. Mindestzügigkeit
- keine Stellungnahme des vds-

2. Stellungnahme zum „Dritten Gesetz zur Änderung der Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung des Elternwahlrechtes“ (Drucksache 7/5371)

Die von der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP dargelegten Probleme und Regelungen werden vom vds positiv bewertet.

Der vds setzt sich als Fachverband für die Belange der Schüler:innen mit Förderbedarf ein. Dazu gehört die Förderung von Teilhabe und Inklusion, gleichrangig zur Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen sonderpädagogischen Förderung. Seit der letzten Änderung des Schulgesetzes sind die von den Antragstellern dargelegten Probleme auch für den vds aus der Praxis rückgemeldet worden. So sind die räumlichen, sächlichen und personellen Bedingungen für eine qualitativ und quantitativ (im Sinne der Erfüllung der Stundentafel) Unterrichtung der Schüler:innen im Gemeinsamen Unterricht zu oft aus Sicht der Personensorgeberechtigten und unserer Mitglieder unzureichend. Dies führt teilweise zu einer generellen Ablehnung der „Inklusion“ und dem Wechsel von Schüler:innen an Förderschulen, was aus Sicht des vds verhinderbar wäre. Dem Ansinnen der Antragsteller, die Schulträger und die Schulaufsicht stärker zu verpflichten, die räumlichen, sächlichen und personellen Bedingungen zu schaffen, bevor das Kind mit Förderbedarf den Gemeinsamen Unterricht besucht, wird deshalb aus Sicht des vds zugestimmt. Neben den Qualitätsverbesserungen kann so auch eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz der Inklusion erreicht werden.

Weiterhin äußern sich die Antragsteller zur Möglichkeit der Willensäußerung durch die Personensorgeberechtigten. Auch hier zeigt sich aus Erfahrung der Praxis, dass Personensorgeberechtigte von Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, insbesondere jene ohne Schulabschlüsse oder mit eingeschränkten Kenntnissen der deutschen Sprache, in ihren Willensäußerungen zum Lernort eingeschränkt werden. Der „Vorrang des Gemeinsamen Unterrichts“ wird mit aller Macht durchgesetzt, auch wenn die sächlichen, räumlichen oder personellen Gegebenheiten nicht erfüllt werden. Förderschulen werden als Lernorte nicht genannt und unter Nennung falscher Behauptungen diskreditiert. Der von den Antragstellern vorgestellte Vorschlag, den Elternwillen durch eine eindeutige Formulierung zu stärken, kann deshalb mehr Klarheit in die Umsetzung in der Praxi bringen- sowohl für Personensorgeberechtigte, als auch für Mitarbeiter:innen des MSD und der Schulaufsicht.

3. Stellungnahme zum Antrag „Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“ (Drucksache 7/4760)

Der vds begrüßt den Antrag zur Beantwortung der Fragen an die Landesregierung. Er bietet seine Unterstützung in der Bearbeitung und Bewertung der Fragen durch seine fachliche Expertise an. Insbesondere die Diskussion um die Inklusionsquote im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung kann durch die Fachexpertise des vds bereichert werden (s. hierzu auch die Stellungnahme zum Antrag 4 weiter unten).

4. Stellungnahme zum Antrag „Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht (Drucksache 7/4674)“

Der vds unterstützt die von der parlamentarischen Gruppe der FDP dargelegten Begründungen und Empfehlungen für die Landesregierung. Förderzentren und Förderschule müssen (wieder) stärker in die regionale Bildungsplanung einbezogen werden und Möglichkeiten erhalten, als Schule mit eigenen Schüler:innen zu agieren und sich in der regionalen Schullandschaft zu vernetzen. Anerkannt werden muss, dass auch Förderschulen zu einer inklusiven Bildungslandschaft beitragen. So ist Deutschland eines der wenigen Länder weltweit, dass eine Schulpflicht für alle Kinder durchsetzt und auch dementsprechende Angebote vorhält. In anderen Ländern (z. B. Frankreich, Italien) besuchen z. B. Kinder mit schweren Behinderungen überwiegend keine Schulen, sondern Pflegeeinrichtungen oder Eltern müssen mit ihren schwerbehinderten Kindern zu Hause bleiben, weil es zu wenige Angebote gibt. Somit ist beispielsweise auch die Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung eine wichtige Schulart in einem Bildungssystem, das Teilhabe an Bildung allen Schüler:innen ermöglichen will. Die Bewertung dieser Schulart als segregierende Einrichtung im Sinne der Bewertung von Inklusionsquoten (s. Antrag 3 Absatz II Punkt 2, S. 2) ist deshalb irreführend. Auch im Hinblick auf Förderzentren/-schulen mit anderen Förderschwerpunkten sagt die Erfassung der Inklusionsquote nichts darüber aus, wie gut die/der Schüler:in im Gemeinsamen Unterricht teilhaben kann und die Segregationsquote nichts darüber aus, welches Maß an Teilhabe eine/ein Schüler:in am Förderzentrum/der Förderschule erreichen kann. Der vds fordert deshalb der Überwindung der Schwarz-Weiß-Sicht im Sinn von „Gemeinsamer Unterricht=Inklusion vs. Förderzentrum/-schule=Segregation“. Der vds unterstützt den Antrag auch, weil insgesamt die Akzeptanz von Inklusion steigen wird, wenn mehr erwachsene Menschen mit Behinderung im Alltag sichtbar sind und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten. Der Weg dorthin kann durch viele Bildungseinrichtungen gestaltet werden, zu denen neben dem Lernort im Gemeinsamen Unterricht auch unbedingt Förderzentren und Förderschulen gehören.

Der vds-Landesverband Thüringen e.V. kann und wird den weiteren Weg fachlich begleiten und bedankt sich, seine Position im Rahmen der Anhörung einbringen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betellgentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betellgentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betellgentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Inklusionskinder Ostthüringen ehemals Besondere Kinder Gera & Uer. Gera e.V.</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Inklusionskinder Ostthüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Postfach 3004</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07490 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Inklusionskinder Ostthüringen ehemals Besondere Kinder Gera & Uer. Gera e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Inklusionskinder Ostthüringen e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 3004	Postleitzahl, Ort	07490 Gera
Name	Organisationsform										
Inklusionskinder Ostthüringen ehemals Besondere Kinder Gera & Uer. Gera e.V.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Inklusionskinder Ostthüringen e.V.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 3004										
Postleitzahl, Ort	07490 Gera										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Förderung mildtätiger Zwecke, Förderung des Wohlfahrtswesens, Unterstützung & Beratung von Eltern, Angehörige & Betroffene *	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Dies ist in Kurzfassung nicht möglich. Das Thüringer Schulgesetz muss von Grund auf hinsichtlich der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Schwerpunkt Inklusion komplett reformiert werden.	

* mit Beeinträchtigten & behinderten Kindern.
 Siehe Anhang => Satzungsauszug § 2

5.	Wurden Sie von Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (falls nicht, weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> Nein
Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?		
In welcher Form haben Sie sich geäußert?		
<input type="checkbox"/> per E-Mail		
<input type="checkbox"/> per Brief		
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein (weiter mit Frage 7)
Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!		
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Reg., 9.2.23	

Stellungnahme – Thüringer Landtag – Thüringer Schulgesetz 7. Wahlperiode

- **Drucksache 7/6573**

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD & BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

- **Drucksache 7/5371**

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und
Stärkung der Elternrechte
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- **Drucksache 7 / 4760**

Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD & BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

- **Drucksache 7/4674**

Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen
gemeinsamen Unterricht

Gera, 09.02.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen die Weiterentwicklung und Novellierung des Thüringer Schulgesetzes und
möchten Sie als Verein, der sich für die Belange von beeinträchtigten und behinderten
Kindern einsetzt, dabei unterstützen.

Zunächst möchten wir uns dafür entschuldigen, dass wir nicht zu allen Punkten der
Drucksachen umfassend Stellung nehmen konnten, da diese uns erst am 21.01.2023 erreicht
haben.

Darüber hinaus ist die Komplexität der Änderungsnotwendigkeiten aus inklusiver Sicht so
dicht, dass es uns in der Kürze der Zeit nicht möglich war, alle Aspekte aus allen Perspektiven
im Hinblick auf unsere Kinder zu beleuchten, um Ihnen deren Sichtweise aufzuzeigen, so dass
wir bei einer entsprechenden Verlängerung des Zeitfensters eine noch wesentlich
umfangreichere Stellungnahme abgeben könnten.

Um aber erst einmal einen wichtigen Einstieg in die Thematik zu finden und eine Verbindung
zu unsere praktischen Alltagserfahrungen herzustellen, haben wir uns bemüht, die Inhalte der
vorgelegten Drucksachen mit den tatsächlich gelebten Schwerpunkten in Zusammenhang zu
bringen.

Die Erfahrungen aus unserer Beratungstätigkeit zeigen jedoch, dass eine grundlegende Neukonzeption der Grundstruktur des Schulsystems und der Unterrichtsgestaltung sowie der vermittelten Lerninhalte zum jetzigen Zeitpunkt unabdingbar ist.

Dies liegt u.a. an fehlendem Personal, nicht ausreichenden Ressourcen, fehlenden Rahmenbedingungen und nicht ausreichend individualisiertem und bedarfsgerechtem Unterricht.

Inklusion darf im Hinblick auf unsere beeinträchtigten und behinderten Kinder kein Sparmodell auf Kosten der Lehrer, Schüler und aller am Kind Beteiligten sein.

Was bringt es der Gesellschaft, wenn das Gesetz immer wieder erweitert wird, aber nicht der Ort Schule grundlegend für die strukturellen Voraussetzungen inhaltlich und personell reformiert wird.

Alle Kinder brauchen ein solides Fundament, auf dem ihre Zukunft aufgebaut werden kann, dies gibt jedoch 1. das derzeit gültige Thüringer Schulgesetz nicht vollumfänglich her, da es in vielen Punkten inhaltlich für die Umsetzung vor Ort (an den Schulen) zu oberflächlich gehalten ist und die Thüringer Schulordnung das Gesetz nicht zielführend unterstützt und 2. der aktuelle Ist - Zustand an den Schulen durch den herrschenden Lehrermangel in jeglicher Form die Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention blockiert.

Das Thüringer Förderschulgesetz wurde zwar teilweise in das derzeit geltende Thüringer Schulgesetz integriert, inhaltlich jedoch nicht hinsichtlich der praktischen Anwendung vollumfänglich ergänzt, so dass eine sinnvolle Umsetzung im Hinblick auf die Erfordernisse vor Ort ohne weiteres gewährleistet werden kann.

Wir fordern daher eine Verankerung des Thüringer "Entwicklungsplanes" Inklusion als einen zusätzlichen eigenständigen Paragraphen im Schulgesetz und ergänzend in der Schulordnung, damit inklusive Bildung auch als Alleinstellungsmerkmal realisiert werden kann, damit wir zu einem einheitlichen Gesamtkonzept im Schulbereich kommen, was auch die Anpassung der Lerninhalte beinhaltet.

Um Inklusion im Schulgesetz umsetzen zu können, bedarf es einer widersprüchlichen Exklusion für Inklusion. Es bedarf also einer expliziten Regelung im Schulgesetz, die sich speziell mit dem Punkt Inklusion beschäftigt und die Umsetzung klar und verständlich regelt, denn der "Entwicklungsplan" Inklusion ist die Exklusion für Inklusion im Thüringer Schulgesetz, da hier der Punkt bereits separiert ist.

Nebenbei bemerkt: Wir benötigen dringend Inklusionsbeauftragte, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Sonderpädagogen zur Unterstützung aller Beteiligten vor Ort. Die Schulen vor Ort (Lehrer/innen, Hausmeister, Pädagogen, Schüler/innen, Eltern etc.) sind ein wichtiger Meilenstein zur Bedarfsermittlung und Erfassung von mangelnden Ressourcen und Rahmenbedingungen und wir werden hier nicht die § des Thüringer Schulgesetzes einzeln aufführen.

Wir möchten einen allgemeinen Überblick über die Defizite vor Ort geben, Perspektiven erweitern und Möglichkeiten zur Veränderung aufzeigen, die Umsetzung und Anpassung der Paragraphen ist jedoch Aufgabe der einzelnen Fraktionen im Thüringer Landtag.

Dabei ist zu bedenken, dass ein Haus auch nicht vom Dach ausgebaut wird, sondern ein solides Fundament braucht, um jeden Sturm zu überstehen.

Zu Drucksache 7/6573:

Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Stellungnahme Inklusionskinder Ostthüringen e.V.:

[Praxisorientierung/berufliche Orientierung]

An sich haben wir diesem Punkt inhaltlich nichts hinzuzufügen, jedoch ist auch hier, wie eingangs beschrieben, eine Ergänzung im Hinblick auf die Inklusion notwendig.

[Weiterentwicklung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule]

Wir befürworten Gemeinschaftsschulen von Klasse 1 bis zum Schulabschluss, da insbesondere Kinder mit nicht sichtbaren Behinderungen eine Kontinuität im Schulalltag, in der Schulstruktur und im Schulumfeld benötigen.

Die Gemeinschaftsschulen sollten daher in der Lage sein, ihren Schülern die Prüfungen für die jeweiligen Schulabschlüsse vor Ort an der jeweiligen Schule zu ermöglichen und nicht auf Kooperationen mit anderen weiterführenden Schulen zurückgreifen zu müssen.

Wir unterstützen daher nachdrücklich die Forderung in Drucksache 7/6573 „Deshalb ist der nächste Schritt zum weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschule in Thüringen zu gehen“.

[Besondere Leistungsfeststellung]

Diesem Punkt des Thüringer Schulgesetzes stehen wir nicht nur skeptisch gegenüber, sondern heißen vielmehr die mehrfach geäußerte Idee, die „Besondere Leistungsfeststellung“ abzuschaffen für gut.

Die Abschaffung dieser zusätzlichen Prüfungen und der damit entfallende Mehraufwand würde aus unserer Sicht eine enorme Entlastung des Lehr – und Verwaltungspersonals mit sich bringen.

Darüber hinaus ist fraglich, ob es sinnvoll ist, an einer Bescheinigung festzuhalten, dessen Anerkennung außerhalb Thüringens als fraglich anzusehen ist, was wiederum zu Einschränkungen bei der Aufnahme einer Berufsausbildung außerhalb Thüringens führt.

Im Hinblick auf die Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention sehen wir eine solche besondere Leistungsfeststellung äußerst kritisch, da es fraglich ist, ob Schüler mit nachgewiesenen Problemen in der sozialen Interaktion & Kommunikation eine mündliche Prüfung im Rahmen einer Partnerübung erfolgreich absolvieren können. (Was sicherlich individuell zu betrachten wäre)

Schülerinnen und Schüler mit den Diagnosen Legasthenie, Dyskalkulie, Dysphasie, AVWS oder verbale Dyspraxie haben bei Prüfungen im Rahmen der „Besonderen Leistungsfeststellung“ mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen.

Auch Prüfungsangst, Depressionen oder andere für den Prüfer nicht offensichtliche Diagnosen müssen in die Betrachtungen mit einbezogen werden.

Wir sind uns bewusst, dass es sich hierbei um individuell zu betrachtende Einzelfälle handelt, jedoch ist es von enormer Bedeutung, auch diese in die Zukunftsvisionen des Thüringer Schulgesetzes mit einzubeziehen.

In einem Schulsystem, in dem Nachteilsausgleiche nur als Handreichung, und nicht als fest verankert angesehen werden, und mit dem Leistungsdruck aufgrund des Wissens, dass ein Nichtbestehen der besonderen Leistungsfeststellung zwangsläufig die Nichtversetzung in die Jahrgangsstufe 11 zur Folge hat, stellt eine solche zusätzliche (und in Hinblick auf die Schulsysteme der anderen Bundesländer auch überflüssige) Prüfungssituation eine außerordentliche Belastung für den Schüler dar und ist darüber hinaus verlorene Zeit sowohl für den Schüler als auch für alle am Schüler Beteiligten.

Ebenso entzieht es sich unserer Logik, weshalb der § 7 (Gymnasium) Abs. 3 des ThürSchulG es ermöglicht, dass mit der Versetzung in die Klassenstufe 10 ein dem Hauptschulabschluss gleichwertiger Schulabschluss erlangt wird, jedoch für den Realschulabschluss eine „Besondere Leistungsfeststellung“ erforderlich sein soll.

Der Drucksache zur neuen Formulierung des § 7 Abs. 6, in welcher eine erfolgreiche absolvierte „Besondere Leistungsfeststellung“ nicht mehr versetzungsentscheidend für den Einstieg in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe ist, stimmen wir grundlegend zu.

Zu diesem Punkt empfehlen wir dringend, dass sich der Freistaat Thüringen an den anderen Bundesländern, die dieses Defizit bereits aufgegriffen haben und für sich unabhängig voneinander zu lösen vermochten, orientiert und ggf. in den Austausch tritt.

Ein bundeseinheitliches und kollektives Handeln ist aus unserer Sicht vonnöten, um die Möglichkeit des bundesweiten gleichwertigen Lernens anzubieten.

Es ist an der Zeit, ein bundeseinheitliches Schulgesetz anzustreben.

Jedem Schüler muss die Möglichkeit gegeben werden, bei Umzug in ein anderes Bundesland sofort in den jeweiligen Lernstand seiner neuen Schule einsteigen zu können.

Jedem Kind muss die Möglichkeit gegeben werden, bei einem Umzug sofort in das jeweilige Lernniveau einsteigen zu können.

Explizit vor dem Hintergrund des extremen Fachkräftemangels in Thüringen wäre diesbezüglich ein bundeseinheitliches Schulgesetz notwendig.

[Auswahlverfahren]

In Bezug auf behinderte und beeinträchtigte Kinder muss dieses Verfahren einzeln betrachtet werden, dahingehend geben wir der Fraktion der Drucksache recht.

Denn gerade in Bezug auf unsere Kinder ist eine wohnortnahe Beschulung zwar positiv zu betrachten, jedoch eine Individualität in der Auswahl der Schule vonnöten.

Wenn das Elternwahlrecht der wohnortnahen Beschulung von der vom Schulamt zugewiesenen wohnortnahen Schule abweicht, muss das Elternwahlrecht gelten und eine individuelle Aussetzung der Rechtslage möglich sein. Das heißt, der Verwaltungsakt zur Umsetzung des Elternwahlrechts und die wohnortnahe Beschulung sollten sich nicht gegenseitig behindern.

Wir haben folgend nur eins von vielen Beispielen aus unserem Beratungsalltag:

Schulamt Ostthüringen gibt die Förderschule in Weida als wohnortnahe Schule vor, die Eltern wählen jedoch aufgrund der individuellen Bedürfnisse Ihres Kindes die Förderschule „Carolinienfeld“ in Greiz – Obergrochlitz, somit werden z.B. die Beförderungskosten zum Besuch der von den Eltern gewählten Schule vom Amtswegen ausgeschlossen.

In solch einem Fall muss es gegeben sein, dass der Punkt der wohnortnahen Beschulung aufgrund der individuellen Notwendigkeit nicht verpflichtend ist.

Einzige Alternative dazu wäre, dass jede Schule alle individuellen Bedürfnisse eines jeden Schülers abdecken kann.

[Schulbesuch außerhalb Thüringens]

Wir unterstützen die vorgebrachten Argumente der Fraktion vollumfänglich.

[Schulpflichterfüllung in der Fachklasse der Berufsschule]

Wir unterstützen die vorgebrachten Argumente der Fraktion vollumfänglich.

[pädagogische Assistenzkräfte] / [Schulverwaltungsassistenz] / [Schulsozialarbeit]

Hier können wir den Fraktionen in ihrer Aussage *„Pädagogische Assistenzkräfte erteilen keinen eigenständigen Unterricht. Sie nehmen auch nicht die Aufgaben von an den Schulen tätigen Sonderpädagogischen Fachkräften [...], sondern unterstützen diese bei der Wahrnehmung ihrer Tätigkeiten“* im hohen Maße beipflichten.

Die Schulen benötigen dringend pädagogische Assistenzkräfte in Form von Sozialpädagogen, Schulsozialarbeitern, zusätzlichen Förderassistenzen und zu diesen separate zertifizierte Inklusionsbeauftragte.

Man muss sich immer vor Augen halten, dass in einer Klasse mit z.B. 24 Schülern 4 (8 Schüler, doppelt gezählt) mit Migrationshintergrund, 5 mit sonderpädagogischem Status (10 Schüler, doppelt gezählt), 6 sozial auffällige aus dem Elternhaus, 3 Träumerle usw. sitzen und der Bildungsauftrag oft zur Nebensache wird.

Inhaltlich befürworten wir den Passus **Schulverwaltungsassistenz** vollumfänglich.

Absatz Schulsozialarbeit: Auch hier sehen wir die dringende Notwendigkeit, dies an den Schulen flächendeckend zu etablieren und den Personalschlüssel an jeder Schule individuell zu erhöhen.

[Schulentwicklungsprogramm]

Ganz wichtig ist die grundsätzliche Erarbeitung eines eigenständigen Paragraphen für Inklusion, der als Richtlinie für alle zu verstehen ist, so dass sich niemand dem entziehen kann.

Auch hier ist eine Anpassung in Form eines Index of Inklusion und nicht eines Entwicklungsplanes Inklusion dringend erforderlich.

Wichtig ist dabei, dass die Deklaration des „Erziehungsauftrages“ in allen Punkten entfällt und der Fokus wieder auf den Bildungs-/ Pädagogischen Auftrag gelegt wird.

An dieser Stelle sei noch einmal betont, wie wichtig es für die Lehrkräfte vor Ort ist, dass die Erzieherfunktion nicht mehr den Lehrkräften aufgebürdet wird.

Der Bildungsauftrag des Lehrers ist als Teil der pädagogischen Erziehung zu sehen, sollte aber der Erziehungsauftrag wieder vollkommen den Erziehungsberechtigten zugestanden werden und nur bei Bedarf durch Außenstehende wie Jugendamt, Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen etc. gesondert unterstützt werden, der Lehrer aber davon unbehelligt seinem Bildungsauftrag nachgehen können.

Wir stellen uns folgende Inhalte für eine inklusive Schule vor.

In einer inklusiven Schule sind aus unserer Sicht 9 Aspekte unabdingbar und müssen in Zukunft ergänzt werden, wenn dies nicht schon geschehen ist.

1. Entwicklungsprozesse bei allen pädagogischen und nicht pädagogischen Fachkräften, um ein gemeinsames Verständnis von Inklusion zu schaffen.

Dabei ist es wichtig, eine gemeinsame Sprache zu sprechen, die ausdrücklich vorurteilsfrei sein muss.

2. Ein wesentlicher Ausgangspunkt des Leitbilds einer inklusiven Schule ist, die gemeinsame Orientierung von Werten.

Bei der Umsetzung, die auf einer Theorie des Lehrens und Lernens basiert Lehrplans, ist die Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen stets zielorientiert.

Individuelle Fördermöglichkeiten sind in ihrer Arbeit ebenso zu die folgenden Leitlinien für die Planung und Durchführung von Bildungsprozessen zu berücksichtigen.

- Allumfassende handlungsorientierte Konzepte und das Lernen mit allen Sinnen
(Sehen, Hören, Riechen, Schmecken & Tasten / Fühlen)
- Individuell und bedarfsorientiert jedes Kind nach seinen Bedürfnissen intensiv zu sehen und zu fördern
- Differenzierung

[Quelle: <https://inklusion.hypotheses.org/1597>

Differenzierung: Eine Methode zur Umsetzung von Inklusion in Schulen – Inklusion (hypotheses.org)]

„Individuell lernen – differenziert lehren“

Damit ein Kind interessiert und aktiv lernen kann, braucht es ein großes Angebot an variierenden Lernangeboten (vgl. Bönsch 2011: 14). Durch die große Heterogenität aller Kinder ist es kaum umsetzbar, dass jedes Kind die gleichen Ziele zur selben Zeit erreichen kann und anhand gleicher Prüfungen gemessen wird. Durchschnittliche Anforderungen sind nur durch wenige Kinder umsetzbar und sind kein geeignetes Mittel, Leistungsbereitschaft und vor allem Spaß am Lernen zu entwickeln (vgl. ebd.). Außerdem verstärken diese Anforderungen bereits

bestehende Ungleichheiten zwischen den Kindern. Oftmals bleibt dann der Erfolg aus, dass die Kinder den Zusammenhang zwischen ihren Anstrengungen und dem Lernerfolg erkennen, aus. Und weil sich kein Erfolg einstellt, lässt ihre Anstrengungsbereitschaft notgedrungen immer weiter nach (vgl. Bartnitzky/Christiani 1987: 14)

Dieses Prinzip trifft auch auf die Inklusion zu und hier noch verstärkt. Die Idee ist, dass Kinder mit unterschiedlichen und vor allem unterschiedlich starken Defiziten gemeinsam beschult werden sollen, dürfen jedoch nicht entmutigt werden, weil die festgelegten Lernziele unerreichbar erscheinen.

Das Ziel ist die Zugehörigkeit, nicht aber die Ausgrenzung. Und um das zu erreichen, ist es von großer Wichtigkeit, dass man unterscheidet und individuelle Lernmöglichkeiten anbietet, ohne aber dabei die fachlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Ansprüche zu verlieren (vgl. Bönsch 2011: 14). ,

- Empowerment
Die Selbstverwaltung und Selbstbestimmung stärken und in der Umsetzung fördern sowie fordern.
Durch die Ressourcenorientierung können das Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein sich entfalten.
Vorhandene Rahmenbedingungen stärken die Eigenständigkeit.
- Diversität
Beachten der Gleichstellung, Chancengerechtigkeit, Antidiskriminierung, Partizipation und Inklusion
- Partizipation, Teilhabe an der Gesellschaft und ein Recht auf Bildung verwirklichen
- Transparenz und Bildungspartnerschaft (Teamteaching)

3. Die inklusive Pädagogik muss sich immer an den jeweiligen Ressourcen der Lernenden orientieren und diese in Verbindung mit bestehenden Konzepten und Erfolgen im Rahmen der Eingliederung der Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen / Behinderungen eine individuelle Förderung zukommen lassen. Bestehende Konzepte müssen stets individuell und bedarfsorientiert erweitert werden können und es darf nicht dem Schüler aufgezwungen werden und dadurch die Ressourcenorientierung zu unterbinden.
4. Wenn inklusive Pädagogik in der Schule funktionieren soll, muss diese stets prozessorientiert umgesetzt werden.
Warum? In der Schullaufbahn fördern Bildung – und Pädagogikprozesse die Fähigkeiten der Lernenden.

Lernprozesse entstehen für den Lernenden in der Vielfältigkeit der Gesellschaft und Möglichkeiten diese zu festigen sowie Kompetenzen zur Selbsteinschätzung dadurch zu verbinden.

5. Eine prozess- und ressourcenorientierte inklusive Pädagogik erfordert einen flexiblen Umgang mit dem Curriculum und der Unterrichtsgestaltung den Einsatz methodischer Vielfalt.

Ein entsprechendes Classroom - Management, um ein inklusives Umfeld und die damit Bedingungen im Unterrichtsalltag zu schaffen, ist unabdingbar.

6. In der inklusiven Pädagogik, ermöglicht es den Kindern und Jugendlichen nicht nur die Teilhabe am Bildungsprozess, sondern auch die optimale Möglichkeit der Teilhabe.

Ein ganzes wird dadurch gebildet, da die Möglichkeit der Teilhabe auch den Lehrer/innen zuteilwird.

Eine Anerkennung der Vielfalt und kollektives handeln mit den Schüler/innen können

Barrieren für das Lernen und Teilhabe ans Licht bringen und es kann dementsprechend neutralisiert werden.

Gleichzeitig kann für die Förderung der Lernentwicklung und Unterstützung der Schüler / innen Ressourcen gefunden werden und diese dementsprechend anzuwenden.

7. Im Zentrum der Aufmerksamkeit liegt die Ausführung von Übergängen im Bildungsprozess und die bestmögliche individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers.

Dabei versteht sich die inklusive Schule als ein Baustein des Netzwerks für Bildung. Ineinandergreifend ist auch Fakt, dass die individuelle Begleitung von Schülern und deren Förderung nicht mehr alleine durch den Lehrer/in geleistet wird, sondern auch durch Inklusionsbeauftragte oder Fachkräfte für Inklusion.

8. Enge Zusammenarbeit mit den Eltern in der Bildung – und Pädagogikpartnerschaft. Der Erziehungsauftrag obliegt grundsätzlich den Sorgeberechtigten und nur bei Bedarf soll durch Außenstehende wie Jugendamt, Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen, usw. separat unterstützend begleitend agiert werden, jedoch die Lehrkraft hiervon unbehelligt ihrem Bildungsauftrag nachgehen.

Alle am Kind beteiligten Personen agieren gemeinsam und werden gleichzeitig zu Lehrende und Lernende, Beratende und Beratene.

Bewusst werden muss man sich dabei, dass dieser Prozess für alle eine große Herausforderung sein kann.

9. Digitaler Unterricht und webbasierte Beschulung sowie die Schaffung entsprechender Ressourcen dahingehend müssen zwingend vorangetrieben und fest verankert werden.

[Mindestzügigkeit]

Dieser Änderung stehen wir skeptisch gegenüber und können diese auch nicht gutheißen, gerade in Bezug auf die Grundschule.

Da die Grundschule in der Funktion steht, ein solides Fundament für die spätere Schul- und berufliche Laufbahn zu bilden und diese durch ihre Änderung nicht stets im Schwebeverfahren verweilen darf.

Dies gilt auch für alle weiterführenden Schulen, da auch hier die berufliche Laufbahn nicht an Mindestzahlen gebunden sein darf (gerade im ländlichen Raum fatal und man muss alle Schulen im Blick haben).

Um der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung zu tragen, muss im Gegenzug die Kontinuität für alle Schüler gewährleistet werden.

Hier gilt: Gleiches Recht für alle!

Wir haben noch sehr viele weiterführende Gedanken zu diesem Punkt, die aber in der Kürze der Zeit nicht alle ausgeführt werden konnten.

[Distanzunterricht] + Digitaler Unterricht + Webbasierte Beschulung

Wichtigster Punkt: Erstellung von Leitlinien

Wir begrüßen und unterstützen diesen Antrag der Fraktion im hohen Maße.

Ergänzend möchten wir unseren derzeitigen Bildungsminister, Herrn Holter, in seiner Aussage zum Hybridunterricht unterstützen.

Dieser Hybridunterricht würde auch das immer wieder bemängelte "fehlende soziale Miteinander" entkräften und man könnte diesen Unterricht um AG's am Nachmittag erweitern.

Wir halten es für dringend notwendig, den digitalen Unterricht jetzt voranzutreiben und auch im Schulgesetz zu verankern.

Bereits im März 2021 haben wir in unserem Schreiben an das Bildungsministerium, zwar in Bezug auf Schüler mit einer Autismus-Spektrum-Störung und unsichtbaren Behinderungen, eine Erweiterung des Thüringer Schulgesetzes bezüglich der webbasierten Beschulung gefordert, damit auch Kinder, die nicht beschult werden können, ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.

Die Gesellschaft ist digital und wird in Zukunft immer mehr in diese Richtung gehen, was wir als Eltern von Schülern mit Beeinträchtigungen / Behinderungen und auch als Betroffene dringend benötigen.

Die digitale Welt unterstützt die Teilhabe an der Gesellschaft und wir sprechen hier nicht nur von der Teilhabe an Bildung, sondern im Gesamtkontext.

Warum? Es fängt schon bei der Schulwahl an und hört mit den Anträgen noch lange nicht auf.

Gut, dafür gibt es den Anbieter Edupage und die Thüringer Schulcloud für Lehrer, Pädagogen, Schüler, diese muss weiter ausgebaut werden und digitale Lerninhalte und

webbasierte Beschulung müssen diesbezüglich integriert werden und die Thüringer Schulcloud hinsichtlich der Barrierefreiheit überdacht werden.

Ganz wichtig wäre in diesem Zusammenhang noch, dass der Datenschutz für Schulbegleiter, die bei Hybridunterricht und webbasierter Beschulung nach Hause gehen, dahingehend aufgehoben / ergänzt wird.

Zur ausführlichen Begründung:

Zu Beginn möchten wir betonen, dass wir hier von einem Schüler sprechen, der im jetzigen Schulsystem / Struktur nicht beschult werden kann, es aber deutlich mehr Schüler in dieser Problematik gibt (3% Kinder Aussage Bildungsminister Herr Holter bei der Landes Elternvertreter Veranstaltung im Jahr 2018).

Ja, auch diese Kinder haben ein Recht auf Bildung und es ist Aufgabe des Ministeriums und seiner Fraktionen, Grundstrukturen für die Schulpflicht zu schaffen.

Auch wenn sie eine Minderheit darstellen, haben auch diese Schüler einen Wert in ihrer Regierungszeit.

Inklusion bezieht sich auf ALLE und nicht prozentual auf das, was am einfachsten umzusetzen ist und kein oder kaum Geld kostet!

Behinderte oder beeinträchtigte Schüler mit sichtbaren Behinderungen haben es schon nicht immer leicht, wenn sie nicht in der Sonderschule, sondern im gemeinsamen Unterricht landen, ohne die individuelle und bedarfsgerechte Förderung, die sie brauchen.

Im Moment, mit den veralteten Systemen und dem Lehrermangel, kann man wohl auch keine Unterstützung erwarten und dann integrieren wir sie halt alle in den gemeinsamen Unterricht, damit die Inklusionsquote stimmt.

Wow, das ist natürlich mit der UN - Behindertenrechtskonvention vereinbar und reden wir hier nicht von Inklusion.

Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Sie gegen Menschenrechte verstoßen, wenn Sie an veralteten Systemen festhalten und nur Flickschusterei betreiben?

Gut, kommen wir zu unserem Beispielschüler, aber namentlich anonymisiert und der Verlauf in abgekürzter Form:

Kind 1 – „Tom“ / Autismus Spektrum Störung + Hyperkinetische Störung des Sozialverhalten

Tom wird 08/2015 mit Schulbegleiter eingeschult, da es bereits im Kindergarten zu Systemfehlern kam und man ihn nicht bedarfsgerecht sehen wollte.

Grundschulzeit:

- Förderschwerpunkt ESE
- alle am Kind Beteiligter wissen ausführlich über die Behinderungs- und Beeinträchtigungen von Tom durch zahlreiche Gespräche im Vorfeld und ärztlichen Fachgutachten
- Start vom 1. Tag mit Schulbegleiter
- Wechsel von Klassenlehrerin im 1. Schuljahr
- 4 Schulbegleiter insgesamt im Wechsel
- Manifestierte Angststörung durch Schule entwickelt

- Kaum bis gar kein Förderunterricht möglich
- Schulverweigerung ab Klasse 2, da überfordert mit zu großer Klasse und Lautstärke (Altbau, laute Mitschüler,...)
(z.B. Hypersensibel im Störschall, Muskelschwäche, etc.)
- Ab 3. Klasse kaum Unterricht vor Ort (immer wieder krank durch Angststörung + Schulverweigerung und Druckaufbau durch erzieherischen Umgang und Maßnahmen)
- 4. Klasse Angststörung + Schulverweigerung manifestiert.
Regel – Grundschule nicht mehr möglich und Antrag auf Ruhen der Schulpflicht wurde beim Schulamt gestellt.
- Förderschwerpunkt Lernen wird seitens des Schulamtes gefordert, da keine geeignete Grundschule zur weiteren Beschulung gefunden wird und man ihn ins Förderzentrum – Förderschwerpunkt Lernen setzen möchte.
Eltern lehnen Förderschwerpunkt Lernen ab, denn wenn alle Ressourcen und Rahmenbedingungen vorhanden wären, könnte ihr Sohn mit dem Schulalltag und Lerninhalt zurechtkommen.
- Förderschule nach Gespräch mit Eltern ohne L plötzlich doch möglich
- Start Förderschule mit Schulbegleiter mit vom Schulamt genehmigten Nachteilsausgleichen (z.B. Laptop zum Schreiben wegen Muskelproblematiken)
- Klassenlehrerin verweigert nach 14 Tagen unter anderem den Nachteilsausgleich in Form eines Laptop und wirkt massiv erzieherisch auf den Schüler ein und der Schüler bricht unter massiven Druck zusammen und wird aggressiv gegenüber der Klassenlehrerin auf Grund ihrer massiven Bedrängung und wehrt sich verbal und körperlich aber die Klassenlehrerin übt weiterhin erzieherisch ein.
- Vorgehensweise mit dem Vorfall gegenüber Klassenlehrerin wurde nicht gesetzeskonform behandelt und der Schüler wurde vom Opfer zum Täter deklariert (durch Unwissenheit der Lehrerin in Bezug auf seine Behinderung – Autismus Spektrum Störung)
- 14 Tage war dieser Schüler vor dem Vorfall glücklich an der Förderschule und alle hatten Hoffnung, dass bedarfsorientiert agiert wird (an einer Förderschule mit ausgebildeten Pädagogen erwartet man das)!
- ca. 7 Monate keine Beschulung möglich wegen Angststörung, Schulverweigerung. Rektorin verweigert die weitere Beschulung zum Schutz der Lehrerin und Mitschüler, die so stark von dem Vorfall traumatisiert gewesen sein sollten.
- Schulamt findet keine neue Schule die den Schüler aufnehmen geschweige denn beschulen könnte, weil die Ressourcen und Rahmenbedingungen nicht hergestellt werden können.
- Eltern beantragen beim Schulamt das Ruhen der Schulpflicht
- Antrag wurde im ersten Anlauf abgelehnt, da das Ruhen nur z.B. Krebskranke Kinder gedacht ist (Aussage Sachbearbeiterin Schulamt)
- Gespräch folgte im Schulamt und Eltern stellen die webbasierte Beschulung über die Web – Individualschule Bochum vor
- Ruhen der Schulpflicht erhalten und Schüler ging für 2 Jahre an die eben genannte Web – Schule
- Jugendamt finanziert über den §35 a der Eingliederungshilfe die Überbrückungsbeschulung für 2 Jahre

- Jugendamt lehnt eine weitere Finanzierung ab, da die Bildungspflicht dem Land Thüringen unterliegt.
- Gespräche im Schulamt folgten und der Schüler konnte nach Beendigung an der Web Individualschule Bochum, 4 Wochen später in die webbasierte Beschulung, angeboten durch das Land Thüringen /Schulamt, angemeldet an der vorher erwähnten Förderschule webbasiert über die Thüringer Schulcloud bedarfsorientiert beschult , werden.
- nach 1,3 Jahren Lehrerin Anfang Dezember 2022 weg und seit dem wieder keine Beschulung.
- Gespräch im Schulamt zur Besprechung der weiteren Beschulung des Schülers findet Mitte Februar statt

Dies ist nur ein Beispiel von vielen und uns als Verein sind noch 9 weitere Schüler bekannt, die nicht in die Regelschule inkludiert werden können bzw. massive Probleme im Schulalltag haben.

Was wir nach diesem Beispiel deutlich fordern möchten, ist die Erweiterung des Studiums in Bezug auf Beeinträchtigungen - und Behinderungsformen, da wir immer wieder beobachten, dass die am Kind beteiligten Personen oftmals am falschen Umgang mit diesen Schülern scheitern und ihnen aus Unwissenheit nicht die notwendigen Ressourcen und Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen können.

Artikel 2 – Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Wir haben hierzu keine Stellungnahme abzugeben, da dies in die Zuständigkeit der Verantwortlichen fällt und wir uns dies auch nicht anmaßen.

Wir möchten jedoch, wie bereits erwähnt, darauf hinweisen, dass im Lehramtsstudium der Kontext der Inklusion auch inhaltlich mit den verschiedenen Formen der Beeinträchtigung und Behinderungen fest verankert werden muss.

Zu Drucksache 7/5371

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Allgemeine Stellungnahme Inklusionskinder Ostthüringen e.V.:

Es wäre ratsam, das Thüringer Schulgesetz von Grund auf, Paragraph für Paragraph zu reformieren, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vollumfänglich gewährleisten zu können.

Aus ihrer Sicht gehört das Thüringer Schulgesetz zu den leistungsfähigsten und schülerorientiertesten Bildungssystemen in der Bundesrepublik.

Dies können wir aus dem Schulalltag unserer beeinträchtigten und behinderten Kinder nicht bestätigen.

Richtig ist, dass Kinder, die in Förderschulen unterrichtet werden, vorwiegend ein hohes Niveau und eine hohe pädagogische Kompetenz vor Ort erfahren und bedarfsgerecht beschult werden, aber für Kinder, die im gemeinsamen Unterricht unterrichtet werden, können wir dies in dieser Hinsicht nicht immer bestätigen.

Gerade in Bezug auf Kinder mit „unsichtbaren“ Beeinträchtigungen/Behinderungen leiden diese massiv unter dem bestehenden veralteten Schulsystem, da eine individuelle und bedarfsgerechte Beschulung fehlt.

Deshalb sind wir mit Ihnen der Meinung, dass Förderschulen nicht abgeschafft und in Beratungszentren umgewandelt werden dürfen, sondern zu inklusiven Schulen für alle Schülerinnen und Schüler umstrukturiert werden müssen! Siehe unsere Petition zur Änderung des Schulgesetzes 2019.

Die UN - Behindertenrechtskonvention schreibt nicht explizit vor, dass Förderschulen abzuschaffen sind.

Mit der Unterzeichnung (24.02.2009) der UN - Behindertenrechtskonvention (UN - BRK) hat sich Deutschland und damit auch der Freistaat Thüringen verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu entwickeln und zu gewährleisten.

Zur Begründung:

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zum allgemeinen Bildungssystem und dürfen nicht aufgrund ihrer Behinderung vom Bildungssystem ausgeschlossen werden und Art. 24 UN - BRK gewährleistet ein inklusives Bildungssystem und dazu gehören auch die bestehenden Förderschulen, aber nicht in den derzeit bestehenden Strukturen und wer diese besuchen darf.

Die Umsetzung fordert ein chancengleiches und diskriminierungsfreies Bildungssystem und ein lebenslanges Recht auf Bildung für alle auf allen Ebenen!

Darüber hinaus ist Inklusion über die bestehenden Gesetze hinaus ein Ziel für alle am Kind Beteiligten, das Bewusstsein für die menschlichen Möglichkeiten zu schärfen, die Achtung der Rechte und der Würde von Kindern mit Behinderungen zu fördern und ihr Selbstvertrauen zu stärken.

Durch die inklusive Umstrukturierung von Förderschulen kann dies vor Ort umgesetzt werden.

Weitere Ziele sind die Persönlichkeitsentwicklung behinderter Menschen, die individuelle Förderung ihrer Talente und ihrer Kreativität sowie die Förderung ihrer geistigen und körperlichen Fähigkeiten und ihre Stärkung für die Gesellschaft.

Es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit behinderte Menschen die von der Gesellschaft geforderten lebenspraktischen Erfahrungen und sozialen Kompetenzen erwerben können.

An Förderschulen muss Heterogenität als Chance gesehen werden und diese muss den allgemeinen Schulen zugeordnet werden.

Menschen mit Behinderungen soll eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am Leben ermöglicht werden und wenn das Elternwahlrecht eine Förderschule vorsieht, dann soll es eine Förderschule sein, weil die Eltern ihre Kinder am besten einschätzen können!

Nicht das Schulamt soll die Schulzuweisung in der Hand haben, sondern im ersten Schritt die

Erziehungsberechtigten und wenn das Schulamt diesem Elternwahlrecht mangels Ressourcen und Rahmenbedingungen vor Ort nicht nachkommen kann, müssen die Verantwortlichen diese schaffen, um dem Wahlrecht nachzukommen.

Insofern unterstützen wir Ihre Aussage zu **Punkt 7 (§18)** vollumfänglich.

Zu Drucksache 7/4674

Dieser Antrag der FDP-Fraktion ist aus unserer Sicht voll berechtigt und bedarf keiner weiteren Ergänzung, außer dass unter Barrierefreiheit nicht nur die baulichen Voraussetzungen zu verstehen sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen: „Inklusion beginnt im Kopf und nicht auf dem Papier“ und somit ist die Schaffung einer inklusiven Schule eine große Aufgabe, die mit täglichen Herausforderungen verbunden ist, aber dennoch eine Chance für alle darstellt, wenn sich alle dieser Aufgabe stellen und entsprechend Verantwortung übernehmen.

Jedes Kind hat das Recht auf Bildung!

Gera, 09.02.2023

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzesentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzesentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">TBB BEAMTENBUND UND TÄTIGKEITEN THÜRINGEN</td> <td style="padding: 5px;">E.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">SCHMIDTSTEDTER STR. 8</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTENBUND UND TÄTIGKEITEN THÜRINGEN	E.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 8	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
	Name	Organisationsform									
	TBB BEAMTENBUND UND TÄTIGKEITEN THÜRINGEN	E.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 8									
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	DER TBB SCHLIEßT SICH DEN STELLUNG- NAHMEN SEINER FACHVERBÄNDE VSLT + TLV AN.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ERTURT, 10/2/23	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landeselternvertretung (LEV)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Werner-Seelenbinder-Straße 7</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landeselternvertretung (LEV)		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Straße 7	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Landeselternvertretung (LEV)										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Straße 7									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GSFB Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Dreslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GSFB Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Dreslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
GSFB Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Dreslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligzentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10. Febr. 2023	

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betelligtentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Industrie & Handelskammer Südthüringen</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bahnhofstr. 4-8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98527 Suhl</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Industrie & Handelskammer Südthüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstr. 4-8	Postleitzahl, Ort	98527 Suhl
Name	Organisationsform										
Industrie & Handelskammer Südthüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstr. 4-8										
Postleitzahl, Ort	98527 Suhl										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	§ 1 IHKG sowie weitere hoheitlich übertragene Aufgaben	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Eine solide Allgemeinbildung, die konsequent auf den Übergang in das Berufsleben vorbereitet sowie eine zeitgemäße und arbeitsmarkt orientierte Unterrichtung in der Berufsschule sind wichtige Grundpfeiler für eine starke regionale Wirtschaft, die in der Stellungnahme durch Hinweise zur Schulgesetznovellierung ergänzt wurden.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Suhl, 09.02.2023	



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer
Industrie- und Handelskammern

Industrie- und Handelskammer Südthüringen / Postfach 30 02 40 / 98502 Suhl

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
10.02.2023 11:17

4347/2023

Stellungnahme im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens zum Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Datum
09.02.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Thüringer Industrie- und Handelskammern bedanken sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens. Unter Bezugnahme unseres Aufgabenbereiches sehen wir folgende Aspekte zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes als besonders relevant:

1. Praxisorientiertes Lernen integriert im Unterricht (§ 4 Abs. 3)

Eine gezielte Vorbereitung auf das Berufsleben ist ein essentieller Grundstein für eine zukunftssträchtige Fachkräfteentwicklung. Die Thüringer Industrie- und Handelskammern befürworten daher, die Berufs- und Arbeitsweltorientierung um die Komponente des durchgängigen praxisorientierten Lernens im Unterricht zu erweitern. Hierdurch kann fachliches Verständnis und Geschick mit Hinblick auf eine adäquate Berufsvorbereitung nachhaltig erworben werden. Dies erleichtert den Jugendlichen den Übergang in die Arbeitswelt, schärft die Meinungsbildung für einen konkreten Beruf und fördert die Entwicklung einer konkreten Berufsperspektive und kann darüber hinaus die Abbruchquoten in der dualen Berufsausbildung senken. Dabei muss praxisorientiertes Lernen zusätzlich zur Berufsorientierung erfolgen und nicht als austauschbare Instrumente angesehen werden. Um eine einseitige Orientierung in Richtung Studium an Gymnasien zu verhindern, muss dort neben einer Studienorientierung ebenfalls eine gezielte Orientierung zum dualen Bildungsweg erfolgen.

2. Gastschulanträge außerhalb Thüringens (§ 17 Abs. 3)

Durch den Wegfall des bisherigen Genehmigungsvorbehaltes soll nun der Besuch einer allgemeinbildenden Schule außerhalb Thüringens zur Erfüllung der Schulpflicht möglich werden, um Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Für die Erfüllung der Berufsschulpflicht ist dies nicht vorgesehen.

1/3

Das ist vom Grundprinzip nachvollziehbar, dennoch fordern die Thüringer Industrie- und Handelskammern, dass das Verfahren der Gastschulanträge im Rahmen der dualen Berufsausbildung vereinfacht wird. In diesem Zusammenhang ist es jedoch notwendig, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Berufsschulen unter Berücksichtigung einheitlicher Standards und im Hinblick auf Ausstattung und Lernkonzepte gestärkt wird, um die Jugendlichen an den vorhandenen Thüringer Standorten zu halten.

3. Berufsschulbesuch ohne Hauptschulabschluss möglich (§ 20 Absatz 2)

Für die notwendige Reife beim Übertritt in das Berufsleben wird das Erlangen eines Schulabschlusses mittels Abschlussprüfung von den Thüringer Industrie- und Handelskammern als grundsätzliche Voraussetzung für den Eintritt ins Berufsleben gesehen. Bisher war deshalb der Zugang zu Fachklassen der Berufsschule den Jugendlichen ohne Schulabschluss, auch wenn ein Ausbildungsvertrag vorgelegt werden konnte, verwehrt. Die Praxis zeigt aber, dass es in Einzelfällen motivierte, praktisch orientierte junge Menschen gibt, die ohne einen Schulabschluss in eine duale Berufsausbildung münden möchten. Unternehmen mit einfach strukturierten praktischen Aufgabenbereichen können solchen Interessenten durchaus geeignete Ausbildungsplätze z.B. im zweijährigen Bereich anbieten. Vor dem Hintergrund eines hohen Fachkräftebedarfs gerade im produzierenden Gewerbe befürworten die Thüringer Industrie- und Handelskammern die Streichung des Hauptschulabschlusses als Voraussetzung zum Übergang in eine duale Berufsausbildung, um diese Einzelfälle aufzufangen und in eine berufliche Zukunft zu führen. Gibt es diese Option nicht, werden diejenigen, denen das Lernen an der allgemeinbildenden Schule nicht liegt, in Thüringen in die Perspektivlosigkeit gezwungen. Dies kann dazu führen, dass diese jungen Menschen in einen Lebensweg ohne Erwerbstätigkeit einmünden und so für den Arbeitsmarkt verloren gehen. Zudem widerspricht die bisherige Thüringer Regelung dem Berufsbildungsgesetz, wonach eine Berufsausbildung ohne Schulabschluss grundsätzlich möglich ist.

4. Ermöglichung von Distanzunterricht (§ 45a)

Durch die Einführung des § 45a wird die gesetzliche Grundlage für digital gestützten Unterricht auch in Distanzform geschaffen. Die Thüringer Industrie- und Handelskammern begrüßen dies. Der Anwendungsbereich für § 45a ist aus unserer Sicht jedoch sehr restriktiv gestaltet und nur für Ausnahmesituationen vorgesehen. Für Berufsschulen sollte Distanzunterricht jedoch generell möglich sein, um Kenntnisse auch über größere Distanzen hinweg gleichzeitig vermitteln zu können. In diesem Zusammenhang muss die digitale Weiterentwicklung von Unterrichtsformen nach dem Aufschwung durch die Corona-Pandemie vorangetrieben werden, da gerade digitale Kenntnisse und Fertigkeiten mit Blick auf die Transformationsprozesse in der Wirtschaft notwendige Grundfertigkeiten im Berufsalltag darstellen. Im beruflichen Kontext sind digitale Medien und Formate gängige Praxis. Hierfür müssen besondere Kompetenzen bei den Jugendlichen entwickelt werden. Zur Qualitätssicherung von Berufsschulunterricht sollten folgende Kriterien verbindlich festgelegt werden:

- Für Berufsschulen muss ein entsprechendes einheitliches Digitalisierungskonzept (weiter)entwickelt und die notwendige Ausstattung vorangetrieben werden.



- Um den Unterricht bedarfs- und zielgruppenorientiert auf das Lernen mit digitalen Medien bzw. analogen Medien, die auch in Distanz verfügbar sein müssen, anzupassen, müssen Lehrkräfte entsprechend geschult werden.
- Alle Schülerinnen und Schüler müssen fortwährend mit Komponenten des Distanzunterrichts und digitalen Lernformen vertraut gemacht werden.
- Für den Präsenz- oder Distanzunterricht gelten die Rahmenlehrpläne gleichermaßen. Folglich ist der Unterricht so zu organisieren, dass sich Distanz- und Präsenzunterricht in Art sowie in inhaltlichem und zeitlichem Umfang entsprechen, die Leistungsfeststellung gleichermaßen erfolgt und in beiden Unterrichtsformen vergleichbare Kompetenzen entwickelt werden.

5. Entbürokratisierung für Schulleitungen

In der Kommentierung zum Gesetzesentwurf wird angekündigt, die Arbeit von Schulleitungen durch moderne Schulverwaltungssoftware und Apps zu entbürokratisieren. Da hierdurch wertvolle Kapazitäten bei den Schulleitungen freigesetzt werden können, begrüßen die Industrie- und Handelskammern ausdrücklich diesen Schritt.

Zudem wird eine Entlastung der Schulleitungen durch Verwaltungsassistenzen (§ 35 Abs. 3) gerade auch an berufsbildenden Schulen als sehr sinnvoll erachtet. Hier ist es aus unserer Sicht jedoch erforderlich, dass jede berufsbildende Schule aufgrund von Größe und Umfang des Aufgabengebietes eine eigene Assistenzstelle erhält, um die Schulleitung zielführend entlasten zu können.

Eine solide Allgemeinbildung, die konsequent auf den Übergang in das Berufsleben vorbereitet sowie eine zeitgemäße und arbeitsmarktorientierte Unterrichtung in der Berufsschule sind wichtige Grundpfeiler für eine starke regionale Wirtschaft. Wir bitten Sie in diesem Sinne, unsere vorgenannten Bemerkungen aufzunehmen und in die neue Gesetzgebung einfließen zu lassen.

/ Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer
im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der
Thüringer Industrie- und Handelskammern

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Der Kinderschutzbund LV Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Johannesstr. 2</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Der Kinderschutzbund LV Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstr. 2	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Der Kinderschutzbund LV Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstr. 2										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kinder- und Jugendhilfe Familienverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.02.2023	



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
10.02.2023 06:38

4266/2023

Der Kinderschutzbund LV Thüringen e.V. | Johannesstr. 2 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

Der Kinderschutzbund

Landesverband Thüringen e.V.

Johannesstraße 2

99084 Erfurt

Telefon | Fax

0361 653194 -84 | -81

E-Mail | Internet

www.dksbthueringen.de

Facebook

[derkinderschutzbund.thueringen](https://www.facebook.com/derkinderschutzbund.thueringen)

*Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes mit Vorschlägen
seitens der DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
sowie der CDU und der FDP*

Erfurt, 09.02.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben den Kinderschutzbund Thüringen mit dem Schreiben vom 22.12.2022 um eine Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes mit Vorschlägen seitens der Regierungskoalition aus DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der CDU sowie der FDP gebeten.

Diese geben wir gern und gehen nachfolgend insbesondere auf die beiden Vorschläge zur Änderung des Thür-SchulG ein. Im Einzelnen greifen wir die Punkte heraus, die aus unserer Perspektive diskussionswürdig sind.

Zum Vorschlag zur Modernisierung des Schulwesens von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen möchte vor allem das längere gemeinsame Lernen ausbauen, die besondere Leistungsfeststellung ändern, Assistenzkräfte für Lehrende und Leitungen einführen sowie eine normative Grundlage für digitalen Distanzunterricht legen.

Praxisorientierung/berufliche Orientierung

Der Kinderschutzbund Thüringen hält die Praxisorientierung ebenso für ein wichtiges Kriterium in der Bildung junger Menschen, besonders mit dem Blick auf den Berufseinstieg. Die uns bekannten Angebote halten wir allerdings für wenig geeignet, da diese häufig punktuell stattfinden. Längerfristig angelegte Strukturen (statt eine Woche Praktikum über einen langen Zeitraum jede Woche einen Tag im gleichen Betrieb), um Beruf und Arbeitsweisen kennenzulernen wären wünschenswert. Diese dürfen jedoch nicht von wirtschaftlichen Interessen geleitet werden. Zudem braucht es aus unserer Sicht eine Regelung zu den Kosten, wenn der Praxisbetrieb bspw. außerhalb des Einzugsbereiches liegt.



TLT/981/23/0



Weiterentwicklung des längeren gemeinsamen Lernens an der Gemeinschaftsschule

Der weiteren Stärkung und Entwicklung von Gemeinschaftsschulen stehen wir positiv gegenüber. Bildungsstudien wie PISA, TIMSS und der IQB-Bildungstrend zeigen, dass in der Vergangenheit zu viele junge Menschen durch undurchlässige mehrgliedrige Schulsysteme nicht die gleichen Chancen auf einen individuellen und bestmöglichen Abschluss hatten. Im Ergebnis wurde deutlich, dass der Bildungsweg deutlich über die Frage entscheidet, ob die jungen Menschen später sozioökonomisch benachteiligt sind oder durch individuelle Förderung bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten. Die Chancengleichheit und individuelle Förderung waren so oftmals nicht gegeben.

Zudem ist bekannt, dass der Bildungsweg prioritär durch die soziale Herkunft bestimmt ist. Armut entscheidet über den Bildungsweg. Ein durchlässigeres Schulsystem muss die jungen Menschen individuell fördern und ihnen entsprechend ihrer Kompetenzen den bestmöglichen Abschluss ermöglichen. Mit Blick auf die bestehende Schullandschaft muss es auch Ziel sein, die Mehrgliedrigkeit zu verringern und mehr auf spezielle Konzepte und die Inklusion zu setzen.

Besondere Leistungsfeststellung (BLF)

Durch den Amoklauf am Gutenberggymnasium ist die Problematik deutlich geworden, dass in Thüringen Schüler*innen, die das Abitur abbrechen oder nicht schaffen, ohne anerkannten Schulabschluss dastehen. Daraufhin ist die BLF eingeführt worden, um einen Abschluss für den Start ins Berufsleben zu haben.

Wir begrüßen die BLF in dieser Form abzuschaffen, zumal diese im Anspruch höher lag als der Realschulabschluss. Nach unserem Verständnis sollten die Schüler*innen, die die Mittlere Reife ohne weitere Prüfung erhalten.

In der vorliegenden Begründung ist uns unklar, was mit den Schüler*innen ist, die einen Übergang in die Klassenstufe 11 nicht erreichen? Wenn dieser nicht erreicht wird, sollte aus unserer Sicht die Möglichkeit einer Realschulprüfung zur mittleren Reife gegeben werden. Diese sollte auf die Fächer bezogen sein, in denen die Schüler*innen nicht die erforderliche Benotung erreicht haben. Wichtig ist, dass die Schüler*innen einen Abschluss erhalten.

Ganztag

Uns irritiert im § 10 der eingefügte Satz, dass über den Antrag das für das Schulwesen zuständige Ministerium entscheidet, wenn neben einem geeigneten Ganztagschulkonzept *die organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen* vorliegen. Denn gerade für die personellen Voraussetzungen ist doch das Ministerium zuständig.

Auswahlverfahren

Die Festlegung, dass Schulen mit einer konzeptionellen Orientierung oder mit reformpädagogischer Ausrichtung bis zu 30 % Schüler*innen aus anderen Schulbezirken aufnehmen können, ist aus unserer Sicht gut. Damit werden für diese Schulen klarere Rahmenbedingungen für den Zugang gesetzt. Das eröffnet einerseits ein klares Kontingent und sichert andererseits, dass auch Schüler*innen, die aus dem Einzugsbereich der Schule stammen, weiter einen Zugang zur nächstgelegenen Schule haben.

Schulen müssen grundsätzlich Zugang für alle Kinder aus allen sozialen und kulturellen Lagen ermöglichen. Eine konzeptionelle Weiterentwicklung von Schulen darf nicht dazu führen, dass Kinder ausgeschlossen oder hohe Zugangshürden aufgebaut werden. Dennoch sehen wir die Profilierung von Schulen durch ein eigenes spezielles Konzept positiv. Diese Konzepte sind aus unserer Sicht qualitätsverbessernd. Zudem kann damit die Verbundenheit von Personal und Schüler*innen zur Schule steigen. Eine Voraussetzung dafür ist mehr Autonomie der Schulen, u. a. bzgl. der Personalgestaltung.



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Schulpflichterfüllung in der Fachklasse der Berufsschule

Wir sehen in dem Schritt, Schüler*innen, die noch keinen Hauptschulabschluss erreichen konnten, die Möglichkeit zu eröffnen, diesen Abschluss mit der erfolgreichen Absolvierung nach § 25 ThürBSO zu ermöglichen und ihnen damit eine Chance mehr in den Beruf zu bieten. Ob dieser Schritt auch qualitativ richtig ist, können wir nicht einschätzen.

Distanzunterricht

Mit Blick auf derzeit politisch diskutierte Erkenntnisse der Pandemie im Umgang mit Separierung der jungen Menschen sollte Distanzunterricht nur im größten Ausnahmefall zum Tragen kommen, Schulschließungen sind die absolute Ausnahme. Unterricht soll aus Sicht des Kinderschutzbundes zuvörderst in der Schule stattfinden. Insbesondere sozial benachteiligte Schüler*innen benötigen zusätzliche Unterstützung, die durch den Distanzunterricht nicht entfallen darf. Sie waren es, die in der Pandemie besonders gelitten haben, was die letzte IQB-Studie von 2022 deutlich zeigt.

Nichtsdestotrotz begrüßen wir, dass der Distanzunterricht mit den §§ 30, 34, 44a und 45a eine normative Grundlage erfährt. Wir begrüßen zudem, dass mit diesem Gesetz nun auch geregelt wird, dass die Schüler*innen ab der fünften Klasse ein digitales Endgerät als Arbeitsmittel erhalten. Damit wird der Flickenteppich in der Besorgung dieser Geräte unterbrochen. Zudem wird damit auch die Grundlage geschaffen, Unterricht zu digitalisieren. Wir regen an, bereits in der Grundschule damit zu beginnen, da digitale Bildung kein Selbstläufer ist. Um individualisierte Lernprozesse mit hoher Selbständigkeit umsetzen zu können, benötigen Schüler*innen auch im Präsenzunterricht Räume des begleiteten eigenständigen Lernens. Erst dadurch wird die Voraussetzung geschaffen, dass Schüler*innen elternhausunabhängig mit den Anforderungen des Distanzunterrichts angemessen umgehen können.

In Bezug auf die Endgeräte ist eine Nutzung im Rahmen der Vollzeitschulpflicht von vier bis fünf Jahren vorgesehen. Unklar bleibt dazu die Frage, was mit defekten oder verbrauchten Geräten geschieht, die diesen Zeitraum nicht halten? Unklar ist auch, was über diesen Zeitraum hinaus geschieht? Wenn dann wieder die Eltern zuständig sind, kommt mindestens die Frage nach der Unterstützung von armen Familien.

Darüber hinaus wird in § 45a geregelt, wann Distanzunterricht stattfinden darf. Aus unserer Sicht sind diese Erklärungen zu stark auf besondere äußere Umstände wie Gesundheitsschutz oder Wettereinflüsse fokussiert. Erst im dritten Anstrich darf unter Genehmigung des Schulamtes in einem besonderen Bedarfsfall in Distanz unterrichtet werden. Zu wenig reflektiert wird, dass Distanzunterricht im Einzelfall zur Berücksichtigung individueller Bedarfe der Schüler*in (z.B. Krankheit, Erreichbarkeit o.ä.) beitragen kann.

Als Argumentation dient diese Aussage auch im § 30, die digitalen Endgeräte verstärkt in den Schulräumen einzusetzen und damit den digitalen Unterricht zu stärken. Es wird jedoch in der Begründung darauf verwiesen, dass diese Regelung nicht den häuslichen Bereich betrifft. Dazu stellt sich die Frage, wieso Unterricht in den Räumen auf Distanz stattfinden soll? Das ist weder für digitalen Unterrichtsstoff nötig noch zur Erörterung medienpädagogischer Fragen. Das kann eine Methode sein, die jedoch nicht im Gesetz geregelt werden muss.

Ein weiteres Problem, welches damit jedoch einhergeht sind die technischen Voraussetzungen zu den Bereichen der Schüler*innen und der Familien, die sich nicht im SchulG regeln lassen. Die Schulcloud ist in der Pandemie oft an Grenzen gestoßen, war überlastet. Das darf nicht erneut passieren. Zudem lässt der Breitbandausbau in vielen ländlichen Regionen Thüringens mächtig zu wünschen übrig.

Pädagogische Assistenzkräfte

Der Einsatz von zusätzlichen pädagogischen Assistenzkräften kann die Möglichkeit bieten, Lehrkräfte zu entlasten. Zu klären ist jedoch, welche Basisqualifikation für diese Aufgabe erforderlich ist. Wir plädieren für eine



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

Qualifikation auf dem Niveau der Erzieher*innen-Ausbildung und damit einhergehend für eine entsprechende Bezahlung. Diese scheint uns durch die vorliegende Gesetzgebung nicht gesichert.

Zugleich bedeutet das eine weitere Verschärfung der Fachkraftsituation in kindheitspädagogischen Handlungsfeldern. Es muss sichergestellt sein, dass die Assistenzen ausschließlich zu einer Verbesserung der Lehrsituation beitragen und keine Ausfälle von Lehrkräften kompensieren. Assistenzkräfte können unterstützen. Sie sind jedoch nicht qualifiziert, eine Klasse anzuleiten und Unterricht durchzuführen. Sie übernehmen auch nicht die Funktion der Schulbegleiter*in behinderter Schüler*innen. Es braucht demnach eine deutliche Rollenklärung, was mit der Unterstützung im Unterricht genau gemeint ist und welche Grenzen gezogen werden. Gerade diese Kräfte z. B. für die Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf vorzusehen, kann zur Folge haben, dass Lehrkräfte sich diesen Kindern zu wenig widmen und diese in Folge eher betreut als unterrichtet werden. Eine Möglichkeit sehen wir hierzu für Menschen mit Migrationshintergrund angepasste Zugänge zu legen. Dazu würde bspw. gehören, das Sprachniveau von C2 auf B1 zu setzen.

Artikel 2 – Änderung des Thür. LehrerausbildungsG

Wir wollen nicht auf die einzelnen Normen zu dieser Veränderung eingehen. Doch sehen wir in der Weiterentwicklung des LehrerausbildungsG von der schulart- hin zur schulstufenbezogenen Ausbildung einen längst überfälligen Schritt. Dieser wird einem modernen Schulsystem mit Gemeinschaftsschule mehr gerecht. Zudem wird dieser Schritt zwar das Fachkräfteproblem nicht lösen, aber für mehr Flexibilität sorgen. Besonders begrüßen wir die bereits für die Grundschulen vollzogenen Angleichungen im Besoldung.

Zum Vorschlag der CDU und FDP

Unser Eindruck ist, dass der Vorschlag von CDU und FDP versucht, den Stand des Thüringer Schulgesetzes vor 2019 wiederherzustellen. Bereits mit dem Vorschlag zur Änderung des § 2 wird die vorrangige Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarf aus dem Gesetz gestrichen. Im § 8a Abs. 3 wird nach unserer Ansicht quasi der Auftrag entzogen die Inklusion zu betreiben. Das wäre aus unserer Sicht ein Rückschritt für die Umsetzung der Inklusion.

Auch für den Kinderschutzbund Thüringen ist der Stand der Umsetzung der Inklusion nicht zufriedenstellend. Diese Situation wird befeuert durch den Fachkräftemangel, der bereits zu starkem Unterrichtsausfall führt. Aus unserer Sicht darf aus dieser Problemlage jedoch nicht abgeleitet werden, dass deswegen das Ziel gesellschaftlicher Inklusion aufgegeben wird. Daher appellieren wir an die politischen Vertreter*innen aller Parteien, diesen Kraftakt gemeinsam anzugehen. Das kann auch bedeuten, dass kleinere Schritte geplant und gegangen werden. Die öfter angesprochenen personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen, die bisher nicht da sind, liegen in politischer Hand.

Die meisten EU-Länder haben die Inklusion seit Langem umgesetzt. Ein Zurück zur Sonderschule gab und gibt es dort nicht. In Italien ist dieser Schritt erfolgreich geglückt, weil politisch parteiübergreifend entschieden wurde, diesen Schritt zu gehen. Heute werden dort 99 Prozent aller Kinder gemeinsam beschult. Für Deutschland stellte die Kultusministerkonferenz fest, dass 2019/20 Förderquote bei 7,6 Prozent lag. Von den 544.640 Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Deutschland lernten in allgemeinen Schulen 3,3 % (Inklusionsquote), in und 4,3 % in Förderschulen (Exklusionsquote). Die Exklusionsquote hat sich in den Jahren 2015/16 bspw. um nur 0,5 Prozentpunkte verringert.

Im Problem und Regelungsbedürfnis schreiben Sie, dass das Prinzip des gemeinsamen Unterrichts nicht zu Lasten des Schulwahlrechts der Eltern gehen darf. Es ist richtig, dass die Eltern eine wichtige Stimme in diesem Prozess haben müssen. Jedoch steht demgegenüber das völkerrechtlich verankerte Prinzip der Gleichheit der Menschen. Dem wurde das deutsche Förderschulsystem ohne die Inklusion bisher nicht gerecht. Der Änderungsvorschlag liest sich teils so, als dass die Eltern und deren Willen bzw. Rechte über dem Völker-



recht stehen. Die UN Behindertenrechtskonvention sieht jedoch kein Elternwahlrecht vor. Ungeklärt ist außerdem, inwiefern sich Eltern vor allem deshalb für exkludierende Schulformate entscheiden, weil sie wahrnehmen, dass die Bedürfnisse ihrer Kinder im Regelschulbetrieb nicht angemessen adressiert werden. Dies ist jedoch vor allem ein strukturelles Problem der Gestaltung des Regelschulbetriebs. Es ist davon auszugehen, dass Eltern sich für eine wohnortnahe Schullösung entscheiden, wenn qualitative Bedenken sie nicht davon abhalten. Entsprechend plädieren wir für eine ambitioniertere Qualitätsentwicklung der Regelschulen.

Zudem wird in der Argumentation die Beteiligung der betroffenen Kinder gänzlich außeracht gelassen. Nach UN-Kinderrechtskonvention und aus dem Blick der jungen Menschen geschaut, haben diese jedoch das Recht in allen sie betreffenden Entscheidungen auch mitreden zu dürfen.

Bereits in unserer Stellungnahme aus 2019 haben wir betont, dass ein inklusives Bildungssystem die individuelle Vielfalt der jungen Menschen berücksichtigt und nicht mehr nach persönlichen Merkmalen separiert. Ein darauf aufbauendes Gesetz muss zum Ziel haben, Teilhabe an der Gesellschaft, in diesem Fall dem Bildungssystem unter Berücksichtigung der individuellen Kompetenzen und Möglichkeiten der Schüler*innen, zu gewährleisten.

In der Diskussion um die Frage welche Schüler*innen welche Schulform besuchen können, kann der Eindruck gewonnen werden, als diskutiere man in einem schwarz-weiß-Denken, dass mit körperlich oder geistig benachteiligten Schülern auf einmal eine ganz andere Spezies Mensch in den Unterricht kommt. Dabei sind alle Schüler*innen heterogen in ihren Potentialen, Bedürfnissen und Interessen. Wünschenswert ist ein Schulsystem, dass dieser Diversität gerecht wird, ohne dass dafür aufwendige und z. T. stigmatisierende Diagnoseprozesse notwendig werden, die nicht dazu dienen Unterstützungsbedarfe festzustellen, sondern vor allem der Akquise schulischer Ressourcen dienen.

Der Kinderschutzbund hat in Thüringen die Förderschulpraxis stets kritisch gesehen. Diese Kritik entsprang weniger dem Gedanken, dass junge Menschen mit Behinderungen dort nicht gut gefördert wurden, sondern dem damit verbundenen Risiko gesellschaftlicher Exklusion. Statistisch gesehen besuchen zu viele junge Menschen diese Schulform, die aus sozial benachteiligten Elternhäusern kommen. Aus Sicht des Kinderschutzbundes Thüringen werden individuelle und gesellschaftliche Potentiale vergeben, wenn junge Menschen aus sozial weniger privilegierten Milieus auf Förderschulen verwiesen werden. Demokratische und gesellschaftliche Teilhaberecht werden dadurch beschränkt. Hinzu kommt, dass der Lernrückstand in Förderschulen im Schnitt zwei Jahre gegenüber Grundschul- oder Regelschulkindern beträgt.

Aus unserer Sicht gingen die Änderungen des Thüringer Schulgesetzes 2019 nicht weit genug. Wir plädierten (und tun das immer noch) dafür, die Inklusion in ihrer Komplexität in das Gesetz aufzunehmen, um die Vielfalt und Heterogenität der Schüler*innen aufzugreifen. Der Auftrag seitens der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist seit 2009, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Auch die UN-Kinderrechtskonvention ist in diesem Sinne zu verstehen, den Kindern gleiche Lebens- und Bildungschancen zu ermöglichen.

Dem folgend muss eine normative Umsetzung in Gänze passieren. Ein halbherziger Umgang sorgt dafür, dass sich am Ende die Förderschulen in Einrichtungen entwickeln, die ausschließlich Schüler*innen mit sehr hohem Förderbedarf beschulen. Somit sind diese Schüler*innen ausgesondert, separiert und unter sich. Das kann nicht Ziel sein. Sie schreiben bzw. befürchten, dass Förderschulen zu reinen Beratungszentren werden. So ist das SchulG bisher jedoch nicht geschrieben. Vielmehr sollen und müssen deren Ressourcen und besonders Kompetenzen zur Umsetzung der Inklusion gewinnbringend eingesetzt werden, sowohl beratend als auch begleitend und lehrend.

Für Schüler*innen, für die gemeinsamer Unterricht weder ein Erfolg wird oder sie zum erheblichen Hemmnis für andere werden, Kinder, die nicht in einem Klassenverband von 30 Kindern unterrichtet werden können, für sie braucht es individuelle Lernformate, die genau daraufhin geprüft werden, wie einerseits die Teilhabe



Der Kinderschutzbund
Landesverband Thüringen

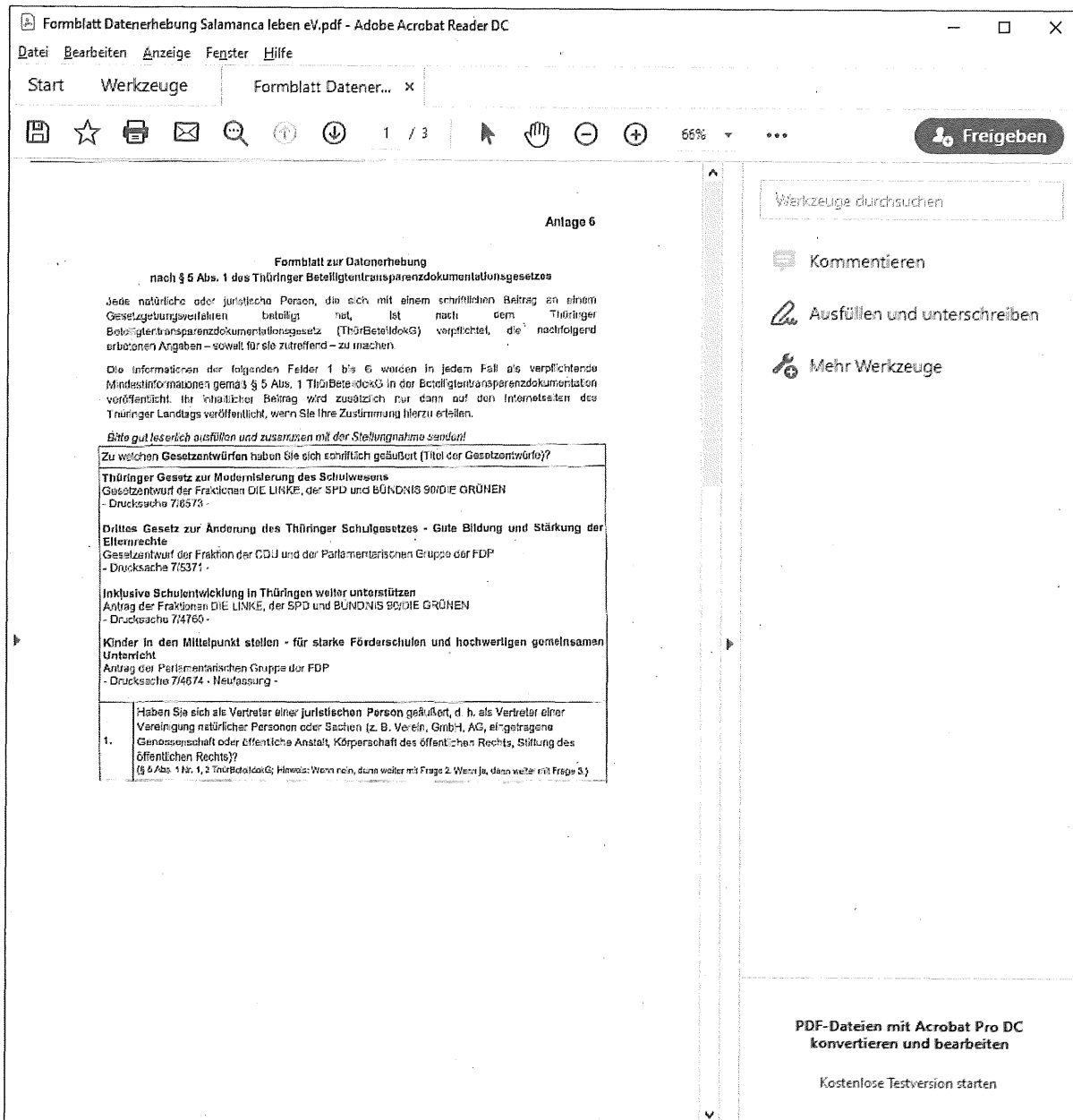
an der Gemeinschaft und zugleich individuelle Bedürfnisse, z. B. nach Ruhe oder besonderer Pflege, erfüllt werden können. Dafür braucht es auch bei Fachkräftemangel die entsprechenden Ressourcen finanzieller, personeller und sächlicher Art.

Unklar ist uns die Einführung des Terminus des Forderns im § 2. Was wird damit bezweckt und was soll damit zum Ausdruck kommen? Dieser Begriff kommt aus dem SGB II und wollte unterstreichen, dass von arbeitslosen Menschen, die einerseits durch eine öffentliche, steuerfinanzierte Leistung gefördert werden auch bestimmte damit verbundene Erwartungen zu erfüllen haben. Sonst würde die Leistung gekürzt.

Soll bei den Schüler*innen bei nicht-Erfüllung einer Forderung die Bildungs- und Erziehungsleistung gekürzt werden? Neben dem Recht auf Bildung nach UN-Kinderrechtskonvention besteht in Deutschland eine Schulpflicht. Das bedeutet, dass die Kinder in die Schule gehen müssen. Darin begründet sich aber auch der Auftrag an den Staat, diese Bildung in einer qualitativ bestmöglichen Form zur Verfügung zu stellen sowie der alle Schüler*innen mitzunehmen.

In § 8a wird der sonderpädagogische Förderplan gestrichen. Dieser ist aus unserer Sicht jedoch wichtig, um Förderziele etc. festzuschreiben und er ist die Kontrolle darüber, wie sich die betreffenden Schüler*innen entwickelt haben. Dieser darf also nicht gestrichen werden, denn er ist für gemeinsam Unterricht imminent wichtig.

Mit freundlichen Grüßen,
für den Vorstand des DKSB Thüringen



 Kommentieren

 **Ausfüllen und unterschreiben**

 Mehr Werkzeuge

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBefG)	
	Name	Vorname
	I Geschäft- oder Dienstadresse II Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse bekannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Strasse, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBefG)	
	Ich arbeite als Berater und helfe bei der Integration von Flüchtlingen in Schulen in Thüringen und in anderen Bundesländern.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt ablehnen?	
	<input checked="" type="checkbox"/> beifolgender, Änderung der Landesregierung <input type="checkbox"/> abgelehnt, Änderung von FDP und CDU <input type="checkbox"/> ergänzender bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBefG)	
	Die beifolgenden Abschnitte sind die Forderungen und Forderungen der Landesregierung. Jeder, der Forderungen für den Bund, die Forderungen von CDU und FDP. Wir sind, dass die Integration ist ein Bundesrecht!	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) Thüringen EKM</td> <td>Körperschaft öffentl. Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Alte Heiligenstraße 15a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) Thüringen EKM	Körperschaft öffentl. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alte Heiligenstraße 15a	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf) Thüringen EKM	Körperschaft öffentl. Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alte Heiligenstraße 15a										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

THÜR. LANDTAG POST
24.02.2023 10:34

5491/2023

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	- Familienverbandsarbeit - familienpolitische Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- DS 7/6573 in weiten Teilen befürwortet (Gemeinschaftsschule, ganztagschule, BLF, digitale Ausbildung, Lehrkräfte-Ausbildung) → DS 7/5371 in weiten Teilen abgelehnt (Strichung gem. Lernen → Erhalt der Förderschulen)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiliguentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 10. Februar 2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landesverband der Schulfördervereine e.V.</td> <td>eingetragener gemeinnütziger Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Unterlauerengasse 9 07743 Jena</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesverband der Schulfördervereine e.V.	eingetragener gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Unterlauerengasse 9 07743 Jena	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Thüringer Landesverband der Schulfördervereine e.V.	eingetragener gemeinnütziger Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Unterlauerengasse 9 07743 Jena										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Unterstützungssystem für Schulen und Kindergärten durch Professionalisierung von Fördervereinen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <i>aber Fragen und Probleme aufgezählt</i> <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 10.02.2023	

TLSFV e.V. Unterlauengasse 9 · 07743 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Herrn Torsten Wolf
Vorsitzender

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Unterlauengasse 9 · 07743 Jena

Telefon: 0 36 41-6 28 37 44, E-Mail: info@tlsfv.de

www.tlsfv.de

THÜR. LANDTAG POST
13.02.2023 06:39

4440/2023

Jena, den 10.02.2023

Schriftliches Anhörungsverfahren

Stellungnahme des Thüringer Landesverbandes der Schulfördervereine e. V.

- A - „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“ Drucksache 7/6573
- B - „Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“ Drucksache 7/5371
- C - Ergänzende Vorschläge des TLSFV (im Falle einer Gesetzesänderung)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wolf,
sehr geehrte Damen und Herren des Bildungsausschusses,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu den Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen.

Als Landesverband der Schulfördervereine sind wir der Überzeugung, dass angesichts der gesellschaftlichen Problemlagen die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements stetig zunimmt und Bildung ein breites Netz an Unterstützern braucht. Das bedeutet umgekehrt, dass der Verband zunehmend stärker auch in schulische Problemlagen Einblick erhält. Insbesondere durch die Umsetzung des Bundesprogramms „Menschen stärken Menschen“ seit 2016, womit im schulischen Umfeld durch Patenschaften Chancen eröffnet werden, hat der TLSFV Expertise gewonnen.

Wir erlauben uns daher, zu einigen der vorgesehenen Gesetzesänderungen der Drucksachen (A) 7/6573 und (B) 7/5371 ein Votum abzugeben und dies zu begründen. Dabei halten wir uns an die Systematik der Unterlagen.

Unter (C) unterbreiten wir zwei Anregungen, die im Falle einer Gesetzesänderung zur Diskussion gestellt werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen im Namen des Vorstandes

Vorsitzende

Mitglied im Bundesverband der
Kita- und Schulfördervereine e.V. (BSFV)

 **DER PARITÄTISCHE**
UNSER SPITZENVERBAND

Schriftliches Anhörungsverfahren

(A) Gesetzentwurf SPD-DIE LINKE-Bündnis 90/Die Grünen „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“, Drucksache 7/6573

	Änderungsvorhaben Artikel 1	Votum TLSFV
1.	§3 (3) Weiterentwicklung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule	Die Anfügung weist eine Richtung, die in städtischen Räumen sicher eher möglich ist als im ländlichen Raum. Zu fragen ist, inwieweit sich diese Regelung mit den §§ zum Aufnahmeverfahren deckt.
2.	§4 Einfügung: Praxisorientiertes Lernen in Sek I	Der Vorschlag wird begrüßt.
4.	§7 (6) Wegfall BLF, erfolgreicher Abschluss Klasse 10 im GY = Realschulabschluss	Hierzu gibt es sehr widersprüchliche Auffassungen. Einerseits könnte es zur Entlastung der Regel- und Gemeinschaftsschulen führen, weil der Weg des geringsten Widerstands (Gymnasium) gesucht wird. Andererseits führt es zu einer Ungleichbehandlung bei Schülern einer Gemeinschaftsschule, denn hier bliebe es auch für diejenigen, die in die 11/12 wechseln, bei der Abschlussprüfung/BLF am Ende Klasse 10. Die Gefahr des „Abschulens“ von Kindern, die auch am Gymnasium besonderer Lernförderung bedürfen, besteht weiterhin.
5.	§15a a) b) c) bb) Auswahlverfahren – Erweiterung der Geschwisterregelung; Einrichtung eines 30%igen Aufnahmekontingents für profil- und konzeptorientierte Schulen; erforderlich ist eine Allgemeinverfügung zwischen Schulträger und Schulamt	Klarstellung für Geschwisterkinder ist i.O. Die Möglichkeit, über eine Allgemeinverfügung vor Ort abweichende Regelungen zu vereinbaren, wird sehr begrüßt. Die starren gesetzlichen Vorgaben werden der Situation vor Ort, den Schulentwicklungsprozessen und dem Elternwillen bisher nicht ausreichend gerecht.
11.	§30 Abs 3a Regelung zur Nutzung von digitalen Endgeräten in der Schule	Wenn richtig verstanden, führt die Einfügung zu einer „Umkehrung“. Die Schule entscheidet, ob und wann digitale Endgeräte genutzt werden. Insofern ist auch eine grundsätzliche Versagung digitaler Endgeräte im Schulgelände und Schulhaus möglich, die nur durch ausdrückliche Gestattung des pädagogischen Personals aufgehoben werden kann. Diese Neuregelungen werden ausdrücklich begrüßt, da die Entscheidungshoheit der Schule und deren Einflussmöglichkeiten auf eine sinnvolle Handhabung digitaler Endgeräte gestärkt wird.
12.	§34 Einstellung Pädagogischer Assistenzkräfte und im Landesdienst	Ohne einen Einblick in die fiskalischen Folgen zu haben, wird der Vorschlag begrüßt, wenn dadurch einerseits eine Entlastung erfolgt und andererseits der Gedanke nach multiprofessionellen Teams gestärkt wird, die aufgrund der heterogenen Schülerschaft geboten sind. Das Verhältnis zwischen Assistenzkräften (Schulgesetz) und Schulsozialarbeit (SGB VIII) muss gut geklärt werden, um nicht unnötig Spannungen zu erzeugen. Daher müsste das Aufgabenprofil der pädagogischen Assistenz viel deutlicher werden.
13	§35 Einstellung Schulverwaltungsassistenz (vorgesehen 13 Mio.€, 1 Kraft = 4 Schulen)	Den Schulleitungen sind in den letzten Jahren immer mehr administrative Aufgaben übertragen worden. Vor der Einstellung neuen Personals sollte deshalb unbedingt eine Aufgabenkritik stehen. Im Zusammenhang mit diesem Thema ist zunächst zu eruieren, ob und welche administrativen Aufgaben ggf. auch gestrichen werden können. Grundsätzlich wird die Entlastung der Schulleitungen begrüßt, damit diese sich stärker ihren eigentlichen Aufgaben widmen können.
16	§40 b Einzelschule muss über ein individuelles Schulentwicklungsprogramm verfügen, das regelmäßig fortgeschrieben wird	Ein Schulentwicklungsprogramm sollte für jede Schule selbstverständlich sein. Wichtig wäre, dass der damit in Verbindung stehende bürokratische Aufwand leistbar bleibt. Gegebenenfalls könnte der Prozess durch handhabbare Vorgaben begleitet werden. In Gesprächen mit Schulen ist stets bedauert worden, dass der Prozess der externen Evaluation EVAS, wie er bis 2015 gut funktioniert hat, abgeschafft wurde.

19	§ 44 a ab Schuljahr 2024/25 erhalten Schüler der Klassenstufe 5 kostenlos digitale Endgeräte	<i>Sehr zu begrüßen, auch im Zusammenwirken mit §30 Abs 3a. Die Finanzierung muss auskömmlich abgesichert werden.</i>
21	§45 wird eingefügt: in der Regel Präsenzunterricht, unter geregelten Bedingungen ist auch Distanzunterricht möglich	<i>In Folge der Corona-Erfahrungen ist es vielen Schulen gelungen, Distanzunterricht gut zu gestalten und abzusichern. Es ist richtig, einen Rahmen dafür zu setzen, diese Fähigkeiten in besonderen Situationen zu nutzen. Zum Beispiel könnten Schüler während längerer Krankheitsphasen auf diese Weise am Unterricht teilnehmen.</i>

15	Artikel 2 Änderungen des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes	<p><i>Lehrerbildung ist kein Themenfeld des TLSFV.</i></p> <p><i>Im Gespräch untereinander sind zwei Aspekte aufgetaucht, die es zu erwähnen gilt und unter denen die Novellierung zu begrüßen ist: (1) Inklusion und Förderdiagnostik werden für die Ausbildung in allen Schulstufen festgeschrieben; (2) Das ausgebildete Personal würde durch die angestrebten Veränderungen flexibler einsetzbar.</i></p> <p><i>Zu klären wäre, wie der Personaleinsatz bei Personal gestaltet wird, das in anderen Bundesländern schulartbezogen ausgebildet wurde. Unterschiedliche Handhabung sollte vermieden werden.</i></p>
----	--	---

(B) Änderungsvorschläge im Gesetzentwurf CDU-FDP „Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“
Drucksache 7/5371

	Änderungsvorhaben Artikel 1	Votum TLSFV
1.	§2 Abs 2 Satz 1 und 2: Auftrag, Schüler mit und ohne Förderbedarf entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten zu fördern und zu fordern. Bestmögliche schulische Gelingensbedingungen für alle Schüler.	<i>Gemeinsamer Unterricht braucht gute Voraussetzungen für alle Schüler. Die Änderung zielt darauf zu verdeutlichen, dass alle Schüler - unabhängig von ihrem Förderbedarf - ein Recht auf gute und sachgerechte Bildung haben. Inklusion ist zu fördern, aber die Gelingensbedingungen für die Schullaufbahn aller Schüler dürfen dabei nicht vernachlässigt werden.</i>
2.	§4 Abs 11 (11) Die Förderschule hat ihre Berechtigung.	<p><i>Gerade bei Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist jedes Kind einzeln zu betrachten, wenn es um die Auswahl des Beschulungsortes geht. Daher muss jede Region in guter Erreichbarkeit und ausreichend ausgestattet Förderschulplätze vorhalten, um schülerbezogene Fördermaßnahmen und Beratungsangebote in geschützter Atmosphäre realisieren zu können.</i></p> <p><i>Zu überlegen ist, ob die Kooperation einer Förderschule mit einer Schule im näheren Umfeld verpflichtend sein könnte.</i></p>
3.	§6 Abs 1 schon ab Klassenstufe 7 größere Varianzen möglich; klassenstufenübergreifende, klassen- oder kursübergreifende und fächerübergreifende Organisationsformen möglich	<i>Es ist sehr zu begrüßen, wenn der Einzelschule hinsichtlich der Unterrichtsorganisation größere Entscheidungsfreiheiten eingeräumt werden.</i>
4.	§7 Abs 2 Satz 3 Stärkung regionaler Förderzentren	<i>Siehe Anmerkungen zu §4.</i>
5.	§8a Abs 3 (3) Letztentscheidung zum Lernort liegt bei den Eltern	<i>Die Priorität der Elternrechte nach ausreichend Beratung ist Konsens.</i>
7.	§18 Abs. 3 Rückstellung auf Antrag der Eltern nach schulärztlicher Untersuchung und Beratung	<i>Auch wenn hier Elternrechte gestärkt werden, sollte fachliche Beratung eine verbindliche Voraussetzung sein.</i>
8.	§34 Abs 4a Klarstellung zum Einsatz von Lehrern für Förderpädagogik und sonderpädagogischen Fachkräften	<i>sinnvolle Klarstellung</i>
10.	§ 49 Abs 1 (1) Versetzung nur mit Nachweis der Leistungserbringung, Ausnahmen sind möglich; abweichende Regelungen durch Rechtsverordnungen nur im Einvernehmen mit dem für das Schulwesen zuständigen Landtagsausschuss	<p><i>Der Versetzungsgrundsatz ist in Ordnung. Ausnahmen müssen möglich bleiben, insbesondere bei jahrgangsübergreifenden Organisationsformen.</i></p> <p><i>Bei Neuregelungen durch Rechtsverordnung das Benehmen mit dem Gesetzgeber bzw. dem Bildungsausschuss des Landtages herzustellen, erscheint sachgerecht und sinnvoll.</i></p>

(C) Ergänzende Vorschläge des TLSFV (im Falle einer Gesetzesänderung)

1.	<p><u>Ziel: Auflösung eines Widerspruchs</u></p> <p>In § 7, Satz 2 ist ohne Ausnahmeregelung formuliert: „Ein Schüler ist dann nicht geeignet, wenn nach seiner Befähigung und Leistung aufgrund einer pädagogischen Prognose eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht im Gymnasium nicht erwartet werden kann.“</p> <p>(Einfügung) „Ausnahmen sind möglich, wenn eine pädagogische Begründung vorliegt und die Bereitschaft des Gymnasiums gegeben ist, ziendifferent zu unterrichten.“</p> <p>§ 8a, Satz 1 besagt: „(1) An den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, ... wird zielgleich oder ziendifferent unterrichtet.“</p>	<p><i>Es ist an der Zeit, sowohl die inklusive Bildung als auch die Integration von Kindern mit Migrationsbiografie als eine der zentralen Aufgaben für alle Schularten zu definieren. Diese gesellschaftliche Herausforderung sollte nicht allein den Gemeinschafts- und Regelschulen aufgebürdet werden. De facto ist das bis heute aber der Fall.</i></p> <p><i>Daher weisen wir auf einen Widerspruch hin:</i></p> <p><i>Was nach § 8a zulässig ist, nämlich ziendifferent zu unterrichten, wird in § 7, Satz 2 vorab eingeschränkt.</i></p> <p><i>Wünschenswert wäre in § 7 eine Öffnungsklausel, die es Gymnasien erlaubt, unter gegebenen Umständen Kinder mit besonderem Förderbedarf oder Schüler mit Migrationsbiografie aufzunehmen, auch wenn für diese zum Zeitpunkt der Aufnahme (noch) kein gymnasialer Abschluss prognostiziert werden kann. Ein Formulierungsvorschlag ist eingefügt.</i></p> <p><i>Anderenfalls können sich Gymnasien auch zukünftig der oben genannten Aufgabe und Herausforderung entziehen.</i></p>
2.	<p><u>Ziel: Mitarbeit von im Bildungsbereich tätigen Verbänden im Landesschulbeirat</u></p> <p>§ 39 Zur Beratung des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums wird ein Landesschulbeirat gebildet. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Eltern, der Lehrer, der Erzieher und der Sonderpädagogischen Fachkräfte, der Schüler und der Schulen in freier Trägerschaft.</p> <p>Weitere Mitglieder sind Vertreter von Einrichtungen, die an Bildung und Erziehung beteiligt sind, wie die kommunalen Spitzenverbände (Einfügung) und im Bildungsbereich tätige Landesverbände. Näheres wird durch Rechtsverordnung des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums geregelt.</p>	<p><i>Sofern die Formulierung „Weitere Mitglieder sind Vertreter von Einrichtungen, die an Bildung und Erziehung beteiligt sind, ...“ rechtlich ausreichend ist, um u.a. dem TLSFV oder anderen relevanten Verbänden die Mitarbeit im Landesschulbeirat zu ermöglichen, wäre diese Ergänzung nicht erforderlich.</i></p>

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen **Gesetzentwürfen** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/6573 -

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/5371 -

1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Staatliche Gemeinschaftsschule Weimarer Land	Schule
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fernigweg 29
	Postleitzahl, Ort	07749 Fernie

THÜR. LANDTAG POST
03.03.2023 08:33

6219/2023

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)
	Schulische Bildung und Erziehung Kl. 1-12

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, 50% <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? 50%

	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)
--	---

- Das Thüringer Bildungssystem braucht eine neue Kultur der Innovation, des Fortschritts und der Autonomie. Vorschlag: Angewandte Kommission für Bildung
- Die Vorschläge zur Lehrerbildung begrüßen wir, sie gehen aber nicht weit genug
- Distanzunterricht bedarf klarer Vorgaben muss Schutz der Privatsphäre und muss zeitlich begrenzt werden + Nachweis der Benützung am Ende Präsenzunterricht

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 2.3.23	

Stellungnahme der Schulgemeinschaft der Gemeinschaftsschule Wenigenjena (Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen) zum:

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Art. 1, Nr. 1: Wir begrüßen die Verpflichtung der Schulträger zur Bereitstellung von wohnortnahen Möglichkeiten des längeren gemeinsamen Lernens. Wir haben eine Vielzahl von Anfragen von Eltern aus Gebietskörperschaften, die dies aktuell nicht anbieten.

Art. 1, Nr. 2: Wir begrüßen die verstärkte Praxisausrichtung in Regelschulen. **Wir schlagen vor**, diesen Aspekt auch auf den Unterricht an TGS zu übertragen, denn auch hier werden nach den gleichen Zielen und im Bereich des Unterrichts mit gleichen Rechtsvorschriften Schüler*innen zum Haupt- und Realschulabschluss geführt.

Art. 1, Nr. 3: Schulartänderung - kein Kommentar unsererseits (**Schule**) + **Kommentar Schulleiter:** Eine derartige gesetzgeberische Intervention wird ohne gesellschaftlichen Diskurs und Konsens viel Energie in Konflikten binden. Es müssen hierfür folglich auch Ressourcen für die Moderation und Begleitung der Prozesse, für die Entwicklung von Szenarien und die jeweiligen rechtlichen Fallanalysen eingeplant werden. Zeitgemäß und fachlich logisch ist der Schritt.

Ich empfehle, darüber deutlich hinausgehend, einen Beschluss des Landtages zur **Einrichtung einer Enquetekommission zum „Anspruch der Thüringer Schüler*innen an ihr Bildungssystem“** herbeizuführen. Diese Kommission sollte den Auftrag erhalten, fachlich fundiert und parteiunabhängig die grundlegenden Ziele und Qualitätskriterien von Schule als Lernorte der Zukunft im umfassenderen Sinn aus der Perspektive der Schüler*innen zu formulieren. Es ist logisch und eine Fortschreibung der guten Entwicklung in Thüringen, die Kinderrechte und Perspektive der Schüler*innen im Gesetzgebungsverfahren und generell im Stil der politischen Debattenkultur verbindlich zu verankern und entsprechende, rechtsverbindliche Verfahren (wie z.B. die Mitarbeit am Thüringer Qualitätsrahmen siehe später Art. 1 Nr. 16) in der Gesetzgebung zu etablieren. Ein besonderes Gewicht sollte darauf verwendet werden, dass für alle Schülerperspektiven (z.B. die sozial benachteiligten Kinder und Kinder mit dem Förderschwerpunkt GE) eine angemessene Interessenvertretung sichergestellt ist. Dies ist leider in fast allen aktuellen Debatten und Entscheidungen nicht gewährleistet.

Art. 1, Nr. 4: Wegfall der BLF – kein Kommentar unsererseits. Begründung ist ausreichend. (**Schule**)

Art. 1, Nr. 5, 6: Wird begrüßt. Kommentar: Es bedarf hier dringend einer Qualitätsdebatte und zügiger Entscheidungen, was das Ziel der Entwicklung von Ganztagschulen in Thüringen ist. Ist es politischer Wille, die Zahl von teilgebundenen Ganztagschulen zu erhöhen? Für die Klassenstufen 5-7 ist dies aus einer Vielzahl von offensichtlichen Gründen dringend angeraten. Dies nicht zuletzt, weil auch die Initiativen, die hohe Zahl der Schüler ohne Abschluss in Thüringen zu reduzieren, mit diesem Ansatz wirksam unterstützt werden können. Wer kurz vor und während der ersten Phase der Pubertät vielfältige und verlässliche Beziehungen sowie Selbstwirksamkeit erfährt, ist im weiteren Verlauf seiner Entwicklung stabiler und wird mit größerer Wahrscheinlichkeit einen Abschluss anstreben. Hier müssen weiterhin alle Wege für zusätzliche Ressourcen mobilisiert werden.

Art. 1, Nr. 7 a, b: Wird begrüßt – Nach unserer Auffassung und Erfahrung wird es bei der Anwendung der Geschwisterregelung weiterhin Probleme geben. Insbesondere tritt dies dann auf, wenn für Geschwisterkinder die Aufnahme in Klasse 5 noch nicht abgeschlossen ist und die Aufnahme in Klasse 1 durchgeführt wird. Analog besteht das Problem, wenn im Zeitraum zwischen der Anmeldung von 5 und 1 ein Umzug in die Nähe der Schule erfolgt. Dies bitte bei der weitergehenden Ausdifferenzierung beachten.

Art. 1, Nr. 7 c: Wir sehen den Unterpunkt bb) sehr kritisch. Verfassungsgemäß hat jedes Kind in Deutschland das gleiche Recht auf Bildung. Dies gilt insbesondere als schützenswert mit Blick auf einen voraussetzungsfreien Zugang zur Bildung für Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern oder aus zerrütteten Familienverhältnissen (siehe alle Studien zur starken sozialen Determination des deutschen Bildungssystems). Die hier vorliegende Formulierung eröffnet Schulen in einem zu weitreichenden Umfang die Möglichkeit der Auslese respektive der Beschränkung des Gleichheitsgrundsatzes. Wir begründen dies wie folgt:

1. Es ist nicht formuliert, was anerkannt reformpädagogische Konzepte sind. Es ist dabei auch nicht klar, welche Instanz und vor allem auf welcher rechtlichen Grundlage definieren kann, was anerkannt ist (Text im Kommentar: "...fallen unter anderem ...". Die Formulierung erzwingt eine rückwärtsgewandte und keine innovationsfördernde Betrachtung, denn es muss sich um schon lange etablierte (anerkannte) Konzepte handeln. Inwiefern diese eine besondere pädagogische Relevanz haben, woraus sie bezogen auf die Einzelschule und nicht auf die ursprüngliche z.B. reformpädagogische Idee ihre besondere Anerkennung beziehen bleibt unklar.
2. Die Schulwahl am Konzept zu orientieren setzt voraus, dass Schulen, Schulträger und Schulamt für die jeweilige Einzelschule Kriterien definieren. Dies wird hier nicht ausgeführt. Folglich ist dies in mehrere Hinsichten problematisch:
 - a. Werden die Auswahlkriterien vorab in der Öffentlichkeit transparent gemacht?
 - b. Wie wird sichergestellt, dass auch Schüler*innen aus sozial benachteiligten Elternhäusern oder aus zerrütteten Familienverhältnissen die gleiche Chance wie Schüler*innen aus bildungsnahen Elternhäusern haben? Werden hier unterstützende Settings zur Formulierung der Aufnahmeanträge angeboten?
 - c. Wie wird sichergestellt, dass die schulinterne Prüfung, ob eine Anmeldung in die Kategorie 30% gehört, rechtskonform ist? Aus unseren Erfahrungen der letzten 3 Jahre Aufnahmeprozesse mit jeweils umfangreichen Losverfahren und mehreren Widersprüchen zum Teil mit Klagen in mehreren Instanzen (immer zugunsten unseres Verfahrens entschieden) sehen wir hier ein erhebliches Verfahrensrisiko.
3. Der festgelegte Prozentsatz von 30% ist z.B. für eine Bläserklasse oder einen bilingualen Zug bei einer dreizügigen Schule theoretisch nachvollziehbar. Für eine zweizügige oder vierzügige Schule ist es theoretisch nicht sinnvoll. Folglich ist die Frage, ob im Gesetz überhaupt eine Prozentzahl stehen muss. Die 30% Regelung für Schulen mit einem besonderen Konzept anzusetzen ist willkürlich und mindestens zu hoch. Wenn wir diesen Paragraphen in Beziehung zum Ziel setzen, dass jede Thüringer Schule ein Schulkonzept entwickelt wird, werden immer mehr Schulen mittelfristig den Anspruch erheben können. Folglich sollten auch aus diesem Grund keine Prozentzahlen im Text stehen. Wir plädieren für einen Prozess wie im aktuellen Schulgesetz formuliert, der auf seine Wirkungen für die Chancen auf Aufnahme und das Wahlverhalten aller Eltern hin evaluiert wird.
4. Die Formulierung in der Begründung: „Im Rahmen des Kontingentes findet ein eigenständiges Auswahlverfahren statt, wobei auch...können.“, lässt schließen, dass hier die Schule ohne Begründung gegenüber jedem Einzelnen nach eigenem Ermessen handeln kann. Ist das wirklich so gemeint?

Art. 1, Nr. 8: Wird begrüßt.

Art. 1, Nr. 9: Wir begrüßen die Möglichkeit des direkten Übergangs in die Berufsschule. Dies betrifft an unserer Schule Schüler*innen, die über eine ausgeprägte praktische Kompetenz verfügen bzw. eine

viel stärkere Gewichtung der beruflichen Perspektive für eine stabile Motivation benötigen. **Wir bitten hier zu beachten**, dass die Einrichtung von IAP Kursen an Regelschule, Gesamtschulen und TGS trotzdem weiterhin notwendig sein wird. Hier sehen wir vor allem den passenden und sinnvollen pädagogischen Rahmen für Schüler*innen, die noch auf der Sinnsuche sind bzw. in den Jahren vor Kl. 9 durch Schicksalsschläge, psychische Krisen, Schuldistanz oder eine verzögerte Entwicklung in der Reifung der Persönlichkeit Begleitung und Praxisanteile benötigen bevor z.B. ein Wechsel in die berufliche Bildung oder eine weitere Fortsetzung des Bildungsweges auch zum Realschulabschluss erfolgt.

Art. 1, Nr.10: Begrüßen wir sehr

Art. 1, Nr.11a: Wir sehen diesen Punkt sehr kritisch -

- aus der Erfahrung des digitalen Unterrichts während der Pandemie oder in individuellen Settings bis zum heutigen Tag sehen wir den pädagogischen Sinn einer optischen und akustischen Beteiligung aller an einem Lernsetting dieser Art.
- das Vorliegen der technischen Voraussetzung ist für die Lehrkraft nicht nachprüfbar
- die Entscheidung zur Verpflichtung verbunden mit der Prüfung über das Vorliegen pädagogischer Gründe ohne differenzierte Kriterien wirkt nahezu willkürlich. Dies setzt Lehrkräfte unter Rechtfertigungsdruck und macht sie angreifbar.
- um die Unverletzlichkeit der Wohnung zu schützen, muss eine Hintergrundausbildung zu Pflicht und Voraussetzung bei Bildübertragung werden.
- um die Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes sicherzustellen, darf der Ton nicht ununterbrochen übertragen werden, falls sich andere Personen innerhalb des gleichen Raumes aufhalten können bzw. müssen
- um das Recht am eigenen Bild zu wahren, kann eine Bildübertragung nur verpflichtend sein, wenn mit ausreichenden technischen und organisatorischen Maßnahmen ein Abfilmen oder Fotografieren des übertragenen Bildes jederzeit verhindert wird (siehe auch Begründung zu Art. 11 Nr. 11 §30 b) Nummer 1)
- die Hürden sind in der Abwägung zu hoch und der Nutzen zu unbestimmt.

Art. 1, Nr.11b: Begrüßen wir – entspricht unserer aktuellen Praxis und macht diese rechtssicher. Wir empfehlen in einer Verordnung den Begriff „digitale Endgeräte“ regelmäßig aktualisiert zu definieren. Aktuell z.B.: Handys, Smartwatches, HoloLens, Tablets, Laptops (Netbook....)

Art. 1, Nr.12 a,b,d): Wird begrüßt – Vorschlag: Ein transparentes und kriteriengeleitetes Maß für die Zuteilung von Stellen schaffen und künftig die Zuweisung von Stellenanteilen an die jeweilige Zahl der Klassen koppeln.

Kommentar: Da es sich hier um eine erstrangige Unterstützung des Landes für Schüler*innen handelt, ist es notwendig die generelle Wertigkeit dieser Unterstützung im Verhältnis zu möglichen Ansprüchen auf die zweitrangige Schulbegleitung zu klären bzw. im Rechtsrahmen des Ministeriums zu definieren. Es darf nicht dazu führen, dass in der Summe die Förderungsmöglichkeiten für die Schüler*innen einer Schule sinkt oder stagniert (die Gesamtzahl möglicher individueller Hilfen gegengerechnet wird).

Art. 1, Nr.12 c): Siehe 11a

Art. 1, Nr.13: Wird begrüßt

Art. 1, Nr.14: Wird ausdrücklich begrüßt – besser wäre „müssen“ – die aktuelle Herausforderung und auch alle antizipierbaren künftigen Entwicklungen erzwingen an Schulen eine multiprofessionelle Arbeit inkl. der vollen Bedeutung der Schulsozialarbeit. Diese muss weiterhin gegenüber der Schulleitung unabhängig bleiben.

Art. 1, Nr.15: Wird in allen Punkten begrüßt – dies gilt ausdrücklich für Punkt b)

Art. 1, Nr.16: Wird im Grundsatz begrüßt und gerade deshalb hier kritisch diskutiert – Kommentar: In keiner der bisherigen Rechtsvorschriften des Freistaats wird ein Orientierungsrahmen definiert bzw. geklärt, wie dieser entsteht und fachlich legitimiert wird. Es ist insofern nicht transparent und auch für die künftige fachliche Weiterentwicklung eines solchen bedeutsamen Rahmens nicht angemessen. Für wesentliche „kleinere“ Vorgaben, wie Lehrpläne etc. liegt dies vor. Wir verweisen noch einmal auf unsere Einlassungen hier unter Punkt Art. 1, Nr. 3. Die vorgeschlagene Enquetekommission kann unter anderem den Auftrag erhalten, auch für diesen bedeutsamen Rahmen eine Grundlage zu schaffen. Gerade mit den bevorstehenden, unausweichlichen fundamentalen Veränderungen im Bildungsbereich in den kommenden Jahren (KI, nächste technische Revolution, Veränderung des Anteils von Arbeitszeit und Freizeit, grundlegende Veränderung des Berufes der Lehrer*innen, Nachhaltigkeit und Ressourcenmangel) ist es notwendig bereits jetzt qualitätsbildende Instrumente immer mit dem Anspruch der jährlichen Fortentwicklung, Adaption an schnellere Veränderungsprozesse und Evaluation zu versehen. Diese Aussage wirkt vor dem Hintergrund der Betrachtung mancher sehr traditioneller Schulen sicher eher skurril. Im Fall des Schulgesetzes geht es aber nicht um eine rückwärtsgewandte Sicht. Das Thüringer Schulgesetz ist nach wie vor ein sehr modernes, teilweise der Praxis der Schulen vorauslaufendes und so sollte es auch bleiben.

Art. 1, Nr.17: Wird begrüßt – mittelfristig sollten Schulträger verpflichtet werden, für jeden Inklusionsschwerpunkt (z.B. GE) ein Konzept zur Weiterentwicklung mit einer Laufzeit von drei Jahren vorzulegen.

Art. 1, Nr.18: die Einzelfälle sollten auf Zumutbarkeit geprüft werden – wir verweisen hier noch einmal auf Art. 1 Nr. 3

Art. 1, Nr.19: Wir begrüßen, dass im Sinn der Lernmittelfreiheit der Freistaat die Eltern entlastet und die Schulen in die Lage versetzt werden, klar geregelt digitale Endgeräte für alle einzusetzen.

Wir sehen das hier vorgeschlagene Verfahren allerdings sehr kritisch –

1. Eine Übergabe der Endgeräte in Klasse 5 erzeugt die Erwartung, dass diese auch in erheblichem Umfang genutzt werden. Am Beginn der Klassenstufe 5 haben aktuell allerdings eine zu große Zahl der Schüler*innen Defizite im Schreiben, Lesen und Rechnen. Mit der Einführung in Klasse 5 erzeugen wir folglich einen systematischen Konkurrenzdruck zwischen haptischen, analogen Arbeits- und Denkprozessen und digitalen. Die große Bedeutung z.B. der Handschrift für den Lern- und Bildungsprozess ist ausreichend erforscht und dokumentiert. Die Bedeutung von Kopfrechnen und vorstellungsbezogenen geometrischen Lernprozessen ebenfalls. In Klasse 5 muss genau für diese Kompetenzen ein ausreichender zeitlicher Rahmen eingeräumt werden. Medienbildung und Kompetenzen der Nutzung von digitalen Endgeräten können in dieser Altersstufe mit Klassensätzen für die Jahrgangsstufe und Computerräumen ermöglicht werden.
2. Eine Einführung 2024 in Klasse 5 würde bedeuten, dass in Thüringen erst 2028 alle Schüler*innen in Klasse 9 ein digitales Endgerät nutzen. Dies ist wiederum absolut unangemessen.
3. Wir beobachten, dass z.B. 2015 angeschaffte IPADs bereits 2021/2 keine Updates mehr erhalten haben. Folglich wird bei zu erwartender ähnlicher Entwicklung ein 2024 angeschafftes Gerät in Klasse 5 nur einmalig an einen Schüler vergeben. Dies ist weder nachhaltig noch entspricht es der aktuellen Ressourcenlage.

Vorschlag und Kommentar: 2024 werden in Thüringen alle Schüler*innen in Kl. 8 und 9 oder 7 und 8 mit digitalen Endgeräten ausgestattet und in der Folge auch jeweils in Jahrgang 8 oder 7. Die Geräte sind Leihgeräte. Sie verbleiben im Besitz des Schulträgers und werden mit dem Erfüllen der Schulpflicht wieder abgegeben. Es wird eine Kautions für das Gerät erhoben. Dies muss rechtlich geprüft und formuliert werden. In unserer schulinternen Analyse ist die Vergabe von sozial gestaffelten Zuschüssen zum Erwerb der Geräte als zweite Alternative mindestens gleichwertig. Wir plädieren entgegen des Trends eine digitale Monokultur zu verstärken (Matthäus-Effekt im Bezug zu Apple und Microsoft) für die stärkere Einbindung freier Software und gegen geschlossene

Systeme. Unsere Schüler*innen sollen lernen mit unterschiedlichen Systemen arbeiten zu können. Wir wissen, dass dies für die Medienzentren mehr Probleme erzeugt und sehen auch die Probleme für uns. Eine aktuelle technologische Vorherrschaft darf aber keine pädagogischen und gesellschaftlichen Ziele bzw. Prämissen ersetzen. Dies ist ein Dilemma. Mündigkeit, Freiheit und Kompetenz stehen auch hier dem Dogma geringsten Ressourceneinsatzes gegenüber. Wer Open-Source Lösungen und Wettbewerb auch bei den Systemen im Bildungsbereich fördern will, muss für Wartung und Support mehr Geld ausgeben.

In den Jahrgängen 1 bis 7 werden Klassensätze eingesetzt. Hier gilt ein Schlüssel von 1 Gerät für 3 Schüler*innen. Nach der aktuellen Ausstattung im Rahmen des Digitalpaktes müssten dafür zu den jetzt schon vorhandenen Geräten eine überschaubar große Menge an Geräten einmalig für ca. 5 Jahre angeschafft werden.

Ab Klassenstufe 11 werden die Geräte von den Schüler*innen bzw. Eltern selbst angeschafft.

Art. 1, Nr.20: wird unterstützt und begrüßt

Art. 1, Nr.21: wird sehr kritisch gesehen und in dieser Form nicht befürwortet

Für Einzelpersonen oder die in (2) 1. und 2. benannten Situationen ist es aus unserer Sicht sinnvoll diesen verlässlichen Rechtsrahmen zu schaffen. Wesentlich ist hierbei den Ansatz (3) zu betrachten. Aus unserer Sicht „muss“ das Ministerium dies genauer regeln. Insbesondere die Anforderungen an die jeweiligen Schulstufen, die pädagogischen Standards und die notwendigen personellen Ressourcen bzw. Bewertung und Anrechnung von Lehrerarbeitszeit in den einzelnen Fällen muss bedacht und anerkannt werden.

Absatz (2) Punkt 3 ist zu weitreichend und unterbestimmt.

- digitaler Distanzunterricht als Ersatz für regulären Präsenzunterricht nach Anordnung des Schulamtes: Der Einsatz dieses Mittels muss mit einer zeitlichen Befristung von jeweils maximal einem halben Jahr versehen werden und zwingend temporäre Phasen von Präsenz enthalten. Kein Distanzunterricht kann die Qualität eines guten Präsenzunterrichts erreichen. Dies betrifft vor allem die Beziehungsebene, das Classroommanagement und die Entwicklung sozialer Kompetenzen in den unterschiedlichen Jahrgangsstufen, Bildungsgängen und sozialen Konstellationen.
- digitaler Distanzunterricht als Regelung von Ausnahmesituationen ohne Begrenzung. Die Möglichkeit den Umfang in Rechtsverordnungen zu regeln (§45a Abs. 3) ist nicht ausreichend. Länge und Dauer müssen als Leitplanken im Gesetz beschränkt werden, die Anordnung des Distanzunterrichts als „Letzte Möglichkeit“ sollte nur zeitlich beschränkt und nur auf Anordnung des Ministerium möglich sein. Dies muss von Seiten der Politik auch durch ein kontinuierliches Monitoring begleitet werden. Distanzunterricht darf nicht zum probaten Mittel werden, den Druck zur Lösung des bildungspolitisch größten Problems zu minimieren. Jeglicher angeordneter Distanzunterricht muss die Ausnahme bleiben und es muss einen Zwang zum Nachweis geben, dass es Anstrengungen gibt, diesen zu beenden. Wohlgemerkt bezieht sich diese Argumentation auf den prinzipiellen Sachverhalt. In Einzelfällen wie z.B. Begabungsförderung, Kurse in der Oberstufe (mit Präsenzphasen) etc. ist dies auch als reguläres zeitlich längerfristiges Angebot denkbar.
- denn, entgegen der Begründung für den Distanzunterricht, hat sich dieser eben nicht bewährt. Der Distanzunterricht war sozial ungerecht und sowohl für die soziale als auch die fachliche Entwicklung der SuS hinderlich bis schädlich
- das Übergeben der Verantwortung auf die Schule, wenn eine digitale Lernumgebung nicht gewährleistet werden kann (§45a Abs. 1 Satz 3) ist zu eindimensional. Hier muss die Verantwortung auf den Schulträger übergehen.

Art. 1, Nr.22: -

Art. 1, Nr.23: -

Art. 1, Nr.24: -

Artikel 2 - Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Art. 2, Nr. 1: Wird ausdrücklich unterstützt – dies ist überfällig. Ohne eine solche Änderung wird der Lehrermangel nicht solide beendet werden können. Es ist zudem der beste Beitrag zur Bekämpfung der Verstärkung der sozialen Ursachen der peinlichen Bildungsgerechtigkeit in Deutschland

Art. 2, Nr. 2: -

Art. 2, Nr. 3: Wird im Grundsatz unterstützt, geht aber nicht weit genug – Die aufgeführten spezifischen Inhalte und (1) für die Sekundarstufe befürworten wir. Wir mahnen gleichzeitig folgende Veränderungen an:

- Statt Kenntnissen - Kompetenzen in Sprecherziehung – ohne praktischen bzw. einen Trainingsanteil haben Kenntnisse für die Ausübung des Berufs eine zu geringe Bedeutung
- Ausweisen der entsprechenden Leistungspunkte für die Themenbereiche
- Wesentliche berufsspezifische Kompetenzen, die gerade im Berufseinstieg zu unnötigen Problemen führen, wenn sie fehlen, sind nicht eingefordert. Exemplarisch aus unserer Erfahrung:
 - o Rechtliche Grundlagen der Themenbereiche
 - o Kompetenzen in Kommunikation, Gruppendynamik, Biografiearbeit, Elternarbeit

Die Umsetzung von (2) wird in der Praxis der Schule Probleme erzeugen. Es gibt dann sowohl im Einstellungsverfahren als auch in der Einsatzplanung vermutete Ansprüche und Erwartungen. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn es sich nicht um eine Schwerpunktbildung handelt, sondern eine Vertiefung vorgesehen wird. Dies kann durch ein zusätzliches Studienjahr erfolgen und ist so wesentlich einfacher in der Praxis umzusetzen. Zudem würden so zügiger Lehrer*innen in die Praxis kommen und diejenigen, die Sek II unterrichten wollen, müssen sich auch mehr ins Zeug legen – was auch eine bessere Motivationslage erbringen würde.

Art. 2, Nr. 4: Siehe Nr. 3

Art. 2, Nr. 5: -

Art. 2, Nr. 6: Wird kritisch gesehen – in der aktuellen Situation ist ein Festhalten an einer Gesamtausbildungszeit von 5 Jahren Studium plus 2 Jahren Vorbereitungsdienst nicht länger vertretbar und auch in der Sache nicht sinnvoll. Dies betrifft in der Argumentation logischerweise nicht nur diesen Punkt. Die Praxisanteile im Lehramtsstudium sind nach wie vor viel zu gering und das Verhältnis von berufsvorbereitender und berufsbegleitender Qualifikation ist professionsbezogen (Lehrer ist ein Handlungsberuf in einer überkomplexen Umgebung – braucht also einen viel höheren Anteil an Reflexion und Qualifikation in der Praxis) nicht angemessen - wenn überhaupt eine berufsbegleitende Qualifikation erfolgt.....

Vorschlag:

Das Lehramtsstudium kann sowohl als Vollzeitstudium als auch als duales Studium erfolgen. Die Gesamtausbildungszeit umfasst 4 Jahre Vollzeitstudienanteil an der Universität oder Fachhochschule und eine Gesamtzeit von 1 Jahr beruflicher, begleiteter und reflektierter Tätigkeit in Schulen und schulischen Praxisfeldern (Jugendamt, Förderzentren...). Die Tätigkeit in der Praxis erfolgt ab dem ersten Studienjahr. Mit Anstellung im Thüringer Schuldienst ist ein berufsbegleitender dritter Abschnitt von 250 Stunden Qualifikation nachzuweisen. Dieser kann in Modulen an Universitäten, FH und Fernuniversitäten sowie anerkannten Institutionen der Lehrerbildung erfolgen.

Art. 2, Nr. 7: -

Art. 2, Nr. 8: - siehe generelle Kritik unter Art. 2 Nr. 6

Art. 2, Nr. 9: wird generell begrüßt - kritisch sehen wir den letzten Satz unter § 32 Absatz (2). „Berufsbegleitende Nachqualifizierungen sind nur zulässig, soweit in der betreffenden Schulstufe ein Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht.“ Bereits jetzt, zu einer Zeit wo noch die geburtenstarken

Jahrgänge der 60er Jahre im Schuldienst sind, wird deutlich, dass der Bedarf in bestimmten Fächern in den Regionen Thüringens und in den Schularten stark schwanken. Zudem beginnt nun parallel eine mindestens 15 Jahre andauernde Phase dynamischer Personalschwankungen in den Einzelschulen durch Mutterschutz, Elternzeiten und Teilzeitphase in jungen Familien. Diesen Prozess kennen wir nur zu gut, da unsere Schule durch das schnelle Wachstum seit der Schulgründung und der Einstellung vieler junger Lehrer*innen im Gegensatz zu sehr vielen Schulen Thüringens mitten in dieser Phase steht. An unserer Schule erblickten in den letzten 8 Jahren mehr als 60 Kinder von Pädagog*innen das Licht der Welt. Sehr erfreulich, aber auch herausfordernd.

Wir plädieren auf dieser Basis folglich für eine andere Art der vorausschauenden Planung des Bedarfs. Wenn erst nachqualifiziert werden darf, wenn der Mangel statistisch nachweisbar ist (Wodurch? In welchem Zeitraum? Mit welcher Prognose? Für welche Region? Für das gesamte Land?) und dann die Nachqualifizierung beginnt, sind wir in Thüringen viel zu langsam und zu unflexibel. Wir potenzieren förmlich den absehbaren Mangel und verweigern langfristige oder temporär sinnvolle Lösungen. Es gilt aus unserer Sicht eher über eine neue zeitgemäße Gestaltung von Arbeitsverträgen, Zugangsvoraussetzungen zur Tätigkeit im Lehrerberuf und flexiblere Modelle der Qualifikation (siehe Artikel 2 Nr.6) nachzudenken.

Art. 2, Nr.10: -

Art. 2, Nr.11: -

Art. 2, Nr.12: -

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Art. 1, Nr. 1: unterstützen wir teilweise – Satz 2 teilen wir. Er ist in dieser Formulierung und an dieser Stelle für uns aber auch zu unkonkret. Er adressiert aus unserer Sicht nicht, wer dies leisten muss. Satz 1 können wir unterstützen, wenn der Satzanfang „Die...“ durch „Alle...“ ersetzt wird.

Art. 1, Nr. 2: befürworten wir nicht – „... für die an anderen ... Schulen ... keine ausreichenden Fördermöglichkeiten vorgehalten werden können.“ Der Inhalt dieses Satz ist nach unserer Auffassung bereits in der geltenden Fassung enthalten.

Art. 1, Nr. 3: befürworten wir nicht – Exemplarisch: gerade in Klasse 6-8 sind vor allem Jungen in einer Findungsphase, die bei guter pädagogischer Begleitung eine höhere Bildung möglich werden lässt, wenn die Einkursung nicht zu einer starren Klassenbildung führt. Wir erleben dies in unserer Praxis immer wieder und plädieren folglich ohnehin für einen spätere Kursbildung, wenn überhaupt. Davon unterscheiden möchten wir ausdrücklich alle Anstrengungen für alle Schüler*innen im Zuge der Differenzierung und individuellen Förderung, die adäquate Unterstützung und Herausforderung bzw. Erfahrung zu ermöglichen. Dazu können auch die Bildung von temporären Teilgruppen und verstärkte Praktika dienen. Dies deckt das Schulgesetz schon ab.

Art. 1, Nr. 4: befürworten wir nicht – wir haben mit der Umsetzung der aktuellen rechtlichen Basis gute Erfahrungen gemacht.

Art. 1, Nr. 5: unterstützen wir teilweise – eine explizite Analyse und Umsetzung des jeweiligen Bedarfs im Einzelfall ist sinnvoll und notwendig. Hier als Gesetzgeber die Schulträger und die personalführenden Stellen in die Verantwortung zu nehmen, ist sinnvoll, da so auch vermieden wird, dass Schulen sich (auch teilweise in Unkenntnis der realen Bedarfe oder Risiken) übernehmen. Es darf aber nicht als Grund für

die generelle und weiterreichende Ablehnung des gemeinsamen Unterrichts missbraucht werden. Eine zeitliche Einschränkung (bis zur Einschulung) ist anstrebenswert, in der Praxis aber z.B. durch Bauverzögerungen etc. sicher nicht durchweg praktikabel. Hier kommt es eher auf ein thüringenweit kinderfreundliches gesellschaftliches Klima an, bei dem alle an einem Strang ziehen und das Unmögliche dann doch möglich machen. Für fehlende personelle Ressourcen sollte dies auch gelten.

Art. 1, Nr. 6: befürworten wir nicht – wenn Art 1 Nr.5 gelten soll, muss dies geprüft und dann entschieden werden. Nach unserer Auffassung ist dies durch die aktuelle Regelung umgesetzt.

Art. 1, Nr. 7: wird befürwortet – wir haben in jedem Jahr Fälle beim Besuch in den Kindertagesstätten erlebt, die eine Rückstellung notwendig machten und die nicht medizinisch indiziert waren. Das Jahr vor allem der sozialen Reifung wirkte sich für das Kind und auch die Familie positiv aus. Statt eine restriktive Einschränkung wie im geltenden Paragraphen, sollten eher Schulleitungen und beauftragte Pädagog*innen geschult werden. Zudem macht es aus unserer Sicht Sinn, eine mündliche Beratung zwischen den Gesundheitsämtern und den Schulen verpflichtend einzuführen.

Art. 1, Nr. 8: unsere Sachkenntnis ist für eine Stellungnahme hier nicht ausreichend

Art. 1, Nr. 9: unsere Sachkenntnis ist für eine Stellungnahme hier nicht ausreichend

Art. 1, Nr.10: befürworten wir nicht – unsere schulische Praxis belegt für uns das Gegenteil.

Wir regen generell an

- Art.1 §3 (1): „Die Eltern haben im Rahmen der jeweiligen Bestimmungen nach Maßgabe der Befähigung und Leistung des Schülers die Wahl

Für eine zeitgemäße und moderne Bildung in Thüringen sollte künftig nicht so exklusiv die Maßgabe der Befähigung und Leistung des Schülers, sondern die Verpflichtung der Gesellschaft zur Bereitstellung von wohnortnahen, durchlässigen und adaptiven Lernorten mit umfassenden und jeweils individualisierbaren Bildungsabschnitten inklusive entsprechender Zertifikate, Übergänge und Verweildauern möglich sein. Für eine Übernahme in die Gesetzgebung ist diese Anregung zu komplex und voraussetzungsreich. Die Debatte darum sollte trotzdem jetzt geführt werden, um in Thüringen weiterhin ein modernes Bildungssystem entwickeln zu können und für den nächsten Schritt der Gesetzgebung den bürgerschaftlichen Dialog zu führen. Gerade in der Zeit knapper Ressourcen müssen wir neue, moderne und wirkungsvolle Ansätze und Lösungen entwickeln, die einen begeisternden, mutigen Ansatz verfolgen. Welche Bildung und Erziehung, welche Qualität der Lernorte und der Lehrerbildung sollen in Thüringen in fünf oder zehn Jahren Wirklichkeit sein und junge Menschen begeistern, hier in Schule ihre berufliche Zukunft zu sehen?

Wir bedanken uns für die Möglichkeit hier Stellung zu nehmen und freuen uns auf den Austausch vor Ort im Landtag und die langfristige Entwicklung.

Mit besten Grüßen im Namen der Schulgemeinschaft der Gemeinschaftsschule Wenigenjena

Schulleiter

Jena, den 12.2.2023

6738/2023

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Drs. 7/6573-		
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der parlamentarischen Gruppe der FDP - Drs. 7/5371 -		
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/4760 -		
Kinder in den Mittelpunkt stellen - Für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der parlamentarischen Gruppe der FDP - Drs. 7/4674 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag	e. V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	X	ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)
	<input type="checkbox"/>	nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail X per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 27.2.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserblich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> Clara - Zetkin - Str. 3 99099 Erfurt </div> </td> <td>  Landesverband Thüringen e.V. </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> Clara - Zetkin - Str. 3 99099 Erfurt </div>	 Landesverband Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> Clara - Zetkin - Str. 3 99099 Erfurt </div>	 Landesverband Thüringen e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Lehrerin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- für Neuordnung der WDV Ausbildung - alle Schularten stärken; längere Lernzeiten - same Unterricht 1-10. Klasse - für Pikturunterricht	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
EF, 08.02.2018	 Landesve Thüringen e.v.



Deutscher Sportlehrerverband e.V.
Landesverband Thüringen

Geschäftsstelle:

99099 Erfurt
Clara-Zetkin-Str.3



Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Str.1

99096 Erfurt

Erfurt, 08.02.2023

THÜR. LANDTAG POST
13.02.2023 13:32

4499/2023

betrifft: schriftliches Anhörungsverfahren

- „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“
- „Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes- Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“
- „Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“
- „Kinder in den Mittelpunkt stellen- für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht“

Sehr geehrte Damen und Herren,

der DSLV LV Thüringen e.V. begrüßt grundsätzlich jede Diskussion und Bestrebung, die Bildung und Erziehung im Freistaat qualitativ und inhaltlich voran bringt.

Wiederholt haben wir uns explizit zu diesen Themen geäußert:

29.11.2016 → Offener Brief zur Zukunft von Schule und Lehrpersonal,

10.05.2017 → Personalentwicklung für das Fach Sport,

19.09.2017 → Talkrunde Personalentwicklung an der Uni Erfurt,

26.01.2019 → Stellungnahme des DSLV LV Thüringen e.V. zum Thüringer Schulgesetz.

Für die lang bekannte Problematik werden nun wieder Lösungen angestrebt.

Wir begrüßen das Entfallen der BLF und den Erhalt eines Realschulabschlusses mit Übergang in die Klasse 11. Ebenso die Vereinheitlichung der Lehrerausbildung, um den Einsatz in allen Schularten zu ermöglichen. Dem entsprechend auch die gleiche Bezahlung aller Lehrer. Wieso soll aber eine Spezialisierung auf Sekundarstufe I und

II erfolgen, wenn das letztendlich für den Einsatz keine Rolle spielt? Macht da eine einheitliche Ausbildung nicht mehr Sinn? Was auch die Kostenfrage neu beleuchten würde.

Das längere gemeinsame Lernen in den Klassen 1-10 ist für viele Kinder sicher der bessere Weg, ohne die Position und Berechtigung von Spezialschulen, Gymnasien und Förderschulen schmälern zu wollen.

Präsenzunterricht ist keinesfalls mit digitalem Unterrichten zu vergleichen oder gleichzusetzen. Gerade der Sportunterricht, der alle Kinder von der 1. bis zur 12.Klasse ggf. 13.Klasse erreicht, ist oft die einzige Bewegungsmöglichkeit/ körperlicher Ausgleich für Schüler*innen und lebt von der Interaktion zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen/ Schüler*innen untereinander.

Um die Qualität von Schule und die Chancengleichheit für alle Kinder zu verbessern muss akzeptiert werden , dass das Kosten verursacht. Eine schlecht oder dürftig ausgebildete nächste Generation hält dann die Fäden der Gesellschaft in ihren Händen.

Als Anlagen erhalten sie die o.g. Texte. Das Formblatt zur Datenerhebung erhalten sie per Post.

Mit freundlichen Grüßen



Landesverband
Thüringen e.V.

Präsidentin DSLV LV Thüringen e.V.



Deutscher Sportlehrerverband e.V. Landesverband Thüringen

Geschäftsstelle:

99099 Erfurt
Clara-Zetkin-Str. 03

E-Mail: dslv-thueringen@gmx.net
www.dslv-thueringen.com



Stellungnahme zum Anhörungsverfahren des Gesetzentwurfes zur Weiterentwicklung des Thüringer Schulwesens

Bezüglich des geplanten Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens haben wir folgende Anmerkungen:

Im Rahmen der Mindestgröße ist von Schulzusammenlegungen die Rede. Hier sollten die entstehenden Fahrtkosten für Lehrer, die (während ihrer Arbeitszeit) von einem Schulteil zum anderen pendeln müssen, gesetzlich festgelegt übernommen werden.

Im neuen Schulgesetz wird eine minimale Klassengröße festgesetzt. Von einer maximalen Klassengröße ist jedoch keine Rede. Hier sollte u. E. nach auch festgelegt sein, wie groß eine Klasse maximal sein darf.

Schlüssel für den Anteil an DAZ-Schülern und Kinder mit speziellem Förderbedarf sollten für Klassen und Schulen festgelegt und eingehalten werden. Mit einem zu hohen Anteil dieser Schüler wird die Unterrichtsgestaltung schwierig.

In Bezug auf die Schüler-Lehrer-Relation möchten wir anmerken, dass der deutschlandweit geringe Wert auch auf die (problembehaftete) Zählweise zurückzuführen ist. Lehrer die ins Schulumt, ThILLM oder ans Ministerium abgeordnet sind, sowie die Dauerkranken werden mitgezählt, obwohl sie nicht vor Schülern stehen.

Der Grundgedanke der Inklusion ist positiv zu bewerten. Allein die bisherige und auch die geplante Vorgehensweise sind überdenkenswert. Inklusion ist ohne genügend geschultes Personal für alle Beteiligten eine Zumutung. Inklusive Klassen sollten dauerhaft im Zwei-Pädagogen-System unterrichtet werden.

Die prekäre Personalsituation an vielen Schularten in Thüringen wirkt sich auch auf die im Gesetz geplanten Maßnahmen aus. Mit welchem Personal soll die Wiederaufnahme der externen Evaluation von Schulen durchgeführt werden?

Digitalisierung des Unterrichts ist ein wichtiges und zukunftsweisendes Thema. Solange aber die Bezahlung des Ganzen ungeklärt ist, führt das Ganze eher zu Frustration. Wer bezahlt z. B. die Endgeräte für Schüler und Lehrer? Übernimmt das die Schule oder wird es, wie bei den Schul-Taschenrechnern auf die Schüler umgelegt? Auch die Auswirkungen der neuen Datenschutzrichtlinie scheinen uns noch nicht genügend bedacht. Behindert diese den sinnvollen Einsatz der neuen Medien?

Angesichts des absehbaren Lehrermangels sollten im neuen Gesetz Maßnahmen der „Personalpflege“ verankert werden. Unter dem Stichwort Lehrergesundheit muss dafür Sorge getragen werden, dass unsere Kollegen angesichts der steigenden Belastung möglichst nicht erkranken. Außerdem sollten die Weiterbildungspflicht und auch das Recht auf

Weiterbildungen geklärt werden. Derzeit ist es viel zu oft so, dass die Freistellung für eine Weiterbildung mit dem Hinweis auf den Unterrichtsausfall nicht erteilt wird.

Die Lehrerausbildung sollte den Gegebenheiten und Problemen der heutigen Thüringer Schullandschaft angepasst werden. Förderschullehrer mit der Spezialisierung auf zwei Unterrichtsfächer und zwei Handicaps werden dem Alltag im gemeinsamen Unterricht nur schwer gerecht. Hier haben die Lehrer mit allen Behinderungsarten zu tun und begleiten inklusive Kinder in allen Fächern. Angesichts vieler unbesetzter Stellen und der Erteilung von Unterrichtsbeauftragungen in einigen Fächern (z. B. Sport an Grund- und Regelschulen) sollten weiterbildende Studiengänge und der flexible Einsatz von Gymnasiallehrern an anderen Schulformen organisiert werden.



Deutscher Sportlehrerverband e.V. Landesverband Thüringen

Geschäftsstelle:

99099 Erfurt
Charles- Darwin- Str. 5

www.dslv-thueringen.com



Vorschläge zur Verbesserung der Personalsituation im Bereich Sport an Thüringer Schulen

Auch wenn einige für die Bildungspolitik verantwortliche Personen die Statistiken zur Personalsituation an Schulen in Thüringen auf eine eigene Art und Weise interpretieren, ist eines wahrscheinlich für jeden offensichtlich: Bei einem Altersdurchschnitt der Lehrer von über 55 Jahren und steigenden Schülerzahlen werden wir in Thüringen in nicht allzu langer Zeit eine große Anzahl an neuen Lehrern benötigen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass sich bisher keine Landesregierung dieser Tatsache nachhaltig gewidmet hat. Hohe Ziffern an Unterrichtsausfall, steigende Krankenstände der (überalterten) Lehrerschaft, fehlendes Fachpersonal in einigen Fächern und der damit verbundene (bedenkliche) Anstieg von Unterrichtsbeauftragungen und der verstärkte Einsatz von Quereinsteigern, sollten als Alarmsignale betrachtet werden. Der Bildungssektor in Thüringen ist derzeit nicht geeignet, um als Steinbruch für eine Strukturreform bei den Landesbediensteten missbraucht zu werden.

Dem derzeit jetzt schon in vielen Schulen Thüringens zu beobachtenden Lehrermangel in verschiedenen Fächern muss aktiv begegnet werden. Es bringt nichts, darauf zu hoffen, im stärker werdenden Wettbewerb der Bundesländer um geeignete Fachkräfte, einzig auf den Zuzug junger Lehrer aus anderen Bundesländern zu hoffen. Der Focus sollte auf die Aus- und Weiterbildung von Lehrern in Thüringen gerichtet werden. Dafür möchten wir die folgenden Anmerkungen machen und Vorschläge unterbreiten. Das aus der Not heraus geborene Instrument der Unterrichtsbeauftragungen betrachten wir als Fachleute für den Bereich Schulsport gerade im Hinblick auf unser Fach mit größter Sorge. In der Ausbildung zum Sportlehrer werden diverse Sicherheitsaspekte und eine Vielzahl von sportlichen Fertigkeiten vermittelt, die einen abwechslungsreichen, sicheren und qualitativ hochwertigen Sportunterricht ermöglichen. Den Einsatz von Lehrern, die teilweise nicht einmal den Mindeststandard einer Unterrichtsbeauftragung – eine Übungsleiterlizenz – nachweisen können, halten wir deshalb für höchstbedenklich. Es ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, bis ein schwerer (Sport-)Unfall, der sich auf ungenügende Qualifikation zurückführen lässt, an einer Thüringer Schule gemeldet wird.

Die Zahl der Unterrichtsbeauftragungen hat sich in letzter Zeit wahrscheinlich verdoppelt. Weit über 120 Lehrer sind im Sportunterricht eingesetzt, obwohl sie für dieses Fach nie ausgebildet wurden. Auch im Interesse der Schüler muss in absehbarer Zeit für diese Kollegen etwas getan werden. Deshalb sollte das Land so schnell wie möglich eine Weiterbildung für die unterrichtsbeauftragten Lehrer im Bereich Sport organisieren. Denkbar wären zwei Varianten: 1. Eine Weiterbildung über das ThILLM, bei dem die im Sport eingesetzten Kollegen Grundlagen des Faches vermittelt bekommen. Oder 2. Die Organisation eines Weiterbildungsstudiums an einer Universität an dessen Ende die volle Qualifikation als Sportlehrer steht. Da für diese Lehrkräfte das Studium (meist) parallel mit dem Unterricht in den Schulen ablaufen würde, ist eine Integration in die bestehenden studentischen Kurse schwierig. Hier müssten also Kapazitäten für eigene Veranstaltungen (an bestimmten Studientagen) geschaffen werden.

Besonders prekär ist die Lage für das Fach Sport jetzt schon an den Grundschulen. Als einzige Ausbildungsstätte für Grundschullehrer in Thüringen verlassen die Erfurter Universität pro Jahr im Schnitt 10 Absolventen mit dem Fach Sport. Auf etwa 450 Grundschulen im Land gesehen ist diese Zahl natürlich verschwindend gering. Der Fachbereich Sport an der Universität Erfurt hätte derzeit durchaus Kapazitäten um mehr zukünftige Sportlehrer im Grundschulbereich auszubilden. Auch die Interessentenzahl, die sich an der Anzahl von Prüflingen bei der jährlichen Sporteignungsprüfung ablesen lässt, ist höher als die Zahl der letztlich eingeschriebenen Studenten. Dies liegt an den Hürden, die vor den Studienbeginn gesetzt werden. Neben der bestandenen Sporteignungsprüfung müssen die Bewerber für das Grundschullehramt auch den nötigen Abiturnotenschnitt einbringen. Gerade am letzten Kriterium scheitern wahrscheinlich viele Bewerber, die laut Eignungsprüfung durchaus die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium hätten. Eine Initiative des Fachbereichs Sport, Bewerbern mit einer bestandenen Eignungsprüfung einen Bonus auf den Abiturdurchschnitt zu geben, wurde trotz mehrerer Nachfragen von der Universitätsleitung über Monate ignoriert. Dabei würde die an einigen Universitäten bereits praktizierte Bonusregelung die Ungerechtigkeit der doppelten Hürde vor Studienbeginn abmildern und mehr Studenten in dieses schulische Mangelfach bringen.

Auch im Bereich der Regelschulen lässt sich jetzt schon feststellen, dass in einigen Regionen nicht genügend Bewerber für freie Stellen zu finden sind. Dies hat mehrere (strukturelle) Ursachen. Wer sich ein wenig mit der Situation an Thüringer Schulen beschäftigt, wird schnell feststellen, dass die Regelschulen derzeit die schlechtesten Bedingungen für Lehrer bieten:

- Der Drang aufs Gymnasium lässt weitgehend nur schwache Schüler an den Regelschulen zurück.
- Neben den Grundschulen ist Inklusion in erheblichem Maße ein Thema für die Regelschule und die dort arbeitenden Lehrer wurden nicht (genug) auf die damit verbundenen Herausforderungen vorbereitet.
- Flüchtlinge werden hauptsächlich an den Grundschulen und dieser Schulform integriert.
- Gegenüber den Gymnasien, Berufs- und Förderschulen werden die Lehrer an den Regelschulen zusätzlich noch schlechter bezahlt.

Wahrscheinlich auch deshalb interessieren sich relativ wenige Abiturienten mit Ambition für den Lehrerberuf für das Regelschullehramt. Weitere Verwerfungen bezüglich der Lehrerausbildung im Regelschulbereich ergeben sich aus der Ausbildungssituation an den Universitäten Jena und Erfurt. An beiden Unis werden derzeit Regelschullehrer für Thüringen ausgebildet. Allerdings finden Interessenten unterschiedliche Bedingungen vor. So gibt es an der Uni Erfurt eine (durchaus sinnvolle) Einschränkung der Kombinationsmöglichkeit der Schulfächer. So sollen Kombinationen von später in den Schulen kaum gebrauchten Ein-Stunden- bzw. Nebenfächern vermieden werden. An der Uni Jena gibt es die Vorgabe der Kopplung eines schulischen Haupt- mit einem Nebenfach nicht. Dies und die größere Fächervielfalt machen die Uni Jena für Interessenten einer Regelschulausbildung wahrscheinlich interessanter. Hinzu kommt die Möglichkeit des relativ problemlosen Übertritts in die attraktivere Gymnasiallehrausbildung. Und hier liegt auch die Crux. Spätere bessere berufliche Bedingungen an den Gymnasien lassen im Vergleich die Regelschullehrerausbildung unattraktiv erscheinen und bewegen sicher auch viele Interessenten für den Lehrerberuf zu einem Wechsel in die Gymnasialstudienrichtung. Um diesem Problem begegnen zu können, sollte die Regelschullehrerausbildung an der Uni Erfurt gestärkt werden. Die Universität müsste mehr (oder besser alle) für die Schule relevanten Fächer anbieten können. Wenn es Beschränkungen in den Möglichkeiten der Fächerkombination bei der Lehramtsausbildung geben soll, dann muss dies für beide ausbildende Thüringer Universitäten (Erfurt und Jena) gelten. Es ist nicht einsehbar, warum Erfurt die Wahlmöglichkeiten seiner Studenten einschränkt und in Jena weiterhin jede Fächerkopplung möglich ist. Es macht Sinn potentielle Interessenten für das Regelschullehramt vorrangig nach Erfurt zu lenken. Das Risiko eines Wechsels in den aus vielerlei Gründen attraktiveren Gymnasialbereich ist in Jena einfach zu groß.

Die Übergänge vom Studium in den Vorbereitungsdienst und vom Referendariat ins Lehramt sollten in Thüringen erleichtert werden. An diesen Schnittstellen verliert unser Bundesland viele seiner dringend benötigten Absolventen. Andere Bundesländer bieten schnellere Stellenzusagen oder flexiblere Einstellungstermine. Auch die Bewerbung mit Zwischenzeugnissen oder die Einstellungszusage ohne komplettes (bzw. nachzureichendes) Zeugnis wird in anderen Bundesländern praktiziert und erleichtert den flüssigen Übertritt von einer Phase in die andere. An dieser Stelle sollte das Land unbedingt nacharbeiten. Es nützt keinem etwas, wenn Absolventen, die gern in Thüringen als Lehrer arbeiten

möchten, in eine monatelange Arbeitslosigkeit gezwungen werden oder von anderen Bundesländern eher eine Zusage bekommen als aus dem eigenen.

Ein weiteres Problem sehen wir in der unterschiedlichen Besoldung der Lehrer verschiedener Schulformen. Das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit kann nirgends garantiert werden und sorgt oft für Unmut. In den Lehrerzimmern sitzen verbeamtete neben angestellten Lehrern, Ein-Fach-Lehrer neben Kollegen mit drei oder mehr ausgebildeten Fächern, Ausgebildete neben Quereinsteigern usw. In einigen Schulen arbeiten Gymnasial- neben Grund- und Regelschullehrern. Alle Lehrer durchlaufen inzwischen eine 5-jährige Universitäre Ausbildung und müssen einen annähernd gleichlangen Vorbereitungsdienst absolvieren. Jede Schulform hat ihre individuellen Herausforderungen. Während an den Gymnasien das höhere fachliche Anspruchsniveau bedient werden muss, sollen an den Regelschulen diverse pädagogische Probleme gelöst werden. An den Grundschulen werden an die Lehrer vor allem erhöhte methodische Anforderungen gestellt und in der Förderschule spielt der therapeutische Aspekt eine größere Rolle als anderswo. Warum also werden Lehrer nicht einheitlich in einer Gehaltsklasse eingruppiert? Auch im Hinblick auf die expandierende Anzahl an Gemeinschaftsschulen in Thüringen sollte die Landesregierung dieses Problem anpacken, denn sonst wird einigen Lehrern die ohnehin schon schwierig zu haltende Motivation genommen.

Zahlreiche Studien belegen den signifikanten Zusammenhang zwischen Bewegung und Lernerfolg. In Zeiten einer bewegungsarmen Gesellschaft mit all ihren daraus resultierenden (gesundheitlichen) Problemen, stellt der Sportunterricht für viele Kinder den einzigen Bewegungsanreiz dar. Wir plädieren deshalb für zahlreiche Bewegungsangebote an den Schulen. Dabei geht es nicht nur einfach darum, die wegen der Personalnot oftmals vakante dritte Sportstunde zu erhalten, sondern Schule bewegt zu gestalten und im besten Falle die tägliche Sportstunde einzuführen. In zahlreichen Schulen steht leider nur eine unbefriedigende materielle Basis für den Schulsport zur Verfügung. Beispiel: Für eine große Erfurter Schule (ca. 800 Schüler) ist seit Jahren nur eine kleine Einfeldsporthalle verfügbar. Diese wird auch noch an zwei Wochentagen durch die nebenstehende Grundschule belegt. Viele Klassen müssen deshalb für den Sportunterricht in die Randstunden (0./1. und 8./9./10. Stunde) an Schulen der Umgebung ausweichen. Die Sportstättensituation ist in einigen Teilen Thüringens ein ernstzunehmendes Problem und nagt an der Motivation von Lehrern und Schülern sportliche Bewegung in der Schule aufrecht zu erhalten.

Im Hinblick auf die für eine gute Schulentwicklung und einen ansprechenden Unterricht nötige Motivation unserer (Sport)Lehrer möchten wir neben den bereits angesprochenen Schwachpunkten auf mehrere andere Probleme hinweisen. Engagement und Motivation unserer Lehrer werden im Schulbetrieb leider viel zu selten honoriert. Finanziell existieren kaum Aufstiegschancen. Die Genehmigung von Weiterbildungen artet wegen der Prämisse der Vermeidung von Unterrichtsausfällen an einigen Schulen zum Glücksspiel aus. Das bedeutet aber, dass diejenigen Kollegen, die ihre Verpflichtung sich weiterzubilden ernst nehmen und in dieser Hinsicht Engagement zeigen, verprellt werden. Die verschärfte Auslegung des Antikorruptionsgesetzes und die damit gestiegene Anzahl von Anträgen auf Finanzierung von diversen Schulfahrten haben offensichtlich die dafür im Haushalt vorgesehenen finanziellen Mittel bei weitem überstiegen. Hintergrund: Nachdem motivierte Lehrer jahrelang diverse (sportliche) Schulfahrten organisiert haben, dabei teilweise selbst auf Erstattung der Kosten verzichtet oder andere Finanzierungsmöglichkeiten für ihre entstehenden Kosten gefunden haben, ist dies nun nicht mehr möglich. Die ursprünglich dafür bereitgestellten Mittel wurden aber im Zuge der verringerten Zahl von Anträgen durch das Ministerium um etwa die Hälfte gekürzt. Nun musste für alle Fahrten ein Antrag auf finanzielle Absicherung gestellt werden und die viel zu dünne finanzielle Decke führte im laufenden Schuljahr zu einer hohen Anzahl von abgelehnten Schulfahrten. Besonders betroffen waren davon auch die Skilager die teilweise seit Jahrzehnten mit guter Beteiligung an diversen Schulen von engagierten (Sport)Lehrern durchgeführt wurden. Diese Lager sind mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden, erfordern lange Vorlaufzeiten bezüglich der Planung und sind für Schüler und Lehrer als Lernen am anderen Ort motivierend. Die Ablehnung der Skilager mit teilweise nicht nachvollziehbaren Begründungen wirkt sich auf das Engagement der Kollegen negativ aus.

Zu guter Letzt möchten wir auf eine gefährliche Entwicklung im Bereich der Schwimmfähigkeit unserer Gesellschaft verweisen. Die unbefriedigende Personal- und Sportstättensituation an den Schulen gefährdet jetzt schon das Beherrschen dieser im Rahmen des Sportunterrichts vermittelten lebenserhaltenden Grundfertigkeit. Schwimmunterricht ist nicht ohne Grund verpflichtender

Lehrplanbestandteil der Grundschule. Da aber immer weniger Sportlehrer (und teilweise auch immer weniger Schwimmhallen) für die Schwimmbildung zur Verfügung stehen, erhöht sich der Anteil von Nichtschwimmern in unserer Gesellschaft. Eine Lösung dafür wäre das Abordnen von Sportlehrern mit Schwimmbefähigung in die für die Region vorgesehene Schwimmhalle durch das betreffende Schulamt, um für Schulen ohne ausreichend qualifiziertes Personal wenigstens diesen Teil des Sportunterrichts zu übernehmen.

Der Vorstand des Thüringer Sportlehrerverbandes

Erfurt, 09.05.2017



Deutscher Sportlehrerverband e.V. Landesverband Thüringen

Geschäftsstelle:

99099 Erfurt
Clara-Zetkin-Str.3

www.dslv-thueringen.com



Zur Zukunft von Schulen und Lehrpersonal in Thüringen

Dieses Dokument ist als dringendes Plädoyer für eine Erhöhung der Bildungsausgaben zu verstehen, denn viele der nachfolgend angesprochenen Probleme lassen sich nur darüber lösen. Allen müsste klar sein, dass in Zeiten der Globalisierung nur gut ausgebildete junge Menschen die Chance auf eine weitere positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik wahren können. Mit Blick auf die (finanzielle) Ausstattung von Schulen und Universitäten muss man bisher leider den Eindruck gewinnen, dass diesem Zusammenhang noch nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Bei einem aktuellen Altersdurchschnitt der Thüringer Lehrerschaft von weit über fünfzig Jahren ist in absehbarer Zeit mit der zwingenden Notwendigkeit von zahlreichen Neueinstellungen zu rechnen. Dies wird nicht nur Thüringen allein betreffen, sondern scheint sich als bundesweites Phänomen abzuzeichnen. Schon jetzt werben die Kultusministerien einzelner Länder grenzüberschreitend um ausgebildete Lehrer anderer Bundesländer. Bundesweit sind laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Sektor „Erziehung und Unterricht“ derzeit 45.000 Stellen von 750.000 unbesetzt. Vor allem im Grundschulbereich wird Personal gesucht. Länder wie Niedersachsen reagieren auf den Lehrkräftemangel mit einem Aktionsplan. Gerade die Altbundesländer können bei der Werbung um Lehrkräfte auf strukturelle Vorteile zurückgreifen. Die Schulen sind materiell meist gut ausgestattet und die Lehrer werden relativ schnell verbeamtet. Hinzu kommen finanzielle Vorteile – in Hessen z.B. werden Regelschullehrer an den zahlreichen Gesamtschulen mit einem Gymnasiallehrergehalt eingestellt. In vielen Bundesländern (auch in Thüringen) ist zu beobachten, dass zahlreiche Quereinsteiger für den Unterricht gewonnen werden müssen, weil nicht genügend Lehrer auf dem Markt sind. Auch die Vergabe von Honorarverträgen an Studenten oder gerade fertig gewordene Absolventen der Universitäten macht jetzt schon deutlich, dass der Bedarf an Lehrkräften in einigen Gebieten höher als die zur Verfügung stehende Zahl ist. Dieser Trend wird sich angesichts der durch den Altersdurchschnitt absehbaren und notwendigen Neueinstellungswelle noch verstärken. Salopp gesagt, wird wohl in nicht allzu ferner Zukunft jeder eingestellt, der „eine Zeitung lesen kann“. Es ist also höchste Zeit, unsere Absolventen nicht mehr in andere Bundesländer ziehen zu lassen, sondern mit Verträgen, die jungen Lehrern eine Perspektive bieten, in Thüringen zu halten. Die Vermutung liegt nahe, dass die finanziellen Mittel, die jetzt nicht für die Schulentwicklung eingesetzt werden, später für nötige Korrekturmaßnahmen (Werbung von Lehrkräften, Qualifizierung von Quereinsteigern) in erhöhtem Umfang aufgebracht werden müssen.

Neben der generellen Frage des zu erwartenden Lehrermangels kommen noch folgende **Strukturprobleme** zum Tragen:

Innerhalb der Schulen finden sich zahlreiche problembehaftete Themen

- Die Lehrer werden mit immer mehr Zusatzaufgaben belastet. Hier seien als exemplarisches Beispiel die Lernentwicklungsgespräche und die Kompetenzbögen genannt.
- In zahlreichen Schulen steht nur eine unbefriedigende materielle Basis zur Verfügung. Beispiel: Für eine große Erfurter Schule (ca. 800 Schüler) ist seit Jahren nur eine kleine Einfeldsporthalle verfügbar. Diese wird auch noch an zwei Wochentagen durch die nebenstehende Grundschule belegt. Viele Klassen müssen deshalb für den Sportunterricht in die Randstunden (0./1. und 8./9./10. Stunde) an Schulen der Umgebung ausweichen.
- Die Führungskräfteentwicklung ist vielerorts ein Problem. Unbesetzte oder kommissarisch besetzte Funktionsstellen sowie eine der Leitungstätigkeit unangemessene Besoldung (über Jahre!) sind symptomatisch für diese Situation. Dieser unhaltbare Zustand wirkt sich an den betroffenen Schulen lähmend auf die Schulentwicklung aus.
- Das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit kann nirgends garantiert werden und sorgt oft für Unmut. In den Lehrerzimmern sitzen verbeamtete neben angestellten Lehrern, Ein-Fach-Lehrer neben Kollegen mit drei oder mehr ausgebildeten Fächern, Ausgebildete neben Quereinsteigern usw.
- Probleme, wie die erhöhte Belastung durch Zusatzaufgaben, planmäßige und außerplanmäßige Mehrarbeit oder die Kompensation unbesetzter Stellen, bedingen oftmals krankheitsbedingte Ausfälle der Lehrer. Dies führt zu einem Teufelskreislauf, denn die Versuche, die Stunden der (dauer-)krank ausfallenden Lehrkräfte mit der vorhandenen (dünnen) Personaldecke abzufangen, hat eine weitere Erhöhung des Stresses bei den verbliebenen Kollegen zur Folge.

Die Regelschulen wurden in den vergangenen Jahren immer weiter geschwächt

- Der Drang aufs Gymnasium lässt weitgehend nur schwache Schüler an den Regelschulen zurück.
- Neben den Grundschulen ist Inklusion in erheblichen Maße ein Thema für die Regelschule und die dort arbeitenden Lehrer wurden nicht (genug) auf die damit verbundenen Herausforderungen vorbereitet.
- Flüchtlinge werden hauptsächlich an den Grundschulen und dieser Schulform integriert.
- Der Lehrerberuf an der Regelschule ist aus den o.g. Gründen und wegen der schlechteren Bezahlung unattraktiv.
- Es findet sich jetzt schon zu wenig Personal für einige (Mangel-)Fächer.
- Die Thüringer Gemeinschaftsschule entwickelt sich zur Konkurrenz – könnte allerdings auch als neue Chance für die Regelschulen betrachtet werden.

Die Ausbildung an den Universitäten korreliert nicht mit den Anforderungen an der Schule

- In der universitären Lehrerausbildung geht Wissenschaftsrelevanz zu oft vor Jobrelevanz. Die Einschätzung zahlreicher Absolventen, dass die Ausbildung an der Universität nur eine ungenügende Vorbereitung auf den späteren Beruf bietet und viele Inhalte schlichtweg irrelevant sind, spricht hierbei Bände.
- Die Vorbereitung auf die in den Schulen anzutreffende Flüchtlings- und Inklusionsproblematik muss als ungenügend betrachtet werden.
- Eine Steuerung der Fächerwahl erscheint im Hinblick auf bekannte Mangelfächer und der Möglichkeit der Kombination von Ein-Stunden-Fächern dringend notwendig.

Die Ausbildung im Vorbereitungsdienst ist nur teilweise geeignet, auf den Beruf vorzubereiten

- Die Durchführungszeit richtet sich derzeit kaum nach den zu vermittelnden/geprüften Inhalten und wurde teilweise schon willkürlich verändert (z.B. Regelschule im Jahre 2011 von 2 auf 1,5 Jahre).
- Lehrerausbildung der ersten und zweiten Phase sind in Thüringen noch nie aufeinander abgestimmt worden.
- Lehramtsanwärter werden mit vielfältigen Anforderungen konfrontiert, die nichts mit dem Kerngeschäft des Unterrichten-Lernens zu tun haben und eine unnötige Stresssituation hervorrufen.

Anregungen zur Bekämpfung von Missständen an Schulen und Universitäten

- Einen Aktionsplan des Landes für die Lehrgewinnung erachten wir als dringend notwendig! Angefangen bei einer Erhöhung der Lehramtstudentenzahl vor allem im Grund-, Regel-, Berufs- und Förderschulbereich bis hin zu Überlegungen, womit Lehrer in Thüringen gehalten oder aus anderen Teilen der Republik geholt werden könnten, sollte die Landesregierung schnellstmöglich reagieren. Über Sonderzulagen, die Stellen in ländlichen Regionen oder an den Grenzen zu Bundesländern mit besseren Lehrerkonditionen attraktiver machen, muss nachgedacht werden.
- Schulleitungen staatlicher Schulen sollten im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule und entsprechend des Schulprofils mehr Mitspracherecht bei Neueinstellungen und Personalentwicklung haben. Die bisher praktizierte zentrale Stellenvergabe über das Schulamt (incl. einer bedenklichen Vergabe nach Notendurchschnitt) ist problembehaftet. Für die konkrete Schule spielen vielleicht vorhandene Qualifikationen eines Bewerbers (Übungsleiterlizenz, künstlerisch-musisches Knowhow, etc.) eine Rolle, die bei der zentralen Vergabe nicht genügend berücksichtigt werden können.
- Die schon lang vorgesehene Vertretungsreserve muss endlich in ausreichendem Maße geschaffen werden. Vertretungen sollten fachgebunden möglich sein und nicht nur der Schönrechnung der Ausfallstatistik dienen.
- Eine Steuerung der Studienwahl durch die Hochschulen wäre sehr zu begrüßen. Zukünftige Studenten sollten mit Anreizen in Mangelfächer gelockt werden, um den zu erwartenden Kollaps einiger Fächer (z.B. Naturwissenschaften) zu verhindern.
- Zukünftige Studenten, die sich für Fächer mit besonderen Zugangsvoraussetzungen (Eignungsprüfung) interessieren, sollten bei eventuell notwendigen Auswahlverfahren einen Bonus bei der Studienplatzvergabe erhalten. Sport, Musik oder Kunst sind meist jetzt schon Mangelfächer.
- Lehrerausbildung muss auf die Gegebenheiten im Schulbetrieb abzielen und nicht vorrangig als Wissenschaftsausbildung betrieben werden. Unseres Erachtens nach wäre es sinnvoll, zukünftige Lehrer primär von Lehrern ausbilden zu lassen. Ein, wie auch immer gearteter, eigener Bezug zur Schule sollte für das ausbildende Hochschulpersonal verpflichtend sein. In einigen Fächern führt die (unnötige) Wissenschaftsorientierung zu einem Abspringen von (potentiellen) Lehramtsstudenten. Die vorherrschende Praxis zukünftige Lehrer in der Ausbildung mit zukünftigen Wissenschaftlern gleichzusetzen ist nicht zielführend.
- Studenten in der Lehramtsausbildung sollten schon im Studium Strategien für den in der Schule zu erwartenden Umgang mit Inklusions- und Flüchtlingskindern erwerben können.
- Die Institution des Vorbereitungsdienstes muss evaluiert und überarbeitet werden. Solange dieser Teil der Ausbildung von vielen Lehramtsanwärtern als frustrierend angesehen wird, verringern sich die Übertrittsquoten aus dem Referendariat in das Lehramt unnötig.
- Quereinsteigern in den Lehrerberuf sollten gut organisierte Möglichkeiten der berufsbegleitenden Qualifizierung geboten werden. Dies betrifft sowohl die Methodik/Didaktik in einem Fach oder aber die zusätzliche Ausbildung in einem Zweitfach.
- Aus unserer Sicht sollte man die ausgebildeten Lehrer aller Schulformen in die gleiche Gehaltsstufe eingruppieren. Jede Schulform hat ihre spezifischen Herausforderungen, die Studienzeiten sind relativ einheitlich und unterschiedliche Eingruppierungen sind deshalb ungerecht.
- Eine Überarbeitung des gemeinsamen Unterrichts muss erfolgen. Inklusion kann nur gelingen, wenn dauerhaft mehr Personal in Inklusionsklassen arbeitet. Sonderpädagogen, die im GU eingesetzt werden, sollten für den Umgang mit allen inklusiven Behinderungsformen ausgebildet sein und nicht nur für zwei. Außerdem wäre die dauerhafte Einbindung in den Unterricht einer Lerngruppe sinnvoll und nicht nur die wechselnde Anwesenheit für ein paar Stunden.
- Der Run auf Schulen in freier Trägerschaft, die oft mit alternativen Konzepten arbeiten, ist kein Zufall. Staatliche Schulen sollten sich in verstärktem Maße über eine Reformierung des Schulsystems Gedanken machen.
- Zahlreiche Studien belegen den signifikanten Zusammenhang zwischen Bewegung und Lernerfolg. In Zeiten einer bewegungsarmen Gesellschaft mit all ihren daraus resultierenden (gesundheitlichen) Problemen, stellt der Sportunterricht für viele Kinder den einzigen Bewegungsanreiz dar. Wir plädieren deshalb für zahlreiche Bewegungsangebote an den Schulen.

Dabei geht es nicht nur einfach darum, die wegen der Personalnot oftmals vakante dritte Sportstunde zu erhalten, sondern Schule bewegt zu gestalten und im besten Falle die tägliche Sportstunde einzuführen.

Konkrete Vorschläge für die Universität Erfurt

1. Als einzige Grundschullehrerausbildungsstätte in Thüringen sollte das Studienkontingent in dieser Sparte erhöht werden. Es bewerben sich seit Jahren mehr Interessenten für eine solche Ausbildung, als Plätze zur Verfügung stehen. Der Ausstoß an Absolventen (vor allem in Mangelfächern wie Sport – jährlich nur etwa 10!) ist gegenüber dem zu erwartenden zukünftigen Lehrbedarf an ca. 450 Grundschulen im Land jedoch zu gering. Eine Bonusregelung für Fächer mit Eignungsprüfung wäre bei einer Beibehaltung der Studienplatzbeschränkung angebracht. Die bisherige Regelung mit Eignungsprüfung und Vergabe nach Notenschnitt (doppelte Hürde) ist ungerecht.
2. Die Regelschullehrerausbildung an der Uni Erfurt muss gestärkt werden. Die Universität sollte alle für die Schule relevanten Fächer anbieten können. Wenn es Beschränkungen in den Möglichkeiten der Fächerkombination bei der Lehramtsausbildung geben soll, dann muss dies für beide ausbildende Thüringer Universitäten (Erfurt und Jena) gelten. Es ist nicht einsehbar, warum Erfurt die Wahlmöglichkeiten seiner Studenten einschränkt und in Jena weiterhin jede Fächerkopplung möglich ist. Es macht Sinn potentielle Interessenten für das Regelschullehramt vorrangig nach Erfurt zu lenken. Das Risiko eines Wechsels in den aus vielerlei Gründen attraktiveren Gymnasialbereich ist in Jena einfach zu groß.
3. Im Zusammenspiel mit den zuständigen Ministerien und dem ThILLM sollten die weiterbildenden Studiengänge für Quereinsteiger in den Lehrerberuf forciert werden. Da für diese Lehrkräfte das Studium (meist) parallel mit dem Unterricht in den Schulen ablaufen wird, ist eine Integration in die bestehenden studentischen Kurse schwierig. Hier müssen also in mehr Fächern Kapazitäten für eigene Veranstaltungen (an bestimmten Studententagen) geschaffen werden. Allein für das Fach Sport kann in Thüringen von einem derzeitigen Bedarf von etwa 70-80 nicht ausgebildeten Lehrern ausgegangen werden. In einigen Regionen (z.B. Ostthüringen) kann bei der bisher praktizierten und aus Sicherheitsgründen höchst bedenklichen Unterrichtsbeauftragung nicht einmal der dafür notwendige Mindeststandard einer Übungsleiterlizenz nachgewiesen werden.
4. Mit der Einführung des Komplexen Schulpraktikums im Masterstudiengang hat die Universität Erfurt einen guten Schritt in Richtung einer praxisorientierten Lehramtsausbildung getan. Das kann aber noch nicht alles gewesen sein. Lehramtsstudenten müssen noch besser auf ihre Arbeit in den Schulen vorbereitet werden. Je öfter die potentiellen Lehrer (auch im Bachelor-Studiengang) schon den Kontakt mit ihrer späteren Wirkungsstätte und Kindern/Jugendlichen bekommen, desto besser. Zu einer praxisorientierten Ausbildung gehört aber auch, der unnötigen Verwissenschaftlichung eines Lehramtsstudiums entgegen zu treten. Mathematiklehrer sollten beispielsweise für die Erfordernisse des Mathematikunterrichtes vorbereitet werden und müssen keine Mathematiker werden. An dieser Stelle sei gefragt, warum das schulische Hauptfach Mathematik an der Universität Erfurt nur den Status eines Nebenfachs inne hat? Dadurch wird die sinnvolle Kopplung mit einem klassischen Nebenfach (wie z.B. Sport) verhindert. Auch die Vergabe der bisher noch begrenzten Studienplätze im Grundschulbereich nach Notenschnitt sollte überdacht werden. Die Abiturnote sagt relativ wenig über die von einem Lehramtsstudenten geforderten pädagogischen Kompetenzen aus.

Der Vorstand des Thüringer Sportlehrerverbandes

Erfurt, 29.11.2016

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

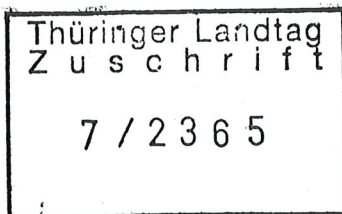
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens - Drs. 7/6573, Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – gute Bildung und Stärkung der Elternrechte - Drs. 7/5371, Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen - Drs. 7/4760 und Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht - Drs. 7/4674											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Straße 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096, Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
Name	Organisationsform										
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50										
Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</small>										
	Interessenvertretung der Verbände der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege										
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher										

	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Aus Sicht des LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V müssen die Vorlagen angepasst werden. Eine weitere Zusammenfassung ist aufgrund der umfangreichen Beratungsgegenständen nicht möglich.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 10.02.2023	



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



zu Drs. 7/6573/5371/4760/4674 NF

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- ausschließlich per E-Mail -

THÜR. LANDTAG POST
10.02.2023 14:28
4419/23

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**

Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

E-Mail: Info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
10.02.2023

**Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zu den
Beratungsgegenständen**

**Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens - Drs. 7/6573,
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – gute Bildung und
Stärkung der Elternrechte - Drs. 7/5371,
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen - Drs. 7/4760 und
Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen
gemeinsamen Unterricht - Drs. 7/4674**

Den Mitgliedern des

Sehr geehrte Damen und Herren,

..... *AFBJS*

die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer
schriftlichen und mündlichen Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens.
Zum Gesetzentwurf der Fraktionen Die LINKE., der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der
Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP nehmen wir wie folgt Stellung.

**I. Stellungnahme zum „Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“
(Drucksache 7/6573)**

Artikel 1 - Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Praxisorientierung/berufliche Orientierung (Artikel 1, Nr. 2)

§ 47 a des ThürSchG spricht von praxisorientierter, individueller beruflicher und
arbeitsweltlicher Orientierung mit dem Ziel, die Fähigkeit einer begründeten
Berufsentscheidung mit Schulabschluss und Übertritt in Ausbildung oder Studium für sich
selbst begründet treffen zu können, die sogenannte Berufswahlkompetenz.

Praxisorientiert und individuell sind demnach wichtige Attribute und Qualitätsmerkmale der Beruflichen Orientierung an den Schulen. Die Schüler*innen sollen zudem nicht nur Berufsbilder als solche, sondern die Arbeitswelt insgesamt erfahren.

Jeder Unterrichtsgegenstand sollte dahingehend geprüft und methodenvielfältig unterrichtet werden, welche Bezüge damit zur individuellen Lebens- und Arbeitswelt als erwachsene Persönlichkeit herzustellen sind. Wissensvermittlung sollte nach qualitativen Gesichtspunkten erfolgen, Transfers ermöglichen und verstehbare motivierende Sinnbezüge für Schüler*innen schaffen. Modelle wie Lernen am anderen Ort, Exkursionen und Teamteaching mit externen Partnern sollten in diesem Zusammenhang ausgebaut werden. Die thüringenweite Implementierung eines Freiwilligen Sozialen Schülerjahres (FSSJ) sollte erfolgen und finanziell unterstützt werden (Bsp. Hessen „Freiwilliges Soziales Schuljahr Hessen“ – Bewerbungen für 2. Staffel ab sofort möglich | hessen.de).

Berufliche Orientierung sollte kein Randthema der Sek. II sein und Praxistage in der Arbeitswelt zum wöchentlichen Programm ab Klasse 7/8 gehören. Zudem muss die Lehrerbildung dieses Thema verpflichtend für alle Lehrkräfte in die Aus-, Fort- und Weiterbildung aufnehmen.

Dabei sollten Lehrkräfte der Sek. II selbst auch Praxiserfahrungen in Hospitationen in der Arbeitswelt jenseits des Schulwesens sammeln und hierfür die unterrichtsfreien Zeiten nutzen. In § 4 Abs. 3 ThürSchulG soll Satz 2 wie folgt eingefügt werden: „Praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung sind durchgängiges Prinzip des Unterrichts.“

Die LIGA unterstützt die Verankerung einer praxis- und berufsorientierten schulischen Ausbildung. Mit Blick auf Schüler*innen mit besonderen Förderbedarfen schlägt die LIGA eine Erweiterung der Vorschrift dahingehend vor, dass Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Teilnahme an spezialisierten, förderbedarfsbezogenen und individualisierten Angeboten ermöglicht wird.

Die Erweiterung ist sinnvoll, weil damit die frühzeitige berufliche Orientierung für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht gestärkt wird. Förderzentren und Förderschulen können durch ihre Spezialisierung eine qualitativ und quantitativ hochwertigere praktische und berufliche Orientierung leisten, als es in Regel- und Gemeinschaftsschulen derzeit der Fall ist. Mit der Erweiterung des Gesetzes besteht für die Schulen die Möglichkeit der Bildung vielfältiger und neigungsorientierter Netzwerke zur Verbesserung der beruflichen Orientierung.

Weiterentwicklung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule (Artikel 1, Nr. 3)

Die LIGA begrüßt den Ausbau der Gemeinschaftsschulen durch die vorgeschlagene Gesetzesänderung. Inklusion kann nur gelingen, wenn diese nicht ausschließlich auf Schüler*innen mit Behinderungen bezogen ist, sondern Schule generell nicht zu frühzeitig segregiert, aufteilt und Gruppen bildet. Auch hinsichtlich des Ziels, Chancengleichheit für alle Schüler*innen zu ermöglichen, sind gerade an Gemeinschaftsschulen die Bildungschancen von Schüler*innen aus bspw. bildungsfernen Familien am höchsten. Die „Gemeinschaftsschule als Schule der Vielfalt“ ist eine Schulart der Zukunft. Aus diesem Grund weist die LIGA auf die Notwendigkeit eines untergesetzlich geregelten Qualitätsrahmens hin, der qualitative Mindeststandards für Gemeinschaftsschulen vorgibt.

Besondere Leistungsfeststellung (Artikel 1, Nr. 4)

In der 10. Klasse des Thüringer Gymnasiums eine mittlere Reife durch Prüfung zu erlangen, ist eine wichtige Erkenntnis in Auswertung des Gutenberg-Ereignisses 2002. Dafür wurde die sogenannte Besondere Leistungsfeststellung konzipiert (BLF), die allerdings nicht bundesweit anerkannt ist. Gleichwohl sollte am Ende der Klassenstufe 10 eine auch im Realschulbereich anerkannte Prüfungsleistung mit entsprechendem Abschluss erbracht werden, die bundesweit anerkannt ist.

Ganztag (Artikel 1, Nr. 5)

Die LIGA begrüßt die Möglichkeit des Ausbaus der Ganztagschule, orientiert an den spezifischen Bedürfnissen der jeweiligen Schule.

Dabei sollten die Belange von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf stärker berücksichtigt werden. Insbesondere Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung benötigen in allen Schulstufen eine Hort- und eine sonderpädagogische Ferienbetreuung. Die Erweiterung zur Ganztagschule sollte aber nicht an „personellen, sächlichen und räumlichen Möglichkeiten“ geknüpft werden. Über die beabsichtigte Erweiterung hinaus sollte ein generelles Ganztagsangebot geschaffen werden, das sich an den Bedarfen der Schüler*innen orientiert, aber auch regionale Besonderheiten eines Schulstandortes mitdenkt. Nur so können qualitativ gute Ganztagsangebote ermöglicht werden.

Auswahlverfahren (Art 1, Nr. 7)

Die LIGA begrüßt diese Regelung ausdrücklich, da sie das gesetzlich verankerte freie Schulwahlrecht für die Schüler*innen weitreichend ermöglicht und der hohen Qualität und konzeptionellen Vielfalt der freien Schulen in Thüringen gerecht wird.

Schulbesuch außerhalb Thüringens (Art. 1, Nr. 8)

Die LIGA begrüßt die vorgeschlagene Gesetzesänderung. Für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, aber auch im Raum angrenzender Bundesländer sowie unter Berücksichtigung beruflicher und familiärer Belange der Eltern besteht dieser Bedarf in einzelnen Fällen.

Schulpflichterfüllung in der Fachklasse der Berufsschule (Artikel 1, Nr. 9.)

Diese Initiative ist vollumfänglich zu begrüßen, da damit bestehenden Benachteiligungen entgegengewirkt wird.

Sie greift den gesetzgeberischen Willen auf, frühzeitig eine praxis- und berufsorientierte Bildung zu gewährleisten. Insbesondere Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, können von dieser Neureglung profitieren und ohne dem Umweg über das Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) in eine Fachklasse der Berufsschule aufgenommen werden. Die mit der Änderung durch Artikel 1, Nr. 1 beabsichtigte frühzeitige berufliche Orientierung kann unmittelbar in eine Berufsausbildung einmünden.

Distanzunterricht (Artikel 1, Nr. 11)

Die vorgesehene Präzisierung der „digitalen Lernumgebung“ wird von der LIGA begrüßt, ebenso die Verankerung des Distanzunterrichts beim Ausfall von Präsenzunterricht. Die mit § 45a Abs. 2 Ziffer 1 bis 3 nunmehr vorgenommene Beschreibung der Tatbestände, die einen Distanzunterricht ermöglichen, sind aber ergänzungs- bzw. klarstellungsbedürftig. Die Möglichkeit des Distanzunterrichts für „einzelne Personen“ (§ 45a Abs. 2 Ziff. 1) kann Chancen für Schüler*innen mit schweren und mehrfachen Behinderungen sowie Schüler*innen bieten, die z.B. aufgrund einer schweren Erkrankung phasenweise im häuslichen Umfeld unterrichtet werden. Dabei ist jedoch die Formulierung „Ausschluss [...] einzelner Personen [...] zum Schutz von Leben und Gesundheit“ ungeeignet, das Erfordernis von Distanzunterricht in geeigneter und angemessener Weise zu formulieren. Vielmehr sollte § 45a Abs. 2 um eine Ziffer 4 ergänzt werden, wonach Distanzunterricht auch dann stattfindet, wenn Schülerinnen und Schüler aufgrund einer schweren Erkrankung oder Behinderung nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können.“

Darüber hinaus bedarf der Ausbau von Distanzunterricht neuer methodischer Ansätze, die allein durch die sächlichen, im Zuge der Digitalisierung bereitgestellten Mittel nicht erfolgreich umgesetzt werden können. Die Erweiterung um die Beschulung im Distanzunterricht bedarf einer entsprechenden Qualifikation der Lehrkräfte. Dies sollte sich im vorliegenden Gesetzesentwurf wiederfinden. Zur Umsetzung der Qualifizierung sollten vom Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm) entsprechende Fortbildungsangebote eingerichtet werden.

Pädagogische Assistenzkräfte (Artikel 1, Nr. 12d)

Die LIGA erkennt den Bedarf an zusätzlichem qualifiziertem pädagogischem Personal an, gerade in Schulen mit einer besonders heterogenen Schülerschaft.

Die hier vorgeschlagenen „Pädagogische Assistenzkräfte“ sollen Lehrer*innen, Erzieher*innen sowie Sonderpädagogische Fachkräfte in der Bewältigung des pädagogischen Alltages unterstützen. Der Begründung der Gesetzesänderung (Seite 4, Lit. d. Kosten) ist zu entnehmen: „Die Vergütung sollte unter der einer Erzieher*in liegen, die der Entgeltgruppe S 8a zugeordnet wird.“ Damit entsprächen die grundlegenden Aufgaben und die Vergütungen denen der Integrationshelfer*innen / Schulassistenten, die über die Eingliederungshilfe für Schüler*innen mit Behinderungen finanziert werden. Im Freistaat Thüringen, insbesondere in Kommunen und Landkreisen mit einer hohen Inklusionsquote besteht eine hohe Zahl an Integrationshelfer*innen. Dabei zeigt sich die Herausforderung, dass Integrationshelfer*innen nicht nur „unterstützen“, sondern vielfältige pädagogische Aufgaben übernehmen müssen, dafür jedoch weder ausgebildet sind, noch hinreichend vergütet werden. Dieses Problem wird sich auf die pädagogischen Assistenzkräfte übertragen, was zur Entprofessionalisierung führt und mit einer Vergütung im unteren Lohnsektor einhergeht.

Dementgegen sollten die Ausbildung und Personalgewinnung bei Erzieher*innen sowie sonderpädagogischen Fachkräften vorangetrieben werden.

Wegen der erforderlichen Abgrenzung zu Fachpädagog*innen schlagen wir den Begriff der „schulischen Assistenzkräfte“ vor. Es geht darum, Pädagog*innen in ihrer täglichen Arbeit

durch die Abnahme organisatorischer, allgemeiner Beaufsichtigungen von Schüler*innen, verwalterischer oder hauswirtschaftlicher Aufgaben zu entlasten, jedoch nicht die direkte Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu übernehmen. Die Regelungen des Bundeskinderschutzgesetzes sind selbstverständlich einzuhalten.

Zudem braucht es zwingend die Klarstellung, dass das Vorhandensein der „schulischen Assistenzen“ an den Schulen keine Auswirkungen auf den Bedarf von Kindern mit Behinderungen im Hinblick auf deren Integrationshelfer*innen und Schulbegleiter*innen hat und deren Aufgaben unverändert bleiben.

Schulverwaltungsassistenten (Artikel 1, Nr. 13)

Der Vorschlag wird von der LIGA mitgetragen. In der Konsequenz hat bei Schulen in freier Trägerschaft eine Berücksichtigung der Mehrkosten bei der Ermittlung der IST-Kosten und eine entsprechende Anhebung der Finanzhilfesätze zu erfolgen.

Schulsozialarbeit (Artikel 1, Nr. 14)

Die weitergehende Verankerung der Schulsozialarbeit im Schulgesetz wird von der LIGA ausdrücklich begrüßt, da die Etablierung multiprofessioneller Teams an Schulen ein Garant für gelingenden inklusiven Unterricht ist und den vielfältigen Bedarfen der Schüler*innen gerecht wird. Auch hier bedarf es jedoch einer Ergänzung des Gesetzes um eine Regelung, die freie Schulträger als Mittelempfänger zur Finanzierung von Schulsozialarbeit mitberücksichtigt.

Eine individuelle berufliche Orientierung benötigt Zeitressourcen der Beratungslehrkräfte und kann durch die offizielle Erweiterung dieser Aufgabe über die mit ihrer Qualifikation dafür auch prädestinierten Schulsozialarbeiter*innen unterstützt werden.

Schulentwicklungsprogramm (Artikel 1, Nr. 16)

Die LIGA unterstützt eine Zusammenführung von Schulentwicklungsprozessen und die Schaffung einer entsprechenden Verpflichtung. Die Profilschärfung bietet gerade für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und deren Personensorgeberechtigte die Chance, eine geeignete Schule auszuwählen.

Artikel 2 - Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Die LIGA begrüßt die geänderte Regelung, Lehrbefähigungen und Berechtigungen nicht mehr schulartbezogen, sondern bezogen auf Klassenstufen unabhängig von der Schulart zu definieren. Auch die Zusammenlegung der bisherigen schulartbezogenen Lehrämter ist ein guter Schritt hin zu flexibleren Einsatzmöglichkeiten von Lehrkräften im Zuge des Lehrkräftemangels. Um dem aktuellen Lehrkräftemangel künftig erfolgreich zu begegnen, ist es darüber hinaus notwendig, dass sich die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften verbessern und der Lehrerberuf dadurch an Attraktivität gewinnt.

II. Stellungnahme zum „Dritten Gesetz zur Änderung der Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung des Elternwahlrechtes“ (Drucksache 7/5371)

Vorrangig soll auf die grundsätzlichen Ziellinien einer in unseren Augen zukunftsfähigen Bildungspolitik eingegangen werden.

Bei der Suche nach einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Bildungspolitik steht bei den in den LIGA-Verbänden vertretenen Schulträgern die einzelnen Schüler*innen mit deren jeweils spezifischen Förderbedarfen im Vordergrund. Dabei gilt es einerseits die tatsächlich zur Verfügung stehenden personellen und sächlichen Ressourcen realistisch in den Blick zu nehmen, andererseits eine erfolgreiche schulische Bildung an den verschiedenen und vielschichtigen Förderbedarfen aller Schüler*innen zu orientieren, räumliche Gegebenheiten innerhalb der Schullandschaft zu berücksichtigen und Raum für ein „atmendes“ Bildungssystem zu schaffen.

Gleichsam wird es begrüßt, die Schulen in freier Trägerschaft nicht nur formell als gleichberechtigte Bildungseinrichtungen anzusehen, sondern ihre Besonderheiten in eine erfolgreiche Bildungspolitik zu integrieren, nehmen sie doch häufig eine Vorreiterrolle ein. Unverzichtbar sind dabei die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und des Rechts auf freie Schulwahl durch die Eltern. Beides darf nicht offen und/oder schleichend aufgeweicht werden.

Eine staatliche Bevormundung wird grundsätzlich abgelehnt.

Die im Rahmen der geltenden Fassung des § 8a ThürSchulG mehrfach angezeigte Notwendigkeit einer Klarstellung (auch im Verwaltungsverfahren), das sich aus der sogenannten Lehrortempfehlung keine Bindung an den darin auch ausgesprochenen konkreten Lernort ergibt und ein Recht auf Auswahl auch einer Förderschule in freier Trägerschaft bereits in der Schuleingangsphase besteht, wird befürwortet. Bei der Lernortentscheidung der Eltern sind Schulen in freier Trägerschaft mit staatlichen Schulen gleichzustellen. Die Forderung nach einer Gleichbehandlung der freien Schulen entsprechend den staatlichen Schulen besteht nach wie vor. Dies betrifft auch die Bereiche der Kommunikation mit den Schulämtern sowie der Einstellung und Qualifizierung von Lehrkräften. Die von der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP dargelegten Problem und Regelungen werden von der LIGA positiv bewertet. Sie betreffen insbesondere Belange von Schüler*innen mit Förderbedarfen. Dazu gehört die Förderung von Teilhabe und Inklusion ebenso wie die gleichrangige Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen spezifischen sonderpädagogischen Förderung an Förderschulen. Bei dieser Betrachtung ist auch auf regionale Unterschiede und Bedarfe innerhalb der Schullandschaft des Freistaates Thüringen einzugehen.

Die im Zusammenhang mit vorausgegangenen Änderungen des Schulgesetzes von den Antragstellern dargelegten Probleme sind der LIGA aus dem Kreis der in ihr verbundenen Schulen ebenso zurückgemeldet worden. So sind die räumlichen, sächlichen und personellen Bedingungen für eine qualitativ und quantitativ hochwertige Unterrichtung der Schüler*innen im gemeinsamen Unterricht aus Sicht der Personensorgeberechtigten und Mitgliedseinrichtungen häufig unzureichend. Dieser Umstand führt mitunter zur Ablehnung einer inklusiven Beschulung. Dies kann bei Schüler*innen mit leichten Förderbedarfen zu einem Wechsel an eine Förderschule führen, obschon eine inklusive Beschulung unter

Berücksichtigung des eigentlichen Elternwillens sowie räumlicher Belange ggf. die geeignetere Form der Beschulung darstellen würde. Deshalb fordert die LIGA wiederholt eine bessere Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für einen gelingenden gemeinsamen Unterricht. Dem Erfordernis, die Schulträger und die Schulaufsicht stärker zu verpflichten, die räumlichen, sächlichen und personellen Bedingungen zu schaffen, bevor das Kind mit Förderbedarf den gemeinsamen Unterricht besucht, wird deshalb aus Sicht der LIGA zugestimmt. Neben den Qualitätsverbesserungen kann so auch eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz der inklusiven Beschulung erreicht werden.

Hinsichtlich der Berücksichtigung des Elternwillens zeigt sich in der Praxis, dass die Eltern von Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf und dabei insbesondere die (zahlenmäßig) nicht kleine Gruppe der Eltern aus so genannten bildungsfernen Familien oder mit eingeschränkten Kenntnissen der deutschen Sprache in den Möglichkeiten der Willensbildung und Willensbekundung zum Lernort durch das derzeit praktizierte Schulaufnahmeverfahren erheblich eingeschränkt werden. So ist es zu beobachten, dass Eltern teilweise von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD) angewiesen werden, ihre Kinder im gemeinsamen Unterricht einzuschulen. Spezialisierte Förderschulen werden als Lernorte nicht oder erst auf Nachfrage genannt. Der von den Antragstellern vorgestellte Vorschlag, den Elternwillen durch eine eindeutige Formulierung zu stärken, kann deshalb Klarheit bringen und eine bedarfsgerechte Einschulung garantieren.

Im Einklang damit sollte auch die zügige weitere Umsetzung des nunmehr geltenden Verfahrens zur Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfes stehen. Dazu zählt einerseits die hinreichende personelle Ausstattung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes für die nunmehr ausschließlich dem MSD obliegenden Begutachtung und Feststellung eines Förderbedarfes sowie die Einführung eines geeigneten Verfahrens, das insbesondere den Förderschulen in freier Trägerschaft – auch unter Beachtung erheblicher finanzieller Aufwendungen, die mit der Aufnahme und Unterrichtung von Schüler*innen mit erheblichen Förderbedarfen verbundenen sind – Sicherheit bietet.

III. Stellungnahme zum Antrag „Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“ (Drucksache 7/4760)

Die LIGA begrüßt den Antrag zur Beantwortung der Fragen an die Landesregierung. Die LIGA bietet bei der Umsetzung dieses Vorhabens ausdrücklich ihre Unterstützung und fachliche Expertise an. Sie bittet um Einbeziehung in die entsprechenden Vorgänge. Insbesondere im Rahmen der Befassung mit einer Inklusionsquote im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung kann die Fachexpertise der in der LIGA verbundenen Förderschulen bereichern.

IV. Stellungnahme zum Antrag „Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht (Drucksache 7/4674)“

Die LIGA unterstützt die von der parlamentarischen Gruppe der FDP dargelegten Begründungen und Empfehlungen für die Landesregierung. Förderzentren und Förderschule müssen (wieder) stärker in die regionale Bildungsplanung einbezogen werden und Möglichkeiten erhalten, als Schule mit eigenen Schüler*innen zu agieren und sich in der regionalen Schullandschaft zu vernetzen. Anerkannt werden muss, dass auch Förderschulen zu einer inklusiven Bildungslandschaft beitragen. Dabei ist hervorzuheben, dass – im Gegensatz zu anderen Ländern – gerade Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen die Möglichkeit einer differenzierten und an ihren Förderbedarfen orientierte breite Schullandschaft zur Verfügung steht.

Eine solche Schullandschaft sollte von inklusiven Schulformen mit gemeinsamen Unterricht bis hin zu den auf spezielle Förderbedarfe ausgerichtete Schulen mit besonderem Profil reichen und über die notwendigen baulichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen verfügen. Sie sollte an den Förderbedarfen der Schüler*innen, an regionalen Besonderheiten in der Schullandschaft ausgerichtet und flexibel bei der Aufnahme von Schüler*innen, aber auch flexibel beim Wechsel von einer Schulform in die andere ausgerichtet sein.

Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung bilden eine wichtige Schulart in einem Bildungssystem, um allen Schüler*innen eine Teilhabe an besonderer Förderung ermöglicht. Die Bewertung dieser Schulart als segregierende Einrichtung im Sinne der Bewertung von Inklusionsquoten (s. Antrag 3 Absatz II Punkt 2, S. 2) ist deshalb irreführend. Auch im Hinblick auf Förderzentren/-schulen mit anderen Förderschwerpunkten scheint die Erfassung einer Inklusionsquote wenig bis nichts darüber auszusagen, wie gut Schüler*innen am gemeinsamen Unterricht teilhaben kann. Ebenso sagt eine Segregationsquote nichts darüber aus, welches Maß an Teilhabe Schülerin*innen am Förderzentrum/ der Förderschule erreichen kann.

Die LIGA unterstützt den Antrag auch, weil die Akzeptanz von Inklusion dann steigen wird, wenn Menschen mit Behinderung durch Integration im Alltag sichtbar werden. Voraussetzung hierfür ist eine breit und vielfältig angelegte Schullandschaft.

Die LIGA Thüringen steht über diese Stellungnahme hinaus weiterhin mit ihrer Fachexpertise zu Schulen in Freien Trägerschaft für Gespräche zur Verfügung stehen.

Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Johannesstraße 127</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 127	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 127										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	<i>Familienpolitische Interessenvertretung</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

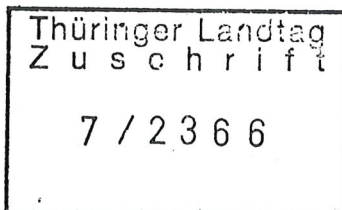
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Esfeld 10.02.2023	

Arbeitskreis THÜRINGER FAMILIEN Organisationen e.V.
Johannesstraße 127 / 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung Jugend und Sport

Jürgen-Fuchs-Straße
99096 Erfurt



Zu Dis. 7/65731537/1476014674NF

Mitglieder des AKF: Deutscher Familienverband /
LV Thüringen (DFV) / Evangelische Aktionsgemeinschaft für
Familienfragen, Landesarbeitskreis
Thüringen (eaf) / Familienbund der Katholiken im
Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen (FDK) /
Verband Alleinerziehende Mütter und Väter /
LV Thüringen e.V. (VAMV) / Landesverband der Pflege-
und Adoptivfamilien (PfAd) / Verband kinderreicher
Familien Thüringen e.V. (KRFT) / NaturFreunde
Thüringen e.V. / pro familia LV Thüringen /
Der Kinderschutzbund LV Thüringen e.V. (DKSB)

10.02.2023

**Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes mit Vorschlägen
seitens der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
sowie der CDU und der FDP**

Den Mitgliedern des

Sehr geehrte Damen und Herren,

AFBJS

Sie haben den Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen e.V. mit dem Schreiben vom 22.12.2022 um eine Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes mit Vorschlägen seitens der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen und der CDU sowie der FDP gebeten.

Zu einzelnen Punkten nehmen wir nachfolgend Stellung.

Praxisorientierung/beruflich Orientierung

Der AKF bewertet diese Überlegungen grundsätzlich positiv, hält jedoch eine nähere Definition der konkreten Umsetzung für erforderlich. Die uns bekannten Angebote halten wir allerdings für wenig geeignet, da diese häufig punktuell stattfinden. Umfänglich angelegte Strukturen, um Beruf und Arbeitsweisen kennenzulernen wären wünschenswert. Diese dürfen jedoch nicht von wirtschaftlichen Interessen der Einrichtungen und Betriebe geleitet sein.

Zu berücksichtigen sind mögliche Kosten, wie bspw. Fahrtkosten zu einem Praktikumsort oder notwendige Ausstattung des einzelnen Schülers für die berufliche Erfahrung. Diese Kosten dürfen nicht auf die Eltern abgewälzt werden. Es bedarf einer landesweit einheitlichen Regelung zur Kostenübernahme, anders als bspw. bei den Beförderungskosten für Schüler ab der Klassenstufe 11.

Besondere Leistungsfeststellung

Schüler dürfen nach einer Beendigung der Oberstufe nicht ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Die Gewissheit einen Realschulabschluss zu haben ist wichtig und gibt Schülern Perspektive. Dafür sollten die Schüler auch eine Prüfung ablegen. Zu klären sind jedoch die Prüfungsbedingungen. Das Niveau der Realschulprüfungen sollte schulartunabhängig gleichgestellt sein. Der erlangte Abschluss muss eine breite Anerkennung und Akzeptanz haben. Zudem sollte dieser auch schulartunabhängig den gleichen Titel tragen und nicht mit Zusätzen wie „gleichwertig“ Interpretationsspielräume gerade in anderen Bundesländern eröffnen oder gar eine Abwertung erfahren.



Auswahlverfahren

Die vorgeschlagene Änderung findet unsere Zustimmung.

Schulbesuch außerhalb Thüringens

Auch dieses Punkt wird vollumfänglich befürwortet.

Schulpflichterfüllung in der Fachklasse der Berufsschule

Wir sehen in diesem Schritt eine unbürokratische Chance für Schüler, die noch keinen Hauptschulabschluss erreichen konnten, diesen Abschluss mit der erfolgreichen Absolvierung nach § 25 ThürBSO zu erlangen. Einhergehend mit dem verbesserten Einstieg in die Berufswelt.

Distanzunterricht

Der AKF ist dafür, Möglichkeiten und eine Offenheit für innovative Konzepte zu schaffen. Es braucht hierfür eine nähere Definition und Klärung weiterer Details. Ein einfaches und ausschließliches Bereitstellen von Hausaufgaben in der Thüringer Schulcloud, wie es in der Zeit des sog. Homeschooling unter Corona üblich war, lehnen wir ausdrücklich ab. Unterricht muss grundsätzlich in einer Schülergemeinschaft erfolgen und den Austausch von Schülern untereinander und mit dem Lehrer garantieren. Distanzunterricht sollte, gleich welcher Form, sich auf einzelne Stunden beschränken. Hierfür bedarf es der Erprobung von Modellprojekte.

Begrüßenswert wären auch Lösungen für eine Unterrichtsteilnahme für Schüler deren Teilnahme am „normalen“ Unterricht nicht möglich ist (beispielsweise bei längerer Erkrankung).

Grundsätzlich müssen die technischen Voraussetzungen für die Schüler und für die Lehrer sichergestellt sein. Die Kosten für erforderliche technische Arbeitsmittel dürfen Eltern nicht belasten und müssen für alle Schüler zur Verfügung gestellt werden. Werden digitale Endgeräte nicht ab dem ersten Schuljahr bereitgestellt, so kann für die Schüler ohne Endgeräte kein Distanzunterricht durchgeführt werden.

Schulverwaltungsassistenz

Zunächst regen wir an, gründlich zu prüfen, ob die in den letzten Jahren vorgenommenen bürokratischen Verfügungen und zusätzlichen Verwaltungsaufgaben wirklich notwendig sind. Vorrangig sollte ein Bürokratieabbau erfolgen, um damit die Ursache für das Bedürfnis nach einer Schulassistenz zu lösen und nicht Symptome zu bekämpfen.

Fraglich scheint, ob eine Schulassistenz wirklich Lehrkräfte freisetzt.

Schulsozialarbeit

Die Verstetigung der Schulsozialarbeit sehen wir positiv. Sie muss flächendeckend, schulartunabhängig und den Schülerzahlen angepasst zur Verfügung stehen und deren Finanzierung ist zu sichern. Jedoch möchten wir erwähnen, dass der Bedarf an Schulsozialarbeit *auch* steigt, wenn Anforderungen an Eltern, wie bspw. mit der Forderung nach höherer Erwerbstätigkeit, zunehmen und ihnen damit weniger zeitliche Ressourcen für ihre Kinder zur Verfügung stehen.

Mindestzügigkeit

Bei dem Ziel ein regional ausgewogenes, vielfältiges, integratives und inklusives wohnnahes Schulangebot zu schaffen stellt die Mindestzügigkeit eine große Herausforderung dar. Insbesondere im ländlichen Raum würde dies zu Schließungen führen und Familien mit Kindern zusätzlich belasten.

Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Die Änderung wird befürwortet, da ein flexiblerer Einsatz der Lehrer möglich wird. Jedoch muss die befähigende Ausbildung der Lehrer entsprechend umfassend sein. Das Studium und Referendariat müssen auf das Unterrichten in den unterschiedlichen Schularten vorbereiten. Jedoch müssen parallel hierzu, aufbauend auf finanziellen, personellen und räumlichen Investitionen an den Hochschulen, mehr Studienplätze geschaffen werden, damit mehr Lehrer ausgebildet werden können, um dem Mangel entgegenzuwirken.



Zu den Anträgen: „Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“, „Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“ und „Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht“ gibt es innerhalb des AKF ein differenziertes Bild und jeweils Befürwortung für die jeweiligen Anträge. Daher positioniert sich der AKF hier nicht und verweist auf die Stellungnahmen der einzelnen Verbände.

Für den AKF

stellvertretende Vorstandsvorsitzende

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.</td> <td>gemeinnütziger Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Trüters Str. 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.	gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Trüters Str. 2	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
Name	Organisationsform										
Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.	gemeinnütziger Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Trüters Str. 2										
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessenvertretung von Familien mit drei und mehr Kindern	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung von Elternrechten und Beachtung von Bedürfnissen des Schülers • Klare Regelungen zu Distanzunterricht und Einsatz von digitalen Lernmitteln notwendig • Gründe für Distanzunterricht in Vorlage sind abzulehnen siehe Vorschläge für praktischen Nutzen (Sabbatical Schüler) 	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	<div style="height: 60px;"></div>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	<div style="height: 60px;"></div>	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift: <i>Wolfgang Endersleben Familien</i>
<i>Winnas 10.2.2023</i>	



Verband kinderreicher
Familien Thüringen e.V.

Verband Kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2, 99423 Weimar

Thüringer Landtag
- Ausschuss für Bildung, Jugend, Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
14.02.2023 11:08

4529/23

Weimar, 10.02.2023

Stellungnahme des Verbandes kinderreicher Familien Thüringen e.V.

„Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“ DS 7/6573

„Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“ DS 7/5371

„Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“ DS 7/4760

„Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht“ DS 7/4674

Anhörungsverfahren gem. § 79 der GO des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 22.12.2022 ist der Verband aufgefordert, sich zu Änderungen des Thüringer Schulgesetzes im Anhörungsverfahren zu äußern. Der Verband bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und hofft, wertvolle Anregungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben zu können.

Jedes vierte Kind in Thüringen wächst in einer kinderreichen Familie auf. Dieser Umstand bringt es mit sich, dass gerade Kinderreiche über einen breiten Erfahrungsschatz im Bereich Bildung verfügen. In unseren Familien wachsen mindestens drei Kinder mit eigenen Persönlichkeiten bzw. Charakteren und entsprechend verschiedenen Fähigkeiten und Fertigkeiten auf. Im Mittelpunkt der Stellungnahme stehen für den Verband Kinder und ihre Familien. Die Stärkung von Familien in der Zusammenarbeit von Schulleitung, Lehrern und Schulamts ist ein Grundanliegen der verbandlichen Arbeit.

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2 99423 Weimar

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie Personalmangel, finanzielle und räumliche Zwänge wurden in der Stellungnahme berücksichtigt.

Durch die Vielfalt an Themen in kinderreichen Familien ist es dem Verband ein zentrales Anliegen, „Randthemen“ wie die Betreuung und Bildung von behinderten Kindern in den Fokus zu stellen. Der Anteil betroffener Familien, deren behindertes Kind beschult wird, ist vergleichsweise gering. Die Auswirkungen von Inklusion im schulischen Alltag betreffen neben dem eigenen Kind und der Familien, weitere Familien und ihre Kinder. Nach Auffassung der Kinderreichen muss eine inklusive Beschulung immer auch ein verlässliches Angebot an Förderschulen in Wohnortnähe mit einer guten Erreichbarkeit vorhalten. Auch und gerade Inklusion muss eine Binnendifferenzierung innerhalb der Bedürfnisse eines jeden Schülers sicherstellen. Gelingt dies wegen fehlender personeller, finanzieller und räumlicher Möglichkeiten im gemeinsamen Unterricht nicht, so ist zum Schutz von Kindern darauf zu verzichten. Das Recht des Schülers auf bestmögliche Förderung seiner Person ist zu achten. Eltern sind in der Stärkung ihrer Rechte zu fördern und zu unterstützen. Die Entscheidungen von Familien, welche Schulart ihr Kind besucht, ist zu respektieren. Das Bekenntnis der FDP zum Elternwahlrecht wird ausdrücklich begrüßt. Dies schließt nicht den Ausbau aller Schulen zu barrierefreien Schulen aus. Es erscheint aus verbandlicher Sicht mit den zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Mitteln und angesichts des enormen Sanierungsstaus an Schulen zeitnah nicht umsetzbar. Förderschulen sollten auch zukünftig weiterentwickelt und gefördert werden.

Der Verband nutzt die Gelegenheit weitere Anregungen für das sich ändernde System „Schule“ einzubringen, so z.B. ein Sabbatical für Schüler.

In die Erarbeitung der Stellungnahme wurden Mitgliedsfamilien, welche beruflich als Pädagogen tätig sind, mit ihren Erfahrungen und Erwartungen an ein sich veränderndes Schulsystem eingebunden.

Inhaltsverzeichnis

Grundsätzliches.....	3
Inklusion ja, aber auch mit Förderzentren.....	4
Im Einzelnen.....	5
§ 4 Schularten.....	5
§ 6 a Gemeinschaftsschule.....	5
§ 7 Gymnasium.....	5
§ 17 Allgemeines zur Schulpflicht.....	6
Schule neu denken:.....	6
Sabbatjahr für Schüler.....	6
§ 28 Mitwirkung der Schüler.....	7

§ 30 Pflichten des Schülers.....	7
§ 34 Lehrer, Erzieher, Sonderpädagogische Fachkräfte und Pädagogische Assistenzkräfte....	8
§ 35 Sonstiges unterstützendes Personal an Schulen.....	8
§ 35 a Schulsozialarbeit.....	9
§ 45 a Präsenz und Distanzunterricht, Digitale Lernumgebung.....	9
Vorbemerkung.....	9
Distanzunterricht.....	10
Digitale Lernumgebung (Lernmittel).....	11
Ausnahmen vom Präsenzunterricht.....	11
§ 45 a II sollte folgende Regelung enthalten:.....	13
§ 57 Datenschutz.....	13
Anlage 1 - Sabbatical für Schüler - Erfahrungsbericht einer kinderreichen Familie.....	14
Anlage 2 - Schulsekretär (m/w/d).....	15

Grundsätzliches

Bildung bezieht sich ganzheitlich auf die Bildung der Persönlichkeit und damit auch auf Handlungskompetenzen in einer sich verändernden Welt. Dies schließt die dazu nötigen moralischen und ethischen Bewertungskompetenzen des eigenen Handelns ein.

Im Bereich Lehren und Lernen steht die Aneignung von Wissen und Inhalten im Vordergrund sowie die Fähigkeit, diese im späteren Leben nutzen und anwenden zu können, aber auch das Lernen zu lernen.

Welche technischen Möglichkeiten zur Wissensvermittlung, -vertiefung und zum Wissenserwerb genutzt werden, ist abhängig von den angestrebten pädagogischen Zielen und Ressourcen sowie den finanziellen Ausgestaltungen.

Der Verband vermisst ein schlüssiges, zukunftsweisendes und praxistaugliches Konzept „Schule“, welches in den geplanten Änderungen des Thüringer Schulgesetzes seinen Niederschlag findet.

Dabei lautet das Gebot der Stunde, Technologien mit hervorragenden neuen Potentialen zielgerichtet nutzbar zu machen und auf begrenzte Ressourcen (personell und finanziell) zu reagieren.

Dafür ist eine interdisziplinär aufgestellte und praxisorientierte Forschung notwendig, die sich mit den Potentialen auseinandersetzt, aber auch Risiken einbezieht. Ob und in welcher Form dies im Rahmen der Gesetzesänderungen berücksichtigt wurde, erschließt sich dem Verband nicht, da eine Ausgestaltung über die bloße Benennung von Schlagworten u.a. in § 45 a nicht erfolgt. Eine gesetzliche Regelung zur Ausgestaltung von Distanzunterricht, dem Einsatz und dem Umfang digitaler Lehr- und Lernmittel und künstlicher Intelligenz muss im Thüringer Schulgesetz inhaltlich erfolgen. Es mangelt den neuen

Regelungen an fundierten und juristisch klar definierten Zielen, weshalb der Handlungsspielraum zu keinen einheitlichen Ergebnissen führen kann.

Inklusion ja, aber auch mit Förderzentren

Inklusion bedeutet im eigentlichen Sinne, dass es **für jeden Menschen – mit oder ohne Behinderung – passende Angebote** in der Gesellschaft gibt.

Das Motto sollte nicht „*entweder – oder*“ sein, sondern „*sowohl als auch*“. Und darum gehören auch speziell auf die geistige Behinderung ausgerichtete Einrichtungen, namentlich Förderschulen, in die Bildungslandschaft. Nicht jede Schülerin oder Schüler kann aufgrund der Behinderung am inklusiven Unterricht teilnehmen. Und nur „auf einer Wellenlänge“ können sich Freundschaften entwickeln.

Förderzentren haben sich im Laufe der Jahrzehnte bewährt und die **Behindertenkonvention** verlangt nicht die Abschaffung bewährter Angebote, sondern **fordert die Ergänzung der Schullandschaft**.

Hinzu kommt das **Wunsch- und Wahlrecht der Eltern** von meist schwerst-mehrfachbehinderten Kindern. Viele favorisieren den Besuch eines Förderzentrums für ihr Kind, da nur dort eine **angemessene Begleitung, Förderung, Betreuung und Pflege gewährleistet** werden kann.

Diese Meinungen und vor allem Erfahrungen der Familien sollten mehr Beachtung und Wertschätzung im politischen Raum erfahren. Eltern haben ein Recht, gleichberechtigt wahrgenommen zu werden.

Gerade wenn Eltern, als lebenslange Wegbegleiter ihres behinderten Kindes ein Förderzentrum wählen, wollen das Beste für dessen weiteren Lebensweg.

Förderschulen sind ein wichtiges Qualitätsmerkmal unserer Gesellschaft. Wie intensiv nehmen wir die Bedarfe und Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung, also der Schwächsten in unserer Gesellschaft wahr und reagieren darauf mit verlässlichen Angeboten?

Gleichzeitig sollte man sich in der Diskussion von reißerischen und vorbelasteten Formulierungen, wie *aussondern* und *selektieren*, verabschieden. Populismus hat in der Diskussion um die Zukunft von Menschen mit Behinderung aufgrund unserer Geschichte keinen Platz und wird den Sorgen der Eltern nicht gerecht. Mit Blick auf die finanziellen Bedarfe im Bereich Schule/Inklusion muss festgestellt werden, dass die angemessene Förderung eines Kindes hohe finanzielle Aufwendungen erfordert. Die Abschaffung von Förderzentren ist nicht geeignet Haushaltsmittel einzusparen.

Im Einzelnen

§ 4 Schularten

Abs. III S. 2 nimmt praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung als durchgängiges Prinzip des Unterrichts auf, **ohne nähere Regelungen zum zeitlichen Umfang für einzelne Jahrgangsstufen** ab Klasse 5 zu treffen. Es fehlen Vorgaben, welche **Qualifikation die „unterrichtende“ Personen** vorweisen sollen, um den „Ersatzunterricht“ leisten zu können. Fraglich ist, ob und in welcher Höhe hierfür eine **Aufwandsentschädigung gezahlt** wird. Haushaltsmittel müssen entsprechend eingestellt werden.

Organisatorische und finanzielle Fragen aus Sicht der **Familien** sind ebenfalls nicht geklärt. Es **fehlt an verbindliche Regelungen über finanziellen Mehraufwendungen** der Schüler, um den Praxisort – welcher vom Schulstandort abweichen kann, zu erreichen.

Ein kostenfreies oder für kleines Geld zu erwerbendes **Mobilitätsticket ab Klassenstufe 5** sorgt für finanzielle Entlastung der Familien. Ohne Einführung eines solchen Tickets sind die Fahrtkosten vollständig durch das Land zu übernehmen, wenn Schüler an Angeboten praktischer Lernorte und beruflicher Orientierung teilnehmen.

§ 6 a Gemeinschaftsschule

Die Zusammenlegung von Grund- und Regelschulen in einer Gemeinschaftsschule soll binnen fünf Jahren am **gemeinsamen Schulstandort** erfolgen. Der „gemeinsame Standort“ wird nicht definiert. Ist hierbei der unmittelbar räumliche Zusammenstand beider Schulen auf einem Grundstück/Gelände, in einer Straße, einem Stadtviertel, einer Stadt oder einer Region gemeint?

Die neue Regelung führt zu einer Abschaffung von Grund- und Regelschule in der bekannten Form. Der Elternwillen wird nicht beachtet, wenn kein Beschluss der Schulkonferenz der Verbundschulen und kein Einvernehmen des für das Schulwesen zuständigen Ministerium nach § 13 IV 1 erforderlich ist. Dabei ist es gerade Aufgabe der Schulkonferenz, das Zusammenwirken ihrer Mitglieder (Eltern, Lehrer, Schulleitung) zu fördern, gemeinsame Angelegenheiten des Schullebens zu diskutieren sowie Vorschläge zu unterbreiten.

Der Verband bittet um **Prüfung**, inwieweit **Rechte der Schulkonferenz** (insbesondere von Eltern) eingeschränkt werden, wenn es keines Beschlusses der Schulkonferenz der Verbundschulen bedarf. (vgl. 6a – 3a Satz 2)

§ 7 Gymnasium

Abs. VI Eine Besserstellung von Schülern an Gymnasien, die ohne die Teilnahme von Prüfungen einen Abschluss vergleichbar dem Realschulabschluss erwerben, hält der Verband nicht für zielführend. Im Rahmen der Gleichbehandlung sollten **alle Schüler des 10. Jahrgangs eine Prüfung ablegen**, um einen Abschluss zu erwerben, unabhängig davon, ob ein schulischer oder beruflicher Werdegang

angestrebt wird. Die Teilnahme an der Prüfung kann insbesondere von Schülern, welche einen Hochschulabschluss anstreben und diesen durch den Besuch der 11. und 12. Klasse fortsetzen, erwartet werden.

§ 17 Allgemeines zur Schulpflicht

Abs. III Die aktuelle Regelung enthält keine Regelung, in welcher Form und mit welchen Unterlagen die Erfüllung der Vollzeitschulpflicht dem zuständigen Schulamt nachzuweisen sind. Hier wird um eine **Präzisierung gebeten**.

Die Schulleitung darf aktuell bis zu 15 Tage über das Fernbleiben eines Schülers/einer Schülerin entscheiden. Aus verbandlicher Sicht sollte in Absprache der Schulleitung mit dem zuständigen Schulamt eine Genehmigung von mehr Urlaubstagen möglich sein. Der Schulleitung steht im Austausch mit den Lehrern der Hauptfächer eine bessere Aussagekraft über die Fähigkeiten der jeweiligen Schüler zu. Dem Schulamt fehlt der Überblick, ob und inwieweit ein Schüler in der Lage ist, Unterricht im außerschulischen Kontext umzusetzen und nachzuholen.

Schule neu denken:

Sabbatjahr für Schüler

Jeder Berufstätige kann in Deutschland ein Sabbatjahr einlegen. Für Beamte, Angestellte des Öffentlichen Dienstes *sowie* Lehrer gibt es spezielle Gesetze, die es vergleichsweise einfach machen, weil dort fast alles geregelt ist. Für andere (Selbständige sowie Angestellte in der freien Wirtschaft) ist ein Sabbatical grundsätzlich immer möglich. Einen Anspruch auf ein Sabbatjahr gibt es zwar nicht, dafür aber immerhin Gesetze, die einen zeitlich befristeten Ausstieg aus dem Job ermöglichen und erleichtern.

Schulämter und Schulen können interessierten Familien **keine Angebote unterbreiten**, die eine Beschulung während eines einjährigen Aufenthaltes außerhalb Deutschlands umsetzen möchten.

Während alleinstehenden Personen und Paaren ohne Kind(er) die Möglichkeit für ein freigestaltetes Jahr eingeräumt wird, fehlt eine Regelung für Schüler, die gemeinsam mit ihren Eltern für einen längeren Zeitraum den Schulstandort verlassen möchten. Hier sieht der Verband Nachholbedarf und die Notwendigkeit einer Gesetzesergänzung.

Einen **besonderen Vorteil** sieht der Verband darin, dass „**Lernen an einem anderen Ort**“ **nicht nur auf Aktivitäten im Klassenverband** begrenzt bleibt. Dies weiterhin stärkt den familiären Zusammenhalt. Die Schüler erfahren einen Freiraum, der ihnen ermöglicht sich selbst besser kennenzulernen und Fähigkeiten und Fertigkeiten auszubilden, welche im Schulalltag mit strenger Taktung und Struktur nicht möglich wären. Sie erfahren andersartige Kulturen, erleben den Alltag mit anderen Wertvorstellungen und Regeln, Denkweisen, Landschaften und Lebensumständen, welche nachhaltig ihren Charakter formen. Schüler werden so zu **toleranten Weltbürgern** und können ihre Erfahrungen nach der Rückkehr **als Beitrag zur gelingenden Integration** beitragen.

Um die **bestehende Schlechterstellung von Familien gegenüber Kinderlosen aufzuheben**, regt der Verband kinderreicher Familien an, diese Schüler zentral und digital weiter zu unterrichten und verweist auf die neuen Möglichkeiten von Distanzunterricht, vgl. 45 a I S.2.

Neu:

Die Schulpflicht wird durch ein Sabbatical erfüllt.

Bildungsangebote werden über digitale Unterrichtsangebote für alle Jahrgänge thüringenweit einheitlich gewährleistet.

In der praktischen Umsetzung bietet ein Schulamt das Angebot für den digitalen Unterricht für die Klassen 1 bis 10 für alle Schüler an.

§ 28 Mitwirkung der Schüler

Die Zusammensetzung der Klassen wechselt, angefangen von der Grundschule in der Regel alle zwei Jahre. Deshalb sollte die **Wahl der Schülervetreter** nicht innerhalb der ersten vier Wochen eines Schuljahres, sondern **bis zu den Herbstferien** des Jahres erfolgen. Dies ermöglicht den Schülern, sich zunächst im neuen Klassenverband kennenlernen und besser einschätzen zu können, welche Person geeignet ist, als Klassensprecher die Interessen der Schüler zu vertreten.

§ 30 Pflichten des Schülers

§ 30 I 3 verpflichtet die Schüler während einer digitalen Lernumgebung zur Übertragung von Bild und Ton, soweit dies aus pädagogischen Gründen erforderlich ist und die technischen Voraussetzungen vorliegen. Hierbei stellt sich die Frage, wer die technischen Voraussetzungen am Gerät des Schüler prüft? Die Regelung in ihrer jetzigen Form scheint wenig geeignet, die eigentlichen Mängel beim Distanzunterricht mit dem Einsatz von digitalen Lernmitteln aufzuheben. Die technischen Voraussetzungen im familiären Umfeld des Schülers sind sehr verschieden. Daher ist es nach Auffassung des Verbandes notwendig, **Mindeststandards von Geräten und Verträgen zur Datenübertragung festzulegen und diese kostenfrei zur Verfügung zu stellen.**

Finanzielle Mehrbelastungen für die Familien dürfen durch die Nutzung von digitalen Formaten **weder im Präsenzunterricht noch bei Distanzunterricht anfallen**. Anfallende Kosten sind durch den Schulträger zu tragen. Kosten hierfür sind im Landeshaushalt einheitlich für jeden Schüler aufzunehmen. Der Verband setzt sich dafür ein, dass **kostenloses WLAN für Schüler**, die in Distanzunterricht mit digitalen Lernmitteln beschult werden, zur Verfügung steht.

Eine Differenzierung nach Einkommen der Eltern lehnt der Verband ab.

§ 30 3a sieht vor, dass bei unzuverlässiger Verwendung das digitale Endgerät vorübergehend einbehalten werden kann. „Vorübergehend“ eröffnet der Schule oder einzelnen Pädagogen einen weiten Ermessensspielraum, welcher von Anfang an klar umgrenzt sein sollte. Hier fehlt es an einer klaren Höchstdauer für den Entzug des Gerätes und welche Personen bis zur Volljährigkeit des Kindes zur Abholung des Gerätes berechtigt sind.

§ 34 Lehrer, Erzieher, Sonderpädagogische Fachkräfte und Pädagogische Assistenzkräfte

§ 34 2a sieht vor, dass Lehrer in räumlicher Trennung im Rahmen einer digitalen Lernumgebung zur Übertragung des eigenen Bildes und Tones verpflichtet sind. Die Festlegung „in der Regel“ zieht die **Festlegung von Ausnahmen** (vgl. 45 a I) nach sich. Diese müssen nicht abschließend sein, sollen aber eine Orientierung für Fälle verdeutlichen, in denen nicht die Pflicht besteht, mit Bild und Ton an einer digitalen Übertragung mit seinen Schülern mit Bild und Ton teilzunehmen.

Ausnahmen sollten im Gesetzgebungsverfahren aufgenommen werden oder die Formulierung „in der Regel“ ist zu streichen.

§ 35 Sonstiges unterstützendes Personal an Schulen

Folgende Fragen des Schulverwaltungsassistenten regelt der Gesetzentwurf nicht:

Welche Aufgaben werden von der Schulleitung, der stellvertretenden Schulleitung, Lehrern, Sekretären und Schulassistenten übernommen?

Welche Qualifikation muss ein Schulverwaltungsassistent danach vorweisen? Die Stellenbeschreibung sollte dabei thüringenweit einheitlich gleich sein.

Wie können Konflikte bei der Umsetzung und Abgrenzung von Aufgaben innerhalb des Schulkollegiums vermieden werden?

Welche Abminderungsstunden werden dadurch für Pädagogen frei und können für den Unterricht in den Klassen genutzt werden?

Welche bisherig vom Schulsekretär übernommenen Aufgaben werden zukünftig vom Schulverwaltungsassistenten übernommen und besser bezahlt? Problematisch ist die Einstufung je nach Ausbildung mit einer E 8, während Schulsekretäre im Mittleren Dienst TVöD-VKA E 5 eingruppiert werden. (Anlage vgl. Stellenausschreibung Stadt Weimar zum 17.2.2023)

Die ungeklärten Fragen veranlassen den Verband zu der Schlussfolgerung, dass die Regelungen zum Schulverwaltungsassistenten in staatlichen Schulen durch eine genaue Stellenbeschreibung im Gesetz verankert werden sollten.

Notwendig ist nach Ansicht des Verbandes weiter, dass **einheitliche Softwareprogramme zur Erfassung von Daten** allen Schulen zur Verfügung stehen. Eine einheitliche Software in allen Schularten und Schulformen Thüringen hat den Vorteil, dass eingegebene Daten ohne weitere Zwischenschritte nutzbar und verarbeitet werden können. Entsprechende Schnittstellen fehlen in aktuell eingesetzten Programmen und sorgen für einen Mehraufwand von Verwaltungsabläufen und – abfragen.

Daneben sieht der Verband einen großen **Bedarf in der Qualifizierung und Weiterbildung von Schulsekretären**, damit neue Medien im Bildungsbereich eingesetzt werden zu können. Digitalisierung erfordert nicht, dass eine Vielzahl von Programmen in einem Bereich eingesetzt werden, sondern dass

die **Nutzung bedienerfreundlich, einfach und unter Beachtung von datenschutzrechtlichen Regelungen** erfolgt. Thüringen muss hier **klare Vorgaben an die Schulträger machen und dies finanziell untersetzen**. Nur wenn eine einheitliche Software in allen Schulformen und -arten eingesetzt wird, entfallen beim Wechsel von Schulsekretären lange Einarbeitungszeiten an der neuen Schule.

§ 35 a Schulsozialarbeit

Der Verband stellt fest, dass die aufgewendeten Haushaltsmittel für die Schulsozialarbeit seit Einführung 2013 von 2,4 Millionen Euro auf 23,4 Mill. Euro im Jahr 2021 gestiegen sind.

Dabei übernimmt die Schulsozialarbeit Aufgaben, die originär durch die Familie erbracht werden sollten. Das eigentliche „Kerngeschäft“ der Familien wird in weiten Teilen über die Schulsozialarbeit in die Schule verlagert.

Die zeitnahe Rückkehr in den beruflichen Alltag nach der Geburt eines Kindes und die Aufstockung des Stundenumfang durch die Regelung von Elterngeld plus führen dazu, dass Eltern weniger Erziehungszeit im familiären Umfeld bleibt. Der Beschäftigungsumfang von Eltern hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Beschäftigung eines Elternteils genügt nicht mehr, die finanzielle Bedarfe einer Familie mit drei und mehr Kindern aus eigener Kraft abzusichern. (vgl. Bertelsmannstiftung Studie vom 10.11.2022 – Mehrkindfamilien in Deutschland)

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage, welche weiteren Zuwächse im Bereich der Schulsozialarbeit notwendig sind, wenn die Bundesfamilienministerin Lisa Paus im Handelsblatt am 17.12.2023 angesichts des Fachkräftemangels für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen plädiert. Im Interview erklärte sie: *„Jede zweite weibliche Beschäftigte arbeite in Teilzeit. Es brauche jedoch eine höhere Frauenerwerbstätigkeit und eine Erhöhung der Wochenarbeitsstunden von Müttern.“*

- ➔ Schränkt nicht der Ausbau der außerhäuslichen Tätigkeit von Müttern die zur Verfügung stehende Erziehungsarbeit in der Familie ein?
- ➔ Steigen damit nicht in absehbarer Zeit die finanziellen notwendigen Mittel in diesem Bereich weiter?
- ➔ Könnte mit einer besseren Anerkennung von Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsleistung durch die Familie dieser Kreislauf durchbrochen werden?
- ➔ Sinken die Kosten für die Schulsozialarbeit (damit Steuerausgaben im Bildungsbereich), wenn der Erwerb von Resilienz durch die Familien gestärkt wird?

§ 45 a Präsenz und Distanzunterricht, Digitale Lernumgebung

Vorbemerkung

Eltern sehen die Einführung von Distanzunterricht vor dem Hintergrund von prognostiziertem Lehrermangel kritisch. Die Sorge wegen fehlenden Personals in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer mehr von Präsenzunterricht auf Distanzunterricht an Thüringer Schulen

umzusteigen, besteht. **Familien** haben die Aufgaben von Lernstofferarbeitung und –vermittlung während des Lockdowns übernommen. Eine **zukünftige, dauerhafte „Rufbereitschaft“** der Eltern als **„Ersatzlehrer“** und die **Absicherung der Teilnahme ihrer Kinder am Distanzunterricht obliegt ihnen nicht**. Sie lehnen dies mehrheitlich nach den Erfahrungen der Lockdowns in 2020 und 2021 und dem Aufgabenzuwachs in diesem Bereich insbesondere für die unteren Jahrgangsstufen ab.

Der Verband gibt zu bedenken, dass dem Staat ein Gewährleistungsrecht auf schulische Bildung gem. Art. 2 I GG in Verbindung mit Art. 7 I obliegt.

1. Die Gewährleistungsdimension umfasst ein **unverzichtbares Maß eines Mindeststandards von Bildungsangeboten**, also die Qualität von Schularbeit im Ganzen.
2. Weiterhin besteht ein Recht auf **gleichen Zugang zu staatlichen Bildungsangeboten**.
3. Drittens gibt es ein **Abwehrrecht gegen Maßnahmen**, welche das aktuell eröffnete und auch das wahrgenommene **Bildungsangebot der Schule einschränken**, ohne das Schulsystem als solches zu verändern, d.h. ein Recht gegen eine Verschlechterung des Bildungsangebots vorzugehen.

Das Thüringer Schulgesetz muss die Curricula, das Schulleben, die soziale Interaktion der Schüler untereinander und mit dem Lehrpersonal, die Qualität der Angebotsstruktur, materiell und personell in den Blick nehmen, um unverzichtbare Mindeststandards zu sichern.

Distanzunterricht

Distanzunterricht ist dabei **nur ein begrenzt einsetzbares Mittel zur Vermittlung von Lern- und Bildungsinhalten**.

Im Gesetzentwurf vermisst der Verband eine **grundsätzliche Regelung, ab welcher Klassenstufe und für welche Fächer** eine Lernumgebung für Schüler gegeben ist, die eine **adäquate Beschulung sicherstellen**. Das soziale Miteinander und die Qualität von Bildungsgängen muss auch im Distanzunterricht und beim Einsatz digitaler Medien gesichert sein. Die Expertise und Erfahrungen von Schülern, Lehrern und Eltern der letzten beiden Jahre sind zu berücksichtigen.

Um den Übertritt vom Kindergarten in die Schule bestmöglich zu gestalten, ist für die Schüler in der Schuleingangsphase bis zum Ende der sechsten Klassenstufe der Lehrer eine besondere Bezugsperson. Distanzunterricht sollte **nicht vor Klassenstufe 7 eingeführt** werden und sich auf einzelne Fächer und auf eine geringe Anzahl von Wochenstunden begrenzt werden.

Konzentriertes Verfolgen von Lerninhalten am Bildschirm schränkt die Interaktion von Schülern ein.

Diese Unterrichtsform stellt besonders **Kinder mit Förderbedarf** vor besondere Herausforderungen. Je nach Beeinträchtigung ist Distanzunterricht wenig geeignet, sie angemessen zu fördern. Gerade Kinder und Jugendliche mit Handicap benötigen eine stabile, konstante und physisch anwesende

Bezugsperson. **Bildungsnachteile** besonders für Förderschüler in inklusiven Klassen im Distanzunterricht sind zu erwarten und daher **auszuschließen**.

Selbständiges erarbeiten von Stoffinhalten und Vertiefen von Fachwissen kann als Fähigkeit in den oberen Klassenstufen vermittelt und ab Klasse Stufe 9/10 eingesetzt werden.

Distanzunterricht kann im Einzelfall ein geeignetes Mittel für **länger erkrankte Schüler** sein. Sie können auf diese Weise in den Unterricht eingebunden und trotz körperlicher Abwesenheit Teil des Klassenverbandes zu sein. § 45 I S. 5 unterstreicht diesen Ansatz, soweit er den Anspruch auf individuelle Förderung nach § 2 II hervorhebt.

Distanzunterricht eröffnet für Familien die Beschulung während eines **Sabbatical der Familie**. Diese Möglichkeit steht Einzelpersonen offen. Eine Regelung für Schüler ist bisher nicht vorgesehen. Sollte aber in diesem Zusammenhang geschaffen werden.

Digitale Lernumgebung (Lernmittel)

Die Ausführungen zur digitalen Lernumgebung sind in Abs. I S. 3 und 4 sehr knapp dargestellt.

Wenn Schüler nicht in Präsenz lernen und Unterricht nur digital in Distanz erfolgen soll, fehlt es an Standards, an Erfahrung, an Software-Lizenzen und an passender Hardware. Hinsichtlich des Datenschutzes stehen Schulen auf der sicheren Seite, wenn sie den Server ihrer Videokonferenz selbst betreiben. Die technischen und personellen Voraussetzungen müssen hierfür geschaffen werden. Die Umsetzung von digitalem Distanzunterricht darf nur unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen erfolgen.

Vor dem Einsatz von digitalen Lernmitteln/ intelligenten Lernsystemen (KI) ist klar **zu definieren, welche Daten, von wem, für welchen Zweck erhoben, verarbeitet und gespeichert** werden. Der **Thüringer Datenschutzbeauftragte** ist hierbei vorab **einzubeziehen**.

Ausnahmen vom Präsenzunterricht

Abs. 2 Nr. 1 soll zukünftig als **Rechtsgrundlage** für die Schließung einer Schule, einzelner Klassen oder Kurse dienen. Die **Begründung des Gesetzentwurfes lehnt der Verband ab** und verweist auf die Auswirkungen von Distanzunterricht während der Corona-Pandemie.

Zwischen den Schulschließungen und dem Auftreten von Symptomen einer Depression bei Kindern und Jugendlichen besteht laut einer neuen Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ein Zusammenhang. (FAZ vom 2.2.2023) *„Pandemiebedingte Restriktionsmaßnahmen und Schulschließungen haben zu einem Anstieg der Depressionen bei Jungen und Mädchen in Europa beigetragen“*, sagte Helene Ludwig-Walz. Im Vergleich zur Zeit vor Corona ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit depressiven Symptomen um 27 Prozent gestiegen, sofern diese allenfalls mit geringen Einschränkungen des Schulbetriebs konfrontiert waren. Bei teilweisen oder kompletten

Schulschließungen stieg die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Krankheitszeichen einer Depression um 75 Prozent.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat die Schulschließungen als einen Fehler bezeichnet. *„Wir sind bei den Schulen und bei den Kindern sehr hart eingestiegen“*, sagte Lauterbach in der ARD. Dies sei rückblickend „ein Kritikpunkt“.

An eine neue Pandemie, so reflektiert er im Fernsehen das Momentum der Bilanz, würde er auch *„ganz anders herangehen“*. (FAZ vom 31.1.2023 – Wir werden dann mal so unfrei)

Bereits im Juli 2022 stellte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) im Interview mit der FAZ fest, dass von den pandemiebedingten Schließungen vor allem Kindern betroffen waren, die zu Hause weniger Unterstützung erhalten konnten. Die Schüler *„brauchen den Präsenzunterricht in der Schule.“* Es gehe darum, die Basiskompetenzen „Lesen, Schreiben und Rechnen“ zu stärken. Weil gerade Grundschüler darauf angewiesen waren, dass ihre Eltern sie während der Schulschließung beim häuslichen Lernen unterstützen konnten und digitale Angebote für noch nicht alphabetisierte Kinder ausfielen, ist auch der Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Bildungsstand der Familie und Bildungserfolg signifikant enger geworden. Am stärksten ist der Leistungsrückgang bei Schülern mit Migrationshintergrund.

Hamburgs Schulsenator und Koordinator der sozialdemokratisch regierten Länder Ties Rabe (SPD) erklärt, dass die Schulschließungen gerade bei Kindern mit Lernproblemen die schlimmsten Auswirkungen hatten. Der hessische Kultusminister Alexander Lorenz, der die unionsregierten Länder koordiniert, sieht in den Ergebnissen *„eine Verpflichtung für uns als Politik bei allen zukünftigen Pandemieentscheidungen noch mehr als zuvor die Interessen von jungen Schülern in den Vordergrund zu stellen.“* (FAZ vom 2.7.2022)

Abs. 45 II Nr. 2 Ein Stundenausfall wegen außergewöhnlicher Witterungsumstände ist für den Verband ohne Anordnung von Distanzunterricht durchaus denkbar.

Die Mitteilung von Schulschließung wegen außergewöhnlicher, witterungsbedingter Ereignisse erfolgte in der Vergangenheit in weniger als 24 Stunden an Eltern und Schüler. In einigen Fällen auch erst am entsprechenden Morgen. Ob hier eine Teilnahme der Schüler im Digitalen Unterricht durch die Familien abzusichern ist, oder doch eine Betreuung durch die Schule erfolgt, ist unklar.

Abs. 45 II Nr. 3 Dem Gesetzesvorschlag kann nicht entnommen werden, welche *„weiteren sonstige besondere Bedarfsfälle zur Erhaltung erreichter Lernstände“* der Gesetzgeber im Blick hat, die das zuständige Schulamt ermächtigen den Präsenzunterricht aufzuheben. Sollte der Gesetzgeber dem über Jahrzehnte **bestehenden Lehrermangel als Generalklausel vorsorgen** wollen, wird diese vom Verband **abgelehnt**.

Fazit:

§ 45 a II sollte folgende Regelung enthalten:

Distanzunterricht kann stattfinden, wenn

- 1. wenn die Erkrankung eines Kindes die Teilnahme am Präsenzunterricht nicht erlaubt,**
- 2. wenn der Schüler mit seinen Eltern ein Sabbatical nimmt,**
- 3. aufgrund außergewöhnlicher witterungsbedingter Ereignisse Präsenzunterricht ausfällt.**

§ 57 Datenschutz

Ergänzend sollte aufgenommen werden:

Das Prinzip der Datensparsamkeit ist einzuhalten.

Auf schriftliche, formlose Nachfrage der Eltern muss die Schulleitung innerhalb von 14 Tagen schriftlich Auskunft erteilen, welche Daten vom Schüler und Eltern erfasst und hinterlegt sind und wem diese Daten in welchem Zusammenhang zur Verfügung gestellt werden.

Die Eltern haben einen Anspruch auf Lösung der Daten, die nicht im unmittelbaren schulischen Zusammenhang stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführerin KRFT e.V.

Anlage 1 - Sabbatical für Schüler - Erfahrungsbericht einer kinderreichen Familie

Die weit verbreitete Sorge ist, wenn Kinder nicht zur Schule gehen, dass sie einen Bildungsnachteil erleiden, der sich bis in ihr Berufsleben erstreckt.

Wir erleben mit unseren Kindern genau das Gegenteil. Sie haben die Zeit und den Raum sich mit Dingen auseinanderzusetzen und zu beschäftigen, die sie wirklich interessieren.

Ist der Tag nicht durch strukturiert, kann man so viel entdecken. Da entsteht plötzlich wieder wirkliches Interesse an Bildung - eine Achtung vor der Lebenszeit, die man nicht mit Dingen verbringen möchte, die einen nicht interessieren und in vielen Fällen auch nicht nützen, und führt die Sprüche aus der Schule „es kann nicht immer Spaß machen“ ad absurdum (Wissenschaftlich ist es längst nachgewiesen, dass Lernen überhaupt nur funktioniert wenn es Spaß macht und intrinsisch motiviert ist).

Unser Jüngster, ein Vorschulkind, hat das größte Interesse an "Schule". Möchte lernen und fragt uns Löcher in den Bauch. Es ist erschreckend, in welcher kurzen Zeit nach der Einschulung, Kinder das Interesse am Lernen verlieren.

Wir haben die Hoffnung, dass durch ein Jahr Schulpause, die Kinder ihre natürliche Neugier wieder entdecken. Auf jeden Fall lernen sie andere Kulturen kennen, einen natürlichen Zugang zu anderen Sprachen und andere Lebensmodelle. Unser Teenager bestätigt, dass er sich mit für ihn interessanten und relevanten Themen wirklich auseinander setzt, sie begreift und erfährt. Und manchmal passt das sogar mit dem Lehrplan überein. Wie kürzlich zum Thema Wetter, Klima, Hoch- und Tiefdruckgebiete und daraus ableitbar, die zu erwartenden Windrichtungen und Windstärken - für uns ein existentielles Thema, für ihn einfach nur spannend.

Und natürlich auch schön, wenn man ausnahmsweise mal den Eltern die Welt erklären kann.

Zudem ist es ein großer Gewinn für die Beziehung zwischen den Geschwistern und zu den Eltern. Wir verbringen Zeit auf engstem Raum und müssen miteinander klar kommen. Diese Intensität ist manchmal schwer auszuhalten. Aber umso mehr ist sie auch schön und reich an besonderen Momenten des Miteinanders, die es so im Alltag nie gegeben hätte.

Der Gewinn im Bereich der sozialen Kompetenz ist mit nichts aufzuwiegen. Es ist der Schlüssel für eine lebenswerte und glückliche Zukunft in unserem gesellschaftlichen Miteinander.

Anlage 2 - Schulsekretär (m/w/d)

Arbeitgeber: Stadt Weimar

Kurzinfo

Quelle:

<https://www.service.bund.de/IMPORTE/Stellenangebote/interamt/2023/01/908727.html?nn=4642046&type=0&searchResult=true>

Tätigkeitsfeld - Sonstige Bereiche

Ort - Weimar

Arbeitszeit- Teilzeit

Anstellungsdauer - Befristet

Bewerbungsfrist: 17.02.2023

Laufbahn / Entgeltgruppe - Mittlerer Dienst | TVöD-VKA E 5

Hinweis: service.bund.de ist **nur** die Veröffentlichungsplattform für Stellenangebote, die Verantwortung für Inhalt und Richtigkeit der einzelnen Angebote (und somit auch für die Dauer der **Veröffentlichung**, die vorzeitige Beendigung derselben, für die Angabe von **Veröffentlichungsdaten** und **Bewerbungsfristen**) gebührt ausschließlich der jeweils ausschreibenden Organisation. Verwenden Sie daher bitte ausschließlich die Kontaktdaten der ausschreibenden Institution aus dem Stellenangebot, wenn Sie:

- eine **inhaltliche Frage** oder Anmerkung zu einem Stellenangebot haben
- oder sich für die **ausgeschriebene Stelle bewerben** möchten

Zur Verstärkung der **Schulverwaltung im Sport- und Schulverwaltungsamts** suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen **Schulsekretär (m/w/d) befristet** als Vertretung für die Zeit der Erkrankung der Stelleninhaberin mit der Option einer unbefristeten Weiterbeschäftigung **in Teilzeit** (30 Wochenstunden).

Zu den wesentlichen Aufgaben gehören:

Sekretariatsaufgaben (Sicherstellung des allgemeinen Geschäftsablaufes) für das Goethegymnasium

- Abwicklung des gesamten Postverkehrs
- Schriftverkehr für die Schulleitung
- Abwicklung des Besucher- und Telefonverkehrs
- Entgegennahme, Bearbeitung und Ausgabe von Anträgen, Vordrucken sowie sämtlicher anderer Unterlagen und ggf. Weiterleitung
- Protokollführung bei Beratungen der Schulleitung
- Schriftgutverwaltung und -archivierung nach Aktenplan
- Bestellung und Verwaltung von Büro- und Verbrauchsmaterial

- Führung und Verwaltung der Handbibliothek
- Aufnahme von Anzeigen zu Sachschäden und Weiterleitung an die Schulverwaltung
- Statistische Meldungen an das Kultusministerium, den Schulträger und die Schulverwaltung
- Erfassung der Krankmeldungen, Erstellung von Unterbrechungs-/ Wiederaufnahmemeldungen zur Weiterleitung an das Schulumt

Haushalts-/Kassen- und Rechnungswesen

- Überwachung der Haushaltsmittel der Schule durch Abgleich mit zentralen Haushaltsüberwachungslisten
- Prüfung der Rechnungen auf sachliche und rechnerische Richtigkeit sowie anschließende Weiterleitung an die entsprechenden Ämter der Stadtverwaltung (bzw. Schulträger)

Beschaffung von Lehrmitteln und einzelnen Ausstattungsgegenständen

- Einholung, Prüfung und Dokumentation von Angeboten für Lehrmittel und einzelnen Ausstattungsgegenständen in Abstimmung mit der Schulleitung und anschließende Weiterleitung an die Schulverwaltung
- Entgegennahme und Prüfung der Lieferungen und Weiterleitung an die Fachkoordinatoren sowie Bearbeitung von Gewährleistungs- und Garantieansprüchen

Inventarisierung/ Anlagenbuchhaltung

- Inventarisierung des beweglichen Vermögens sowie Durchführung einer jährlichen Inventur nach Vorgaben der Schulverwaltung
- Zuarbeiten für die Anlagenbuchhaltung nach Vorgaben der Kämmerei

Schülerverwaltung/-angelegenheiten

- Bearbeitung von An-, Um- und Abmeldungen
- Ausstellen und Verlängern von Schülerausweisen
- Erstellung und ständige Aktualisierung der Schülerlisten, Erstellung von Klassenlisten sowie Pflege der Schülerdateien in der Schulverwaltungssoftware
- Anlegen bzw. Anfordern von Schülerakten sowie deren Ergänzung und Aktualisierung
- Zusammenstellen der Bücherzettel
- Mitwirken beim Schreiben der Halbjahres- und Abschlusszeugnisse nach Zensurlisten, Anfertigung beglaubigter Kopien, Vorbereitung Zeugnisübergabe
- Vorbereitung der schriftlichen und mündlichen Prüfungen (Schreiben der Prüfungslisten, Prüfungsplan, Prüfungsbelehrungen, Stempeln des Prüfungspapiers sowie Bereitstellen der Prüfungsprotokolle)
- Übergabe bzw. Weiterleitung der Schülerakten/ -bögen einschließlich aller notwendigen Unterlagen bei Wechsel der Schule
- Archivierung der Schülerakten
- Leistung der Ersten Hilfe, Betreuung erkrankter Schüler
- Erstellung von Unfallmeldungen und Weiterleitung an die Schulverwaltung/ Rechtsamt
- Überprüfung der Schülerangaben bei Antragstellung und Abrechnung der Schulwegkosten
- Mitwirkung bei der Organisation und Ausrichtung von Veranstaltungen und Schulfesten

Die Bewerber müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- abgeschlossene Berufsausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten (VFA bzw. FL I), zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation (FAB), Kauffrau/ Kaufmann für Büromanagement, Kauffrau/ Kaufmann für Bürokommunikation oder Bürokauffrau/ Bürokaufmann

Darüber hinaus wünschen wir uns von Ihnen:

- anwendungsbereite PC-Kenntnisse von Standardsoftware,
- gute Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse,
- Fähigkeit zur selbständigen und gewissenhaften Arbeit und hohes Verantwortungsbewusstsein,
- Zuverlässigkeit, Belastbarkeit sowie freundliches und sicheres Auftreten,
- Fähigkeit zur altersgerechten Kommunikation mit den Schülern,
- Kenntnisse der Ersten Hilfe (Nachweis Erste-Hilfe-Kurs)

Die Eingruppierung erfolgt in der **Entgeltgruppe 5** (TVöD - VKA).

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung in unserem Online-Bewerbungsportal unter **Schulsekretär (m/w/d)** | **Stadtverwaltung Weimar Onlinebewerbung (mein-check-in.de)**
(<https://www.mein-check-in.de/weimar/>) bis zum **17.02.2023**.

Bitte beachten Sie, dass Bewerbungen in Papierform oder per E-Mail nicht berücksichtigt werden können.

Bei Fragen stehen Ihnen Frau

gern zur Verfügung.

Aufgaben einer Schulsekretärin/Schulsekretärs

Im Folgenden befindet sich ein Auszug der Beschreibung des Aufgabenkreises einer Schulsekretärin/eines Schulsekretärs (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft vom 22.01.2013)

Arbeitsplatzsituation:

Sehr großer Publikumsverkehr, erhöhte Stressbelastung, Arbeiten unter hohem Zeitdruck; ständige Weiterentwicklung des Schulgesetzes; Erneuerung der Schulverwaltungsprozesse und –vorgaben, hohe Eigenverantwortung (Situative Entscheidungen – Problemlösungen/Planänderungen / Bestellwesen / Anfragen per Mail, Telefon, persönlich; Konfliktlösungen)

Aufgaben

im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule :

- Bearbeitung von Personal- und Haushaltsangelegenheiten

der Aufgabengruppe eGovernment@school

- selbständige und eigenverantwortliche computerbasierte Datenerfassung

Unterstützung / Entlastung der Schulleitung z.B. bei:

- Internen und externen Kooperationen, Fortbildungen, Organisationsentwicklung)
- der selbständiger und eigenverantwortlicher Vertretung von Rechten und Interessen (mündliche und schriftliche Kommunikation mit Behörden, Ämtern, Schülern, Eltern, Betrieben) / selbständige administrativen Tätigkeiten
- selbständiger und eigenverantwortlicher situativer und universeller Gewalt- und Krisenprävention
- selbständiger Schullaufbahnberatung
- Dienstvorgesetztenaufgaben (Auswahlverfahren für Funktionsstellen, Stellenausschreibungen, dienstliche Beurteilungen, Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch u.a.)

Umfang der Befugnisse:

- Im Rahmen des Aufgabengebietes ggf. Anordnungsbefugnis
- Siegelberechtigung (Beglaubigungen)

Aufteilung der Aufgaben gem. BAK:

18% für:

Beratung und interne Services, d.h.

- Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungsberechtigte beraten

Rechtsvorschriften:

Organisation:

Informationstechnik:

15% für:

Büroorganisation und Geschäftsstelle

- Bürokommunikation organisieren
- Dokumente erstellen und verwalten

- Schulorganisation unterstützen, u.a.:

54% für:

Schülerbetreuungsangelegenheiten

Schulpflichtsicherstellung

Schüleraufnahme

- Aufnahme vorbereiten

- Ausschöpfung der Aufnahmekapazität dokumentieren
- (Schülerbogen (allgemeinbildende Schulen), Schülerpersonalblatt (Berufliche Schulen), Schülerakte (Zweiter Bildungsweg) oder Schülerkartei (Auszug aus Schülerbogen, Schülerpersonalblatt oder Schülerakte)
- Schülerbezogene Daten, die als Grundlage dienen für Statistiken der Bildungsberichterstattung oder zur Ressourcensteuerung (z.B. Ist-Statistik) mithilfe einer Schulmanagementsoftware erfassen, pflegen, aufbereiten und bedarfsweise bereitstellen

Schülerabgabe

- Schulwechsel organisieren

Informationstechnik:

- Software für Bürokommunikation
- IT-Verfahren (Schulmanagementsoftware)

Rechtsvorschriften:

(s. http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/schulorganisation/nichtpaedagogisches_personal/bak_schulsekre.pdf?start&ts=1385129025&file=bak_schulsekre.pdf)
 Personal- und Haushaltsangelegenheiten

7% für:

Budgetverwaltung

Rechtsvorschriften:

- Landeshaushaltsordnung
- Ausführungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (AV LHO)
- Vergaberecht für öffentliche Berliner Verwaltung
- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
- Haushaltswirtschaftsrundschreiben
- Lernmittelverordnung

6% für:

Personalverwaltung

- Eingabe, Aktualisierung, Auswertung und Verwendung von personenbezogenen Daten mittels der Schulmanagementsoftware
- Ein- und Austritte der Lehrkräfte erfassen
- Arbeitsverträge für Lehrkräfte und Honorarverträge für PKB-Kräfte vorbereiten
- Wahrnehmung von Büroleitungsaufgaben (Entgegennahme und Weiterleitung)

Die vollständige Arbeitsplatzbeschreibung ist unter

http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/schulorganisation/nichtpaedagogisches_personal/bak_schulsekre.pdf zu finden.


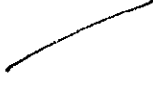
Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 - Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA Selbstvertretung Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Anger 19-20, Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Anger 19-20</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA Selbstvertretung Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Anger 19-20, Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 19-20	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
LIGA Selbstvertretung Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Anger 19-20, Erfurt										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 19-20										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
		
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Politische Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen gem. UN-BRK</i>	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet <input type="checkbox"/> abgelehnt <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Siehe Anlage 1</i> - pers./finanz. Ausstattung sicherstellen - Berücksichtigung Artikel 24 UN-BRK - Inklusion und Barrierefreiheit herstellen - Förderschulen weiterentwickeln - Digitalisierung vorantreiben - Schulen stärken - Eltern mehr stärken, um Kinder mit Beh. inklusiv zu beschulen	

5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligteentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.02.2023	

THÜR. LANDTAG POST
13.02.2023 06:42

4441/2023



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

LIGA Selbstvertretung Thüringen e. V. • Anger 19/20 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

LIGA der politischen Interessen- und
Selbstvertretung von Menschen mit
Behinderungen in Thüringen e.V.

Anger 19/20
99084 Erfurt
Tel.: 0361 55068700
Fax: 0361 55068701
E-Mail: info@selbstvertretung-thueringen.de

Erfurt, den 09.02.2023

Betreff: Anhörungsverfahren gemäß § 79 des Thüringer Landtags
Stellungnahme – Thüringer Landtag – Thüringer Schulgesetz 7. Wahlperiode

Drucksache 7/6573

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD & BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Drucksache 7/5371

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Drucksache 7 / 4760

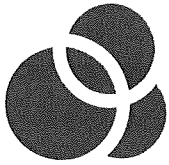
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD & BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Drucksache 7/4674

Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage erhalten Sie die Stellungnahme der LIGA Selbstvertretung.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Anlage 1 Stellungnahme Anhörung

Grundsätzliches

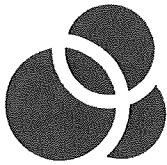
Wir wünschen uns im Rahmen von zukünftigen mündlichen und schriftlichen Anhörung Vertreter*innen in gleicher Anzahl und Wichtung eingebunden, die unmittelbar durch das Schulgesetz selbst betroffen sind. Hier sind verstärkt die jeweiligen Belange zur notwendigen Weiterentwicklung der Schule aus Sicht der jeweiligen Eltern und Kinder-/Jugendlichen zu berücksichtigen, die zusätzliche Anforderungen an den Schulort oder den Bildungs- und Erziehungsauftrag aufgrund der Bedürfnislagen stellen. Wir bitten auch um Einbezug von zusätzlichen landesweiten Organisationen, die die durch Deutschland ratifizierten menschenrechtlichen Konventionen in diesem jeweiligen Kontext beleuchten und daher zu berücksichtigen sind.

Im Rahmen der Gesetzesformulierungen ist deutlich geworden, dass diese mittlerweile ein Ergebnis langer Anpassungen, Stückwerke und überdeutlicher Regulierungen sind. Hier wünschen wir uns generell eine umfassende Sichtung und Verschlinkung, insbesondere auf Wiederholungen, Regelungsbedürfnisse für bereits getroffene Gesetzestexte, überbordende Regelungen, die vor allem Schulen, Schulleitern, Eltern und Schülern eine bedarfsangemessene Handhabung erschweren oder schlichtweg nicht ermöglichen. Schulen sollen im Kontext der Entwicklung zur Eigenverantwortlichen Schule einen größeren Handlungsspielraum bei der Verwaltung ihrer personellen und sächlichen Zuweisungen erhalten, die ihnen eine flexiblere Vorgehensweise zum Wohle der Schüler ermöglicht. Notwendige Ressourcen sind in erster Linie direkt bei den Schulen im Rahmen der „Wertschöpfung“ einzusetzen und weniger im Rahmen des Ausbaus einer schulamtlichen Verwaltung.

Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Als Liga Selbstvertretung machen wir uns stark für die Umsetzung der UN BRK und vertreten insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung. Seit 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft getreten und seitdem auch geltendes Recht. Im Artikel 24 ist das Recht aller Menschen auf inklusive Bildung verpflichtend festgelegt. Dies bedeutet auch das Deutschland zum Aufbau eines inklusiven Schulsystems verpflichtet ist, um Menschen mit und ohne Behinderungen zu fördern und nicht wegen ihrer Behinderung auszuschließen.

Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat bereits 2016 in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 4 zum Recht auf inklusive Bildung verdeutlicht, dass Staaten, die neben dem regulären Schulsystem ein Sonder- oder Förderschulsystem weiter aufrechterhalten, die Verpflichtung zur Erfüllung eines inklusiven Schulsystems nicht erfüllen. Versuche, am segregativen Schulsystem festzuhalten, oder Sonderschulstrukturen als inklusive Beschulung zu definieren, sind nicht in Einklang mit der UN-BRK bringen. Auch aus Artikel 5, Abs. 4 UN BRK und Artikel 7 UN BRK lassen sich daraus nicht keine



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Rechtfertigungen für Sonderstrukturen erkennen. Die Erhaltung eines solchen Systems lässt sich auch nicht über das Elternwahlrecht rechtfertigen. Das Recht auf inklusive Bildung ist ein Recht des Kindes. Eine inklusive Schulstruktur muss und kann den individuellen Bedürfnissen des Kindes gerecht werden. Wenn diese Möglichkeit besteht, im Rahmen der inklusiven Beschulung, entfällt nach unserer Erfahrung aus der Diskussion mit betroffenen Eltern der Ruf nach diesen sonderschulischen Strukturen.

Trotzdem ist nach Darlegung des Deutschen Menschenrechtsinstituts der Anteil des sonderschulischen Bedarfs von 18% auf knapp 38% gestiegen. Neben einem Rechtsanspruch auf den Zugang zu einer allgemeinbildenden Schule für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen die Feststellung wichtig, dass das Land Thüringen neben dieser verpflichtenden Verankerung einer inklusiven Beschulung im Schulgesetzes die Ausführungsbestimmungen darauf ausrichten muss. In diesem Zusammenhang ist auch der Elternwille zur inklusiven Beschulung ihres Kindes bzw. zur individuellen Beschulung ihres Kindes bei sonderpädagogischen Förderbedarfen stärker und schneller zu berücksichtigen.

Auch müssen die finanziellen Mittel derart auskömmlich sein, dass genügend pädagogisches Personal gebunden werden kann und auch die Infrastruktur erhalten und insbesondere barrierefrei erweitert wird.

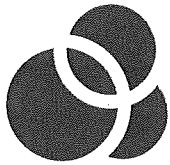
Bildung darf nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern sein, sei es in den Unterstützungsleistungen, der sächlichen Ausstattung oder in der eventuell notwendigen zusätzlichen Begleitung für Schülerinnen und Schüler mit Mehrbedarfen. Jedes Kind muss die Chance erhalten, eine Schulbildung entsprechend seines Leistungsvermögens zu erhalten. Die Herstellung der Barrierefreiheit und inklusive Beschulung ist hier grundlegend wichtig, damit jedes Kind entsprechend seinem Leistungsvermögen diese Schulbildung erhalten kann.

Die Schulleitung der allgemeinbildenden Schulen und Berufsbildenden Schulen muss selber in die Lage versetzt werden, förderschulische und inklusive Angebote bedarfsgerecht einzubinden und das Profil darauf auszurichten.

Die Weiterentwicklung des gemeinsamen längeren Lernens ist in Form von Gesamtschulen verstärkt auszubauen und inklusiv auszurichten. Schulstandorte mit mehreren Schularten schließen sich zu Gesamtschulen zusammen. Förderschulen werden nicht länger in regionale oder überregionale Angebote unterschieden, sondern entwickeln sich zu Förderzentren oder inklusiv ausgerichteten allgemein- bzw. berufsbildenden Schulen bzw. Gesamtschulen weiter. Die Förderschwerpunkte sind nach den zusätzlichen didaktischen und methodischen Vorgehensweisen zu ergänzen (z.B. Gehörlosigkeit, Autismus oder durchgängig kranke Schülerinnen und Schüler)

Begründung:

Exkludierende Sonderschulwelten verhindern ein gemeinsames Lernen, gemeinsame Ausbildung und gemeinsames Arbeiten. In Zeiten von stagnierenden Bevölkerungszahlen ist es allein schon deshalb volkswirtschaftlich interessant, von vornherein inklusive Strukturen zu schaffen. Nicht nur Menschen mit Behinderungen partizipieren von einer von vornherein inklusiven Bildungswelt, die dann weiterführt zu einer inklusiven Ausbildungs-, Arbeits- und Lebenswelt. Nur gemeinsames Lernen, Leben und Arbeiten schafft einen Mehrwert für



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

weitere Entwicklungen auf diesem Weg. Und dieser wird maßgeblich geprägt durch ein verpflichtendes Schulsystem für alle Beteiligten in einer auf das gemeinsame Interagieren ausgelegten Schule mit inklusiv verpflichtendem Charakter. Studien zeigen auf, dass der Mehrwert auf allen Ebenen des Lernens für alle Seiten erheblich ist. Das setzt sich in der Lebens- und Arbeitswelt fort. Das hat gesellschaftlich positive Effekte für eine zukünftige Lebens- und Arbeitswelt.

Schon jetzt zeigt sich der negative Effekt, wenn der Ausbau des Schulsystems nur auf notwendige Erhaltungsmaßnahmen beschränkt wird und nicht flächendeckend langfristig investiert wird. Mit der Neuausrichtung des Thüringer Schulgesetzes auf ein bedingungslos inklusives Schulsystem kann zukunftswirksam gegengesteuert werden. Statt einer exkludierenden Förderschullandschaft kann im Rahmen des Ausbaus der Gemeinschaftsschulen das Kurssystem zur individuellen Lernförderung eingesetzt und auf den individuellen Förderbedarf abgestimmt werden. Dies hat den positiven Nebeneffekt, dass weitere Schüler davon partizipieren können, die Wege zu einer Förderung einerseits, aber zum gemeinsamen Lernen andererseits stets kurz genug bleiben. So kann jederzeit ein individuelles Förderkonzept für den einzelnen Schüler angepasst werden und berücksichtigt die wirklichen Defizite als auch Fortschritte. Auch spätere Lernentwicklungen können wirkungsvoll begleitet werden, ohne dass die Kinder und Jugendlichen aus dem Sozialumfeld herausgerissen werden. Aus den Gesprächen mit den betroffenen Eltern und Schülern wird deutlich, dass sie das Recht auf eine geeignete schulische Bildung fokussieren, und zwar auf den individuellen Entwicklungsstand ihres Kindes. Sowohl engagierte Eltern als auch Eltern, die Unterstützungsbedarf benötigen, sehen sehr großes Potential in einer Schule, die individuelle Bedarfe aufgreifen kann und in der Lage ist, Hilfestellungen zu bieten und selbstständig zu strukturieren. Inklusive Schule hat von vornherein diese Strukturen an Bord, die sich individuell ausrichten lassen, ohne das gemeinsame Lernen und Zusammenleben zu vernachlässigen.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention: Bildung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel,

a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken;

b) Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen;

c) Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.

(2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass

a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;

b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben;

c) angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen getroffen werden;

d) Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern;

e) in Übereinstimmung mit dem Ziel der vollständigen Integration wirksame individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden.

(3) Die Vertragsstaaten ermöglichen Menschen mit Behinderungen, lebenspraktische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen zu erwerben, um ihre volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung und als Mitglieder der Gemeinschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck ergreifen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen; unter anderem

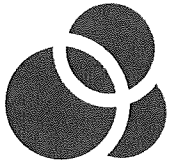
a) erleichtern sie das Erlernen von Brailleschrift, alternativer Schrift, ergänzenden und alternativen Formen, Mitteln und Formaten der Kommunikation, den Erwerb von Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeiten sowie die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen und das Mentoring;

b) erleichtern sie das Erlernen der Gebärdensprache und die Förderung der sprachlichen Identität der Gehörlosen;

c) stellen sie sicher, dass blinden, gehörlosen oder taubblinden Menschen, insbesondere Kindern, Bildung in den Sprachen und Kommunikationsformen und mit den Kommunikationsmitteln, die für den Einzelnen am besten geeignet sind, sowie in einem Umfeld vermittelt wird, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet.

(4) Um zur Verwirklichung dieses Rechts beizutragen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen zur Einstellung von Lehrkräften, einschließlich solcher mit Behinderungen, die in Gebärdensprache oder Brailleschrift ausgebildet sind, und zur Schulung von Fachkräften sowie Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf allen Ebenen des Bildungswesens. Diese Schulung schließt die Schärfung des Bewusstseins für Behinderungen und die Verwendung geeigneter ergänzender und alternativer Formen, Mittel und Formate der Kommunikation sowie pädagogische Verfahren und Materialien zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen ein.

(5) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben. Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten sicher, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Praxisbeispiel:

Wir sehen es bereits jetzt an der Zooparkschule Erfurt, dass das gemeinsame Beschulen von gehörlosen und hörenden Kindern dazu führt, dass hörende Kinder nebenbei Gebärdensprache lernen, gehörlose Kinder mit gleichaltrigen hörenden Kindern gemeinsam lernen und aufwachsen, denselben Unterrichtsstoff erhalten und bereits frühzeitig in der Lage sind, in einer Lebenswelt mit Hörenden zu interagieren. Der Effekt ist für beide Seiten förderlich und erzieht nebenbei zu vielschichtigen sozialen und fachlichen Herangehens- und Problemlösungsfähigkeiten in einer späteren Leben- und Arbeitswelt. Ist es nicht das, was Schule unter anderem abbilden soll?

Wissenserwerb und Abschlüsse

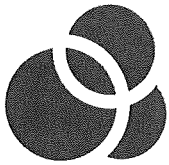
In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Übergänge zwischen allen Schularten, vom Kindergarten in die allgemeinbildende Schule, von der allgemeinbildenden Schule an die Berufsschule besonders barrierearm zu gestalten sind, da hier erfahrungsgemäß die größten Schwierigkeiten sind, den Bildungsgang weiterhin mit dem Ziel eines anerkannten Abschlusses zu verfolgen. Es muss auch stärker der nonformale Wissens- und Kenntniserwerb berücksichtigt werden, um eine Berufsausbildung in einem anerkannten Beruf abschließen zu können. So muss bei vorliegenden Ausbildungsverträgen uneingeschränkt die berufsbildende Schule besucht werden können und ist nicht abhängig von vorliegenden Schulabschlüssen zu machen.

Die durch das BBiG und die HWO erreichbaren Ausbildungsabschlüsse sind durch barrierefreie bzw. barrierearme und inklusive Ausbildungswege sowie begleitende Maßnahmen der Förderzentren stärker zu strukturieren. Dies betrifft auch digitale Formen des Unterrichts bzw. die Unterstützung im gemeinsamen Unterricht durch Begleitung des Unterrichts in Gebärdensprache oder lautsprachbegleitenden Unterricht. Die zweijährigen Berufe müssen stärker inklusiv ausgerichtet und inhaltlich barrierefrei strukturiert werden und sollen nicht einfach ein untergeordneter Teil der dreijährigen Berufsausbildung sein.

Digitalisierung:

Die Digitalisierung der Schule ist hierbei ein weiterer wichtiger Baustein, um u.a. weitere Potentiale für Schülergruppen zu erschließen, die bisher nur schwer in den Unterricht inkludierbar waren oder im herkömmlichen Unterricht (der Förderschule!) nicht beschulbar (siehe autistische Kinder, die nach der Praxiserfahrung der Eltern häufig mit zu großen Klassenstärken überfordert sind oder aber aufgrund einseitiger Begabung in einer Förderschule unterfordert sind). Diese Digitalisierung muss ebenfalls von vornherein inklusive Konzepte einschließen, um einen vielseitigen Einsatz zu gewährleisten.

Neben dem Einsatz als didaktisches/methodisches Mittel ist der Einsatz digitaler Medien und des Online-Unterrichts grundsätzlich weiterzuentwickeln. Die digitale Lebens- und Arbeitswelt ist als mittlerweile reguläre Teil der Lebenswirklichkeit viel stärker abzubilden und stellt eine große Chance für inklusive Teilhabe dar. Schülerinnen und Schüler müssen darüber hinaus in die Lage versetzt werden, unabhängig von der finanziellen Situation ihres Elternhaus auf entsprechende Ausstattung zurück zu greifen. Auch das muss ins Schulgesetz aufgenommen werden. Neben der Benutzung von technischer Ausstattung als



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Leihgaben betrifft das auch die zur Verfügung gestellte Infrastruktur, um digital bzw. online lernen zu können.

Des Weiteren sind in den Gymnasien neue Spezialklassen oder Spezialgymnasien bildbar, um beispielsweise zukünftige digitale Entwicklungen abbilden. Diese sind jeweils von vornherein inklusiv auszurichten. Auch weiterführende Schulformen sind zwingend inklusiv auszurichten.

Flexibilisierung:

Schulsysteme müssen flexibler auf Entwicklungen und Bedarfe reagieren können. Dazu gehört es, alternative Beschulungsformen stärker anzuerkennen, die die Ziele fördern, der Schulpflicht nachzukommen und die dazu in der Lage sind, die jeweiligen Ziele des Schulabschlusses zu erreichen. Daneben halten wir es für wichtig, die Position des Schuldirektors/des Schulleiters massiv zu stärken, um das Schulprofil stärker inklusiv ausrichten zu können und fachlich zu profilieren. Neben der sachlichen Infrastruktur ist hier auch die personale Infrastruktur zu beachten, die konsequenterweise in die „Wertschöpfung“ des Lehr – und Lernprozesses an der Schule subsummiert werden soll und nicht in den weiteren Ausbau einer behördlichen Infrastruktur münden sollte.

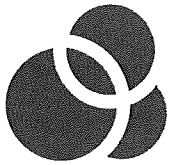
Inklusion

Als Voraussetzung müssen in einem langfristigen Prozess die Schulen in Thüringen zwingend inklusiv ausgerichtet werden, anstatt parallel verstärkt ein separierendes Förderschulsystem fest zu schreiben. Das verbraucht zweigleisig Ressourcen, die in einem System besser zur Unterstützung eingesetzt werden können. Des Weiteren müssen alle Beteiligten in diesen Prozess eingebunden werden, um ihn erfolgreich zu gestalten und auch langfristig die (positive) Unterstützung zu versichern.

Besonders wichtig ist uns die Tatsache, dass auch im Rahmen der jeweiligen gesetzgebenden Verfahren über das Schulgesetz hinaus Eltern und ihre Kinder, die einen zusätzliche Förderbedarf benötigen, nicht als Bittsteller abgetan werden. Sie sind Kooperationspartner auf Augenhöhe und dem entsprechend in sämtliche Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Sie fordern unbürokratische Prozesse, damit dem schulpflichtigen Kind zeitnah die Unterstützung zukommt, um das Recht auf Schule auch umsetzen zu können.

Daneben muss bei aktuellen Fällen, wo „von Amts wegen“ keine Unterstützung für einen Schulbesuch gewährleistet werden kann, trotzdem die tatsächliche Schulzeit angerechnet werden. Ansonsten haben im schlimmsten Fall (dieser liegt bei einem autistischen Kind vor) die Kinder trotz Begabung keinen Schulabschluss, geschweige die Mindestschulpflicht erfüllt. Somit ist ihnen in ihrem späteren Leben eine weiterer Bildungsweg verwehrt und wir verlieren wertvolle Menschen, die sich in die Arbeits- und Lebenswelt erfolgreich einbringen könnten.

Schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler sollen das Recht haben, innerhalb einer inklusiven Schulform, eine vertretungsberechtigte Sprecherin bzw. Sprecher je Schule und je



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Schulart zu wählen, die ihre Interessen vertreten. Dies trifft gleichermaßen auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu.

Ombudsstelle:

Auch die unabhängig agierende Ombudsstelle soll durch die zuständigen Schulen, Schulämter und Ministerium unterstützt werden, um Konflikte schlichten zu können und die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften zu prüfen. In die Ombudsstelle sind weitere Vertreter von Selbstvertretungsorganisationen für die Interessen von schwerbehinderten Schülerinnen und Schülern sowie Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund aufzunehmen, um Konflikte und die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen verstärkt klären zu können. Hier sind wir auch als Dachorganisation mindestens zu berücksichtigen.

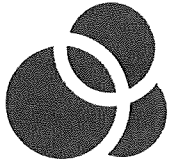
Für Arbeitnehmer gelten bereits Standards zur Erhaltung der Psychischen Gesundheit neben der sonstigen Gesundheitsprävention, insbesondere zur Stärkung der Resilienz. Angesichts der steigenden Belastungen, auch durch Mobbing, Bodyshaming, Ausgrenzung und Diskriminierung, muss dies Eingang in das Schulgesetz finden.

Zum Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens (DS 7/6573)

Zu den Punkten:

Artikel 1:

1. Die Bereitstellung ausreichender schulischer Angebote allein ist nicht ausreichend. Vielmehr muss für eine gelingende inklusive Beschulung auch ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden. Daher schlagen wir folgende Ergänzung vor:
„Das Land trägt Sorge, dass ausreichend Personal zur Verfügung gestellt wird, so dass allen Bedarfen gerecht wird.“
2. Die Ergänzung unterstützen wir.
11. Grundsätzlich ist aus unserer Sicht anzumerken, dass §45a im Thüringer Schulgesetz, wie es über die Seite des Landesrechts Thüringens abgerufen wurde, nicht vorhanden ist. Die Intention, dass beim digitalen Unterricht Kamera und Ton auf Wunsch des Lehrers einzuschalten sind, halten wir aus mehrfacher Hinsicht kritisch. Prinzipiell bedeutet dies einen Eingriff in die Privatsphäre des Schülers. Dies bedarf hoher datenschutzrechtlicher Anforderungen. Weiterhin kann das für Kinder mit Behinderung eine große Emotionale Belastung sein. Daher erachten wir diese Änderung als problematisch. Natürlich ist es in besonderen Situationen, wie beispielsweise Leistungsüberprüfungen, nachvollziehbar, derartige Regelungen zu finden. Diese sollten aber aus unserer Sicht klar im Gesetz benannt werden.
12. Analog zu unseren Anmerkungen zu Punkt 11 gilt dies auch für 12c.
17. Die Verpflichtung bei der Schulnetzplanung, Kooperationen mit Förderschulen zu prüfen, haben bisher nicht den aus unserer Sicht erwünschten Erfolg gebracht. Daher sollten die Möglichkeiten der Kooperationen intensiviert werden. Dies sollte sich auch im Gesetzestext wiederfinden.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Artikel 2: Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetz

3. Im Paragraphen 12ThürLbG sollte die Befassung mit dem Thema Inklusion nicht nur vorgesehen, sondern verpflichtend werden. Dabei sind bereits in der Ausbildung künftiger Lehrkräfte Peers aktiv einbezogen werden, um frühzeitig Berührungspunkte abzubauen und die Vielfalt von Behinderungen aufzuzeigen.
4. Analog sollten die Ausführungen von Punkt 3 auch auf Punkt 4 angewendet werden.

Zum Thüringer Lehrerbildungsgesetz:

Hier befürworten wir die (ausführliche) Stellungnahme der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wir verweisen lediglich darauf, dass die Flexibilisierung des Einsatzes von Lehrkräften sich nach deren höchsten Schulstufenabschluss richten muss, um Qualität und Bildungsziele in der jeweiligen Klassenstufe und Leistungsform zu gewährleisten.

Hier ist es ebenso unerlässlich, dass auch Lehrkräfte mit Behinderung inklusiv unterrichten können und die Lehrerbildung entsprechende barrierefreie Zugänge aufweisen muss.

Als LIGA Selbstvertretung sehen wir die gesellschaftliche und menschenrechtliche Notwendigkeit, Lehrer aller Schulformen und Schulstufen dazu zu befähigen, Unterricht inklusiv zu organisieren, durchzuführen oder zu begleiten. Das notwendige Wissen ist verstärkt in der Lehrerbildung zu verankern und schließt beispielsweise auch den Erwerb der Deutschen Gebärdensprache als Zweitsprache mit ein:

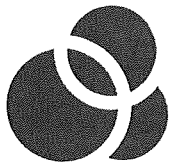
§1 (2) Die Lehrerbildung vermittelt die für die professionelle Tätigkeit als Lehrkraft an Schulen erforderlichen fachwissenschaftlichen, wissenschaftlich-künstlerischen, bildungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Kompetenzen und entwickelt die personalen und sozialen Kompetenzen weiter. Sie fördert die Fähigkeit zur Zusammenarbeit an der Schule, mit anderen Schulen sowie sonstigen schulischen und außerschulischen Einrichtungen, deren Mitwirkung zur Unterstützung einer innovativen und inklusiven Schulentwicklung erforderlich ist. Die Lehrerbildung ist den Prinzipien der Bildung für nachhaltige Entwicklung und der Umsetzung der durch Deutschland ratifizierten Gesetze und Menschenrechte verpflichtet. Darüber hinaus beinhaltet sie auch die zielgerichtete Qualifizierung für besondere Aufgaben der Lehrertätigkeit.

Des Weiteren soll der Vorbereitungsdienst stärker von den zeitlichen Startterminen dauerhaft flexibilisiert werden und höhere Bewerberzahlen ermöglichen, um den Lehrermangel effektiv zu begegnen:

§ 23

Ziel des Vorbereitungsdienstes

Die für den schulartbezogenen Vorbereitungsdienst zugelassenen Bewerber werden in einem pädagogisch-praktischen Vorbereitungsdienst zur professionellen Tätigkeit in einem Lehramt befähigt und schließen die Zweite Phase der Lehrerbildung mit der Zweiten Staatsprüfung für ein Lehramt (Lehramtsbefähigung) ab. Hierbei sind in der Umsetzung zur Sicherstellung des notwendigen Lehrpersonals flexible Termine zum Einstieg in den Vorbereitungsdienst zu



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

gewährleisten sowie die aktuellen, aber insbesondere die mittel- und langfristigen Bedarfe an Lehrpersonal zugrunde zu legen, um eine ausreichende Versorgung an Lehrern in einem Lehramt zu sichern.

Zum Gesetzentwurf

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte (DS 7/5371)

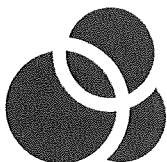
Folgende Anmerkungen möchten wir Ihnen zu diesem Gesetzentwurf geben:

Artikel 1:

1. Diese Änderung begrüßen wir und lehnen sie gleichermaßen ab. Begrüßenswert ist die Fokussierung auf die individuellen Fähigkeiten und den Auftrag, diese zu fördern. Hier erwarten wir uns größere Anstrengungen und Hinwendung zum einzelnen Schüler mit all seinen Besonderheiten. Gleichzeitig lehnen wir die Streichung des gemeinsamen Lernens ab. Ziel muss es sein, Menschen mit und Menschen ohne Behinderung frühestmöglich und dauerhaft gemeinsam zu unterrichten. Dadurch werden Berührungsängste abgebaut und die Vielfalt menschlichen Lebens tagtäglich wahrgenommen.
2. Wir erkennen an, dass die Gewinnung und der Einsatz von Personal an den Schulen schwierig sind. Jedoch darf der Besuch einer Förderschule nicht an fehlende Fördermöglichkeiten an allgemeinbildenden Schulen geknüpft werden. Daher sind die allgemeinbildenden Schulen in die Lage zu versetzen, alle Schülerinnen und Schüler ein für sie passendes Angebot zu unterbreiten. Sollte durch das Wunsch und Wahlrecht der Schüler oder Eltern dennoch der Besuch einer Förderschule favorisiert werden, ist dies zu akzeptieren. Die Erlangung der Abschlüsse, wie im Gesetzesentwurf angesprochen, lässt sich in der Realität leider nicht nachvollziehen. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage zeigt leider eindrücklich, dass 2/3 der Abgänger einer Förderschule diese ohne Abschluss verlässt.
5. a: Die Änderung von §8a lehnen wir ab, weil der Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention nichts über die Kapazitäten als Bildungsvoraussetzung aussagt. Natürlich wissen wir um die knappen Ressourcen; diese dürfen aber nicht als Argument herhalten, ein inklusives Schulsystem zu verhindern. Daher müssen sowohl das Land als auch die Kommunen in die Lage versetzt werden, die Voraussetzungen für das gemeinsame Lernen zu schaffen. Je eher sich hier alle auf den Weg machen, umso schneller kann dieses Ziel erreicht werden.
b: Das Wahlrecht der Eltern muss gewürdigt und beachtet werden. Hier muss aber darauf hingewirkt werden, dass die allgemeinbildenden Schulen auch für Eltern von Kindern mit Behinderung, attraktive Angebote machen können.

Zum Antrag „Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“

Dem Antrag können wir insoweit zustimmen, als dass die Coronapandemie für viele Probleme, auch bei Kindern mit Behinderung, gesorgt hat. Folglich konnten Ziele nicht erreicht werden, um ein besseres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Jedoch sind nicht alle diese Probleme durch die Pandemie entstanden und daher darf diese auch nicht als Argumentation für alle Missstände verwendet werden.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

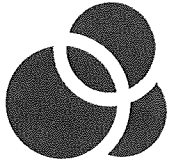
LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Grundsätzlich befürworten wir die Berichterstattung der Landesregierung, um ein besseres Bild der Lage zu erhalten.

Zum Antrag „Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht

Wir begrüßen, dass im Antrag auf die Anforderung der UN-Behindertenrechtskonvention Bezug genommen wird und damit anerkannt wird, dass das gemeinsame Lernen in den Mittelpunkt zu stellen ist. Eine Stärkung der Förderschulen, wie in II. Abs. 3 gefordert, lehnen wir ab. Hier fordern wir eine stärkere Vernetzung von Schularten. Dies kann bspw. durch eine bessere Kooperation von Pädagogen an Förderschulen und allgemeinbildenden Schulen gelingen. Ausdrücklich begrüßen wir den Ansatz in III. Abs. 2, dass Kosten für die Schülerbeförderung nicht ausschlaggebend sein dürfen. Vielmehr muss es Eltern möglich sein, die Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf haben, die für sie passende Schule zu finden und eine Beschulung dort auch durch Fahrtkostenübernahme zur realisieren. Oberstes Ziel muss es sein, entgegen III, Abs. 3 den gemeinsamen Unterricht nicht nur weiterzuentwickeln, sondern als Maßstab für die Förderschulen aufzustellen. Ausdrücklich begrüßen wir das Ziel in III, Abs. 5 die Barrierefreiheit in den Schulen auszubauen. Der Besuch einer Schule darf nicht an der Eingangstür scheitern!

In der Anlage 2 erhalten Sie unsere Vorschläge zur Weiterentwicklung des Thüringer Schulgesetzes in aufsteigender Reihenfolge gemäß dem Paragraphen des Gesetzestextes.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

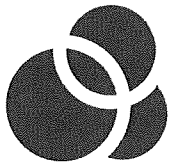
Anlage 2 Gesetzesänderungen

§ 1 Recht auf schulische Bildung

- (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf diskriminierungsfreie und gewaltfreie schulische Bildung und Förderung. Das Recht wird nach Maßgabe dieses Gesetzes gewährleistet.

§ 2 Gemeinsamer Auftrag für die Thüringer Schulen

- (1) Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule in Thüringen leitet sich ab von den grundlegenden Werten, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung des Freistaats Thüringen niedergelegt sind. Die Schule erzieht zu einem selbstbestimmten Leben, zur Achtung vor dem menschlichen Leben, zur Verantwortung für die Gemeinschaft, zu einem gewaltfreien und friedlichen Zusammenleben weltweit und zu einem verantwortlichen Umgang mit der Umwelt und der Natur. Sie pflegt die Verbundenheit mit der Heimat in Thüringen und in Deutschland, fördert die Offenheit gegenüber Europa und weckt das Verantwortungsgefühl für alle Menschen in der Welt. Wesentliche Ziele der Schule sind die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Vorbereitung auf das Berufsleben und auf die Lebenspraxis, die Befähigung zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zur Mitgestaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie zum bewussten, selbst bestimmten und kritischen Umgang mit Medien, die Erziehung zur Aufgeschlossenheit für Kultur und Wissenschaft sowie die Achtung vor den religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer. Die Schüler lernen, ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Akzeptanz sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter, einer inklusiven Gesellschaft und unter Einbezug der durch Deutschland anerkannten menschenrechtlichen Grundsätze und der verschiedenen Lebensweisen zu gestalten. Dabei werden die Schüler darauf vorbereitet, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, Aufgaben in Familie, Gesellschaft und Staat zu übernehmen und dazu angehalten, sich im Geiste des Humanismus und der christlichen Nächstenliebe für die Mitmenschen einzusetzen. Die Schule fördert den Entwicklungsprozess der Schüler zur Ausbildung ihrer Individualität, zu Selbstvertrauen und eigenverantwortlichem Handeln. Sie bietet Raum zur Entfaltung von Begabungen sowie für den Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen. Die natürlichen Rechte der Eltern und die ihnen obliegenden Pflichten zur Erziehung ihrer Kinder bleiben davon unberührt. Die Schule wirkt Mobbing und Gewalt aktiv entgegen. Sie setzt sich für Inklusion und Gleichberechtigung ein und befähigt die jungen Menschen, hierfür Verantwortung zu übernehmen.
- (2) Die Schulen sind im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags zur individuellen Förderung der Schüler als durchgängiges Prinzip des Lehrens und Lernens verpflichtet. Die Schulen haben den Auftrag, Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf vorrangig gemeinsam und inklusiv in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, zu unterrichten; die Förderschulen



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

wirken dabei unterstützend mit. Das für das Schulwesen zuständige Ministerium entwickelt in Abstimmung mit den Schulträgern den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts in Thüringen in einem „Entwicklungsplan Inklusion“, der die regionalen Gegebenheiten einbezieht; dieser wird jährlich evaluiert und fortgeschrieben.

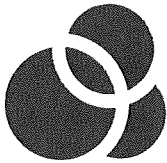
- (3) Bei der Gestaltung des Erziehungs- und Schulwesens wirken das Land, die kommunalen Gebietskörperschaften und die freien Schulträger mit den Eltern, den Lehrern, den Erziehern, den Sonderpädagogischen Fachkräften, den Schülern, den Mitarbeitern von öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, den Selbstvertretungsorganen von potentiell von Benachteiligung bedrohten jungen Menschen sowie weiteren Vertretern von Einrichtungen, die an der schulischen oder außerschulischen Bildung und Erziehung beteiligt sind, zusammen.

§ 3 Wahl der Schulart, der Schulform und des Bildungsganges

- (1) Die Eltern haben im Rahmen der jeweiligen Bestimmungen nach Maßgabe der Befähigung und Leistung des Schülers die Wahl zwischen den zur Verfügung stehenden Schularten (§ 4), Schulformen (§ 8) und Bildungsgängen sowie deren jeweiligen Bildungsmöglichkeiten; volljährige Schüler wählen selbst. Der Bildungsgang ist in der Regel ein inklusives schulisches Lehr- und Lernangebot, dessen Unterrichtsorganisation und Anforderungen das Erreichen eines bestimmten Abschlusses ermöglichen.
- (2) Die Schule, insbesondere der Klassenlehrer, der Beratungslehrer sowie der Schulleiter, unterstützt und berät die Eltern sowie die volljährigen Schüler bei der Wahl der Schullaufbahn.
- (3) Der Schulträger unterstützt die Eltern bei der Entscheidung nach Absatz 1 durch Bereitstellung von wohnortnahen schulischen Angeboten, die ein inklusives und längeres gemeinsames Lernen nach §6a ermöglichen.

§ 4 Schularten

- (1) Die Schularten sind im Freistaat Thüringen von vornherein inklusiv auszurichten. Im Freistaat Thüringen gibt es folgende Schularten:
1. die Grundschule,
 2. die Regelschule,
 3. die Gemeinschaftsschule,
 4. die Gesamtschule,
 5. das Gymnasium,
 6. die berufsbildenden Schulen,



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

7. das Kolleg und
8. die Förderschulen.

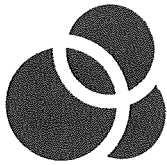
Die Regelschule mit den Klassenstufen 5 bis 10 vermittelt eine allgemeine und berufsvorbereitende Bildung und schafft die Voraussetzung für eine qualifizierte berufliche Tätigkeit oder den Übergang in weiterführende Bildungsgänge. Lebens- und Praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung sind durchgängiges Prinzip des Unterrichts. Die Schüler erwerben mit dem erfolgreichen Besuch der Klassenstufe 9 den Hauptschulabschluss. Der Qualifizierende Hauptschulabschluss wird nach erfolgreichem Besuch der Klassenstufe 9 oder § 6 a Gemeinschaftsschule

Die Schüler der Gemeinschaftsschule lernen über die Klassenstufe 4 hinaus gemeinsam und werden entsprechend ihrer Leistungsmöglichkeiten, Begabungen und Interessen im vorwiegend inklusiven und binnendifferenzierenden Unterricht individuell gefördert. Die heterogene Zusammensetzung der Schülerschaft erfordert und ermöglicht unterschiedliche Formen der Lernorganisation, um die ganzheitliche Kompetenzentwicklung der Schüler auszubilden.

- (1) Gemeinschaftsschulen können auch durch Schularartänderung aus Grundschulen, Regelschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Förderschulen einzeln oder im Verbund entstehen, wobei eine Förderschule mit einer anderen allgemeinbildenden Schule zu verbinden ist. Tritt die Schule, von der das Bestreben zur Schularartänderung in eine Gemeinschaftsschule ausgeht, an die potentielle Verbundschule heran, dann hat der Schulleiter dieser Schule hierzu einen Beschluss der Schulkonferenz herbeizuführen. Der Schulträger hat bei Errichtung der Gemeinschaftsschule zur Erteilung des Einvernehmens nach § 13 Abs. 4 Satz 1 ein pädagogisches Konzept nach Absatz 2 vorzulegen. Bei einer Schularartänderung hat der Schulträger ein von den beteiligten Schulen entwickeltes pädagogisches Konzept vorzulegen, das auch die Entwicklung der jeweiligen Schule zur Gemeinschaftsschule beschreibt. Für eine Gemeinschaftsschule ohne gymnasiale Oberstufe hat der Schulträger in dem Konzept ein Gymnasium, eine kooperative Gesamtschule oder eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe nach § 4 Abs. 4 Satz 1 als kooperierende Schule zu bestimmen. Diese soll im Einzugsgebiet der Gemeinschaftsschule liegen.

In Kooperationsvereinbarungen legen die beteiligten Schulen Inhalt und Struktur der Zusammenarbeit fest.

Alle bestehenden oder zukünftigen Grund-, Regel-, Gemeinschaftsschulen, für die ein gemeinsamer Schulstandort besteht, sollen innerhalb von 5 Jahren in die Form einer Gemeinschaftsschule mit gemeinsamem und inklusivem Lernen überführt werden. Dieser Absatz gilt mit der Maßgabe, dass kein Beschluss der Schulkonferenz der Verbundschulen und kein Einvernehmen des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums nach § 13 Abs. 4 Satz 1 erforderlich ist.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

§ 6 b Gesamtschule

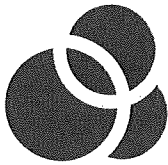
- (1) Gesamtschulen werden inklusiv integrativ oder kooperativ geführt. Die Schüler können entsprechend ihrer Befähigung und Leistung den Hauptschulabschluss, den Qualifizieren- den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss, den schulischen Teil der Fachhoch- schulreife sowie die allgemeine Hochschulreife erwerben; § 4 Abs. 3 Satz 3 und 4 sowie § 4 Abs. 7 Satz 3 bis 5 gelten entsprechend.

§ 7 Gymnasium

- (1) Voraussetzung für den Übertritt in das Gymnasium ist eine bestandene Aufnahmeprüfung in Form eines Probeunterrichts. Die Aufnahmeprüfung ist nicht bestanden, wenn sie ergibt, dass der Schüler für den Besuch des Gymnasiums offensichtlich ungeeignet ist. Dabei sind barrierefreie Zugänge zu gewährleisten, die einen inklusiven Unterricht ermöglichen. Ein Schüler ist dann nicht geeignet, wenn nach seiner Befähigung und Leistung aufgrund einer pädagogischen Prognose eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht im Gymnasium nicht erwartet werden kann. Einer Aufnahmeprüfung bedarf es nicht, wenn bei einem Schüler aufgrund des Erreichens bestimmter Leistungsvoraussetzungen in einzelnen Fächern oder des Vorliegens einer auf seinen bisherigen Leistungen, seinem Leistungs- vermögen und seiner Leistungsbereitschaft beruhenden Empfehlung für den Bildungsweg des Gymnasiums eine erfolgreiche Mitarbeit am Gymnasium erwartet werden kann. § 17 Abs. 4 bleibt unberührt. Sowohl für die Aufnahmeprüfung in Form des Probeunterrichts als auch für die weitere Unterrichtsteilnahme ist sicherzustellen, dass förder- bzw. unterstützungsbedürftige Schüler im Sinne eines inklusiven und gemeinsamen Unterrichts nach § 2 Abs. 2 Satz 2 und § 8 a alle notwendigen Unterstützungsmaßnahmen und Hilfsmittel erhalten, die sie zu einer erfolgreichen Teilnahme am gemeinsamen Unterricht benötigen.
- (2) Für an einem Gymnasium gebildete Spezialklasse, z.B. Musik oder Sport, kann der Ausbildungsgang um eine Klassenstufe erweitert werden. An den Spezialgymnasien wird die Zeit der Qualifikationsphase auf drei Schuljahre gestreckt

§ 7 a Förderschule/Förderzentren

- (1) Förderschulen entwickeln sich zu Förderzentren, die die inklusive Beschulung an den allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen vorbereiten und fördern. Sie nehmen junge Menschen auf, die in anderen Schularten auch mit besonderen Hilfen dauernd oder vorübergehend nicht ausreichend gefördert werden. Förderzentren beraten, fördern, erziehen und unterrichten Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, auch im Bereich der Persönlichkeitsbildung. Förderzentren wirken an der Planung und Durchführung von Formen des gemeinsamen Unterrichts mit. Sie beteiligen sich zusammen mit Kindertageseinrichtungen und sonstigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zudem an der Förderung von Kindern, Jugendlichen und Schülerinnen und Schülern zur Vermeidung sonderpädagogischen Förderbedarfs. Förderzentren sollen eine individuelle Förderung entsprechend dem sonderpädagogischen Förderbedarf erteilen, soweit möglich, die Aufhebung des



LIGA Selbstvertretung Thüringen

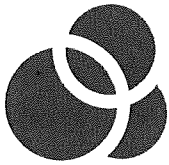
LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

sonderpädagogischen Förderbedarfs anstreben und dabei auf die Eingliederung in allgemeinbildende Schulen oder Berufsschulen hinwirken, die zu einem anerkannten Schulabschluss führen und auf eine berufliche Bildung vorbereiten. Dies betrifft auch digitale Formen des Unterrichtens bzw. die Unterstützung im gemeinsamen Unterricht durch Begleitung des Unterrichts in Gebärdensprache oder lautsprachbegleitenden Gebärden.

- (2) Förderzentren sind unterstützende sonderpädagogische Zentren für Unterricht, Förderung und Beratung. Sie kooperieren mit den allgemeinen Schulen, um jeden Schüler zu einem für ihn bestmöglichen Abschluss zu führen. Förderschulen sind Ganztagsfördereinrichtungen. Sie können mit Einrichtungen zur Unterbringung der Schüler verbunden sein; diese unterliegen nicht der Schulaufsicht.
- (3) Förderzentren bieten folgende Förderschwerpunkte und agieren sowohl regional als auch überregional:
 - a. Hören,
 - b. Sehen,
 - c. körperliche und motorische Entwicklung,
 - d. Lernen,
 - e. Sprache,
 - f. emotionale und soziale Entwicklung sowie
 - g. geistige Entwicklung.
 - h. Autistisches Verhalten
 - i. Dauerhaft kranke Schülerinnen und Schüler

Förderzentren koordinieren zur Unterstützung der Schulen ein landes- weites Netzwerk für ausgewiesene Förderschwerpunkte. Förderzentren können einen oder mehrere Förderschwerpunkte führen und als Beratungs- und Unter- stützungszentrum mit den ihnen in einem Netzbereich zugeordneten allgemeinen Schulen (Netzwerkschulen) zusammenarbeiten. Vorgaben für die Größe von Netzbereichen der regionalen Förderzentren legt das für das Schulwesen zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung fest. Bestehende Förderschulen können sich zu Förderzentren oder inklusiven allgemeinbildenden Schulen bzw. berufsbildenden Schulen entwickeln.

- (4) Die überregionalen Förderzentren können bei Bedarf folgende Bildungsgänge führen:
 1. Bildungsgang der Grundschule mit den Klassenstufen 1 bis 4,
 2. Bildungsgänge der Regelschule mit den Klassenstufen 5 bis 9 oder 10.
- (5) Die regionalen Förderzentren können bei Bedarf folgende Bildungsgänge führen:
 1. Bildungsgang der Grundschule mit den Klassenstufen 1 bis 4,
 2. Bildungsgänge der Regelschule mit den Klassenstufen 5 bis 9 oder 10,



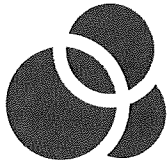
LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

3. Bildungsgang zur individuellen Lebensbewältigung mit den Klassenstufen 1 bis 12.
- (6) Schüler, denen der sonderpädagogische Förderbedarf im Lernen am Ende der Klassenstufe 8 aberkannt wird, können im Bildungsgang zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an der Förderschule verbleiben. In begründeten Ausnahmefällen können Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf auf Antrag des Schulleiters der allgemeinen Schule im Einvernehmen mit den Eltern oder auf Antrag der Eltern zeitweise nach Maßgabe der räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen zur Beschulung an einer Förderschule zugelassen werden. Besondere Unterrichtsformen nach § 45 Abs. 1 Satz 2 an allgemeinen Schulen sind vorrangig zu nutzen. Die Entscheidung trifft das zuständige Schulamt unter Beteiligung der jeweiligen Schulleiter der aufnehmenden und der abgebenden Schule.

§ 8 Schulformen der berufsbildenden Schulen

- (1) Formen der berufsbildenden Schulen sind:
 1. die Berufsschule,
 2. die Berufsfachschule,
 3. die Höhere Berufsfachschule,
 4. die Fachoberschule,
 5. das berufliche Gymnasium,
 6. die Fachschule und
 7. die Förderberufsschule.
- (2) Die Berufsschule führt in Teilzeitunterricht im Rahmen der dualen Berufsausbildung gemeinsam mit der betrieblichen oder der außerbetrieblichen Ausbildung zu beruflichen Qualifikationen. Der Unterricht an der Berufsschule kann an einzelnen Unterrichtstagen oder als Blockunterricht erteilt werden. Die Schüler erwerben mit dem Berufsschulabschluss einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschluss. Eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, die Erfüllung bestimmter Leistungsvoraussetzungen im Berufsschulabschluss sowie ausreichende Fremd- bzw. Zweitsprachenkenntnisse (dazu zählt Gebärdensprache als anerkannte Zweitsprache) führen zum Erwerb eines dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschlusses. Schüler mit Realschulabschluss können mit dem Besuch der Berufsschule neben der beruflichen Qualifikation zusätzlich die Fachhochschulreife erwerben.
- (3) Das Berufsvorbereitungsjahr in schulischer oder kooperativer Form ermöglicht jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss bei Erfüllung bestimmter Leistungsvoraussetzungen den Erwerb eines dem Hauptschulabschluss



LIGA Selbstvertretung Thüringen

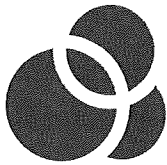
LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

gleichwertigen Abschlusses. Für junge Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen nicht zu erwarten ist, dass sie den Abschluss des Berufsvorbereitungsjahres in einem Jahr erreichen werden, können entsprechende Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache und grundlegender schulischer Bildung eingerichtet werden. Diese dem Berufsvorbereitungsjahr vorgeschalteten Angebote können ein- oder zweijährig ausgestaltet sein und aufeinander aufbauen. Für junge Menschen, die inklusive beschult werden, können durch die Förderzentren begleitende Maßnahmen eingerichtet werden. Bei Bedarf können diese als dem Berufsvorbereitungsjahr vorgeschaltete Angebote einjährig ausgestaltet sein und aufeinander aufbauen.

- (4) Die einjährige Berufsfachschule in schulischer oder kooperativer Form ermöglicht Jugendlichen mit Hauptschulabschluss den Erwerb einer beruflichen Qualifikation oder Teilqualifikation. Die zwei- oder dreijährige Berufsfachschule führt im Anschluss an den Hauptschulabschluss in Vollzeitunterricht bei Erfüllung bestimmter Leistungsvoraussetzungen zu einem dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschluss und zu beruflichen Qualifikationen oder Teilqualifikationen.
- (5) Die Förderberufsschule führt Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Teilzeitunterricht im Rahmen der dualen Berufsausbildung oder im Rahmen einer Ausbildung nach § 66 des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) in der jeweils geltenden Fassung oder nach § 42m der Handwerksordnung in der Fassung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074, 2006 I S. 2095) in der jeweils geltenden Fassung gemeinsam mit der betrieblichen oder der außerbetrieblichen Ausbildung zu anerkannten und am Arbeitsmarkt verwertbaren beruflichen Qualifikationen, Teilabschlüssen oder Abschlüssen. Die Förderberufsschule vermittelt die gleichen Abschlüsse wie die Berufsschule. Sie kooperiert mit den Förderzentrum zur Unterstützung und Absicherung des sonderpädagogischen Bedarfs sowie im Rahmen einer Vorbereitung und Absicherung der inklusiven Beschulung an einer Berufsschule.

§ 8 a Gemeinsamer Unterricht, Feststellungsverfahren

- (1) Gemeinsamer Unterricht findet in den allgemeinen Schulen in enger Zusammenarbeit mit den Lehrern und Sonderpädagogischen Fachkräften der Förderzentren nach Maßgabe des § 7a statt. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden zielgleich oder zieldifferent unterrichtet. Bei zielgleichem Unterricht werden die Schüler nach den für die allgemeinen Schulen geltenden Lehrplänen und Vorschriften in der Regel inklusiv unterrichtet. Organisatorische und methodische Abweichungen sind zulässig, soweit es der sonderpädagogische Förderbedarf erfordert. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der geistigen Entwicklung werden, wenn nicht anders möglich, zieldifferent unterrichtet. Lernziele und Leistungsanforderungen richten sich für diese Schüler nach denen des Bildungsgangs zur individuellen Lebensbewältigung sowie nach einem sonderpädagogischen Förderplan.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

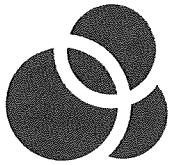
LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

- (2) Auf der Grundlage des sonderpädagogischen Gutachtens sowie nach Maßgabe der vorhandenen oder mit vertretbarem Aufwand zu schaffenden personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen legt das zuständige Schulamt für den Schüler den nächstgelegenen geeigneten Lernort im gemeinsamen Unterricht unter Einbeziehung des zuständigen Schulträgers und der Eltern fest. Hierzu kann die am Schulamt installierte Steuergruppe, welche über das Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen nach Satz 1 berät, einbezogen werden. Wird ein geeigneter Lernort an einer allgemeinen Schule nicht ermittelt, kann der Schüler anerkannte alternative Schulformen nach Maßgabe nutzen, wie zum Beispiel Förderzentren oder anerkannte alternative Schulformen (z.B. Online- Unterricht). Abweichend von der Festlegung nach Satz 1 ist nach ausführlicher Beratung der Eltern durch das zuständige Schulamt unter Berücksichtigung des Elternwillens (§ 3 Abs. 1 Satz 1) der Besuch einer anerkannten alternativen Schulform möglich.

§ 10 Ganztagsschulen, Außerunterrichtliche Angebote

- (1) Ganztagsschulen verbinden auf der Grundlage eines Ganztagsschulkonzepts Bildung, Betreuung und pädagogische sowie sonderpädagogische Förderung und inklusive Angebote zu einer pädagogischen und organisatorischen Einheit. Dabei werden insbesondere der Sozialraum und die Schule als Lern- und Lebensort im Sinne des § 2 Abs. 4 einbezogen. Ganztagsschulen können offen, teilgebunden und gebunden geführt werden. In den teilgebundenen und gebundenen Ganztagsschulen findet ein rhythmisierter Tagesablauf statt. Für Schüler der Primarstufe besteht ein Anspruch auf inklusive Förderung in einem Schulhort von montags bis freitags mit einer täglichen Betreuungszeit von zehn Stunden unter Anrechnung der Unterrichtszeit. Für Schüler, die das Ganztagsangebot einer Schule in gebundener Form wahrnehmen, gilt dieser Anspruch mit dem Besuch der Schule als erfüllt; für die Ferien bleibt der Anspruch nach Satz 1 unberührt.
- (2) An den Grundschulen und Gemeinschaftsschulen mit Primarstufe sollen zur außerunterrichtlichen Bildung, Betreuung und Förderung der Schüler Schulhorte geführt werden (offene Ganztagsschulen). Diese sind organisatorisch Teil der Schule und sind inklusiv möglichst barrierefrei zu gestalten. Der Besuch der Schulhorte ist freiwillig.
- (3) Schulen können auf Antrag des Schulträgers nach Zustimmung der Schulkonferenz bei Bedarf als Ganztagsschulen in teilgebundener oder gebundener Form geführt werden, soweit die organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen vorliegen.

Über den Antrag entscheidet das für das Schulwesen zuständige Ministerium. Dem Antrag ist ein geeignetes Ganztagsschulkonzept der Schule beizufügen, das auch den Bedarf der Einrichtung als Ganztagsschule begründet. Dabei sind inklusive Gesamtkonzepte besonders zu berücksichtigen.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

§ 12 Schulversuche, Erprobungsmodelle

- (1) Durch Schulversuche soll die Weiterentwicklung des Schulwesens gefördert werden. Schulversuche werden an besonderen Versuchsschulen durchgeführt. Schulversuche müssen nach Anlage, Inhalt und Durchführung geeignet sein, neue Erkenntnisse über Organisationsformen des Unterrichts und über die Erziehung in den Schulen einschließlich neuer Schularten zu vermitteln oder zu sichern oder wesentliche inhaltliche Änderungen zu erproben. Dies betrifft insbesondere auch barrierefreie und digitale Konzepte, die ein gemeinsames und inklusives Lernen fördern.

§ 13 Schulen und Schulträgerschaft

- (1) Die Schulartänderung in eine Gemeinschaftsschule erfolgt grundsätzlich im Konsens zwischen dem Schulträger und der aufzuhebenden Schule und nach Maßgabe des § 6a(3), 2. Absatz. Die Schule erklärt den Willen zur Schulartänderung in eine Gemeinschaftsschule gegenüber dem Schulträger nach einem entsprechenden Beschluss der Schulkonferenz, der auch ein pädagogisches Konzept nach § 6 a Abs. 2 umfasst. Soweit mehrere Schulen an der Schulartänderung beteiligt sind, gilt Satz 2 für jede der beteiligten Schulen. Die Entscheidung des Schulträgers erfolgt innerhalb von sechs Monaten. Entspricht der Schulträger dem Beschluss der Schulkonferenz oder den Beschlüssen der Schulkonferenzen, beantragt er das Einvernehmen nach Absatz 4 Satz 1 und legt das pädagogische Konzept vor. Kommt ein Konsens nicht zustande, wirkt das zuständige Schulamt auf eine Einigung hin. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet das für das Schulwesen zuständige Ministerium, insbesondere unter Berücksichtigung der Schulnetzplanung des Schulträgers, über die Schulartänderung; die Entscheidung erfolgt im Einvernehmen mit dem für Kommunalrecht zuständigen Ministerium.

§ 14 Schulbezirke, Einzugsbereiche

- (1) Für jede Grundschule, jede Regelschule sowie jedes regionale Förderzentrum legt der Schulträger im Einvernehmen mit dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium einen abgegrenzten Schulbezirk fest; dieser kann auf der Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den beteiligten Schulträgern über das Gebiet eines Schulträgers hinausgehen. Hier sind die Bedarfe der Schüler, insbesondere im Rahmen einer inklusiven Beschulung zu berücksichtigen. Für mehrere Grundschulen oder Regelschulen kann jeweils ein gemeinsamer Schulbezirk festgelegt werden. Örtlich zuständig ist die Schule, in deren Schulbezirk der Wohnsitz des Schülers liegt; im Fall des Satzes 2 sind die Schulen im gemeinsamen Schulbezirk die örtlich zuständigen Schulen. Änderungen der Schulbezirke können im Einvernehmen mit dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium erfolgen. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so kann das für das Schulwesen zuständige Ministerium einen Schulbezirk festlegen oder verändern, wenn es dafür ein dringendes öffentliches Interesse feststellt.



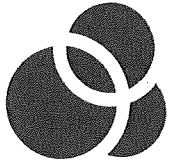
LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

- (3) Für die Berufsschulen legt der Schulträger im Einvernehmen mit dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium und nach Anhörung der nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen Einzugsbereiche fest; diese können auf der Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung für einzelne Ausbildungsberufe der Berufsschule über das Gebiet des Schulträgers hinausgehen. Die Einzugsbereiche für Landesfachklassen und andere überregionale Fachklassen legt das für das Schulwesen zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem Schulträger fest. Gleiches gilt für länderübergreifende Fachklassen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, kann das für das Schulwesen zuständige Ministerium selbst Einzugsbereiche festlegen oder verändern, wenn ein öffentliches Interesse an einer über das Gebiet eines Schulträgers hinausgehenden Festlegung von Einzugsbereichen besteht, insbesondere wenn ansonsten in einzelnen Ausbildungsberufen die Zahl der Schüler eine für die Organisation des Unterrichts ausreichende Klassengröße nicht zustande kommen ließe. Örtlich zuständige Berufsschule ist in der Regel die, in deren Einzugsbereich der Ausbildungsort, bei Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis, in deren Einzugsbereich der Wohnort liegt. Absatz 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend. Das für das Schulwesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, Näheres zum Verfahren zur Festlegung von Einzugsbereichen durch Rechtsverordnung zu regeln. Grundsätzlich sind bei den Einzugsbereichen die Bedarfe zur inklusiven Beschulung der Schüler zu berücksichtigen.

§ 15 Gastschulverhältnis, Zuweisung

- (1) Auf Antrag der Eltern oder des volljährigen Schülers kann aus wichtigen Gründen der Besuch einer anderen als der nach § 14 örtlich zuständigen Schule gestattet werden (Gastschulverhältnis), insbesondere wenn
1. besondere pädagogische oder soziale Gründe vorliegen oder
 2. der Besuch einer anderen Schule dem Schulpflichtigen die Wahrnehmung des Berufs- ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses erheblich erleichtern würde.
 3. Der Besuch einer anderen Schule oder Schulform einen inklusiven gemeinsamen Unterricht erheblich erleichtern würde
- (2) Bei Grund- und Regelschulen sowie bei Förderzentren trifft die Entscheidung nach Absatz 1 das Schulumt im Einvernehmen mit den Eltern, in dessen Zuständigkeitsbereich der Schulpflichtige seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, nach Anhörung des abgebenden und im Ein- vernehmen mit dem aufnehmenden Schulträger unter Berücksichtigung der Aufnahmekapazität der aufnehmenden Schule.
- (3) Bei Berufsschulen trifft die Entscheidung nach Absatz 1 das für den Beschäftigungsort zuständige Schulumt und für Schüler ohne Beschäftigungsverhältnis das für den gewöhnlichen Aufenthalt zuständige Schulumt im Einvernehmen mit den Eltern bzw. der volljährigen Schülerin und dem volljährigen Schüler nach Anhörung des aufnehmenden und des abgebenden Schulträgers unter Berücksichtigung der Aufnahmekapazität der aufnehmenden Schule.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

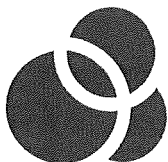
- (4) Das zuständige Schulamt kann einen Schüler, nur abweichend von § 14, nach Anhörung der Eltern und der betroffenen Schulträger einer bestimmten Schule zuweisen,
 1. wenn eine Klassenbildung aufgrund der geringen Schülerzahl nicht möglich ist,
 2. wenn in dieser Schule Klassen oder Lerngruppen für besondere pädagogische Aufgaben oder für eine inklusive Beschulung eingerichtet sind, um eine gleichmäßige Auslastung der Schulen mit Schülern mit Migrationshintergrund, die einen Förderbedarf zum Erwerb der deutschen Sprache haben, zu erreichen,

§ 15 a Auswahlverfahren an allgemeinbildenden Schulen

- (1) Übersteigt bei der Anmeldung zur Einschulung die Zahl der Anmeldungen an einer Grundschule in einem gemeinsamen Schulbezirk nach § 14 Abs. 1 Satz 2 oder an einer Gemeinschaftsschule die Aufnahmekapazität, ist den Anträgen auf Aufnahme nach den folgenden Kriterien in abgestufter Rangfolge stattzugeben, wenn
 1. die Grundschule oder die Gemeinschaftsschule die nächstgelegene Schule des Bildungsganges ist,
 2. eine anderweitige inklusive Beschulung nicht abgesichert werden kann
 3. Geschwisterkinder bereits die Schule besuchen. Im Übrigen entscheidet das Los.
- (2) Übersteigt die Zahl der Anmeldungen für die Sekundarstufe an einer Regelschule in einem gemeinsamen Schulbezirk nach § 14 Abs. 1 Satz 2, an einer Gemeinschaftsschule, an einer Gesamtschule oder an einem Gymnasium die Aufnahmekapazität, ist den Anträgen auf Aufnahme nach den folgenden Kriterien in abgestufter Rangfolge stattzugeben, wenn
 1. Eine anderweitige inklusive Beschulung nicht abgesichert werden kann
 2. Geschwisterkinder bereits die Schule besuchen,
 3. die Schule die nächstgelegene Schule des gewählten Bildungsganges ist,
 4. die Eltern ausdrücklich ein bestimmtes Schulprofil oder ein bestimmtes Fremdsprachenangebot wünschen.

Im Übrigen entscheidet das Los. Abweichend von den Sätzen 1 und 2 erfolgt die Aufnahme in ein Spezialgymnasium oder in eine Spezialklasse entsprechend den in der Eignungsprüfung erbrachten Leistungen.

Die Festlegung der Aufnahmekapazität erfolgt durch den Schulleiter in Abstimmung mit dem Schulträger und dem zuständigen Schulamt vor Durchführung des Aufnahmeverfahrens. Dabei sind die personellen, räumlichen und sächlichen Gegebenheiten im Rahmen einer insbesondere inklusiven Beschulung sowie



LIGA Selbstvertretung Thüringen

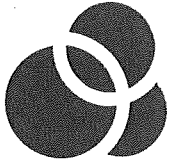
LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

die durch den Schulträger festzulegende Zügigkeit der Schule zu berücksichtigen.

- (3) Abweichend von den Absätzen 1 oder 2 sind im Auswahlverfahren vorrangig aufzunehmen:
1. bei einer durch Schulartänderung entstandenen Gemeinschaftsschule die Schüler mit Wohnsitz im ehemaligen Schulbezirk nach § 14 Abs. 1 Satz 1, sofern diesem Wohnsitz kein neuer Schulbezirk zugeordnet ist,
 2. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für die diese Schule nach § 8 a Abs. 3 von dem zuständigen Schulamt als geeigneter Lernort festgelegt wurde bzw. Schüler mit nachgewiesenen Bedarfen an den vorhandenen inklusiven Angeboten, die entsprechend dem Schulkonzept dieser Schule ausgewiesen sind
 3. die Schüler, die dieser Schule durch das zuständige Schulamt nach § 15 Abs. 4 zugewiesen wurden, sowie
 4. Schüler, bei denen ein Härtefall vorliegt; dies ist der Fall, wenn andernfalls aufgrund besonderer familiärer, sozialer oder verkehrsbedingter Situationen Belastungen entstehen würden, die das üblicherweise Vorkommende bei weitem überschreiten.
- (4) Wird die Aufnahme in die Schule aufgrund fehlender Aufnahmekapazität abgelehnt, soll das zuständige Schulamt einen schulpflichtigen Schüler nach Anhörung der Eltern und unter Berücksichtigung altersangemessener Schulwege einer anderen Schule mit demselben Bildungsgang zuweisen. Unterbleibt eine Anmeldung, kann das zuständige Schulamt einen schulpflichtigen Schüler unter den Voraussetzungen des Satzes 1 einer Schule zuweisen. Liegt die Schule, der der Schulpflichtige zugewiesen werden soll, im Zuständigkeitsbereich eines anderen Schulamtes, ist für die Zuweisung das Einvernehmen mit diesem herzustellen.

§ 15 b Auswahlverfahren an berufsbildenden Schulen und am Kolleg

- (1) Übersteigt die Zahl der Anmeldungen für eine berufsbildende Schule, mit Ausnahme der Berufsschule, oder für ein Kolleg die Aufnahmekapazität, führt eine Aufnahmekommission unter Leitung des Schulleiters ein Auswahlverfahren durch. § 15a Abs. 5 gilt entsprechend. Im Auswahlverfahren zulässige Auswahlkriterien sind:
1. Eignung und Leistung der Schülerin und des Schülers
 2. Eignung und Leistung der berufsbildenden Schule oder des Kollegs im Rahmen einer inklusiven Beschulung
 3. das Vorliegen von Härtefällen und
 4. die Dauer einer Wartezeit.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

§ 17 Allgemeines zur Schulpflicht

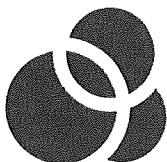
- (1) Die Schulpflicht kann an einer öffentlichen Schule oder an einer Ersatzschule außerhalb Thüringens erfüllt werden. Der Besuch einer Schule außerhalb Thüringens zur Erfüllung der Schulpflicht ist dem Schulamt nach zu weisen. Für die Erfüllung der Berufsschulpflicht gilt § 15 Abs. 3 entsprechend.
- (2) Eine Befreiung von der Schulpflicht ist mit Ausnahme des § 19 Abs. 3 Satz 3 nicht möglich. Die Pflicht zum Schulbesuch kann auf Antrag der Eltern ruhen, wenn zwingende Gründe dies rechtfertigen; die Entscheidung trifft das zuständige Schulamt auf der Grundlage von fachärztlichen oder sonderpädagogischen Gutachten für jeweils bis zu einem Schuljahr. Entfallen die Voraussetzungen für das Ruhen, besteht erneut die Pflicht zum Schulbesuch. Die Zeit, in der die Schulpflicht ruht, wird auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet. In Ausnahmefällen können nach § 19 (1) die tatsächlichen Jahre zugrunde gelegt werden, um einen unmittelbar bevorstehenden Schulabschluss zu erreichen oder aber wenn die Schülerin bzw. der Schüler mit nachgewiesenem schulischen Leistungsvermögen durch den Nachweis seine schulischen Fähigkeiten gehindert wird, weiterführende Bildungs- oder Berufsbildungsabschlüsse zu erzielen.

§ 19 Dauer der Vollzeitschulpflicht

- (1) Im Bildungsgang zur individuellen Lebensbewältigung endet die Vollzeitschulpflicht nach zwölf Schulbesuchsjahren; eine Verlängerung des Schulverhältnisses um bis zu drei Jahre ist dem Antrag der Eltern durch das zuständige Schulamt stattzugeben, wenn der Schüler noch nicht über die Kompetenzen zur individuellen Lebensbewältigung verfügt, der weitere Besuch der Schule dies aber erwarten lässt. Das Schulverhältnis endet in jedem Fall zum Ende des Schuljahres, in dem der Schüler das 21. Lebensjahr, in begründeten Ausnahmefällen das 24. Lebensjahr, vollendet. Schüler, die das zehnte Schulbesuchsjahr vollendet haben, können auf Antrag der Eltern von der weiteren Schulpflicht befreit werden, wenn sie ein Ausbildungsverhältnis oder eine gleichwertige Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit nachweisen. Die Entscheidung trifft das zuständige Schulamt nach Anhörung der Schule und Eltern.

§ 20 Erfüllung der Vollzeitschulpflicht

- (1) Die Vollzeitschulpflicht kann an den staatlichen Schulen der Schularten Grundschule, Regelschule, Gemeinschaftsschule, Gesamtschule, Gymnasium und an Förderzentren sowie durch den Besuch einer diesen Schularten entsprechenden Ersatzschule erfüllt werden.
- (2) Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf können im zehnten Jahr der Vollzeitschulpflicht, wenn eine gleichwertige Bildung gewährleistet ist, an Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit oder an von dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium anerkannten gleichwertigen Maßnahmen der Jugend- und Sozialhilfe



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

teilnehmen. Die Entscheidung über die Teilnahme trifft das zuständige Schulamt im Einvernehmen mit den Eltern und volljährigen Schülerinnen und Schülern.

§ 25 Rechte des Schülers

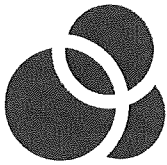
Jeder Schüler hat das Recht, eine seiner Befähigung und Leistung entsprechende schulische Bildung und Förderung zu erhalten; außergewöhnliche Begabungen werden in besonderer Weise gefördert. Möglichkeiten der inklusiven Beschulung sind der Schülerin und dem Schüler zur Verfügung zu stellen. Der Schüler hat das Recht, in allen ihn betreffenden Angelegenheiten informiert zu werden sowie auf Auskunft über seinen Leistungsstand und die Möglichkeiten seiner Förderung. Das Persönlichkeitsrecht des Schülers ist zu achten. Jeder Schüler hat das Recht, sich mit Beschwerden oder persönlichen Problemen und bei als ungerecht empfundener Behandlung oder Beurteilung an den Lehrer, an den Vertrauenslehrer, an die Schülervertretung, an den Schulleiter und an die Schulkonferenz oder an die Ombudsstelle zu wenden. Jeder Schüler hat ein Anhörungs- und Vorschlagsrecht gegenüber der Klassensprecherversammlung. Über alle wichtigen Angelegenheiten des Schulbetriebs ist der Schüler zu unterrichten.

§ 27 Schülergruppen

- (1) Die Schüler haben das Recht, sich an ihrer Schule zur Verfolgung von Zielen zusammenzuschließen, die innerhalb des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule nach § 2 liegen (Schülergruppen). Schülergruppen dürfen dafür Schulanlagen und Schuleinrichtungen benutzen. Der Schulleiter kann die Benutzung von Schulanlagen und Einrichtungen der Schule mit Auflagen gestatten oder verbieten, wenn schulische Belange dies erfordern. Die Schulkonferenz regelt Grundsätze für die Betätigung von Schülergruppen in der Schule.
- (2) Innerhalb des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule haben die Schüler das Recht, mit dem Ziel einer aktiven Betätigung zum gesellschaftlichen Gemeinwohl eine Schülerorganisation und am Wirtschaftsleben eine Schülerfirma zu gründen oder an einer solchen mitzuwirken; bei minderjährigen Schülern ist die schriftliche Einwilligung der Eltern erforderlich. Die Schülerorganisation und Schülerfirma sind eine schulische Veranstaltung, die der Zustimmung der Schulkonferenz bedarf, durch den Schulleiter genehmigt wird und von einem Lehrer der Schule betreut wird.

§ 28 Mitwirkung der Schüler

- (1) Die Schüler wirken sowohl durch den Klassenrat als auch durch selbstgewählte Schülervertretungen entsprechend ihrem Alter und ihrer Verantwortungsfähigkeit am schulischen Leben mit. Schülervertretungen werden für die Klasse oder den Stammkurs (Klassen- oder Kurssprecher), für die Schule (Schülersprecher), auf der Ebene des zuständigen Schulamtes je Landkreis und kreisfreier Stadt für jede Schulart (Kreisschülersprecher) und auf der Ebene des Landes für jede Schulart (Landesschülersprecher) gewählt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jeweils zusätzlich je Schule und Schulart eine Vertretung für Schülerinnen und Schüler mit



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Migrationshintergrund oder aufgrund einer Schwerbehinderung zu bilden ist. Auf der Ebene der Schule besteht als zusätzliches Mitwirkungsorgan die Klassensprecherversammlung. Aus begründetem Anlass, aber mindestens einmal im Schuljahr, kann die Schülervertretung der Schule eine Schülerversammlung einberufen; sie findet in Absprache mit dem Schulleiter während der Unterrichtszeit statt. Die Schüler werden bei den Wahlen der Schülervertretungen von den Lehrern, vom Schulleiter, vom Schulträger und von den Schulaufsichtsbehörden unterstützt. Die gewählten Schülervertretungen werden unmittelbar nach der Wahl von der Schule über ihre Aufgaben und Rechte informiert.

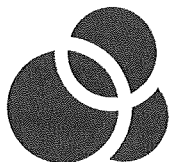
- (1a) Zur Planung des Unterrichts sowie zur Erörterung von Problematiken und Konflikten in den Klassen, kann ein Klassenrat an jeder Schulform ab der 1. Klasse gebildet werden. Bestehend aus den Schülern der Klasse und dem Klassenlehrer, soll dieser monatlich zusammenfinden.
- (2a) Schüler und Schülervertretungen haben das Recht, sich in allen Fragen, die ihre Mitbestimmungsrechte betreffen, an die zentrale Ombudsstelle zu wenden. Die Ombudsstelle ist unabhängig und nicht weisungsgebunden. Sie hat einen Informations- und Beratungsauftrag, nimmt Beschwerden entgegen, prüft die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und vermittelt in Konfliktfällen. Die Ombudsstelle ist bei Notwendigkeit von den beteiligten Schule, dem zuständigen Schulamt und für das Schulwesen zuständige Ministerium an zu hören und zu unterstützen, um in Konfliktfällen vermitteln zu können und die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen zu prüfen.

§ 29 Vertrauenslehrer

Die Vertrauenslehrer an der Schule pflegen die Verbindung zwischen dem Schulleiter und den Lehrern einerseits und den Schülern andererseits. Sie beraten die Einrichtungen der Schülermitwirkung, vermitteln bei Beschwerden und sind erste Ansprechpartner des Ombudsrates. Die Klassensprecherversammlung wählt mindestens zwei Vertrauenslehrer für jeweils ein Schuljahr.

§ 30 Pflichten des Schülers

- (1) Der Schüler hat die Pflicht, regelmäßig am Unterricht teilzunehmen und die übrigen als verbindlich erklärten schulischen Veranstaltungen zu besuchen (§ 23 Abs. 1). Er ist verpflichtet, sich am Unterricht zu beteiligen und die geforderten Leistungsnachweise zu erbringen. Dabei sind die Vorgaben des Lehrers gerade in Bezug auf eine digitale Lernumgebung verpflichtend, soweit pädagogische Gründe vorliegen und die technischen Voraussetzungen gegeben sind. Dabei sind bei nachgewiesenem Bedarf der Schülerin und des Schülers die notwendigen Rahmenbedingungen durch die Schule und das zuständige Schulamt sicher zu stellen, um diese Pflichten erfüllen zu können.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

- (2) Neben den Pflichten nach Absatz 1 besteht die Pflicht zur Teilnahme an Tests, Befragungen oder Erhebungen, wenn diese für Vergleichsuntersuchungen nach § 57 Abs. 6 geeignet und erforderlich sind, sowie zur Beteiligung an Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung nach § 40 b Abs. 2 und 3. Dafür sind Barrierefreie oder barrierearme Zugänge für die beteiligte Schülerin und den beteiligten Schüler zu gewährleisten.
- (3) Der Schüler hat alles zu unterlassen, was den Schulbetrieb oder die Ordnung der von ihm besuchten Schule oder einer anderen Schule stören könnte. Dies betrifft nicht mit der Schule, dem Schulträger oder dem Schulamt abgestimmte Maßnahmen im Rahmen der inklusiven oder barrierefreien Beschulung.

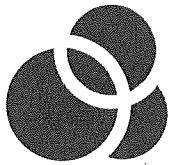
§ 32 Mitwirkung der Eltern

- (1) Die Eltern wirken durch gewählte Elternvertretungen in Angelegenheiten mit, die für die Schule von allgemeiner Bedeutung sind. Elternvertretungen werden an den einzelnen Schulen für die Klassen, für die Stammkurse und die gesamte Schule, bei den zuständigen Schulämtern und auf Landesebene gewählt. Hierbei ist je Schule, bei den Schulämtern und auf Landesebene je ein zusätzlicher Vertreter für schwerbehinderte Schülerinnen und Schuler sowie Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu wählen.
- (2) § 28 Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 33 Schulleiter

- (1) Der Schulleiter ist für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb und Unterricht sowie gemeinsam mit den Lehrern für die Bildung und Erziehung der Schüler verantwortlich. In Erfüllung dieser Aufgaben ist er den Lehrern, den Erziehern und den Sonderpädagogischen Fachkräften gegenüber weisungsberechtigt; gegenüber dem sonstigen unterstützenden Personal an der Schule übt er das Weisungsrecht im Rahmen der von dem jeweiligen Dienstherrn oder Arbeitgeber getroffenen allgemeinen Anordnungen aus. Er leitet an, berät die Lehrer und das sonstige pädagogische Personal und sorgt für deren Zusammenarbeit.

Der Schulleiter ist bei der im Rahmen des Auswahlprozesses und der Entscheidung zur Einstellung des pädagogischen Personals an seiner Schule zu beteiligen. Der Schulleiter ist bei der Einstellung des unterstützenden Personals an seiner Schule zu beteiligen. Er fördert die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer und des sonstigen pädagogischen Personals und hat dafür Sorge zu tragen, dass diese ihre Fortbildungsverpflichtung wahrnehmen. Die von ihm besuchten Unterrichtsstunden bespricht er mit den Lehrern. Der Schulleiter übt das Hausrecht aus und vertritt die Schule nach außen. Die äußeren Schulangelegenheiten werden in enger Zusammenarbeit mit dem Schulträger durchgeführt.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

§ 34 Lehrer, Erzieher und Sonderpädagogische Fachkräfte

- (4a) Die Lehrer für Förderpädagogik und die sonderpädagogischen Fachkräfte sind für die Förderzentren oder die allgemeine Schule im gemeinsamen Unterricht tätig. Sie erfüllen Aufgaben der sonderpädagogischen Förderung und Beratung an allgemeinen Schulen sowie der Prävention sonderpädagogischen Förderbedarfs, insbesondere in der Schuleingangsphase der Grundschulen und Gemeinschaftsschulen. Daneben können Lehrer für Förderpädagogik auch eigenständigen Unterricht an allgemeinen Schulen erteilen.
- (1) Zur Unterstützung eines barrierefreien und inklusiven Unterrichts sowie zur Unterstützung des Unterrichts beim Erziehen, Beraten, Betreuen und Fördern der Schüler, insbesondere mit Bildungsdefizit und mit Migrationshintergrund, können pädagogische Assistenzkräfte im Landesdienst an staatlichen Schulen tätig werden. Sie arbeiten mit dem Personal der Schulen zusammen, an denen sie eingesetzt werden und helfen bei der Bewältigung besonderer Herausforderungen (z.B. Gebärdensprache) im Schulalltag. Die fachlichen Voraussetzungen werden durch das für das Schulwesen zuständige Ministerium festgelegt. Abweichend können bei Bedarf Einzelregelungen getroffen werden.

§ 35 Sonstiges unterstützendes Personal an Schulen

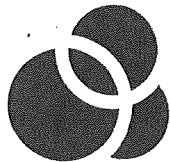
- (1) Zur dauerhaften Unterstützung der Schulleitung und der Lehrerschaft bei der Bewältigung anfallender schultypischer Aufgaben kann eine Schulverwaltungsassistenz an einer oder mehreren staatlichen Schulen eingesetzt werden. Die jeweiligen fachlichen Voraussetzungen werden durch das für das Schulwesen zuständige Ministerium festgelegt. Abweichend können bei Bedarf Einzelregelungen getroffen werden.

§ 35 a Schulsozialarbeit

Zur Unterstützung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule sollen in allen Schularten und Schulformen bedarfsgerecht Schulsozialarbeiter der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder der Träger der freien Jugendhilfe als sonstiges unterstützendes Personal tätig werden. Deren Aufgaben bestimmen sich nach den Bestimmungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch und des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes in der Fassung vom 5. Februar 2009 (GVBl. S. 1) in der jeweils geltenden Fassung. Schulsozialarbeit setzt eine enge Abstimmung zwischen der jeweiligen Schule, dem Schulträger und den Jugendhilfeträgern voraus. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben arbeiten die Schulsozialarbeiter mit allen am Schulleben Beteiligten vertrauensvoll zusammen.

§ 38 Schulkonferenz

- (1) Die Schulkonferenz berät Fragen, die Schüler, Eltern, Lehrer und Erzieher gemeinsam betreffen, und gibt Empfehlungen. Die Lehrerkonferenz, die



LIGA Selbstvertretung Thüringen

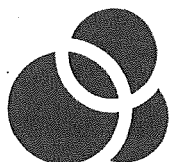
LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Schulelternvertretung und die Schülervertretung sind berechtigt, zu diesen Fragen Anträge an die Schulkonferenz zu richten. Der Schulkonferenz ist insbesondere Gelegenheit zu einer vorherigen Stellungnahme zu geben:

1. zu wesentlichen Festlegungen der Schulorganisation, soweit nicht eine Mitwirkung der Eltern oder Schulelternvertretung vorgeschrieben ist,
2. zu Maßnahmen nach § 10 Abs. 4, nach § 13 Abs. 4 Satz 1 und nach § 14 Abs. 1 Satz 1 und 2,
3. zu Maßnahmen der Schulwegsicherung, der Schülerbeförderung und der Unfallverhütung in Schulen,
4. zur Kooperation der Schule mit den öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe,
5. zu Baumaßnahmen im Bereich der Schule,
6. zum Erlass von Verhaltensregeln für den geordneten Ablauf des äußeren Schulbetriebs(Hausordnung),
7. zur Verwendung der den Schulen zur freien Verfügung zugewiesenen Haushaltsmittel,
8. zu weiteren Angelegenheiten, die ihr durch Rechts- und Verwaltungsvorschrift zur Stellungnahme zugewiesen sind.
9. Zu Maßnahmen der Schule zur Herstellung und Sicherstellung von Barrierefreiheit und Inklusion in Schulen

Die Schulkonferenz kann ferner auf Antrag eines Betroffenen in Konfliktfällen zwischen Schülern und Lehrern sowie Schülern und Erziehern vermitteln. Hier ist ebenfalls der Ombudsrat auf Verlangen von Eltern, Schülern oder Lehrern, Erziehern und sonstigem pädagogischen Personal hinzuzuziehen und zu hören.

- (2) In den Fällen des § 6 a Abs. 3, § 12 Abs. 3 und § 13 Abs. 9 steht der Schulkonferenz ein Antragsrecht zu.
- (3) Die Schulkonferenz entscheidet über
 1. die Bildung von Klassen oder die Differenzierung in Kursen gemäß § 6 Abs. 1 Satz 4,
 2. den Unterrichtsbeginn im Einvernehmen mit dem Schulträger,
 3. das pädagogische Konzept im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Schule zu einer Gemeinschaftsschule,
 4. die Durchführung des Unterrichts an Spezialgymnasien an fünf oder sechs Wochenta- gen vorbehaltlich der Zustimmung des Schulträgers,
 5. die Pausenordnung,



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

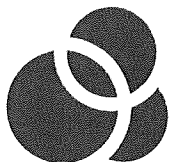
6. die Pausenverpflegung unter Berücksichtigung der Grundsätze einer gesunden Ernährung,
7. das Aufstellen von Getränke- und Speiseautomaten,
8. das außerunterrichtliche Angebot der Schule im Rahmen der an der Schule gegebenen personellen und sächlichen Voraussetzungen,
9. die Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen und Institutionen im Rahmen von Projekten zur Öffnung von Schule gegenüber ihrem sozialen Umfeld und unter Berücksichtigung der gegebenen sächlichen Voraussetzungen,
10. die Durchführung besonderer Schulveranstaltungen,
11. die Gründung und Ausgestaltung von Schulpartnerschaften,
12. schulinterne Grundsätze für Wandertage sowie Klassen- und Kursfahrten,
13. die Grundsätze für die Betätigung von Schülergruppen in der Schule,
14. schulinterne Grundsätze auf Grundlage des Überwältigungsverbotes, sowie einer menschenrechts- und demokratieorientierten Bildungs- und Erziehungsarbeit, der Schülerorientierung und im Sinne der Ziele des § 2 zur Gewährleistung einer ausgewogenen Information der Schüler bei Informationsbesuchen nicht zur Schule gehörender Personen, Organisationen und Institutionen an der Schule und im Unterricht gemäß § 56 Abs. 1,
15. Grundsätze der schulischen Antidiskriminierungsarbeit und schulischen Inklusion.
16. weitere Angelegenheiten, die ihr durch Rechts- und Verwaltungsvorschrift zugewiesen sind.

Vor den Beschlüssen zu den Nummern 5, 6 und 12 ist die Klassensprecherversammlung anzuhören.

- (4) Die Schulkonferenz wirkt bei der Entscheidung über die Einführung neuer Schulbücher und Schulmedien mit.

§ 40 a Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien

- (1) Das Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien trägt Verantwortung im Prozess von Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Bildungseinrichtungen im schulischen und vorschulischen Bereich. Die Schulen legen eigenverantwortlich die Ziele und pädagogischen Schwerpunkte ihrer Arbeit in einem Schulentwicklungsprogramm fest und schreiben diese regelmäßig fort. Zu seinen Aufgaben gehören dabei insbesondere
 1. die Unterstützung im Prozess der Qualitätsentwicklung Eigenverantwortlicher Schulen sowie die Koordinierung der Erfassung und Auswertung der hierbei erhobenen Daten,



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

2. die Planung, Organisation und Koordinierung der Fort- und Weiterbildung der im Landesdienst tätigen Lehrer, Sonderpädagogischen Fachkräfte und Erzieher sowie die nach dem Thüringer Lehrerbildungsgesetz vom 12. März 2008 (GVBl. S. 45) in der jeweils geltenden Fassung zugewiesenen Aufgaben,
3. Fortbildungsangebote für pädagogisches Fachpersonal im frühkindlichen Bereich,
4. die Entwicklung der Lehrpläne und des Bildungsplans,
5. die Beratung und Unterstützung von staatlichen Schulen, Schulämtern und Staatlichen Studienseminaren für Lehrerausbildung sowie
6. die Beratung und Unterstützung der Schulträger staatlicher Schulen und der Medienzentren in medientechnischen und medienpädagogischen Fragen.
7. Die Entwicklung der Schulen zu inklusiven Bildungseinrichtungen

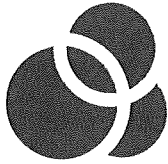
Das für das Schulwesen zuständige Ministerium schließt mit dem Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien Ziel- und Leistungsvereinbarungen zur Umsetzung der diesem übertragenen Aufgaben ab.

§ 40 b Eigenverantwortliche Schule und schulische Evaluation

- (1) Die Schule gestaltet den Unterricht, die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages und das Schulleben im Rahmen der geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eigenverantwortlich. Sie ist dabei zu einer kontinuierlichen Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung verpflichtet.

§ 41 Schulnetzplanung

- (1) Schulnetzpläne werden von den Schulträgern im Benehmen mit den betroffenen Gemeinden bzw. Landkreisen und kreisfreien Städten für ihr Gebiet in der Regel alle fünf Jahre aufgestellt und fortgeschrieben. In den Plänen werden der gegenwärtige und zukünftige Schulbedarf sowie die Schulstandorte ausgewiesen. Für den Schulstandort ist anzugeben, welche Bildungsangebote dort vorhanden sind und für welche Schulbezirke, Einzugsgebiete oder Einzugsbereiche sie gelten sollen. Satz 3 gilt für die Festlegung von Netzwerkbereichen nach § 7a Abs. 2 Satz 4 entsprechend. Die Schulträger berücksichtigen bei ihrer Planung das örtliche Angebot von Schulen in freier Trägerschaft. Die Pläne müssen sowohl die langfristige Zielplanung, insbesondere zum weiteren Ausbau des gemeinsamen Unterrichts, als auch die Durchführungsmaßnahmen unter Angabe der Rangfolge ihrer Verwirklichung enthalten. In die Pläne müssen die Möglichkeiten der Kooperation von Förderschulen mit anderen Schularten und Schulformen sowie wohnortnahe schulische Angebote, die ein längeres gemeinsames und inklusives Lernen nach § 6a ermöglichen, aufgenommen werden. Die Pläne sind mit den benachbarten Schulträgern abzustimmen.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

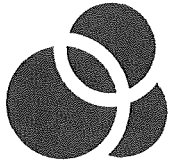
- (2) Schulen sollen eine Größe haben, die eine Differenzierung des Unterrichts ermöglicht, die inklusiven Unterricht ermöglicht und einen bedarfsgerechten, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz von personellen und sächlichen Mitteln sichert (geordneter Schulbetrieb). Für allgemein bildende Schulen gelten die §§ 41a bis 41e. Das für das Schulwesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, für die berufsbildenden Schulen durch Rechtsverordnung
 1. die für einen geordneten Schulbetrieb erforderlichen Mindest- und Höchstschülerzahlen für Schulen, Klassen und Kurse zu bestimmen sowie
 2. die Voraussetzungen, unter denen von den nach Nummer 1 erteilten Vorgaben abgewichen werden darf,

zu regeln.

Die Schulnetzplanung soll ein möglichst vollständiges, inklusives, das gemeinsame Lernen förderndes und wohnortnahes Bildungsangebot sichern, die Grundlage für einen langfristig bedarfs- und zweckentsprechenden Schulbau schaffen und den Planungsrahmen für ein ausgeglichenes Bildungsangebot in Thüringen berücksichtigen. Es soll darauf hingewirkt werden, die Schulnetz- und die Jugendhilfeplanung aufeinander abzustimmen. Die Ziele der Raumordnung und der Landesplanung sind zu beachten. Für das Angebot nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 und 4 findet Satz 1 keine Anwendung.

§ 41 a Mindestschülerzahl und Zügigkeit

- (1) Das für Bildung zuständige Ministerium kann durch Verordnung die Mindestgröße von Schulen der jeweiligen Schulart unter Einbeziehung der Schulnetzplanung bestimmen.
- (2) Die Mindestschülerzahl an Grundschulen beträgt für die erste einzurichtende Klasse je Klassenstufe in der Regel 15 Schüler, für jede weitere einzurichtende Klasse in der Regel 14 Schüler. Grundschulen können ein- oder mehrzünftig geführt werden.
- (3) Die Mindestschülerzahl an Regelschulen beträgt in der Regel 20 Schüler je Klasse. Regelschulen werden grundsätzlich mindestens zweizünftig geführt. Abweichend von Satz 2 können im ländlichen Raum bestehende Regelschulen einzünftig geführt werden. Eine ausreichende Differenzierung nach § 6 Abs. 1 und individuelle Förderung nach § 2 Abs. 2 müssen sichergestellt sein und können auch klassenstufenübergreifend oder durch Schulk Kooperation erfolgen.
- (4) Für die Mindestschülerzahl und die Zügigkeit von Gemeinschaftsschulen gilt Absatz 1 für die Klassenstufen 1 bis 4 und Absatz 2 für die Klassenstufen 5 bis 10 entsprechend. Für die gymnasiale Oberstufe gilt Absatz 5.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

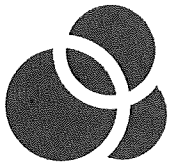
- (5) Die Mindestschülerzahl an Integrativen und Kooperativen Gesamtschulen der Klassen- stufen 5 bis 10 beträgt in der Regel 20 Schüler je Klasse. Gesamtschulen werden mindestens dreizügig geführt. Für die gymnasiale Oberstufe gilt Absatz 5.
- (6) Die Mindestschülerzahl an Gymnasien, mit Ausnahme der Spezialgymnasien, beträgt in der Regel 20 Schüler je Klasse. Gymnasien werden in der Regel mindestens zweizügig geführt. Die gymnasiale Oberstufe kann durch Schulkooperationen im Sinne von § 41e sichergestellt werden. Die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe kann klassen- stufenübergreifend organisiert werden.

§ 41 b Klassenbildung

- (1) Abweichend von den in § 41a festgelegten Mindestschülerzahlen je Klasse kann eine Klasse im Ausnahmefall auch dann gebildet werden, wenn aufgrund der räumlichen Gegebenheiten, auch unter Berücksichtigung pädagogischer Gesichtspunkte, eine sinn- volle Beschulung nicht mehr möglich und damit eine Klassenteilung erforderlich ist. Die Entscheidung trifft das zuständige Schulamt in Abstimmung mit der Schulleitung.

§ 41 c Ausnahmen bei Mindestschülerzahl und Zügigkeit

- (1) Von den Vorgaben nach § 41a kann auf Antrag des Schulträgers mit Genehmigung des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums abgewichen werden, wenn
 - 1. eine Nutzungsbindung für geförderte Gebäude, für die der Zuwendungsbescheid durch das Land nicht widerrufen werden kann, ohne dass es zu einer Rückforderung des Zuwendungsbetrags kommt, besteht,
 - 2. Nachbarschulen ihre Aufnahmekapazitäten bereits voll ausgelastet haben,
 - 3. bauliche Voraussetzungen zu schaffen sind, um eine Schulnetzmaßnahme vollziehen zu können,
 - 4. die Mindestzügigkeit nicht eingehalten werden kann, jedoch nach spätestens drei Jahren wieder erreicht wird,
 - 5. die Mindestschülerzahl in den Eingangsklassen nur vorübergehend unterschritten wird und nach der prognostizierten Entwicklung der Anzahl der aufzunehmenden Schüler ein Erreichen der Mindestschülerzahl nach spätestens drei Jahren zu erwarten ist,
 - 6. zur Einhaltung der Mindestschülerzahl in der Eingangsklassenstufe bauliche Veränderungen erforderlich sind, die nicht mit vertretbarem Aufwand geschaffen werden können, und die Mindestschülerzahlen der weiteren Klassenstufen sowie die Mindestzügigkeit erreicht werden,



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

7. im Fall der Neugründung einer Schule aufgrund der aufwachsenden Struktur die Vorgaben zu den Zügigkeiten nicht erreicht werden können,
8. die Vorgaben nach § 41d im Fall einer Aufhebung der Schule überschritten werden oder
9. ein Kooperationspartner nach § 41e aus sachlich nachvollziehbaren und überprüfbaren Gründen insbesondere aufgrund einer wesentlichen Überschreitung der angemessenen Zeiten für den Schulweg nach § 41d nicht gefunden werden kann.
10. Für die Schüler ein unzumutbarer Härtefall eintritt und in der Folge keine inklusive Beschulung oder ein gemeinsames Lernen in erster Linie erzielt werden kann

§ 41 d Zeiten für den Schulweg

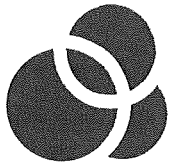
Für Schüler der Primarstufe soll der Schulweg zur Grundschule oder zur Gemeinschaftsschule 35 Minuten sowie zum regionalen Förderzentrum 60 Minuten nicht überschreiten. Es gelten Ausnahmen zur Sicherstellung einer durch die Eltern oder volljährigen Schülerinnen und Schülern inklusiven Beschulung.

- (1) Für Schüler der Sekundarstufe soll der Schulweg zur Regelschule 45 Minuten sowie zur Gemeinschaftsschule, zum Gymnasium oder zum regionalen Förderzentrum 60 Minuten nicht überschreiten. Es gelten Ausnahmen zur Sicherstellung einer durch die Eltern oder volljährigen Schülerinnen und Schülern inklusiven Beschulung

§ 41 e Kooperationsmodelle

- (1) Erfüllt eine Schule die Vorgaben nach § 41a nicht und liegt kein Ausnahmetatbestand nach § 41c Abs. 1 vor, kann diese Schule fortgeführt werden, wenn durch eine Kooperation der Unterricht gemäß den für die Schulart festgelegten Lehrplänen und der Stundentafel angeboten und ein bedarfsorientierter und effektiver Personaleinsatz ermöglicht werden kann. Kooperationen sind im Rahmen folgender Organisationsmodelle möglich:
 1. Kooperation von Schulen ein oder mehrerer Schularten mit einem Schulleitungskollegium und einem gemeinsamen Kollegium (Sprengelmodell),
 2. Kooperation von Schulen einer Schulart mit einer Schulleitung und einem Kollegium (Filialmodell),
 3. Kooperation von Schulen mehrerer Schularten an einem Standort mit je einer Schulleitung und je einem Kollegium (Campusmodell).

Die Kooperationen können im Rahmen eines Erprobungsmodells nach § 12 Abs. 6 ausgestaltet sein.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

- (2) Das Nähere, zu den Voraussetzungen, zum Verfahren und zur Ausgestaltung der in Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 bis 3 genannten Kooperationsmodelle bestimmt das für das Schulwesen zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung.
- (3) Schulen einer Schulart oder mehrerer Schularten, die jeweils die Klassen- und Schulgrößen nach § 41a erreichen, können zur Erweiterung der Unterrichtsangebote und zur bedarfsorientierten Optimierung des Personaleinsatzes Kooperationen eingehen (Schulzusammenarbeit).

§ 43 Lehrpläne, Lehr- und Lernmittel, Stundentafeln

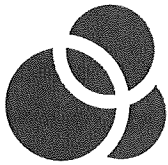
- (1) Schulbücher und Lernmedien werden auf Antrag eines Verlags in den Schulbuchkatalog aufgenommen. Sofern die Anforderungen nach Absatz 2 nicht erfüllt sind, wird das Schulbuch oder das Lernmedium aus dem Schulbuchkatalog entfernt.

§ 44 Lernmittelfreiheit

- (1) An den staatlichen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen besteht Lernmittelfreiheit nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4. Der Umfang der Lernmittelfreiheit bestimmt sich nach den notwendigen, für die Hand des Schülers bestimmten Schulbüchern sowie den digitalen Bildungsmedien. Zur Umsetzung besonderer pädagogischer Konzepte sowie für Schüler mit sonderpädagogischem und barrierefreien Förderbedarf und Schüler mit Migrationshintergrund, die einen Förderbedarf zum Erwerb der deutschen Sprache haben, können aus pädagogischen Gründen auch andere notwendige Lernmittel bereitgestellt werden.
- (2) Ab dem Schuljahr 2024/2025 werden durch den Schulträger den Schülern ab der Klassenstufe 5 digitale Endgeräte entsprechend §44(3) zur Verfügung gestellt.

§ 45 Schulorganisation

- (1) Der Unterricht wird in der Regel in Klassen erteilt, die für ein Schuljahr gebildet werden. Als besondere Unterrichtsformen können Förder-, Intensiv- und Intervallkurse, insbesondere temporäre Lerngruppen, eingerichtet werden.
- (2) Das Schuljahr beginnt an allen Schulen am 1. August und endet am 31. Juli des folgenden Kalenderjahres. Durch Rechtsverordnung des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums können Beginn und Ende des Schuljahres abweichend geregelt werden.
- (3) Die Gesamtdauer der Ferien während des Schuljahres beträgt 75 Werktage. Die Ferien werden durch die Ferienordnung festgesetzt, die das für das Schulwesen



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

zuständige Ministerium erlässt. Es kann durch Rechtsverordnung Abweichendes zur Dauer der Ferien regeln.

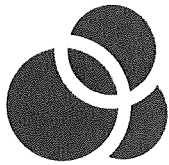
- (4) Der Unterricht wird an fünf Wochentagen, in der Regel am Vormittag, erteilt. Auf Antrag kann insbesondere durch Schulen mit speziellem Förderschwerpunkt der Unterricht auf sechs Wochentage verteilt werden.
- (5) Der Schulleiter erlässt im Benehmen mit der Schulkonferenz eine Hausordnung; soweit die Zuständigkeit des Schulträgers berührt ist, ist diese mit ihm abzustimmen.

§ 45a

- (1) Zur Erfüllung ihres Auftrages kann die Schule auch zur Verfügung stehende digitale Medien, Werkzeuge, Lehr- und Lernsysteme, Netzwerke und Plattformen nutzen.
- (2) Im besonderen Bedarfsfall können digitale Lehr und Lernformen an die Stelle des Präsenzunterrichts treten, wenn der Schule, sowie den Schülerinnen und Schülern digitale Endgeräte zur Verfügung stehen. Der besondere Bedarf muss gegenüber einer möglichen Beeinträchtigung des gemeinsamen Schullebens und damit der sozialen Integrationsfunktion von Schule überwiegen. Schülerinnen und Schüler, die keinen oder keinen vollständigen Zugang zu den digitalen Lehr und Lernformen haben, sind durch die Schule in anderer Weise in die Lehr- und Lernprozesse einzubeziehen und besonders zu unterstützen. Der Anspruch auf individuelle Förderung nach § 2 Abs. 2 bleibt unberührt. Weitere Einzelheiten hierzu kann das für Bildung zuständige Ministerium durch Verwaltungsvorschrift regeln.

§ 47 Gesundheitsförderung und Sexualerziehung

- (1) Die Schule hat durch geeignete Maßnahmen die körperliche und seelische Gesundheitsförderung zu unterstützen. Sie entwickelt ein umfassendes ganzheitliches Konzept zur Gesunderhaltung und gesunden Lebensweise. Dazu gehören auch Konzepte gegen Mobbing, Bodyshaming, Ausgrenzung und Intoleranz. Die in den Lehrplänen festgeschriebenen Bildungsinhalte zur Gesundheitsförderung sind fächerübergreifend und über den Unterricht hinaus zu vermitteln. Gesunde Lebensweise ist an jeder Schule aktiv zu gestalten. Der Suchtprävention als auch der Resilienzförderung ist dabei ein besonderer Stellenwert einzuräumen.
- (2) Das Rauchen und das Konsumieren von Alkohol sowie suchterzeugender Mittel (Ausnahmen aufgrund von ärztlich attestierten Einnahmen sind ausgenommen) ist im Schulgebäude und auf dem Schulgelände untersagt. Dies gilt nicht für Wohnräume, die sich auf dem Schulgelände befinden, jedoch für außenliegende Bestandteile der Wohnräume, wie Balkone, Terrassen und Außengelände, die nicht baulich zum Schulgelände abgegrenzt sind.
- (3) Durch die Sexualerziehung, die als Teil der Gesamterziehung zu den Aufgaben der Schule gehört, sollen die Schüler sich altersgemäß mit den biologischen, ethischen, religiösen, kulturellen, menschenrechtlichen und sozialen Tatsachen und Bezügen



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

der Geschlechtlichkeit des Menschen vertraut machen. Die Sexualerziehung soll das Bewusstsein für eine persönliche Intimsphäre und für partnerschaftliches, gewaltfreies, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Verhalten in persönlichen Beziehungen entwickeln und fördern sowie die grundlegende Bedeutung von Partnerschaft, Ehe und Familie vermitteln. Bei der Sexualerziehung ist Zurückhaltung zu wahren sowie Offenheit und Toleranz gegenüber den verschiedenen Wertvorstellungen in diesem Bereich zu beachten; jede einseitige Beeinflussung ist zu vermeiden.

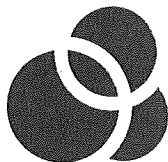
§ 48 Leistungen und Zeugnisse

- (1) Zum Nachweis des Leistungsstandes erbringen die Schüler in angemessenen Zeitabständen entsprechend den Erfordernissen des jeweiligen Bildungsganges, der betreffen- den Klassenstufen sowie der einzelnen Fächer und Lernbereiche schriftliche, mündliche und praktische Leistungen. Dabei sind ihnen Hilfsmittel zur Sicherstellung der Barrierefreiheit zur Verfügung zu stellen bzw. zu gewähren. Leistungsnachweise dienen der Leistungsbewertung und als Beratungsgrundlage. Nähere Festlegungen werden durch Rechtsverordnung des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums sowie durch die Lehrpläne getroffen.

Durch Rechtsverordnung des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums im Benehmen mit dem für das Schulwesen zuständigen Landtagsausschuss kann vorgesehen werden, dass in bestimmten Klassenstufen oder Schularten die Noten durch eine verbale Leistungseinschätzung oder ein Punktsystem ergänzt oder ersetzt werden. Schüler im Bildungsgang zur individuellen Lebensbewältigung erhalten in allen Fächern, Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Lernen in allen oder einzelnen Fächern eine verbale Leistungseinschätzung. Bei einem Übergang auf eine inklusiv ausgerichtete bzw. allgemeinbildende Schule ist im Bedarfsfall und auf Wunsch der Eltern eine Benotung vorzunehmen. In Schulen mit einem bewährten reformpädagogischen

Konzept ist das Ersetzen von Noten durch eine allgemeine Bewertung für weitere Klassenstufen möglich; die Entscheidung trifft das für das Schulwesen zuständige Ministerium. Zwischennoten werden nicht erteilt.

- (2) Schüler im Bildungsgang zur individuellen Lebensbewältigung erhalten ein Abschlusszeugnis, das die individuelle Entwicklung der Persönlichkeit beschreibt. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Lernen beenden ihre Schullaufbahn an der allgemeinen Schule oder bei Bedarf an einem Förderzentrum mit einem Abschlusszeugnis zur Berufsvorbereitung.
- (1) Der Besitz, Handel und Genuss von Rauschmitteln und alkoholischen Getränken ist den Schülern innerhalb der Schulanlage untersagt. Die Schule ist befugt, den Schülern Gegenstände oder digitale Endgeräte, die den Unterricht oder die Ordnung der Schule stören können oder stören, wegzunehmen und sicherzustellen. Über den Zeitpunkt der Rückgabe derartiger Gegenstände entscheidet der Schulleiter.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

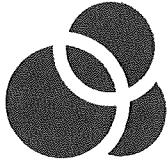
LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

§ 54 Unterricht in besonderen Fällen

- (1) Schulpflichtige, die wegen Erkrankung sechs Wochen und länger die Schule nicht besuchen können und sich in häuslicher Pflege befinden, können Hausunterricht in den Grundlagenfächern erhalten. Zuständig für die Erteilung des Hausunterrichts ist in der Regel die bisher besuchte Schule; das zuständige Schulamtsamt kann eine abweichende Festlegung treffen. Bei dauerhafter häuslicher Pflege oder Erkrankung soll bedarfsorientiert nach § 54(7) weitere Unterricht gewährt werden.
- (2) Im Rahmen des Unterrichts nach den Absätzen 1, 2 und 6 sowie in Fällen, in denen dem Schüler der Besuch eines regulären Unterrichts nicht möglich ist, sind zur weiteren Umsetzung der Schulpflicht Formen des digitalen Unterrichts und des Online-Lernens einer anerkannten Ersatzschule oder Schulform zu gewähren. Hier sind dem Schüler bevorzugt digitale Endgeräte nach §44 (7) zur Verfügung zu stellen.. Der Unterricht kann mit Zustimmung des für das Schulwesen zuständigen Ministeriums ganz oder teilweise in digitalen Lernumgebungen erfolgen.

§ 57 Datenschutz

- (1) Zur Erfüllung der den Schulen, Schulträgern und Schulaufsichtsbehörden durch Rechtsvorschriften zugewiesenen Aufgaben ist das Verarbeiten personenbezogener Daten der Schüler, der Eltern sowie der Lehrer, der Erzieher und der Sonderpädagogischen Fachkräfte zulässig, soweit dies für den jeweils mit den Aufgaben verbundenen Zweck erforderlich ist. Darüber hinaus dürfen zur Sicherstellung des digitalen Unterrichts zur Nutzung digitaler Lehr- und Lernmittel, Netzwerke und Plattformen nur erforderliche personenbezogene Daten verarbeitet werden, soweit dies zur Nutzung im Sinne des § 45a notwendig ist. Dies gilt auch für Daten, die bei der Nutzung entstehen.
- (2) Erhebungen, insbesondere Umfragen und wissenschaftliche Untersuchungen, in Schulen durch Personen oder Institutionen außerhalb der Schulverwaltung bedürfen der Genehmigung. Für Erhebungen an Schulen in einem Schulamtsbereich erfolgt die Genehmigung durch das zuständige Schulamtsamt. Für die Genehmigung von Erhebungen, die in mehr als einem Schulamtsbereich durchgeführt werden sollen, ist das für das Schulwesen zuständige Ministerium zuständig. Die Genehmigung kann erteilt werden, wenn das Vorhaben ein erhebliches wissenschaftliches Interesse im Hinblick auf den Bildungsauftrag der Schule erkennen lässt und sich die Belastung der Schule in einem zumutbaren Rahmen hält. Personenbezogene Daten dürfen nur für ein bestimmtes Vorhaben verarbeitet werden, soweit die betroffenen Personen eingewilligt haben oder anonymisiert verwendet werden, wenn das öffentliche Interesse an der Durchführung des Vorhabens das Geheimhaltungsinteresse erheblich überwiegt und der Forschungszweck des Vorhabens auf eine andere Weise nicht oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand erreicht werden kann.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

§ 58 Statistik

- (1) Das für das Schulwesen zuständige Ministerium kann für die staatlichen Schulen und für die Schulen in freier Trägerschaft das Verarbeiten von schulbezogenen Daten zu statistischen Zwecken anordnen. Soweit für diese Zwecke das Verarbeiten einzelner personenbezogener Daten erforderlich ist, bedarf die Anordnung einer Rechtsverordnung, die über die Art der Erhebung, den Kreis der zu Befragenden, sonstige Auskunftsstellen, die durch Erhebungsmerkmale zu erfassenden Sachverhalte, die Hilfsmerkmale, den Berichtszeitraum, den Berichtszeitpunkt, die Häufigkeit der Erhebung (Periodizität) sowie über Art und Umfang einer Auskunftspflicht die näheren Bestimmungen trifft.

Die Schüler, die an einer Externenprüfung Teilnehmenden, die Eltern, die Schulleiter, die Lehrer, die Sonderpädagogischen Fachkräfte, die Erzieher, das sonstige unterstützen- de Personal an Schulen, die Schulaufsichtsbehörden sowie die Schulträger der staatlichen Schulen und der Schulen in freier Trägerschaft, Schulämter und die beteiligten Stellen des Landes Thüringen sind auf Anordnung zur wahrheitsgemäßen, vollständigen und fristgerechten Auskunft verpflichtet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LERNEN FÖRDERN-Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>LERNEN FÖRDERN-Bundesverband</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Maybachstr. 27</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>71686 Remseck am Neckar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LERNEN FÖRDERN-Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	LERNEN FÖRDERN-Bundesverband	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Maybachstr. 27	Postleitzahl, Ort	71686 Remseck am Neckar
Name	Organisationsform										
LERNEN FÖRDERN-Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen e.V.	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	LERNEN FÖRDERN-Bundesverband										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Maybachstr. 27										
Postleitzahl, Ort	71686 Remseck am Neckar										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen, Selbsthilfe und Interessenvertretung, Schwerpunkt Bildung, berufliche Bildung, gesellschaftliche Teilhabe	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	Wir befürworten die Weiterentwicklung des Schulgesetzes und die Stärkung des Elternwahlrechts. Erforderlich ist jedoch die Verbesserung der Bildung von Kindern im Förderschwerpunkt Lernen, Förderschulen Lernen sind ab Klasse 1 einzurichten, der Bildungsgang Lernen ist wieder einzuführen.	

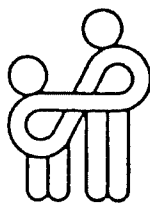
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
71686 Remseck am Neckar, 19. Februar 2023	

THÜR. LANDTAG POST
20.02.2023 06:50

4954/2023



LERNEN FÖRDERN –
Bundesverband zur Förderung
von Menschen mit Lernbehinderungen e.V.
Beratungs- und Geschäftsstelle • Maybachstr. 27 • 71686 Remseck
Tel. 07141 9747870 • Fax 07141 9747871
eMail: post@lernen-foerdern.de

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/6573 –

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP
- Drucksache 7/5371 –

5. Februar 2023

Stellungnahme zur Änderung des Schulgesetzes

LERNEN FÖRDERN-Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen e.V.

Der LERNEN FÖRDERN-Bundesverband bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Entsprechend seinem Satzungszweck hat LERNEN FÖRDERN sich mit dem Schulgesetz im Hinblick auf Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen auseinandergesetzt. Die Stellungnahme wurde gemeinsam mit Mitgliedern aus Thüringen und mit Eltern, deren Kinder in Thüringen eine Schule besuchen, erstellt.

Im Interesse von Kindern mit Lernbehinderungen und deren Eltern begrüßen wir die Weiterentwicklung des Bildungswesens ausdrücklich. Erfreulich ist insbesondere, dass bei der Änderung des Schulgesetzes das Bildungswesen modernisiert, gute Bildung und die Elternrechte gestärkt und dabei Kinder in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir brauchen starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht. Bedacht werden muss jedoch bei allen Entwicklungen, dass der gemeinsame Unterricht nicht zu Lasten von Kindern umgesetzt werden darf, die aufgrund ihres Förderbedarfs auf den Lernort Förderschule angewiesen sind.



Mit großem Bedauern stellen wir fest, dass auch bei der aktuellen Novellierung des Schulgesetzes Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen weiterhin nicht ab Klasse 1 vorgesehen sind. In aller Deutlichkeit weisen wir deshalb darauf hin, dass hier und in weiteren Bereichen dringender Nachbesserungsbedarf besteht. So ist nach den vorliegenden Entwürfen auch weiterhin die Einführung des notwendigen Bildungsgangs Lernen nicht vorgesehen. Dies obwohl es sich bewährt hat und sich rechnet, Kinder mit Lernbehinderungen von Anfang an individuell im Bildungsgang Lernen zu unterrichten und zu fördern. Sonderpädagogische Diagnostik ist deshalb auch im Förderschwerpunkt Lernen bereits vor der Einschulung oder entsprechend dem Bedarf des Kindes ab Klasse 1 der Grundschule durchzuführen, damit dem individuellen Anspruch des Kindes auf Bildung von Anfang an Rechnung getragen werden kann. Auch vermissen wir die Einbeziehung der Eltern in den Prozess der Feststellung des Förderbedarfs und unabhängige Beratungsangebote, die Eltern eine Entscheidung für den Lernort entsprechend dem Förderbedarf ihres Kindes ermöglichen.

Durch frühzeitige Feststellung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot im Förderschwerpunkt Lernen, durch Bildung von Anfang an, die sich am Bedarf des Kindes orientiert, kann viel Leid auf Seiten des Kindes und seiner Familie vermieden und die Chance auf bestmögliche Bildung wesentlich erhöht werden.

Stellungnahme zu den einzelnen Gesetzentwürfen

Gesetzentwurf

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Drucksache 7/6573

§ 4 Abs. 3

Erfreulich ist die Ergänzung, „praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung sind durchgängiges Prinzip des Unterrichts“. Praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung werden damit Bestandteil des täglichen Unterrichts, vermitteln berufliche Kompetenzen und können bestens auf die Teilhabe in der Gesellschaft und am Arbeitsleben vorbereiten.

§ 6 a Abs. 3 a

Vorgesehen im Änderungsentwurf ist, dass Gemeinschaftsschulen künftig mit den Klassenstufen 1 bis 10 geführt werden sollen. Bedeutsam für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen ist die Kooperation mit den allgemeinen Schulen und Gemeinschaftsschulen, Förderschulen müssen jedoch auch bei dieser Weiterentwicklung eigenständige Schulen bleiben.

§ 7 a Förderschule

LERNEN FÖRDERN bittet um Aufnahme folgender Ergänzung:

„Förderzentren mit dem Förderschwerpunkt Lernen werden ab Klasse 1 geführt. Sie arbeiten als Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungszentren mit allgemeinen Schulen zusammen. Die Eingangsklassen können bei Bedarf jahrgangsübergreifend nach einem pädagogischen Konzept eingerichtet werden. Sie haben den Bildungsgang Lernen und werden nicht mit anderen Bildungsgängen gemeinsam geführt.“

Begründung: Die hohe Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf Lernen ermöglicht eigene Förderschulen mit diesem Förderschwerpunkt.

§ 8a Gemeinsamer Unterricht, Feststellungsverfahren

Wir bitten um Beachtung, dass der Unterricht im Förderschwerpunkt Lernen ziendifferent im Bildungsgang Lernen erfolgen muss und der Passus, dass die Entscheidung bei den Erziehungsberechtigten liegt mit „nach Information und Beratung“ zu ergänzen ist.

§ 15a Abs. 6

Bei diesem Artikel sind keine Änderungen vorgesehen. Davon ausgehend, dass das Wahlrecht der Erziehungsberechtigten nicht eingeschränkt werden soll, muss in Satz 2 „**im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten**“ ergänzt werden.

§ 15a Abs. 8

Hier wird um die Ergänzung „**im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten**“ gebeten.

§ 15a Abs. 10

Auch hier wird um Ergänzung gebeten: „**Die Aufnahme erfolgt ausschließlich im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten.**“

§ 20 Abs. 2

Zur Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern im Förderschwerpunkt Lernen wird folgende Ergänzung vorgeschlagen:

(2) Das zehnte Schulbesuchsjahr der Vollzeitschulpflicht kann **von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf Förderschwerpunkt Lernen im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten unabhängig vom Hauptschulabschluss auch an berufsbildenden Schulen erfüllt werden. Ein Schüler mit Förderschwerpunkt Lernen** kann das zehnte Schulbesuchsjahr durch den Besuch einer Fachklasse der Berufsschule **unabhängig vom Hauptschulabschluss** erfüllen, wenn er dem zuständigen Schulamt ein Berufsausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes oder der Handwerksordnung nachweist.

Begründung: Ein Hauptschulabschluss ist nicht Eingangsvoraussetzung für eine Ausbildung.

§ 34 Abs. 6

Die Tätigkeit von pädagogischen Assistenten zur Unterstützung im Unterricht wird ausdrücklich begrüßt, sofern es sich um eine Unterstützung zusätzlich zur Tätigkeit der Lehrkräfte und nicht um eigenständigen Unterricht handelt. Die Verantwortung für den Unterricht und die Bildung der Schülerinnen und Schüler liegt weiterhin bei den Lehrkräften, dies sollte im Schulgesetz deutlich hervorgehoben werden.

§ 35 Abs. 3

Die Tätigkeit einer Schulverwaltungsassistenz wird zur Entlastung der pädagogischen Schulleitung ausdrücklich begrüßt. Wünschenswert ist jedoch den Einsatz dieser Assistenz auf eine, höchstens zwei Schulen zu begrenzen.

§ 41 Abs. 1

Für die Kooperation zwischen Förderschulen und allgemeinen Schulen ist ein Konzept zu entwickeln, alle Vereinbarungen sind schriftlich festzulegen. Förderschulen sind in der Kooperation Beratungs- und Unterstützungszentren. Außerdem können Förderschulen und andere Schularten im Hinblick auf die soziale Integration von Schülerinnen und Schülern miteinander kooperieren.

§ 41a Abs. 1 und Abs. 2

Der besondere Bedarf von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf Lernen ist bei der Festlegung des Klassenteilers zu berücksichtigen. Wir schlagen vor, diese Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht doppelt zu zählen. Die seitherige Regelung dazu darf nicht entfallen, sie sollte vielmehr präzisiert werden. Ohne eine entsprechende Vorgabe kann inklusive Bildung nicht gestärkt werden.

§ 44a Digitale Endgeräte

Wir begrüßen, dass den Schülern künftig digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Digitale Endgeräte sind jedoch nicht erst in Klasse 5 erforderlich. Insbesondere Schüler mit Förderbedarf benötigen digitale Endgeräte von Anfang an, da diese Lernerfolge unterstützen und vielfach barrierefreies Lernen ermöglichen können.

GESETZENTWURF

Der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Drucksache 7/5371

§ 2 Abs. 2

Die Änderung von § 2 Abs. 2 wird uneingeschränkt begrüßt. LERNEN FÖRDERN stimmt der Aussage zu, dass Schulen den Auftrag haben, jedes Kind entsprechend seiner individuellen Fähigkeiten zu fördern und zu fordern und Bildung nur dadurch gelingen kann. Wichtig ist, dass jedes Kind die Schule besuchen kann, die seinen individuellen Bedürfnissen gerecht werden kann. Dazu ist einerseits die Information und Beratung der Erziehungsberechtigten vor der Entscheidung des Lernortes erforderlich und andererseits die Übernahme der Fahrtkosten zur für das Kind geeigneten Schule und nicht nur zur nächstgelegenen.

§ 4 Abs. 11

Förderschulen bieten Unterricht für Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem individuellen Förderbedarf. Eltern von Kindern mit Förderbedarf haben ein Wahlrecht. Sie können sich für den Besuch einer Förderschule oder des gemeinsamen Unterrichts entscheiden.

§ 6a Abs. 3

§ 6 a kann zur Auflösung einer Förderschule führen. Die Schulart Förderschule muss deshalb in Abs. 3 gestrichen werden. Förderschulen können und sollen mit Gemeinschaftsschulen kooperieren. Sie müssen jedoch eigenständig bleiben.

§ 7a Förderschule

LERNEN FÖRDERN stimmt der Aussage zu, dass der Unterricht an Förderschulen dem jeweiligen sonderpädagogischen Bedarf der Schüler gerecht werden muss. Damit jedoch der Unterricht Kindern mit Förderbedarf Lernen gerecht werden kann, ist ein Bildungsgang Lernen erforderlich, unerlässlich ist, Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen wieder ab Klasse 1 einzurichten und Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen nicht mit anderen Bildungsgängen gemeinsam zu führen. Die hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf Lernen lässt die Einrichtung eigener Schulen mit diesem Förderschwerpunkt problemlos zu.

§ 8a Abs. 1

Nach der Erfahrung des LERNEN FÖRDERN-Bundesverbands erfordert gelingender gemeinsamer Unterricht ein pädagogisches Konzept. Grundlage für die Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts ist die sonderpädagogische Diagnostik und darauf aufbauend eine ICF basierte Förder- und Teilhabeplanung. Kinder im Förderschwerpunkt Lernen sind generell ziel-different individuell zu unterrichten und in ihrer Entwicklung zu begleiten.

In § 8 a Abs. 1 sind deshalb der Förderschwerpunkt Lernen und der Bildungsgang Lernen zu ergänzen. „... Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf **Lernen** und Förderbedarf in

der geistigen Entwicklung werden zieldifferent unterrichtet. Lernziele und Leistungsanforderungen richten sich für diese Schüler nach denen des **Bildungsgangs Lernen** bzw. denen des Bildungsgangs zur individuellen Lebensbewältigung sowie nach einem sonderpädagogischen Förderplan."

§ 8a Abs. 3

LERNEN FÖRDERN stimmt der Ergänzung von § 8a Abs. 3 zu. Auch für Kinder im Förderschwerpunkt Lernen sind die Voraussetzungen bereits vor der Einschulung zu schaffen.

Die Klarstellung nach § 3 Abs. 1, dass die Entscheidung über den Lernort des Schülers im gemeinsamen Unterricht oder der Förderschule bei den Erziehungsberechtigten liegt, bitten wir mit „nach Diagnostik sowie Information und Beratung“ zu ergänzen.

§ 18 Abs. 3 Beginn der Vollzeitschulpflicht

Die Rückstellung für ein Jahr vom Schulbesuch kann Kindern mit Entwicklungsverzögerungen einen guten Start in ihre Schulzeit bieten und erste negative Erfahrungen, die mit viel Leid auf Seiten des Kindes und seiner Familie verbunden sein können, vermeiden. LERNEN FÖRDERN sieht eine gute Chance für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen, wenn der Antrag wie vorgesehen von den Eltern nach medizinischer und pädagogischer Beratung gestellt wird. Das so gewonnene Jahr ist zur Förderung des Kindes zu nutzen. Vorhandene Angebote können genutzt werden, ggf. sind neue Angebote u.a. in den Kindertagesstätten zu schaffen.

§ 34a Abs. 4a

Den Aussagen dieses Artikels wird ausschließlich aus Mangel an Ressourcen zugestimmt. Der Ausbildung von Sonderpädagogen und Weiterbildung von Pädagogen muss in den nächsten Jahren hohe Priorität eingeräumt werden.

§ 36 Abs. 1

Dieser Klarstellung und Definierung des Tätigkeitsprofils des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes wird zugestimmt.

§ 49 Versetzung, Wiederholung, Überspringen

LERNEN FÖRDERN stellt fest, dass § 49 Abs. 1 auf den Förderschwerpunkt Lernen nicht zutrifft und die Kriterien für die Versetzung deshalb auf diesen Personenkreis nicht anzuwenden sind. Für Schüler mit dem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot mit dem Förderschwerpunkt Lernen entfällt in der Regel eine Wiederholung, da sie individuell gefördert und zieldifferent unterrichtet werden, ein Leistungsnachweis für das Erreichen eines Klassenziels ist deshalb nicht erforderlich. Eine Wiederholung darf nur im Ausnahmefall aus pädagogischen Gründen erfolgen.

Schlussbemerkung

Der LERNEN FÖRDERN-Bundesverband legt großen Wert auf Bildungsangebote, die Kindern und Jugendlichen im Förderschwerpunkt Lernen, die ihrem Anspruch auf Bildung gerecht werden und ihnen Aktivität und Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen. Wir bitten deshalb dringend um Berücksichtigung unserer in dieser Stellungnahme aufgeführten Bemerkungen und Bedenken.

LERNEN FÖRDERN – Bundesverband
zur Förderung von Menschen mit Lernbehinderungen e.V.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Friedrich-Schiller-Universität Jena</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Am Planetarium 4</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Friedrich-Schiller-Universität Jena		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Planetarium 4	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
	Name	Organisationsform									
	Friedrich-Schiller-Universität Jena										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Planetarium 4									
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

7/151 2023

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><thead><tr><th>Name</th><th>Organisationsform</th></tr></thead><tbody><tr><td>Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schülertreger in Thüringen (LAG Thüringen)</td><td>Dachverband</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td></td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>Augustmauer 1</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>99084 Erfurt</td></tr></tbody></table>	Name	Organisationsform	Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schülertreger in Thüringen (LAG Thüringen)	Dachverband	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustmauer 1	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schülertreger in Thüringen (LAG Thüringen)	Dachverband										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustmauer 1										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der freien Schulen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	siehe Stellungnahme der LAG Thüringen vom 10.02.2023 - Bewertung der Gesetzesvorlage	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.03.2023	

Den Mitgliedern des
AfBJS

**Freie Schulen
in Thüringen**

Thüringer Landtag
AfBJS
Jürgen-Fuchs-Str.1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2372
zu Drs. 7/6573/5371/4760/4674NF

Landesarbeitsgemeinschaft der
freien Schulträger in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
10.02.2023 13:51
4418/23

Stellungnahme der LAG der freien Schulträger zum Anhörungsverfahren
nach §79 der GO des Thüringer Landtags

Datum
10.02.2023

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Wolf, sehr geehrte Mitglieder des
Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

Ihre Nachricht vom
22.12.2022

Im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen
danken wir für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Drucksachen 7/6573,
7/5371, 7/4760 und 7/4674. Aufgrund des Umfangs der Drucksachen stellen
wir unserer Stellungnahme eine knappe Zusammenfassung voran, welcher im
weiteren Verlauf detailliertere Ausführungen entlang der Systematik der ein-
zelnen Drucksachen folgen.

Unser Aktenzeichen

Postanschrift
LAG Thüringen

c/o: Evangelische Schulstiftung
in Mitteldeutschland
Postfach 80 06 53
99032 Erfurt

Für die zusätzliche Möglichkeit zur Darstellung unserer Anmerkungen im Rah-
men des mündlichen Anhörungsverfahrens möchten wir uns bereits jetzt be-
danken. Gern stehen wir auch zwischenzeitlich für Nachfragen zur Verfügung.

Tel.: 0361 - 78 97 18 11
Fax: 0361 - 78 97 18 99

geschaeftsstelle@freie-schulen-
thueringen.de
www.freie-schulen-thueringen.de

Zusammenfassung

- I. Die vorgeschlagene Stärkung des Elternwillens bei der Schulauswahl für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf bewerten wir positiv.
- II. Der Vorschlag, die Aufgaben des MSD durch Sonderpädagogen aus der Praxis erledigen zu lassen, wird als richtiger Schritt angesehen. Die seit über zwei Jahren erprobte sonderpädagogische Begutachtung in alleiniger Verantwortung der staatlichen Schulämter hat sich aus Sicht der freien Schulträger als für die Schülerinnen und Schüler nachteilig erwiesen, da zahlreiche Gutachten derzeit nicht, beziehungsweise zu spät, erstellt werden. Eine Unterstützung des MSD durch Sonderpädagogen freier Schulträger sollte aus diesem Grund schnellstmöglich wieder gesetzlich normiert werden.
- III. Die Aufnahme des Distanzunterrichts in das Schulgesetz wird von der LAG unterstützt. Die einzelnen Durchführungsbedingungen sollten um pädagogische Ansätze erweitert werden und nicht nur auf schulorganisatorische Gründe reduziert bleiben.
- IV. Die Entlastung von Lehrkräften durch zusätzliches Personal in den Thüringer Schulen (päd. Assistenzen und Verwaltungsassistenzen) wird von den freien Schulen unterstützt. Die im vorliegenden Gesetzentwurf erkennbare Fokussierung hinsichtlich der verschiedenen schulischen Assistenzen sowie der erweiterten technischen Ausstattung auf ausschließlich staatliche Schulen sieht die LAG kritisch und fordert den Gesetzgeber zur entsprechenden Berücksichtigung der freien Schulen auf. Die LAG geht von einem Finanzierungsbedarf von rund 11,5 Mio. Euro für Schulen in freier Trägerschaft aus.
- V. Der weiteren Digitalisierung des Thüringer Schulwesens durch entsprechende Geräte steht die LAG positiv gegenüber, spricht sich jedoch gegen eine von den pädagogischen Konzepten losgelöste gesetzliche Verpflichtung zur Umsetzung durch die Schulträger aus. Auch sollte der Gesetzgeber die Gleichbehandlung aller Schulträger im Auge behalten und die nötigen finanziellen Mittel für Schulen in freier Trägerschaft vorsehen. Die LAG beziffert die Bedarfe auf knapp 0,5 Mio. Euro jährlich.
- VI. Die LAG Thüringen spricht sich für die bundesweite Abschaffung der Verbeamtung von Lehrkräften zum Schuljahr 2024/2025 und einer entsprechenden Initiative Thüringens im Rahmen der KMK aus.

Zu den einzelnen Drucksachen

zur Drs. 7/6573 (Gesetzentwurf von SPD/LINKE/Grüne)

Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Zu Nr. 9: Einige freie Schulträger im berufsbildenden Bereich bewerten den Vorschlag eines Fachklassenbesuches trotz fehlenden Hauptschulabschlusses als ungeeignet. Aus der langjährigen pädagogischen Erfahrung entsprechender Schulträger heraus bestehen erhebliche Bedenken, dass die Schülerinnen und Schüler die Anforderungen der Berufsabschlüsse aufgrund fehlendem Basiswissen nicht erfüllen können. Das im Gesetzentwurf genannte Ziel, einer möglichen Schulumüdigkeit entgegenzuwirken, wird dann nicht nur verfehlt, sondern zusätzlich verstärkt. Aus diesem Grund plädieren wir dafür, den Weg über das BVJ für diese Schülerinnen und Schüler beizubehalten, da hier neben fachlichem Wissen auch elementare „Softskills“ wie Pünktlichkeit und Verhalten im Umgang mit anderen vermittelt werden. Darüber hinaus haben Abschlüsse in Deutschland einen hohen Stellenwert. Die Anforderungen für die Berufsausbildung abzusenken und damit einen Thüringer Sonderweg einzuschlagen, birgt aus unserer Sicht die latente Gefahr, die Schülerinnen und Schüler im bundesweiten Vergleich dauerhaft zu benachteiligen. Eine Absenkung der Anforderungen sollte daher nur im Konsens mit den anderen Bundesländern über die KMK erfolgen.

Für den Bereich der Förderschulen sehen mehrere freie Schulträger in der vorgeschlagenen Gesetzesänderung gewisse Vorzüge. Insbesondere Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, könnten von dieser Neuregelung profitieren und ohne den Umweg über das Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) in eine Fachklasse der Berufsschule aufgenommen werden. Die mit der Änderung durch Artikel 1, Nr. 1 beabsichtigte frühzeitige berufliche Orientierung kann unmittelbar in eine Berufsausbildung einmünden.

Zu Nr. 11 und 21: In Folge der Erfahrungen während der Pandemie sehen wir die gesetzliche Verankerung zur Möglichkeit von Distanzunterricht als folgerichtig an. Als freie Schulträger begrüßen wir diesen Schritt besonders mit Blick auf die fortgeschrittene Umsetzung des Digitalpakts. An vielen Schulen wurden durch die Fördermittel umfassende infrastrukturelle IT-Modernisierungen durchgeführt, zudem haben die Kollegien gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern neue Lehr- und Lernmethoden im digitalen Umfeld erprobt. Wir sehen diese Entwicklungen als ersten Schritt zur konsequenten Weiterentwicklung bei der Vermittlung digitale Kompetenzen von jungen Menschen. Die Digitalisierung umfasst aus Sicht der freien Schulträger jedoch nicht nur eine Übersetzung von bisher analogem Unterricht in digitalen Distanzunterricht, sondern auch eine Anpassung der angewandten Inhalte und Methoden. Dementsprechend sollten nicht nur die Lernenden zur Nutzung digitaler Unterrichtsformate verpflichtet werden, sondern auch das pädagogische Personal durch entsprechende Konzepte und Weiterbildungsangebote durch das ThILLM entsprechend geschult werden. In der Folge sind auch die Studieninhalte künftiger Pädagoginnen und Pädagogen entsprechend zu überarbeiten.

Die Aufnahme des Distanzunterrichts als Teil der Schulpflichterfüllung wird von den freien Schulträgern unterstützt. Zur Erstellung der in Ziffer 3 vorgesehenen Verordnung erwarten die freien Schulträger eine frühzeitige und umfassende Einbindung, da der Distanzunterricht hierdurch **nicht nur als Kompensation von Unterrichtsausfall**, sondern auch als **pädagogisches Innovationsfeld** begriffen werden sollte. Die LAG spricht sich daher für die Aufnahme von pädagogischen Pilotprojekten als

weiteres Ausnahmekriterium von der Präsenzpflcht in Absatz 2 aus und regt an, diese durch die SSA großzügig genehmigen zu lassen.

Zu Nr. 12 d): Angesichts der offensichtlichen Bedarfe im Schulalltag steht die LAG diesem Vorschlag positiv gegenüber. Die freien Schulträger weisen hierbei ausdrücklich darauf hin, dass diese Bedarfe an allen Thüringer Schulen, unabhängig von der Trägerschaft, entstehen können. Die Kostendarstellung des Gesetzentwurfes lässt jedoch eine ausschließliche Fokussierung auf staatliche Schulen erkennen. Ausgehend von den angesetzten Kosten von 45 Mio. Euro im Schuljahr 2022/2023 ist eine entsprechende Anpassung der staatlichen Finanzhilfe für die 158 Schulen in freier Trägerschaft vorzusehen. Die LAG geht, in Anlehnung an die Berechnungen des vorliegenden Gesetzentwurfes, von zusätzlichen 8,8 Mio. Euro für die Schulen in freier Trägerschaft aus. Um das Gesetzesziel einer zügigen Unterstützung des pädagogischen Personals im Thüringer Schulwesen durch entsprechende Assistenzkräfte realisieren zu können, spricht sich die LAG für eine Berücksichtigung dieser geplanten Kosten in der aktuellen Finanzhilfeevaluation 2023 nach §18 (6) ThürSchfTG aus.

Zu Nr. 13: Die freien Schulträger teilen die Beobachtung der Regierungskoalition zum stark gestiegenen Bürokratie- und Verwaltungsaufwand der Schulleitungen. Aus diesem Grund wird der Vorschlag von Schulverwaltungsassistenten unterstützt. Die freien Schulträger weisen hierbei ausdrücklich darauf hin, dass diese Bedarfe bereits jetzt an allen Thüringer Schulen, unabhängig von der Trägerschaft, vorhanden sind. Die Kostendarstellung des Gesetzentwurfes lässt jedoch eine ausschließliche Fokussierung auf staatliche Schulen erkennen. Ausgehend von den angesetzten Kosten von 13 Mio. Euro im Schuljahr 2022/2023 ist eine entsprechende Anpassung der staatlichen Finanzhilfe für die 158 Schulen in freier Trägerschaft vorzusehen. Die LAG geht, in Anlehnung an die Berechnungen des vorliegenden Gesetzentwurfes, von zusätzlichen 2,5 Mio. Euro für die Schulen in freier Trägerschaft aus. Um das Gesetzesziel einer zügigen Entlastung der Schulleitungen im Thüringer Schulwesen durch entsprechende Assistenzkräfte realisieren zu können, spricht sich die LAG für eine Berücksichtigung dieser geplanten Kosten in der aktuellen Finanzhilfeevaluation 2023 nach §18 (6) ThürSchfTG aus. Darüber hinaus sind diese Kosten als eindeutige Overheadkosten im Rahmen der Verwendungsnachweisführung durch das TMBJS anzuerkennen.

Zu Nr. 15 b): Die freien Schulträger unterstützen die inhaltliche Konkretisierung.

Zu Nr. 19: Zur dauerhaften digitalen Kompetenzausbildung von Thüringer Schülerinnen und Schülern ist eine umfassende technische Ausstattung unerlässlich. Den Vorschlag einer vollständigen Geräteausstattung ab Klasse 5 bewerten die freien Schulträger daher als geeignet. Angesichts unterschiedlicher pädagogischer Konzepte sollte die gesetzliche Regelung jedoch dahingehend flexibilisiert werden, dass auch später als in Klasse 5 eine vollständige Geräteausstattung durch die Träger angegangen werden kann. Grundsätzlich wird die vollständige Geräteausstattung als logische Konsequenz der Thüringer Digitalstrategie angesehen. Dieses Strategiepapier der Thüringer Landesregierung gilt jedoch für alle Schulen im Freistaat, unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft. Aus diesem Grund müssen bei der gesetzlichen Einführung von digitalen Endgeräten auch die freien Schulen mit in den Blick genommen werden. Dies betrifft sowohl die organisatorische als auch die finanzielle Grundlage.

Den freien Schulträgern obliegt die organisatorische Umsetzung im Rahmen der Selbstverwaltung vollständig, die finanzielle Grundlage muss aber aus Sicht der LAG zumindest anteilig dann auch Teil der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft werden, wenn es entsprechende Regelungen (Finanzierungen) für staatliche Schulen gibt. Da sich diese Kosten aber nur schlecht in den zeitlich stark nachlaufenden Schülerjahreskostenbeträgen abbilden lassen, schlägt die LAG einen „Digitalgerätezu-

schlag“ für alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse an freien Schulen zu den bestehenden Finanzhilfesätzen der jeweiligen Schulform in Höhe von 80 % der vergleichbaren staatlichen Kosten vor. Dieser Digitalgerätezuschlag könnte, vergleichbar mit dem Schulbudget, als separates Element der staatlichen Finanzhilfe gezahlt werden und müsste im Rahmen der Verwendungsnachweisführung durch die freien Schulträger auch tatsächlich nachgewiesen werden. Ein **Zwang zur Anschaffung von digitalen Endgeräten darf aus Sicht der LAG mit dieser Gesetzesanpassung nicht einhergehen**, da die Entscheidung über den Einsatz dieser Geräte mit den jeweiligen pädagogischen Konzepten abgestimmt sein muss. Hier ist unter Umständen eine Konkretisierung des Gesetzesvorschlags nötig.

Die LAG geht von rund 1.500 Schülerinnen und Schülern in den 5. Klassen der freien Schulen im Schuljahr 2024/2025 aus. Bei einer 80%-Finanzierung der im Gesetzentwurf veranschlagten 350,00 € für digitale Endgeräte (=280,00 €) liegt der Finanzierungsbedarf für den Digitalgerätezuschlag bei rund 420.000 €.

Zu Artikel 2 – Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes:

Die freien Schulen stehen einem entsprechenden Pilotprojekt positiv gegenüber. Die Thüringer Landesregierung sollte sich darüber hinaus im Rahmen der KMK jedoch vorrangig dafür einsetzen, ähnliche Pilotprojekte in allen Bundesländern aufzusetzen sowie die **Verbeamtung von Lehrkräften in allen Bundesländern einheitlich zum Schuljahr 2024/25 zu beenden**.

Zum einen führt aus Sicht der LAG die Steigerung der finanziellen Attraktivität des Lehrerberufs nicht zur Reduzierung des Lehrkräftemangels. Vielmehr dürfte eine **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** für den Einzelnen unter den bereits bestehenden Bedingungen das Berufsfeld wieder attraktiver machen. Hierzu könnten bürokratische Entlastungen, umfassende Entlastungs- und Unterstützungssysteme (Schulverwaltungsassistenzen, päd. Assistenzen etc.) sowie gute schulische Ausstattungen und praxisnahe Ausbildungsinhalte helfen. Der seit Jahrzehnten anhaltende Trend zu Teilzeitbeschäftigungswünschen von Lehrkräften sollte als deutliches Signal für eine bereits ausreichende Vergütung bei gleichzeitig erhöhtem Bedarf an Freizeitausgleich gewertet werden. Mit wachsender Sorge beobachtet die LAG die stetig steigende Belastung der Landeshaushalte aller Bundesländer durch die Pensionsverpflichtungen. Aktuelle Zahlen des Nachbarlandes Sachsen-Anhalt, welches analog zu Thüringen wieder zur Verbeamtung von Lehrkräften übergegangen ist, sind aus Sicht der LAG besorgniserregend: Lagen die **Pensionsverpflichtungen 2012 noch bei 130 Mio. Euro pro Jahr** sind diese im Jahr 2023 bereits auf 353 Mio. Euro angestiegen. Bis 2032 wird in Sachsen-Anhalt **mit einem Anstieg auf 700 Mio. Euro gerechnet**. Wenngleich der LAG keine aktuellen Zahlen für Thüringen vorliegen, dürfte die Lage in Thüringen mindestens ähnlich sein: Sachsen-Anhalt beschäftigt derzeit rund 24.000 aktive Beamte, in Thüringen lag diese Zahl 2021 bei ebenfalls 24.000 Personen. Diese enormen finanziellen Belastungen werden auch die Gestaltungsräume im Bildungswesen weiter verkleinern, ohne hierfür im Gegenzug den Lehrkräftemangel lösen zu können. **Der LAG ist die politische Herausforderung einer bundesweiten Beendigung der Lehrkräfteverbeamtung bewusst. Nichtsdestotrotz müssen alle Optionen zur Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit, besonders im Bildungsbereich, konsequent angegangen werden.**

zur Drs. 7/5371 (Gesetzentwurf der CDU-Fraktion)

Zu Nr. 5 b): Die LAG unterstützt den Vorschlag zur Stärkung des Elternwillens bei der Schulauswahl. Die fachliche Beratung der Eltern durch staatliche Stellen ist richtig und dient den Erziehungsberechtigten bei der Entscheidungsfindung, jedoch sollte es keine staatliche Entscheidung über die Wahl des Schulstandortes bzw. des jeweiligen Schulträgers geben. Vielmehr sollten die zuständigen Stellen betroffene Eltern über die verschiedenen Optionen für die Beschulung informieren und dabei die regional verfügbaren Unterschiede im pädagogisch-konzeptionellen Bereich darstellen. Hierzu sollte der Blick ausschließlich auf die bestmögliche Förderung des Kindes und nicht auf die Trägerschaft der jeweiligen Schule gelegt werden. Die aktuelle Praxis, dass Eltern den Weg an Schulen in freier Trägerschaft erheblich aktiver einfordern müssen als die Schulaufnahme in einer staatlichen Schule, wird dem Ziel einer bestmöglichen individuellen Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Gutachten nicht gerecht.

Zu Nr. 9a): Aus den Beobachtungen der freien Träger zum seit knapp zwei Jahren geltenden Verfahren zur Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfes heraus bedarf es dringender Verbesserungen. Dazu zählt einerseits die hinreichende personelle Ausstattung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes für die nunmehr ausschließlich den staatlichen Schulämtern obliegenden Begutachtung und Feststellung eines Förderbedarfes, sowie die Einführung eines geeigneten Verfahrens, welches es insbesondere den (Förder-) Schulen in freier Trägerschaft – auch unter Beachtung erheblicher finanzieller Aufwendungen, die mit der Aufnahme und Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit erheblichen Förderbedarfen verbundenen sind – Planungssicherheit bietet. In einer Vielzahl von Fällen ist den jeweiligen Schulträgern bis kurz vor Schuljahresbeginn, stellenweise auch darüber hinaus, unklar, ob die Feststellung eines für die jeweilige Schulform erforderliche Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfes tatsächlich erfolgt. Für die LAG ist es zudem unverständlich, dass angesichts der offenkundigen Probleme der staatlichen Schulämter, die vorhanden knapp 60 Personalstellen für den MSD auch tatsächlich zu besetzen, die bisherige Zusammenarbeit mit den Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen an freien Schulen durch die letzte Gesetzesänderung ausgeschlossen wurde. In der Praxis führt dies zu deutlich verlängerten Verfahren, verspäteten oder ausbleibenden Gutachten und in dessen Folge zu einer fehlenden bedarfsgerechten Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit entsprechenden Förderbedarfen. Langfristig werden die bestehenden Förderstrukturen in Thüringen damit zu Lasten der betroffenen Kinder und Eltern geschwächt. Darüber hinaus beobachten die freien Schulträger bei den Staatlichen Schulämtern eine stark gestiegene Ablehnungsquote von sonderpädagogischen Förderbedarfen. Aus Sicht der LAG wird hier sonderpädagogische Förderung und Inklusion nach Kassenlage des Landes betrieben und nicht eine am tatsächlichen Bedarf ausgerichtete Bildungsarbeit.

zur Drs. 7/4760 (Antrag von SPD/LINKE/Grüne)

Zu II Nr. 8+9: Die freien Schulträger unterstützen das Berichtersuchen vollständig. Besonders in den Punkten 8 und 9 empfiehlt die LAG jedoch die Erweiterung des Ersuchens um die Perspektive der freien Schulträger durch die Landesregierung. Aus den praxisnahen Erfahrungen zahlreicher Träger erwarten wir hier zum Teil unterschiedliche Perspektiven auf die aufgeworfenen Themengebiete.

6/7/1/2023

Anlage 6

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><thead><tr><th>Name</th><th>Organisationsform</th></tr></thead><tbody><tr><td>Thüringer Landesbeauftragter für Datenschutz</td><td>Behörde</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td>TLFDI</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>Häußlerstr. 8</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>99096, Erfurt</td></tr></tbody></table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für Datenschutz	Behörde	Geschäfts- oder Dienstadresse	TLFDI	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häußlerstr. 8	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Landesbeauftragter für Datenschutz	Behörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse	TLFDI										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häußlerstr. 8										
Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	<i>Nein</i>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Wissenschaftsausschüsse für Thüringen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Siehe schriftliche Stellungnahme vom 21.02.2023 (unser AZ: 431-2/2022.8)</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.02.2023	



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
21.02.2023 15:47

5181/23

Ihre Nachricht vom : 22. Dezember 2022
Ihr Zeichen :

Bearbeiter/in:
Telefon : +49 (361) 57-3112900
Erfurt, den : 21. Februar 2023

„Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

hier: Stellungnahme des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit der Stellungnahme zum Entwurf eines „Thüringer Gesetzes zur Modernisierung des Schulwesens“.

Eine Anmerkung vorweg: Die Corona Pandemie hat gezeigt, wie wichtig datenschutzrechtliche Fragen bei der künftig immer digital werdenden Schullandschaft werden. So gab es vor der Pandemie keinen „Distanzunterricht“; auch künftig wird das klassische Schulbuch zunehmend von digitalen Lehr- und Lernmitteln abgelöst werden. Auch ziehen Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler zunehmend Apps zur Bewältigung des Schulalltages heran. Nicht zuletzt die seit Ende letzten Jahres geführte mediale Aufmerksamkeit zur Software ChatGPT wird das Schulwesen künftig verändern. Überall, wo digital Daten von in diesem Fall Schülerinnen und Schülern oder Lehrern verarbeitet werden, spielen Datenschutzfragen

Postanschrift: Postfach 900455
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900
E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de



TLT/4245/23/5

eine immense Rolle. Jedoch sollten diese digitalen Lösungen nicht ausschließlich als Gefahr, sondern auch als Chance zur notwendigen Modernisierung des Schulwesens gesehen werden. Meine Behörde unterstützt hier gern! Jedoch zeigt sich in der Praxis, dass die Schulleitungen mit den komplexen Fragen überfordert sind. Aus meiner Sicht ist hier ein **Wechsel der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit weg von den Schulen hin zum zuständigen Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport oder zum Schulträger veranlasst**, vergleichbar etwa mit den Regelungen im Berliner Schulgesetz (§§ 7 Abs. 2 a, 64 Abs. 11).

Nach Durchsicht des Gesetzentwurfs habe ich folgende Anmerkungen und Änderungsvorschläge:

Artikel 1 „Änderung des Thüringer Schulgesetzes“

Zu § 30 Abs. 1

Anstelle von „Erfolgt die Teilnahme am Unterricht gemäß § 45 a Abs. 1 Satz 2 in einer digitalen Lernumgebung, (...)“ sollte der Satz wie folgt lauten:

„Erfolgt die Teilnahme am Unterricht gemäß § 45 a Abs. 1 Satz 3 in einer digitalen Lernumgebung, (...)“

Begründung:

Wie sich aus dem Verweis auf § 45 a Abs. 1 ergibt, sollte Satz 2 durch einen anderen nachfolgend vorgeschlagenen Satz ersetzt werden. Damit wird Satz 2 dann zu Satz 3.

Zu § 30 Abs. 3

In § 30 Abs. 3 sollte nach Satz 3 folgender Satz angefügt werden:

„Die Lehrkraft hat sicherzustellen, dass während der Aufbewahrung eines privaten digitalen Endgeräts kein unbefugter Zugriff auf dort gespeicherte personenbezogene Daten erfolgt.“

Begründung:

Der Zugriff auf personenbezogene Daten auf einbehaltene private digitale Endgeräte durch die Lehrkraft ist unzulässig. Weiterhin ist das Gerät so aufzubewahren, dass es vor fremden Zugriff geschützt ist.

Zu § 34 Abs. 2a

In § 34 Abs. 2 a sollten nach Satz 1 folgender Satz 2 angehängt werden:

„Ausnahmen können in Einzelfällen gemacht werden, wenn die Unterrichtssituation es zulässt.“

Begründung:

Ohne diese Klarstellung könnte eine Lehrkraft auch sagen, dass diese aus sonstigen persönlichen Gründen nicht gesehen werden will und dies dann eben eine Ausnahme ist. Die Ausnahmen sollten daher auf den schulischen Kontext beschränkt werden.

Zu § 44a

In § 44a sollte an Satz 1 folgender Satz 2 angehängt werden:

„Hierzu werden technische und organisatorische Maßnahmen festgelegt, die die Anforderungen an das Gerät beschreiben als auch die Sicherheit und Integrität der dort verarbeiteten personenbezogenen Daten gewährleisten. Das Nähere wird in einer dazu erlassenen Rechtsverordnung geregelt.“

Begründung:

Für die Anschaffung von digitalen Endgeräten müssen Kriterien festgelegt sein, die einen datenschutzkonformen Einsatz im Unterricht gewährleisten. Dies gilt

ebenso für alle personenbezogenen Daten, die auf diesen Geräten verarbeitet werden. Diese Kriterien sind in einer Rechtsverordnung, etwa in der geplanten Thüringer Schuldatenschutzverordnung, festzulegen.

Zu § 45 a „Präsenz- und Distanzunterricht“

In § 45 a Abs. 1 sollten folgende Sätze 2 bis 4 eingefügt werden:

„Präsenzunterricht kann von der Schule unter Einsatz digitaler Lehr- und Lernmittel in digitaler Lernumgebung durchgeführt werden. Dabei sind die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ein der DS-GVO entsprechendes Schutzniveau zu gewährleisten. Das Nähere ist in einer zu erlassenden Rechtsverordnung zu regeln“

Satz 2 wird dann Satz 5 usw.

Begründung:

Der Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmitteln erfolgt im Regelfall zunehmend unabhängig davon, ob es sich um Distanz- oder um Präsenzunterricht handelt. Außerdem soll damit klargestellt werden, dass die Schule grundsätzlich digitale Lehr- und Lernmittel im Unterricht einsetzen kann und die Schülerinnen und Schüler diese nutzen müssen. Damit entfällt für die Schule beim Einsatz digitaler Lehr- und Lernmittel die bisherige und teilweise schwer handhabbare Einwilligungslösung gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a) Datenschutz-Grundverordnung.

Die geeigneten technischen und organisatorischen erforderlichen Maßnahmen sind in einer Rechtsverordnung im Einzelnen zu regeln.

Zu § 57

In § 57 Abs. 8 sollte eine weitere Nummer 6 eingefügt werden, die wie folgt lautet:

„6. das Verarbeiten personenbezogener Daten von Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten und Lehrkräften durch zu schulischen Zwecken eingesetzte digitale Lehr- und Lernmittel,“

Begründung:

Hiermit soll die Schaffung einer Thüringer Schuldatenschutzverordnung ermöglicht werden.

Darüber hinaus sollte z. B. in § 2 Abs. 3 ThürSchulG folgende Regelung aufgenommen werden:

„Das für das Schulwesen zuständige Ministerium stellt den Schulen eine digitale Lernplattform zur Verfügung. Darüber hinaus stellt das für das Schulwesen zuständige Ministerium als Verantwortlicher gemäß Art. 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung für die Schule eine Liste mit genehmigten digitalen Lehr- und Lernmitteln zur Verfügung. Für Lernplattformen sowie Lehr- und Lernmittel, die nicht genehmigt sind, trägt die Schule die Verantwortung für die damit erfolgende Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Schülerinnen und Schüler, der Erziehungsberechtigten sowie der Lehrkräfte.“

Begründung:

Die tägliche Arbeit des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zeigt, dass die Schulen mit der Auswahl von datenschutzkonformen Soft- und Hardwareprodukten sowohl zeitlich als auch aus Gründen der mangelnden Fachkenntnis oftmals überfordert sind. Die Bereitstellung einer Liste solcher Produkte durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport würde hier die Schule von der datenschutzrechtlichen Verantwortung entlasten und vom Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in diesem Bereich zu erteilende Verwarnungen oder Anweisungen vermeiden. Letztlich müsste der Einsatz von datenschutzrelevanten Produkten nur einmal von einer Stelle geprüft werden, was zu einer Arbeitserleichterung für die Schule beitragen würde.

Zur Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes (Artikel 2) besteht aus datenschutzrechtlicher Sicht kein Änderungsbedarf.

Ich bitte Sie die genannten Punkte bei der weiteren Beschäftigung bei der Änderung des Thüringer Schulgesetzes zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Lutz Hasse

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchen Gesetzentwürfen haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel der Gesetzentwürfe)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/6573 -											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5371 -											
Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4760 -											
Kinder in den Mittelpunkt stellen - für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht Antrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/4674 - Neufassung -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesjugendring Thüringen e.V</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Johannesstraße 19</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesjugendring Thüringen e.V	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 19	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landesjugendring Thüringen e.V	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 19										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

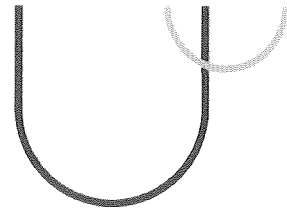
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	- politische Interessenvertretung junger Menschen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	In vielen Punkten wird der Gesetzesentwurf befürwortet. Einzelheiten sind der Stellungnahme zu entnehmen.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

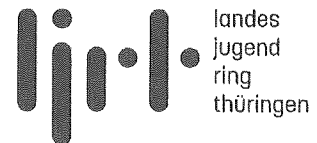
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 02.03.2023	

Landesjugendring Thüringen e.V.
 Johannesstraße 19
 99084 Erfurt
 0361 / 57 67 80
 www.ljrt.de



Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Postfach 90 04 55
99107 Erfurt



THÜR. LANDTAG POST
22.02.2023 10:35

20. Februar 2023

524212023

„Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“

„Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“

„Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“

„Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht“

§ 79 Anhörungsverfahren gemäß der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Ihr Schreiben vom 22. Dezember 2022
Hier: Stellungnahme des Landesjugendring Thüringen e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu den oben genannten Gesetzen Stellung nehmen zu können.

Der Landesjugendring Thüringen e.V. hat sich in der Vergangenheit wiederholt mit der Weiterentwicklung des Schulwesens, dem Schulgesetz, der Ausbildung der Lehrenden sowie deren Fort- und Weiterbildung auseinandergesetzt. In der nachfolgenden Stellungnahme wird nun auf einige ausgesuchte Schwerpunkte eingegangen.



TLT/4209/23/5

„Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“, Artikel 1 – Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Praxisorientierung/berufliche Orientierung

Die Vorbereitung auf das Berufsleben durch praxisorientiertes Lernen wird ausdrücklich begrüßt und sollte sich als Querschnittsaufgabe durch alle Unterrichtsfächer ziehen. Die berufliche Orientierung und Praktika dürfen insbesondere auch in den Gymnasien nicht vernachlässigt werden.

Weiterentwicklung des längeren gemeinsamen Lernens an einer Gemeinschaftsschule

Grundsätzlich unterstützt der Landesjugendring Thüringen e.V. das längere gemeinsame Lernen im Sinne der Weiterentwicklung eines inklusiven Schulsystems. Zugleich präferiert er jedoch auch die Erhaltung weiterer Schulformen. Der Zusammenschluss von Grund- und Regelschulen sowie das inklusive Lernen sollte immer aus Überzeugung der Beteiligten, nicht aus Zwang heraus, erfolgen. Da, wo Schulstandorte auf Grund der geografischen Lage eine Zusammenführung von unterschiedlichen Schulformen begünstigen und dies auch gewollt ist, sollte es in Zukunft nur eine Schulleitung geben.

Grundvoraussetzung für das Gelingen von Gemeinschaftsschulen ist die Schaffung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen (Akzeptanz aller Beteiligten, tragfähige Konzepte, ausreichendes und geschultes Personal usw.).

Besondere Leistungsfeststellung

Nach Auffassung des Landesjugendring Thüringen e.V. sollte es für alle Schüler*innen, egal welche Schulform, bezogen auf den Prozess und Abschluss (im Sinne eines gleichwertigen Abschlusses) eine einheitliche Behandlung geben. Also entweder Abschlussprüfungen in der 10. Klasse für alle oder aber für alle keine Abschlussprüfungen, egal welche Schulform.

Wenn nach § 7 Abs. 6 die Schüler*innen mit der Versetzung in die Klassenstufe 11 einen Realschulabschluss erwerben, wäre es aber auch folgerichtig, wenn Abs. 3 analog dazu so geändert wird, dass mit der Versetzung in die Klassenstufe 10 die Schüler*innen einen Hauptschulabschluss erwerben, nicht nur einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschluss.

Ganztagsschulen

Der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen wird zu Veränderungen in den Angeboten der jugendverbandlichen Arbeit führen sowie die Arbeit der Vereine beeinflussen.

Die Einführung von Ganztagschulen und der damit verbundene erweiterte Nachmittagsunterricht haben zum Beispiel Auswirkungen auf die nutzbaren Sportflächen und -zeiten aller Generationen für den Vereinssport. Außerdem haben Schüler*innen bis in den Nachmittag verpflichtend an schulischen Angeboten teilzunehmen und können so jugendverbandliche Angebote weniger nutzen. Dementsprechend sieht der Landesjugendring Thüringen e.V. nicht ausschließlich die Vorteile von Ganztagschulen.

Beutelsbacher Konsens

Die Einbindung bzw. Benennung des Beutelsbacher Konsens in den § 38 wird ausdrücklich begrüßt.

Digitalisierung/digitale Endgeräte

Der Landesjugendring Thüringen e.V. begrüßt die gesetzlichen Regelungen zur Digitalisierung der Schulen. Die Ausstattung der Schüler*innen ab Klasse 5 mit digitalen Endgeräten wird positiv bewertet. Jedoch stellt sich die Frage, ob diese Endgeräte nur für schulische Zwecke oder ebenso für Freizeit Zwecke, etwa für Angebote der jugendverbandlichen Arbeit genutzt werden dürfen. Sofern es bei der bisherigen Praxis bleibt, müssen Schüler*innen weiterhin mehrere Endgeräte gleichzeitig nutzen, was zudem eine Ressourcenverschwendung ist.

Dafür sind entsprechende Rahmennutzungsvorgaben durch das Bildungsministerium notwendig, um eine thüringenweite einheitliche Handlungssicherheit in Schulen zu gewährleisten. So könnte zum Beispiel die Thüringer Schulcloud für anerkannte Träger der Jugendhilfe im Sinne der außerschulischen Bildung geöffnet werden.

Es reicht aber nicht, die Schüler*innen mit digitalen Endgeräten auszustatten. Eine ausreichende W-Lan-Kapazität ist bspw. ebenso Voraussetzung für gelingende Digitalisierung.

„Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“, Artikel 2 – Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Vom Landesjugendring Thüringen e.V. wurde bereits im Jahr 2006 von der 29. Vollversammlung ein Beschluss zum Berufsbild von Lehrenden und deren Aus-, Fort- und Weiterbildung gefasst sowie 2007 und 2020 Stellung zum Lehrerbildungsgesetz bezogen. Die damaligen Forderungen besitzen in großen Teilen auch heute noch ihre Gültigkeit.

(https://ljrt.de/downloads/LJRT/Beschluesse/Berufsbild_Lehrer_29.VV.pdf

<https://ljrt.de/downloads/LJRT/Stellungnahmen/Stellungnahme-Lehrerbildungsgesetz-19-11-2020.pdf>

https://ljrt.de/downloads/LJRT/Stellungnahmen/Stellungnahme_Lehrerbildungsgesetz_291107.pdf)

Der Landesjugendring Thüringen e.V. sieht weiterhin die Lehrer*innenausbildung nach Schularten kritisch und begrüßt somit die Idee einer schulstufenbezogenen Ausbildung. Bereits 2007 hat der Landesjugendring Thüringen e.V. die Herstellung einer qualitativen Gleichwertigkeit der verschiedenen Lehrämter durch eine gleiche Semesterzahl einzelner Studiengänge, gleiche zeitliche Dauer des jeweiligen Vorbereitungsdienstes, sowie gleiche Studienabschlüsse gefordert. Zum vorliegenden Gesetzesvorschlag wird angeregt, der Vermittlung eines breitgefächerten und

professionsübergreifenden Methodenrepertoires für alle Lehrenden, egal für welche Schulstufe einen breiteren Raum einzuräumen und dies auch gesetzlich zu verankern.

„Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte“

„Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen“

„Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht“

Diese drei Drucksachen werden im Zusammenhang betrachtet, sofern nicht bereits in vorhergehenden Ausführungen Aussagen dazu getroffen wurden.

Der Landesjugendring Thüringen e.V. befürwortet den Grundsatz des gemeinsamen Unterrichts. Der Blick muss hierbei aber individuell auf jedes einzelne Kind gerichtet sein. Bei der Entscheidung zum gemeinsamen Unterricht müssen das Kind und dessen bestmögliche Entwicklung im Mittelpunkt stehen. Das Wahlrecht der Eltern, ob ihr Kind inklusiv oder an einer Förderschule unterrichtet werden soll, wird grundsätzlich befürwortet. Zur Unterstützung dessen hält der Landesjugendring Thüringen e.V. es für sinnvoll, dass ein Expert*innengremium auf Basis eines multiprofessionellen Gutachtens die Eltern berät und gemeinsam mit ihnen im Interesse des Kindes entscheidet.

Für Fragen stehe ich gern zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Straße 1
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Landeselternvertretung Freie Schulen Thüringen
ORBIT e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ☐											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Landeselternvertretung Freie Schulen Thüringen</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Hintergasse 2</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07616 Bürgel</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landeselternvertretung Freie Schulen Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hintergasse 2	Postleitzahl, Ort	07616 Bürgel
	Name	Organisationsform									
	Landeselternvertretung Freie Schulen Thüringen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hintergasse 2									
Postleitzahl, Ort	07616 Bürgel										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> ☐ Geschäfts- oder Dienstadresse ☐ Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> ☐ Geschäfts- oder Dienstadresse ☐ Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> ☐ Geschäfts- oder Dienstadresse ☐ Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Ernst-Abbe-Str. 18 07743 Jena</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Postfach 100 152</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07701 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ernst-Abbe-Str. 18 07743 Jena	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 100 152	Postleitzahl, Ort	07701 Jena
Name	Organisationsform										
Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e.V.	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Ernst-Abbe-Str. 18 07743 Jena										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 100 152										
Postleitzahl, Ort	07701 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.] Wir begrüßen die Erwähnung der Schulsozialarbeit im Gesetz und erkennen auch die Notwendigkeit eines bedarfsgerechten Ausbaus an. Die Feststellung des Bedarfs erachten wir allerdings als eine der Kinder- und Jugendhilfe obliegende Aufgabe. Daher schlagen wir eine Konkretisierung der Bedarfsermittlung im Gesetz vor.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 17.03.2023	

THÜR. LANDTAG POST
02.03.2023 06:32

6038/2023

ORBIT e.V. - Postfach 100 152 – 07701 Jena
Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



ORBIT e.V.
Postfach 100 152
07701 Jena

Besuchsadresse:
Ernst-Abbe-Str. 18
07743 Jena
tel.: +49(0)3641 554 038 900
fax.: +49(0)3641 554 038 901
mobil: +49(0)172 9071649
e-mail: office@orbit-jena.de
internet: www.orbit-jena.de

28.02.2023

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens

Drucksache: 7/6573

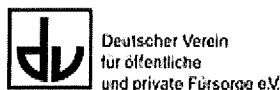
Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,
sehr geehrte Landtagsabgeordnete der demokratischen Fraktionen des Thüringer Landtages,

das Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e.V. hat seit 2013 die Fachstelle Schulsozialarbeit inne und unterstützt in dieser Funktion die inzwischen 500 Schulsozialarbeitende an den entsprechenden Schulstandorten in Thüringen. Durch diese langjährige Tätigkeit haben wir einen besonderen Blick auf die Schulsozialarbeit in Thüringen. Unsere Praxiserfahrungen möchten wir gern mit Ihnen im Rahmen der Weiterentwicklung des Thüringer Schulgesetzes teilen.

Die Schulsozialarbeit ist seit Beginn des Thüringer Landesprogramms in der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Dies findet sich auch im Thüringer Ausführungsgesetz zum SGB VIII, § 19a so wieder. Inzwischen hat der Bundesgesetzgeber auch im SGB VIII mit dem § 13 dafür eine solide Grundlage geschaffen.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass bereits mit der letzten Novelle des Thüringer Schulgesetzes die Schulsozialarbeit im § 35a Einzug hielt. Auch sehen wir es als notwendig an, dass an allen Schulen ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit vorhanden sein sollte. Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Vorhaben der Schulsozialarbeit schreibt fest, dass die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Ermittlung des Bedarfs an Schulsozialarbeit im Rahmen ihrer Jugendförderplanung verantwortlich sind. Gleiches ist auch im SGB VIII, § 80 Jugendhilfeplanung geregelt. Daher erscheint es uns nicht stringent, mit einer Änderung im Schulgesetz die Festschreibung eines bedarfsorientierten

Wir sind Partner:



TLF/4505/23/4

Angebotes zu begründen (Seite 2 unten). Dies müsste unseres Erachtens nach dem Grundgedanken der Jugendhilfe folgend im Ausführungsgesetz zum SGB VIII erfolgen.

Die Förderung der Schulsozialarbeit durch das Landesprogrammes hat dazu geführt, dass wir heute an fast jeder 2. Schule Schulsozialarbeit haben. Wie eben beschrieben, legen die Kommunen durch ihre Jugendförderplanung den Bedarf an Schulsozialarbeit fest. Für die Ermittlung des Bedarfs vor Ort haben wir im Auftrag des TMBJS eine Arbeitshilfe erstellt, die es ermöglicht anhand verschiedener Kriterien den Bedarf an Schulsozialarbeit zu priorisieren. Den Kommunen ist es freigestellt, diese Arbeitshilfe oder andere Verfahren zu verwenden.

Hier stellt sich aus unserer Sicht die Frage, wie die im § 35a vorgeschlagene Formulierung im Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Modernisierung des Schulwesens (Seite 24) gemeint ist.

Zur Unterstützung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule **sollen** in allen Schularten und Schulformen **bedarfsgerecht** Schulsozialarbeiter der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder der Träger der freien Jugendhilfe als sonstiges unterstützendes Personal tätig werden.

Versteht man hinter dem Begriff der **Bedarfsgerechtigkeit** ein Verfahren der Bemessung des Bedarfes, kann dabei herauskommen, dass eine Schule möglicherweise keinen Bedarf hat. Dies kollidiert dann aber mit dem eher als Anspruch (sollen) formulierten ersten Teil des Satzes. Damit wird ein Spannungsverhältnis zwischen Schule (an allen Schularten sollen) und Jugendhilfe (Bedarfsbemessung im Rahmen der Planungsverantwortung) hergestellt, welches sich im Rahmen des Schulgesetzes nicht auflösen lässt, weil nicht klar formuliert ist, wer die Hoheit über die Festlegung des Bedarfs hat. Hierbei stellt sich insbesondere die Frage der Finanzierung der Schulsozialarbeit vor Ort.

In der deutschlandweiten Fachdiskussion wird im Rahmen des Ausbaus der Schulsozialarbeit aber auch diskutiert, dass ein bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit erst erreicht sei, wenn an jeder Schule Schulsozialarbeit verortet ist. Inhaltlich unterstützen wir als Fachstelle diese fachliche Sichtweise, die sowohl in der Dortmunder Erklärung (2015)¹ als auch in der Jenaer Erklärung (2019)² zur Schulsozialarbeit in unterschiedlichen Facetten diskutiert wurde.

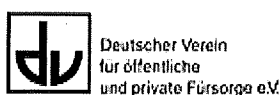
Wird also der Begriff „**bedarfsgerecht**“ im zukünftigen Schulgesetz im Sinne des Ausbaus der Schulsozialarbeit an jeder Schule gesehen, wird die Verortung der Schulsozialarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe in Frage gestellt, weil so der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe seiner Planungsverantwortung im Rahmen der Jugendhilfeplanung nicht gerecht werden kann.

Derzeit stellt Thüringen ca. 26 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit zur Verfügung. Damit ein durch das Schulgesetz festgeschriebener flächendeckender Ausbau der Schulsozialarbeit erfolgen kann,

¹ https://www.kv-schulsozialarbeit.de/Dortmunder_Erklärung_zur_Schulsozialarbeit_2015.pdf

² https://www.schuso-thueringen.de/fileadmin/user_upload/teilhabe/Schuso/Bundeskongress/Jenaer_Erklärung_mit_Unterschriften.pdf

Wir sind Partner:



wären, wie auf Seite 5 der Drucksache beschrieben, mindestens weitere 26 Millionen nötig. Die Kommunen werden nicht in der Lage sein, diese Kosten zu übernehmen.

Aus diesen Gründen möchten wir Ihnen vorschlagen, diese Änderung des § 35a des Schulgesetzes nicht vorzunehmen. Bliebe es anstatt „sollen“ beim „können“, wäre die Ergänzung „bedarfsgerecht“ aus unserer Sicht unschädlich. Es wäre dann sicher hilfreich darauf zu verweisen, wer den Bedarf festlegt. Daher schlagen wir Ihnen folgende Ergänzung vor:

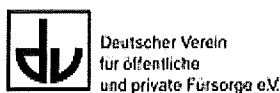
Zur Unterstützung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule können in allen Schularten und Schulformen **bedarfsgerecht** Schulsozialarbeiter der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder der Träger der freien Jugendhilfe als sonstiges unterstützendes Personal tätig werden. Die **Bedarfsermittlung** obliegt den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Planungsverantwortung (§ 8o SGB VIII).

Abschließend möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass ein flächendeckender Ausbau der Schulsozialarbeit, den wir sehr begrüßen würden, nur gelingt, wenn die eingesetzten Landesmittel diesen ermöglichen.

Gern stellen wir unsere Expertise für die Entwicklung eines Konzeptes für einen stufenweisen Ausbau der Schulsozialarbeit in Thüringen bei gleichzeitiger haushälterischer Verankerung zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Wir sind Partner:



5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)